

Norbert Gestring · Herbert Glasauer
Christine Hannemann
Werner Petrowsky · Jörg Pohlan (Hrsg.)

Jahrbuch StadtRegion 2004/05

Schwerpunkt: Schrumpfende Städte

ARBEIT GRENZEN POLITIK HANDLUNG METHODEN GEWALT SPRACHE WISSEN
SCHAFT DISKURS SCHICHT MOBILITÄT SYSTEM INDIVIDUUM KONTROLLE
ZEIT ELITE KOMMUNIKATION WIRTSCHAFT GERECHTIGKEIT STADT WERTE
RISIKO ERZIEHUNG GESELLSCHAFT RELIGION UMWELT SOZIALISATION
RATIONALITÄT VERANTWORTUNG MÄCHT PROZESS LEBENSSTIL DELIN
QUENZ KUNST UNGLEICHHEIT ORGANISATION NORMEN REGULIERUNG



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Norbert Gestring · Herbert Glasauer · Christine Hannemann
Werner Petrowsky · Jörg Pohlan (Hrsg.)

Jahrbuch StadtRegion 2004/05

Norbert Gestring · Herbert Glasauer
Christine Hannemann
Werner Petrowsky · Jörg Pohlan (Hrsg.)

Jahrbuch StadtRegion 2004/05

Schwerpunkt: Schrumpfende Städte



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage November 2005

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2005

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Satz: Anke Vogel, Ober-Olm

Druck und buchbinderische Verarbeitung: MercedesDruck, Berlin
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN 3-531-14599-1

Inhalt

Editorial.....	9
----------------	---

Schwerpunkt: Schrumpfende Städte

<i>Jörg Pohlan und Jürgen Wixforth</i> Schrumpfung, Stagnation und Wachstum – Auswirkungen auf städtische Finanzlagen in Deutschland.....	19
---	----

<i>Carsten Benke</i> Historische Schrumpfungsprozesse: Urbane Krisen und städtische Selbstbehauptung in der Geschichte	49
--	----

<i>Birgit Glock</i> Umgang mit Schrumpfung. Reaktionen der Stadtentwicklungs politik in Duisburg und Leipzig	71
--	----

<i>Bettina Schłomka</i> Mögliche Beiträge von Wohnungsgenossenschaften zur Stabilisierung von Quartieren in schrumpfenden Städten.....	91
--	----

<i>Karina Pallagst und Thorsten Wiechmann</i> Shrinking Smart? Städtische Schrumpfungsprozesse in den USA	105
--	-----

Analysen und Kommentare

<i>Karl-Heinz Reuband</i> Lebenslagen und Sozialkapital in sozial deprivierten Stadtteilen. Eine vergleichende Analyse.....	131
---	-----

<i>Ingo Siebert</i> Rechtsextremismus - eine Gefahr für demokratische Stadtkultur.....	149
---	-----

<i>Norbert Gestring</i>	
Parallelgesellschaften – ein Kommentar.....	163
Rezensionen	
Altrock, Uwe; Schubert, Dirk (Hg.) 2004: Wachsende Stadt. Leitbild – Utopie – Vision? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften <i>Besprochen von Joachim Thiel</i>	173
Donzelot, Jacques 2003: Faire société. La politique de la ville aux Etats-Unis et en France. Paris: Editions du Seuil <i>Besprochen von Gerd Held</i>	176
Frank, Susanne 2003: Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts <i>Besprochen von Sandra Huning</i>	178
Glasze, Georg 2003: Die fragmentierte Stadt. Ursachen und Folgen bewachter Wohnkomplexe im Libanon. Reihe: Stadtforschung aktuell, Band 89. Opladen: Leske + Budrich <i>Besprochen von Bernd Belina</i>	181
Hamnett, Chris 2003: Unequal City. London in the Global Arena. London: Routledge <i>Besprochen von Rosemarie Sackmann</i>	184
Heidenreich, Elisabeth 2004: Fließräume – Die Vernetzung von Natur, Raum und Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main / New York : Campus <i>Besprochen von Ingrid Breckner</i>	188
Lindner, Rolf 2004: Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung. Frankfurt am Main / New York: Campus <i>Besprochen von Norbert Gestring</i>	191
Low, Setha 2003: Behind the Gates. Life, Security, and the Pursuit of Happiness in Fortress America. New York: Routledge <i>Besprochen von Antonia Levy</i>	193

Oswald, Franz; Schüller, Nicola (Hg.) 2003: Neue Urbanität – das Verschmelzen von Stadt und Landschaft. Zürich: gta Verlag <i>Besprochen von Elisabeth Heidenreich</i>	195
Siebel, Walter (Hg.) 2004: Die Europäische Stadt. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag. edition suhrkamp 2323 <i>Besprochen von Susanne Frank</i>	198
Steinbach, Anja 2004: Soziale Distanz. Ethnische Grenzziehung und die Eingliederung von Zuwanderern in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften <i>Besprochen von Andreas Farwick</i>	201
Dokumentation und Statistik	
<i>Jörg Pohlan</i>	
Monitoring der Städte und Regionen	207
English Abstracts	
Die Autorinnen und Autoren	
Die Renzentsentinnen und Rezensenten	

Editorial

„Die innerstädtischen Baulücken werden zu Obst-, Gemüse- und Blumengärten, die verwaisten Industriegelände zu Weihnachtsbaum- oder Bauholzplantagen, zu Gehegen für Haustiere oder Wild, die Baugruben der Investitionsruinen zu Karpfenteichen, die leerstehenden Plattenbauten zu Gewächshäusern oder Pilzfarmen.“ (Touché/anschlaege.de 2005: 44) Das Ganze ist ein sehr ernst gemeinter Vorschlag - der zurzeit umgesetzt wird - für die Nutzung leer stehender Plattenbauten. Konkretisiert wird dieses Konzept in der regelrecht deökonomisierten Stadt Gera in Thüringen. Gera kann als exemplarisch für das typische ostdeutsche Wendeschicksal gelten (vgl. Hannemann 2003): Zu DDR-Zeiten von einer normalen deutschen Industriestadt zur sozialistischen Großstadt, also Bezirks- und Industriestadt, aufgeblasen mit Neubaustadtteilen für die Belegschaften von VEB und Kombinat, Maschinenbau- und Textilindustrie. Uranbergbau und Elektrotechnik/Elektronik vervollständigten die Wirtschaftsstruktur (vgl. Göschel 1984: 148f.), die das Selbstbild bis weit nach der Wende prägen sollte: Gera die führende und prosperierende Stadt in Ostthüringen. Heute ist diese Struktur eliminiert. Gera verlor den Status als „Bezirkshauptstadt“ und von der Industrie sind lediglich Rudimente erhalten. Die Stadt leidet unter einer geringen Erwerbsquote, beständiger Abwanderung, demografischer Alterung. Die Schärfe der Problematik zeigt sich an den sinkenden Einwohnerzahlen: 1990 hatte die Stadt 130.000 Einwohner, heute sind es trotz vieler Eingemeindungen nur noch 105.493 (Gera 2004). Gleches oder Ähnliches muss für die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Städte und auch von altindustriell geprägten Städten Westdeutschlands – bspw. Bremerhaven, Gelsenkirchen, Völklingen und Selb – konstatiert werden.

Stadtentwicklung ist heute durch Wachstum und Schrumpfung, durch dynamische Innovationen und Innovationsblockaden, durch Integration und Exklusion, durch zentrifugale und zentripetale Kräfte gekennzeichnet. Es zeigen sich sehr deutliche Differenzen und zum Teil auch Polarisierungsprozesse zwischen wachsenden westdeutschen und schrumpfenden ostdeutschen Großstädten, zwischen schrumpfenden Industriestädten im Ruhrgebiet oder im Saarland und dynamischen Dienstleistungsmetropolen wie München, Köln oder Hamburg. Entsprechend polarisierte Entwicklungsmuster gibt es nach wie vor zwischen Kernstädten und Umlandgemeinden oder zwischen schrumpfenden Kleinstädten

in peripheren Regionen und expandierenden Kleinstädten in den großen Verdichtungsräumen. Während es für die Steuerung von Stadtwachstum ein mehr oder weniger ausgefeiltes Instrumentarium gibt, wird angesichts des relativ neu wahrgenommen Phänomens der Schrumpfung um gesellschaftliche und planerische Bewältigungsstrategien gerungen. Eine Entwicklung, die zwar historisch „schon immer“ auf Städte und Region zutraf, aber erst seit kurzem politisch und wissenschaftlich nicht mehr ignoriert wird: „Die neue Herausforderung heißt Umgang mit Schrumpfung“ (BMVBW 2000: 66), so der Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“, erarbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im November 2000. Und erst seit diesem Zeitpunkt werden nunmehr Möglichkeit und Notwendigkeit urbaner Rückbildungsprozesse diskutiert. Im Falle Ostdeutschland konzentriert sich die Debatte um „schrumpfende Städte“ auf der politischen Ebene aktuell auf das von der Bundesregierung aufgelegte Programm „Stadtumbau-Ost“, in dessen Kontext von 262 Städten integrierte Stadtentwicklungskonzepte als Voraussetzung der Förderung von Rückbau und Abriss erarbeitet wurden. Das Programm ist wesentlich auf wohnungswirtschaftlichen Druck entstanden. Der Diskurs dazu folgt – stark vereinfacht – der Formel: Bevölkerungsrückgang = Leerstand = „Platte“ = Rückbau (Abriss). Durch seine Ausrichtung auf integrierte Stadtentwicklungskonzepte werden städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Belange auf das Engste miteinander verknüpft. Dies könnte zu einem für Deutschland neuen Niveau der Durchdringung von Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft führen. Die Brisanz der städtischen Schrumpfungsprozesse evozierte Anfang 2002 die politisch-administrative Ausweitung des Problemfeldes auch auf die alten Länder. Die Mittel der Städtebauförderung wurden neu strukturiert, sodass erstmals auch Förderungen für den „Stadtumbau-West“, hier für 11 ausgewählte Städte, zur Verfügung stehen. Die Bund-Länder-Programme Stadtumbau Ost und West sind somit ein erster Versuch, die anspruchsvolle gesellschaftliche Aufgabe der Gestaltung von Schrumpfungsprozessen zu instrumentieren.

Neben diesen Programmen gibt es weitere Projekte, die sich dieser neuen Dimension von Stadtentwicklung widmen. Für den kulturell-gesellschaftlichen Diskurs ist hier das Projekt „Shrinking Cities“ der Bundeskulturstiftung zu nennen, das als Erstes im Programm „Kunst und Stadt“ initiiert wurde. In diesem Kontext wird über die Bewältigung von Wohnungsleerstand als wohnungswirtschaftlichem Problem hinaus, die kulturelle Dimension des Schrumpfens erforscht, um „innovative Modelle oder gar Visionen für den Umgang mit schrumpfenden Städten zu entwickeln“ (Völkers/Fahrenholz 2004: 10).

Reagrarisierung – durchaus inspiriert von den einst versprochenen blühenden Landschaften – lautet die Grundidee einer der siegreichen Wettbewerbsbei-

träge, der im Rahmen des Projektes „Shrinking Cities“ die Jury des internationalen Ideenwettbewerbs „Schrumpfende Städte – Die Stadt neu denken / Shrinking Cities – Reinventing Urbanism“ im Oktober 2004 überzeugen konnte. Auch die anderen Preisträger der 312 ursprünglichen Wettbewerbsvorschläge – z.B. vorstädtische Reihenhäuser in der Downtown von Detroit oder als Kuhweiden genutzte innerstädtische Brachflächen (der Kuhmist wäre dann nützlich als Grillbrikett) (vgl. archplus 2005) – versuchen im Wesentlichen durch unkonventionelle und paradoxe Interventionen Lösungen für ein Problem zu entwickeln, dass, so die Jury in ihrer Erklärung zur Preisbegründung, das Denken und Wissen über Stadtentwicklung prinzipiell verändert: „Der gegenwärtige internationale Prozess des Schrumpfens der Städte stellt radikal die Geschäftsgrundlagen der traditionellen Disziplinen der Raumgestaltung, Architektur und Stadtplanung in Frage.“ (Jury 2004) Die Präferenz der Jury für paradoxe Radikalität lässt sich nur vor dem Hintergrund dieses paradigmatischen Statements erklären. Welche konkret empirische Handlungsrealität solche Konzepte haben – Pilze, Kühe, Vögel statt Arbeitsplätze – muss natürlich offen bleiben. Wichtig ist, dass hier eine Diskursebene eingeschlagen wird, die weit über politisch-administrative Programmatiken des „Stadtumbaus“ hinausgeht. In diesem Sinne erfolgte die Einwerbung der Schwerpunkttexte für dieses Jahrbuch: Nicht Stadtumbau und Plattenabriss bestimmen die Inhalte, sondern übergreifende Analysen zur Problematik „schrumpfender Städte“.

So publizieren Jörg Pohlan und Jürgen Wixforth in diesem Jahrbuch einen Aufsatz, der den kombinierten Einfluss demografischer und sozioökonomischer Entwicklungsdynamiken auf die Finanzlagen der kreisfreien Städte untersucht. Sie zeigen, dass die fiskalische Situation für die Städte und Gemeinden besonders dann problematisch wird, wenn neben der absoluten Schrumpfung der Bevölkerungszahl noch weitere strukturelle Benachteiligungen hinzutreten: Durch kumulierte Effekte von Bevölkerungsverlusten, Überalterung der Bevölkerung, Beschäftigungsrückgang, Arbeitslosigkeit und geringer Wirtschaftsdynamik entsteht ein fast unaufbrechbarer „Circulus vitiosus“. In diesem „Teufelskreis“ spielen die finanziellen Haushaltsslagen eine zentrale Rolle, da durch die genannten Entwicklungen und ein auf Wachstum ausgelegtes (Gemeinde-)Finanzsystem die Finanzkraft der Städte und Gemeinden in dem Maße geschwächt wird, in dem sie der Gelder zur Gegensteuerung besonders bedürften. Die Ergebnisse verweisen – wieder einmal – auf den akuten Reformbedarf des Gemeindefinanzsystems.

Der Stadtplaner und Historiker Carsten Benke zeigt in seinem Beitrag welche „Normalität“ Schrumpfungsprozesse im der Genese des europäischen Städtesystems hatten. Dieser Pfad von Stadtentwicklung lässt sich sowohl in allgemeinen Krisensituationen als auch in Phasen der demografischen Expansion wie

der Industrialisierung verfolgen. Urbane Schrumpfungen wurden historisch durch politische Krisen, wirtschaftliche Umbrüche, Katastrophen und die Abkoppelung von Modernisierungsvorgängen ausgelöst. Die Folgen der Schrumpfungsprozesse beschränkten sich nicht auf den Einwohnerrückgang, sie veränderten auch die bauliche Gestalt, die kulturelle und wirtschaftliche Differenziertheit und die Stellung der Stadt im Städtesystem. Allerdings blieb der Untergang einer Stadt auch bei sehr langfristigen Schrumpfungsvorgängen eine große Ausnahme. Zivile Wüstungsprozesse von Städten sind bisher unbekannt. In der Regel konnten die Stadtgesellschaften auf die Krisen durch lokale Initiativen reagieren, indem tradierte Potenziale wieder belebt wurden oder eine neue Spezialisierung im Städtesystem gefunden wurde. In Unterschied zur jetzigen Situation, wie z.B. in Ostdeutschland, betraf das Schrumpfen einzelner Städte nicht eine großflächige Region. In regionaler Nähe entstanden häufig prosperierende Städte auf deren Bedarfe sich die prekären Städte einstellten und als Provinz bzw. kleinstädtisches Hinterland eine neue Rolle – wenn auch in Abhängigkeit von den industriellen „Hauptstädten“ – gewinnen konnten. Wichtig waren hierbei aber auch externe Impulse durch Zuwanderungen und staatliche Förderung. Subventionierung erscheint selbst aus historischer Perspektive unumgänglich, wenn das Überleben von „überflüssigen Städten“ (Kil 2001) auch nur annähernd gesichert werden soll.

Der Beitrag von *Birgit Glock* widmet sich einem weiteren, in der bisherigen Diskussion zur Schrumpfung und zum Stadtumbau sehr wenig erforschten Themenfeld: Der Politik von schrumpfenden Städten. Auf der Basis einer empirischen Analyse in Duisburg und Leipzig untersucht sie, wie die Städte auf den Wechsel von Wachstum auf Schrumpfung in der Stadtentwicklung reagieren. Beide Städte haben, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und durch verschiedene Ursachen bedingt, Einwohner und Arbeitsplätze verloren. Es wird gezeigt, dass für den unterschiedlichen Umgang mit städtischen Schrumpfungsprozessen nicht nur die in den Städten vorgefundenen spezifischen Akteurskonstellationen ausschlaggebend sind, sondern ebenso die unterschiedlichen Handlungsorientierungen der Akteure.

Schrumpfungsprozesse haben für die betroffenen Städte weitreichende Folgen, die auf der Ebene der Quartiere die Lebenswirklichkeit der Bewohner verändern. In diesem Kontext untersucht *Bettina Schlomka* am Beispiel Halles Potentiale von Wohnungsbaugenossenschaften, Entwicklungen, die einem „Bottom-Up-Ansatz“ folgen, anzustoßen und/oder zu unterstützen. Die Voraussetzungen für ein Einwirken der Wohnungsgenossenschaften auf die Entwicklungen in den Quartieren bilden sich zum einen über ihre wirtschaftliche Stabilität und zum anderen über ein modifiziertes Selbstverständnis ihrer Rolle in der Stadt- und Quartiersentwicklung. Wohnungsgenossenschaften als kompetente

Partner in der Stadt- und Quartiersentwicklung zu begreifen, biete der Stadtplanung in schrumpfenden Städten, so Schlomka, eine Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten.

Der fünfte Beitrag zum Schwerpunktthema, den *Karina Pallagst* und *Thorsten Wiechmann* erarbeitet haben, behandelt Schrumpfungsprozesse in den USA. Aufgrund des gesamtstaatlichen Wachstums konzentriert sich, so die Darstellung der Autoren, die US-amerikanische Stadtplanung auf die Steuerung einer expansiven urbanen Entwicklung. Das Planungsparadigma der neunziger Jahre lautet „Wachstum“, wenn auch ökologisch modifiziert als „Growing Smart“. Das besondere Problem schrumpfender Städte wird dagegen von der amerikanischen Planungsdebatte nicht beachtet, obwohl in den USA in den 1990er Jahren 117 von insgesamt 922 Stadtregionen Bevölkerungsverluste hinnehmen mussten. Der Beitrag diskutiert vor diesem Hintergrund urbane Entwicklungsansätze in schrumpfenden US-amerikanischen Städten an den Beispielen Pittsburgh, St. Louis, Youngstown und Michigans „Cool Cities“-Initiative. In ihren Schlussfolgerungen entwickeln die Autoren eine Perspektive die die „Growing Smart“-Bewegung mit der Problematik schrumpfender Städte verknüpft.

In der Rubrik Analysen und Kommentare finden sich in diesem Jahrbuch drei Beiträge: *Karl-Heinz Reuband* stellt Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in vier Duisburger Stadtteilen unter dem Titel „Lebenslagen und Sozialkapital in sozial deprivierten Stadtteilen“ vor. Untersucht werden vier Stadtteile in Nordrhein-Westfalen auf der Basis repräsentativer Bevölkerungsumfragen. Die Mehrheit der Probanden lebe zwar gern in ihrer Stadt. Im Vergleich zu einer Befragung unter Düsseldorfern Einwohnern und anderen Erhebungen sei das Ausmaß an lokaler Identifikation jedoch in den vier Stadtteilen überall weniger intensiv ausgeprägt. Eine soziale Isolation der Befragten oder ein geringes Sozialkapital, gemessen an der Zahl sozialer Beziehungen, könne für die vier untersuchten Stadtteile nicht gesprochen werden. Soziale Unterprivilegierung, so Reuband, geht mit geringem Sozialkapital nicht notwendigerweise einher.

Der zweite Beitrag, der von *Ingo Siebert* erarbeitet wurde, thematisiert – leider hochaktuell – die zunehmende räumliche Verortung von rechtsextremen Kräften in Ostdeutschland. Rechtsextremismus in ostdeutschen Städten und Gemeinden habe eine spezifische Entwicklung seit der Wiedervereinigung erfahren: Dieser sei im Unterschied zu Westdeutschland stärker kulturell und sozialräumlich orientiert. In den 1990er Jahren haben sich die Strategien der organisierten Rechtsextremisten „modernisiert“ und es gäbe Anhaltspunkte für die Herausbildung von Orten, an denen sich rechtsextreme Einstellungen, Verhaltensweisen und Organisationsstrukturen konzentrieren und eine demokratische Stadtkultur beeinträchtigen. An diesen Orten entstehen, so Siebert, Nachbarschaften, die rechtsextreme Organisationsformen und rechtsextrem orientierte

Jugendkulturen mit spezifischen Raumaneignungspraxen verknüpfen. Gleichzeitig sei das Klima der sozialen Beziehungen in diesen Nachbarschaften vielfach durch Muster rassistischer Alltagsdeutung geprägt. Reaktionen kommunaler Akteure auf diese Entwicklungen wären bisher häufig auf Verdrängung, indirekte Begünstigung oder pädagogischen Aktionismus beschränkt. Andere Strategien lokaler Akteure dagegen betrachten Rechtsextremismus als Angriff auf die demokratische Stadtkultur und nehmen die gesamte Kommune zum Ausgangspunkt ihrer Gegenstrategien. Eine nachhaltige Stärkung von demokratischen Potentialen, so die Schlussfolgerung, könne nicht durch viele punktuelle und voneinander losgelöste Einzelaktivitäten erreicht werden, sondern verlange langfristig angelegte, integrierte lokale Handlungskonzepte. Die Erstellung von lokalen Aktionsplänen habe sich hier als ein hilfreiches Instrument herausgestellt.

Ein Kommentar von *Norbert Gestring* setzt sich kritisch mit der Debatte über Parallelgesellschaften auseinander, die nach der Ermordung Theo van Goghs in Amsterdam im Feuilleton überregionaler Zeitungen begann. Gestring formuliert hier erstens seine Kritik an der Auffassung, dass Pluralisierung Grundlagen urbaner Lebensweise in Frage stelle. Zweitens zeigt er, dass die Kritik an der institutionellen Vollständigkeit einer ethnischen Gemeinde verkennt, inwiefern dass institutionelle Vollständigkeit die Integration von Einwanderern erleichtern kann.

Wie jedes Jahrbuch, das ab dieser Ausgabe zweijährlich publiziert wird und ab dieser Nummer beim Verlag für Sozialwissenschaften erscheint, vervollständigen die Rubriken *Rezensionen* und *Dokumentation und Statistik* den Band.

Diesmal finden sich, auch geschuldet dem neuen zweijährigen Erscheinungsrhythmus, in der Rubrik *Rezensionen* 11 besprochene Neuerscheinungen aus allen Feldern der Stadtforschung, die 2003 und 2004 erschienen sind. Als Kriterien für die Auswahl der besprochenen Publikationen waren folgende Aspekte ausschlaggebend: Zum einen sollte es sich um Titel mit aktuellem Erscheinungsjahr handeln, und zum zweiten sollte der Blick auf das Spektrum der Stadt- und Regionalforschung sich nicht nur auf den deutschsprachigen Raum beschränken. Da die Rubrik *Rezensionen* ein wichtiger Serviceteil des Jahrbuches ist, sind Vorschläge für zu besprechende Bücher wie auch Angebote, Besprechungen zu übernehmen, bei der Redaktion hoch willkommen. Für das nächste Jahrbuch kämen hierzu Publikationen von 2005 bis 2007 in Frage.

Die Rubrik *Dokumentation und Statistik* enthält „wie immer“ das „Monitoring der Städte und Regionen“, welches verdienstvoller Weise wieder von *Jörg Pohlan* erarbeitet wurde. Es behandelt diesmal die Entwicklung von Landkreisen und kreisfreien Städten in fünf ausgewählten Themenbereichen: Bevölkerung (hier auch Prognosen bis 2020), Flächen- und Siedlungsentwicklung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft sowie Finan-

zen. Seit Mitte der 1990er Jahre, so das Ergebnis der detaillierten Untersuchung, ist für die Bundesrepublik Deutschland eine Zunahme der Ost-West-Disparitäten sowie eine tendenzielle Zunahme des Süd-Nord-Gefälles zu konstatieren. Generell zeigen sich die größten Probleme und Herausforderungen in den Kernstädten der Stadtregionen, vor allem in den jungen Bundesländern. Viele dieser Städte sind gekennzeichnet durch zum Teil gravierende Bevölkerungsverluste, eine zunehmende Alterung der Bevölkerung, hohe Arbeitslosigkeit (insbesondere auch der Langzeitarbeitslosigkeit) und eine hohe Konzentration von Bevölkerung, die auf Sozialhilfe angewiesen ist. Allerdings seien, so Pohlan, für den Untersuchungszeitraum verschiedene Trendbrüche bei der Bevölkerungs- und Beschäftigtendynamik zu Gunsten der Kernstädte und zu Ungunsten der Randkreise zu beobachten.

Das Jahrbuch bietet somit nicht nur Aufsätze zu hochaktuellen Themen, sondern auch den Service einer komprimierten Zusammenfassung wichtiger räumlicher Entwicklungstrends in Deutschland. Alle, die die Mühe kennen, solche Daten zu recherchieren und zusammenzuführen, werden dies sehr zu schätzen wissen.

Für die Redaktion, Christine Hannemann

Literatur

- archplus (2005): Zeitschrift für Architektur und Städtebau Nr. 173. Shrinking Cities – Reinventing Urbanism.
- BMVBW (2000): Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“. Berlin.
- Gera (2004): Webseite der Stadt Gera. Rubrik: Meine Stadt/Zahlen und Fakten. <http://www.gera.de/sixcms/detail.php/4963>: 11.7.2005.
- Göschel, Heinz (Hrsg.) (1984²): Städte und Wappen der Deutschen Demokratischen Republik. Leipzig: VEB Bibliographisches Institut.
- Hannemann, Christine (2003): Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum. In: APZG B28/2003, S. 16-23.
- Jury (2004): Erklärung der Jury zur Entscheidung des Wettbewerbs. http://www.shrinkingcities.com/index.php?id=227&type=98&L=&no_cache=1: 11.7.2005.
- Kil, Wolfgang (2001): Überflüssige Städte? Über den Leerstand in ostdeutschen Städten. In: db - deutsche bauzeitung H. 6, S. 58-63.
- Touché, Johannes; anschlaege.de (2005): Bau an! In: archplus 173: Shrinking cities Reinventing Urbanism, S. 44-47.

Völckers, Hortensia; Farenholtz Alexander (2004): Grußwort. In: Oswald, Philipp (Hg.): Schrumpfende Städte, Band 1 – Internationale Untersuchungen. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz, S. 10-11.

Schwerpunkt: Schrumpfende Städte

Schrumpfung, Stagnation und Wachstum – Auswirkungen auf städtische Finanzlagen in Deutschland

Jörg Pohlan und Jürgen Wixforth¹

Zusammenfassung: Der vorliegende Beitrag untersucht den Einfluss demographischer und sozioökonomischer Entwicklungsdynamiken auf die Finanzlagen der kreisfreien Städte. Es wird gezeigt, dass die Situation für die Städte und Gemeinden besonders dann problematisch wird, wenn neben der absoluten Schrumpfung der Bevölkerung noch weitere strukturelle Benachteiligungen hinzutreten. Sind etwa Städte gleichzeitig von der Kombination ungünstiger Strukturen und Entwicklungen betroffen, wie lang andauernde und erhebliche Bevölkerungsverluste, eine Überalterung der Bevölkerung, eine negative Beschäftigtenentwicklung bei gleichzeitig hoher und zunehmender Arbeitslosigkeit, geringe Wirtschaftskraft und unterproportionales Wachstum, so entsteht durch die kumulierten Effekte ein regelrechter „Circulus vitiosus“. In diesem „Teufelskreis“ spielen die finanziellen Haushaltslagen eine zentrale Rolle, da durch die genannten Entwicklungen und ein auf Wachstum ausgelegtes (Gemeinde-)Finanzsystem die Finanzkraft der Städte und Gemeinden in dem Maße geschwächt wird, in dem sie der Gelder zur Gegensteuerung besonders bedürften. Die Ergebnisse verweisen auf den akuten Reformbedarf des Gemeindefinanzsystems.

1 Einführung: Unterschiedliche Entwicklungsdynamiken und städtische Finanzlagen

In jüngerer Zeit hat sich die fiskalische Situation für zahlreiche Städte und Gemeinden dramatisch zugespielt und es wird eine – lokal und regional differenzierte – starke und zunehmende Finanzkrise attestiert (Junkernheinrich 2003: 425). Dabei ist die finanzielle Ausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften materielle Grundlage ihres in Artikel 28 (2) des Grundgesetzes verankerten Rechts auf Autonomie und sie stellt zudem die notwendige Voraussetzung für die politisch-administrative Handlungsfähigkeit dar. Auch gilt die „Gleichwer-

¹ Besonderer Dank gilt Martin Albrecht für die beherzte Unterstützung bei der Aufbereitung und Darstellung des empirischen Materials.

tigkeit der Lebensverhältnisse“ in der Bundesrepublik Deutschland als hochrangiges Ziel der Raumentwicklungs politik (vgl. BMVBW; BBR 2004: 11). Jedoch weichen inzwischen Einnahmемöglichkeiten, Ausgabenbedarfe und Haushaltslagen einzelner bezüglich ihrer Funktion und Größenordnung vergleichbarer Städte und Gemeinden z.T. beträchtlich voneinander ab.

Verschiedene Ursachen führten bereits seit den 1980er Jahren für eine Reihe von Kommunen zu krisenhaften Haushaltslagen, die nicht nur konjunkturell, sondern vor allem strukturell bedingt waren und sind (vgl. hierzu und im Folgenden Junkernheinrich 2003: 425f. sowie Pohlan 1997: 19f.). Die Gründe auf der *Ausgabenseite* liegen zum einem großen Teil in den wachsenden Finanzbedarf en durch vielfältige von Bund und Ländern auferlegte zusätzliche Auf- und Ausgabenbelastungen. Das unterproportionale Wachstum auf der *Einnahmeseite* wurde im Wesentlichen durch steuer- und finanzpolitische Maßnahmen von Bund und Ländern, wirtschaftstrukturelle Krisen sowie Stadt-Umland-Wanderungen erklärt (vgl. Junkernheinrich; Micosatt 2004; Mäding 2004a). Seit 1990 kamen die beträchtlichen Finanzierungslasten durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hinzu. In jüngerer Zeit werden zudem auch die Auswirkungen des demographischen Wandels – als dessen Bestimmungsgründe Alterung, Zuwanderung, ethnische und religiöse Ausdifferenzierung, Heterogenisierung der Familien- und Lebensstile, Zunahme an Ein-Personen-Haushalten zu nennen sind – auf die kommunalen Haushalte diskutiert (vgl. Mäding 2004b).

Die Entwicklungen in Deutschland

Bucher et al. beschreiben die *räumliche Dimension des demographischen Wandels* wie folgt:

„Alle Ursachen der Bevölkerungsdynamik zeigen regionale Unterschiede. Ergebnis ist ein sehr komplexes regionaldemographisches Geschehen mit gleichzeitig konträren Entwicklungen. Denn was sich in der gesamträumlichen Betrachtung der Bundesrepublik Deutschland wie ein stetiger Prozess des Umkippons von Bevölkerungswachstum zur Abnahme darstellt, ist auf der regionalen Ebene der Kreise ein Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung.“ (2004: 109)

Dabei stellt sich die Situation in *Westdeutschland* gegenwärtig so dar, dass von Schrumpfungsprozessen fast ausschließlich die alten Industrie- und Werftenstädte sowie Städte in peripheren Lagen betroffen sind, wie z.B. die Städte des Ruhrgebiets, Wilhelmshaven und Bremen sowie Städte im ehemaligen Zonenrandgebiet (vgl. Goberbauer; Karsten 2003).

Anders ist die Situation jedoch in *Ostdeutschland*: Dort haben die Städte und Gemeinden in den letzten Jahren aufgrund der Transformation von der Plan- in eine Marktwirtschaft eine ökonomische Umbruchssituation erlebt, die mit regelrechten Deökonomisierungsprozessen, hoher Arbeitslosigkeit und hohen Abwanderungsraten verbunden ist (vgl. Hannemann; Läpple 2004; Gatzweiler et al. 2003).

Wie sich aus dieser derzeitigen Situation heraus die Städte und Regionen in der Bundesrepublik Deutschland *zukünftig* entwickeln werden, ist aktuell in verschiedenen Studien prognostiziert worden (vgl. beispielhaft Kröhner et al. 2004). Die Ende 2003 vom Statistischen Bundesamt vorgelegte 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung geht bei der mittleren Variante (jährliche Zuwanderung von 200 000 Ausländern²) von einer Bevölkerungsabnahme bis 2050 um etwa 7 Mio. Menschen aus. Einigkeit besteht darüber, dass die (Um-)Verteilung der Bevölkerung und auch der Beschäftigung aufgrund verschiedener soziokultureller und ökonomischer Bestimmungsgründe des demographischen Wandels eigene räumliche Muster der Struktur und Entwicklung aufweisen und langfristig die demographische Entwicklung in Deutschland prägen werden. Insgesamt werden sich die Prozesse des demographischen Wandels in den Regionen Deutschlands mit z.T. erheblich unterschiedlicher Intensität und Ausrichtung vollziehen, zudem treten die Entwicklungen auch zeitlich versetzt auf. Es kommt somit zukünftig zu einer (verstärkten) Herausbildung von Wachstums- und Schrumpfungsinseln.

Schrumpfung und kommunale Finanzen

Insbesondere lang andauernde „Schrumpfungsprozesse“ der Bevölkerung und der Wirtschaft führen zu problematischen Entwicklungen der Haushaltslagen von Städten und Gemeinden. Dabei sind die spezifischen Auswirkungen selektiver Prozesse des demographischen Wandels – wie etwa des Rückgangs der Bevölkerungszahl – auf die Einnahmen einer Stadt methodisch äußerst schwer isoliert zu erfassen und in der Wissenschaft umstritten (vgl. etwa Mäding 2004b: 88ff.). Jedoch werden spätestens dann die negativen Effekte auf die kommunale Finanzsituation deutlich, wenn die Ausgabenseite mit betrachtet wird. Mäding nennt diesem Zusammenhang vier wesentliche Komponenten, die sich ungünstig für die Haushaltslage der betreffenden Kommune auswirken (können):

2 Die mit den Annahmen für derartige Prognosen verbundenen Unsicherheiten lassen sich an folgendem Beispiel zeigen: Nach eigenen Berechnungen betrug die jährliche Nettozuwanderung von Ausländern in die Bundesrepublik im Zeitraum von 1995 bis 2002 im Durchschnitt lediglich 108 000 Personen (Quelle: SÄBL 2004).

„1. Ausgabenremanenz³ bei rückläufiger Bevölkerung, 2. steigende Ausgaben pro Kopf wegen der Effekte der demographischen Strukturwandlungen (Alterung, Heterogenisierung, Vereinzelung), 3. Zusatzausgaben wegen der Effekte der Binnenwanderung (Ost-West, Suburbanisierung), 4. Zusatzausgaben einer „übermäßigen“ Attraktivitätspolitik bei einer „ruinösen“ Konkurrenz um Einwohner.“ (Ibd.: 84).

Im vorliegenden Beitrag wird gezeigt, dass die Situation für die Städte besonders dann problematisch wird, wenn neben der absoluten Schrumpfung der Bevölkerung noch weitere strukturelle Benachteiligungen hinzutreten. Sind etwa Gemeinden oder Städte gleichzeitig von der Kombination ungünstiger Strukturen und Entwicklungen betroffen, wie

- lang andauernde und erhebliche Bevölkerungsverluste,
- eine Überalterung der Bevölkerung durch Wegzug junger – und häufig gleichzeitig besser qualifizierter – Bevölkerungsgruppen und eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung,
- eine negative Beschäftigtenentwicklung bei gleichzeitig hoher und zunehmender Arbeitslosigkeit,
- geringe Wirtschaftskraft und unterproportionales Wachstum,

so kann durch die kumulierten Effekte ein regelrechter „Circulus vitiosus“ entstehen (Häußermann; Siebel 2004). In diesem „Teufelskreis“ spielen die finanziellen Haushaltsslagen eine zentrale Rolle, da durch die o.g. Entwicklungen und ein auf Wachstum ausgelegtes (Gemeinde-)Finanzsystem⁴ die Finanzkraft der Städte und Gemeinden in dem Maße geschwächt wird, in dem sie der Gelder zur Gegensteuerung besonders bedürften.

3 Unter „Remanenzkosten“ werden zurückbleibende und nicht an eine schrumpfende Bevölkerung ohne Weiteres anpassbare Ausgaben verstanden. Beispielhaft zu nennen sind die Kosten für bestimmte Infrastrukturen, wie etwa für das Abwassersystem. (Anmerkung J.P.)

4 Sowohl die Zuteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer als auch der kommunale Finanzausgleich beziehen sich auf die Einwohnerzahl. Bei einem Bevölkerungsverlust werden somit rückläufige Bedarfe unterstellt, während unverändert fortbestehende zentralörtliche Funktionen und Remanenzkosten systemimmanent keine Berücksichtigung finden können (vgl. Junkernheinrich; Micosatt 2004: 26f.). Allerdings werden durch die Art der Berechnung bei der Ermittlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer Bevölkerungsveränderungen erst mit fünf bis sieben Jahren Verzögerung wirksam, so dass schrumpfenden Gemeinden bei dieser Steuerart eine gewisse „Schonfrist“ gewährt wird.

Fragestellung und Aufbau des Beitrages

Im Folgenden werden die Finanzlagen der kreisfreien Städte in Deutschland unter unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen analysiert. Die zentrale These ist, dass das deutsche System der öffentlichen Finanzen und Aufgabenteilung unter den gegenwärtigen demographischen und sozioökonomischen Bedingungen zu erheblichen Disparitäten zwischen unterschiedlichen Stadttypen führt. Dies führt für einige besonders negativ betroffene Städte zu krisenhaften Finanzsituationen, die in einem „Circulus vitiosus“ münden.

Im Einzelnen sollen vier Fragenkomplexe einer empirischen Überprüfung unterzogen werden:

- Welche Typen von Städten lassen sich bezüglich ihrer aktuellen demographischen und sozioökonomischen Struktur und Dynamik identifizieren?
- Wie stark sind die Steuereinnahmedisparitäten zwischen den unterschiedlichen Stadttypen ausgeprägt und haben sie sich im Zeitablauf verstärkt oder abgeschwächt?
- Welche Anpassungsreaktionen sind auf der städtischen Ausgabenseite bei den Personal-, Sozial- und Investitionsausgaben zu beobachten?
- Sind bei den von kombinierten Schrumpfungsprozessen betroffenen Städten besonders ungünstige Finanzlagen zu identifizieren?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden – im Anschluss an einige methodische Anmerkungen (Abschnitt 2) – zunächst die Ergebnisse einer Typisierung der kreisfreien Städte auf der Basis ausgewählter demographischer und sozioökonomischer Struktur- und Entwicklungsindikatoren vorgestellt (Abschnitt 3.1), um dann das Niveau und die Entwicklung der fiskalischen Disparitäten in ausgewählten extremen Stadttypen zu untersuchen (Abschnitt 3.2). Im 4. Abschnitt werden die Ergebnisse zusammengefasst und diskutiert.

2 Methodische Grundlagen

Wie jede empirische Betrachtung steht auch eine Analyse kommunaler Finanzlagen vor einigen methodischen Abgrenzungsproblemen und der Frage, welche Methoden für die Beantwortung der Fragestellungen geeignet sind. So sind für die vorliegende Untersuchung im Einzelnen

- vergleichbare kommunale Untersuchungseinheiten auszusuchen,
- die Beobachtungszeitpunkte bzw. der Beobachtungszeitraum festzulegen,

- aussagekräftige finanzielle Eckdaten zu bestimmen und Kennziffern zu bilden sowie
- zweckmäßige statistische Verfahren für die Analysen auszuwählen.

Als *Untersuchungseinheiten* der quantitativen Analyse zur Typisierung dienen 111 bundesdeutsche kreisfreie Städte. Aus methodischen Gründen mussten von den insgesamt in der Bundesrepublik existierenden 118 kreisfreien Städten die Stadtstaaten und einige Sonderfälle von den Analysen ausgeschlossen werden.⁵ Der Ergebnisse der Untersuchung der Auswirkungen der Typenzugehörigkeit auf die Haushaltsslagen werden exemplarisch an Hand einer Auswahl von drei extremen Stadttypen mit insgesamt 22 Städten dargestellt.

Die Beschränkung auf die *kreisfreien Städte* war notwendig im Interesse einer möglichst einheitlichen und somit vergleichbaren Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenstruktur. So entfällt bei den kreisfreien Städten etwa die Kreisumlage.⁶ Außerdem erfüllen diese Städte alle Funktionen der lokalen Verwaltungsebene, d.h., sie nehmen sowohl Kreis- als auch Gemeindeaufgaben wahr.

Jedoch unterscheiden sich auch die kreisfreien Städte in ihren Funktionen und Aufgaben (d.h. in ihrem Finanzbedarf), was Vergleiche u. U. problematisch macht. Um diese Effekte möglichst gering zu halten, wurden für die Betrachtung der Finanzdaten die Städte entsprechend dem Homogenitätsprinzip nach ihrer Einwohnerzahl gruppiert (vgl. Zimmermann et al. 1987: 237ff.).

Die Auswahl der *Beobachtungszeitpunkte* wurde wesentlich von der Verfügbarkeit der für die Untersuchung ausgewählten Datenquellen bestimmt. Für die Abbildung der demographischen und sozioökonomischen Strukturen und Veränderungsprozesse wurden zentrale und möglichst aktuelle Indikatoren aus den Veröffentlichungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung

5 Der Ausschluss der untypischen Fälle Berlin, Hamburg, Bremen und Bremerhaven (Sonderstatus bzw. Stadtstaaten) ist dadurch bedingt, dass bei ihnen der ‚Gemeindeanteil‘ des Gesamthaushaltes z.T. nicht exakt zu bestimmen ist. Das Saarland hat keine kreisfreien Städte und musste daher ebenfalls unberücksichtigt werden. Auch Hannover wurde ausgeschlossen, da 2001 die Region Hannover als öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft gegründet wurde und seitdem viele der amtlichen Statistiken nicht mehr für die Kernstadt Hannover ausgewiesen werden. Die Region Hannover ist mit den übrigen kreisfreien Städten nicht vergleichbar. Eisenach besaß 1995 noch nicht den Status einer kreisfreien Stadt, so dass für diesen Zeitpunkt keine vergleichbaren Daten verfügbar sind, und wurde aus diesem Grund ebenfalls nicht in die Analysen einbezogen.

6 Zudem sind in den finanziellen Eckdaten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (vgl. SÄBL 2004) die Einnahmen der Landkreise nicht um die Kreisumlage bereinigt und diese ist auch nicht gesondert ausgewiesen. Diese spezifische Finanzierung im kreisangehörigen Raum kann nicht verrechnet werden, so dass auch kein methodisch einwandfreier Vergleich zwischen den Landkreisen und den kreisfreien Städten möglich ist.

(BBR 2005) herangezogen. Die Daten zu den Finanzen der Städte⁷ entstammen einer Gemeinschaftspublikation der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (SÄBL 2004). Beide Datenquellen verfügen bei den wesentlichen Indikatoren über Angaben zum frühesten Zeitpunkt für 1995 und als jüngsten für das Jahr 2002 – in einigen Fällen 2003⁸.

In einem ersten Analyseschritt wurden die 111 kreisfreien Städte einer *Typisierung* unterzogen, um unterschiedliche Entwicklungstypen zu identifizieren. Ziel war, die Vielzahl der Städte in wenigen – möglichst unterschiedlichen – Gruppen zu vereinen, wobei die jeweiligen Gruppen weitgehend homogene demographische und sozioökonomische Strukturen und Dynamiken aufweisen sollten. Mit der Auswahl der Indikatoren für diese Typisierung sollte dabei der „mehrdimensionale Prozess“ der Schrumpfung (Gatzweiler et al. 2003: 564) bzw. des Wachstums abgebildet werden, wobei vor allem davon ausgegangen wird, dass durch die Kumulation negativer Effekte insbesondere die Kombination von demographischer und ökonomischer Schrumpfung für die Städte zum Problem wird.

Die Einordnung der Städte erfolgte anhand der ausgewählten folgenden fünf *Indikatoren*⁹, von denen drei Entwicklungsvariablen sind und zwei Strukturdimensionen, die das Resultat vorangegangener Entwicklungen repräsentieren:

- Die *prozentuale Bevölkerungsentwicklung von 1995 bis 2002* dient der Abbildung der quantitativen Bevölkerungsentwicklung insgesamt. Es wird davon ausgegangen, dass bei langfristig rückläufiger Bevölkerung zum einen die Gesamteinnahmen der Stadt aus der Einkommensteuer und durch Zuweisungen sinken, gleichzeitig jedoch durch Ausgabenremanz die Pro-Kopf-Ausgaben für große Bereiche der Infrastruktur ansteigen (vgl. Mäding 2004b).
- Mit der *prozentualen Entwicklung der Zahl der Über-64-Jährigen von 1995 bis 2002* wird eine wesentliche strukturelle Komponente des demographi-

7 Die Angaben zu den Sozialausgaben sowie zu den Zinsausgaben wurden den Statistischen Jahrbüchern deutscher Gemeinden (DST 1996; DST 2003) entnommen, da diese Daten in der Gemeinschaftspublikation des Bundes und der Länder (SÄBL 2004) nicht ausgewiesen werden.

8 Verlaufsanalysen verweisen auf die sehr unterschiedlichen Phasen der Wirtschaftsentwicklung. Diese Verläufe können durch die beiden hier dargestellten Zeitpunkte 1995 und 2002 nur begrenzt erfasst werden. Von 1993 bis 1998 war die Wirtschaftsentwicklung durch eine rezessive Phase gekennzeichnet, der bis zum Jahr 2000 ein kurzer Aufschwung folgte. Danach schwächte sich das Wirtschaftswachstum wieder deutlich ab. Auf den Verlauf der Wanderungssalden der Bevölkerung wird in Abschnitt 3.1 kurz eingegangen.

9 Auf die Einbeziehung von Finanzdaten in die Typisierung wurde bewusst verzichtet, da es Ziel der Untersuchung ist, die Finanzlage in Abhängigkeit von Wachstums- bzw. Schrumpfungsprozessen zu untersuchen.

- schen Wandels, die regional und lokal unterschiedlich ausgeprägte Tendenz zur Alterung der Bevölkerung, berücksichtigt. Es wird unterstellt, dass bei einem hohen und wachsenden Anteil der älteren Bevölkerung zusätzliche Ausgabenbedarfe für infrastrukturelle Einrichtungen entstehen (vgl. Baum; Seitz; Worobjew 2002).
- Die *prozentuale Entwicklung der Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1995 bis 2002* spiegelt die Konsequenzen konjunktureller Entwicklungen sowie wirtschaftstruktureller Veränderungsprozesse wider. Die Zahl Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SV-Beschäftigten) hat direkt wesentliche Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen über die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer¹⁰ sowie indirekt über die Kaufkraft der Bevölkerung.
 - Die *Bruttonwertschöpfung in € je Einwohner (E.) 2002* dient als Indikator für die lokale Wirtschaftskraft. Die Wirtschaftskraft hat einen großen Einfluss auf die Steuereinnahmen der jeweiligen Stadt – insbesondere aus der Gewerbesteuer. In diesem Zusammenhang wird seit langem kritisiert, dass die wirtschaftliche Situation einer Stadt einen überproportional großen Einfluss auf die Steuereinnahmen ausübt (vgl. beispielhaft Junkernheinrich; Pohlan 1997; Zimmermann 1992). Die Haushaltssituation ökonomisch schwächer Städte wird außerdem zusätzlich dadurch erschwert, dass diese Städte oftmals einen höheren Anteil von Langzeitarbeitslosen aufweisen und daher höhere Sozialausgaben aufwenden müssen.¹¹ Somit ergibt sich ein diskriminierender Effekt der lokalen Wirtschaftskraft auf die städtischen Finanzaushalte.
 - Zur Abbildung der Konsequenzen der Langzeitarbeitslosigkeit wurde als fünfter Indikator die *Zahl der Sozialhilfeempfänger je 1 000 E. 2002* in die Typenbildung mit einbezogen. Mit dem Übergang von der Arbeitslosen- in die Sozialhilfe wurden zumindest bis 2004 (vgl. Fußnote 11) die finanziellen Lasten von der Bundes- auf die Gemeindeebene verlagert.

10 Bei der Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer werden nur die Steuerbeträge der Steuerpflichtigen (vor allem SV-Beschäftigte) bis zu einem Höchstbetrag berücksichtigt. Bei der Verteilung der Umsatzsteuer wird als eine wesentliche Komponente die Zahl der SV-Beschäftigten berücksichtigt (vgl. Rehm; Matern-Rehm 2003: 184ff.).

11 Ab 2005 soll durch die sog. Hartz-IV-Reform die Gemeindeebene entlastet werden, indem die meisten früheren Sozialhilfeempfänger seit diesem Jahr das Arbeitslosengeld (ALG) II beziehen. Dieses ALG II wird vom Bund bezahlt, während die Kommunen zu einem wesentlichen Anteil für die Unterkunft und Heizung der ALG-II-Empfänger aufkommen.

Als *Verfahren* zur Bildung der unterschiedlichen Städtypen auf der Basis der zuvor beschriebenen Indikatoren wurde die *Clusteranalyse*¹² gewählt. Dieses Verfahren ist sehr gut geeignet, um möglichst homogen Gruppen zu identifizieren, die sich wiederum möglichst deutlich voneinander unterscheiden. Die mit der Clusteranalyse ermittelte Typologie der kreisfreien Städte wurde in einem anschließenden Schritt mit einer *Diskriminanzanalyse* überprüft und korrigiert. Für die anschließende exemplarische Untersuchung der fiskalischen Auswirkungen der Gruppenzugehörigkeit wurden die Städte innerhalb der Gruppen aus den bereits erwähnten Gründen der Vergleichbarkeit nach Größenklassen differenziert betrachtet. Als Interpretationshilfe der Mittelwerte wurden mit den Indikatoren einfache *Varianzanalysen* durchgeführt.

Die *vergleichende Haushaltsanalyse* für die 111 kreisfreien Städte wurde anhand folgender *Indikatoren* vorgenommen:

- Steuern (differenziert nach Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital [1995] bzw. Gewerbesteuer nach Ertrag sowie Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer [2002], Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer und Grundsteuer B),
- Zuweisungen (differenziert nach allgemeinen Zuweisungen zuzüglich Umlagen sowie Investitionszuweisungen),
- Personalausgaben,
- Ausgaben für laufenden Sachaufwand,
- Ausgaben für soziale Leistungen,
- Investitionsausgaben und
- Zinsausgaben.

3 Empirische Ergebnisse

3.1 Typisierung der kreisfreien Städte

Als Ergebnis der Typisierung mit Hilfe der Clusteranalyse wurden sechs Städtypen gebildet, die im Folgenden kurz charakterisiert werden. Ein Blick auf Karte 1¹³ zeigt, dass mit Cluster 5 und 6 zwei „reine“ ostdeutsche Gruppierungen

12 Auf eine ausführliche Beschreibung der Theorie der Cluster- und im Folgenden auch angewandten Diskriminanzanalyse sowie Varianzanalyse, der methodischen Probleme sowie der Kritikpunkte kann im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nicht eingegangen werden. Als weiterführende Literatur sei beispielhaft auf die Publikationen von Bahrenberg et al. (1992) und Backhaus et al. (2003) verwiesen.

13 In der Karte sind die verschiedenen Cluster durch die Kombination von unterschiedlichem Symbol und Schraffur unterscheidbar (vgl. Legende). Dabei wurden die drei ausgewählten

identifizieren wurden. Mehrere ostdeutsche Städte wurden jedoch auch anderen Typen zugeordnet. In Cluster 1 und 3 sind überwiegend nord- und westdeutsche Städte zu finden, während in Cluster 2 und 4 die süddeutschen Städte dominieren. Diese grobe, großräumige Einordnung wird im Folgenden durch eine knappe Beschreibung und Interpretation der einzelnen Cluster ergänzt. Dazu wurde hauptsächlich auf die (gewichteten) Mittelwerte sowie die in der Tabelle nicht zusätzlich ausgewiesene Standardabweichungen der fünf in der Clusteranalyse verwendeten Variablen zurückgegriffen, um damit die Homo- bzw. Heterogenität innerhalb der Städtegruppen sowie die Unterschiede zwischen ihnen zu beschreiben (Tabelle 1). Darauf hinaus wurden an einigen Stellen als Interpretationshilfe noch weitere Indikatoren hinzugezogen, die demographische und sozioökonomische Zusammenhänge veranschaulichen.

Allgemein ist anzumerken, dass kein Städtecluster identifiziert werden konnte, in dem es ein *Bevölkerungswachstum* zwischen 1995 und 2002 gegeben hat. Doch zeigt die ergänzende Auswertung von Zeitreihen¹⁴ des *Wanderungssaldos* (Zuzüge abzüglich der Fortzüge), dass ab den Jahren 1997/98 für die kreisfreien Städte eine Trendumkehr zu beobachten ist. So wiesen seit 1999 die Cluster 2 und 4 positive Gesamtwanderungssalden auf, im Jahr 2001 war dies sogar für alle Cluster 1 bis 4 der Fall. In den ostdeutschen Städten gingen die Nettowanderungsverluste immerhin erheblich zurück. Die höchsten negativen Werte wurden für alle sechs Städtecluster 1997 bzw. 1998 identifiziert. Für die ostdeutschen kreisfreien Städte ging der negative Saldo im Durchschnitt von dem Maximum 1997 von -17,4 Personen je 1000 E. auf -3,5 im Jahr 2002 zurück.

Bei der Betrachtung der *Entwicklung der Bevölkerungszahl* zwischen 1995 und 2002 zeigt sich, dass zwei der sechs Städtegruppen stagnierten, alle übrigen schrumpften mehr oder weniger stark ausgeprägt (-2,9 bis -13,9%). Eine positive *Beschäftigtenentwicklung* konnte im Untersuchungszeitraum lediglich für zwei Städtegruppen (Cluster 3: +2,5%, Cluster 4: +3,5%) berechnet werden. Alle übrigen Cluster wiesen auch diesbezüglich unterschiedlich ausgeprägte Schrumpfungstendenzen auf (-2,8 bis -22,1%).

Die 11 Städte des *Clusters 1 – „wirtschaftsschwache und schrumpfende nordwestdeutsche Städte mit lang anhaltenden Arbeitsmarktproblemen“* – zeich-

Cluster mit der dunklen Schraffur belegt. Die Größenklassen sind über die Größe der Symbole zu identifizieren. Die für die Darstellung der Finanzanalysen ausgewählten drei Extremtypen der mittelgroßen Städte sind durch die Unterstreichung des Namens zu erkennen. Vgl. zur Interpretation der Karte auch Tabelle 1.

¹⁴ Für ausgewählte Indikatoren waren in der aktuellen Publikation des BBR (2005) für den Zeitraum 1995 bis 2002 Zeitreihen enthalten. Diese wurden für die Interpretation der Ergebnisse mit herangezogen, konnten jedoch aufgrund des für diesen Beitrag begrenzten zur Verfügung stehenden Umfangs nicht zusätzlich abgebildet werden.

nen sich mit -2,9% durch eine schrumpfende Bevölkerung aus. Auch die Zahl der SV-Beschäftigten nahm zwischen 1995 und 2002 um -6,1% deutlich ab. Die Bruttowertschöpfung (BWS) liegt mit 26 000 € je E. deutlich unter dem Durchschnittswert aller kreisfreien Städte von knapp 33 900 € je E. Als Folge lang anhaltenden Arbeitsmarktprobleme, liegt die Zahl der Sozialhilfeempfänger mit 72 je 1 000 E. deutlich über dem Durchschnitt (47 je 1 000 E.). Einzig die Zunahme der Zahl der älteren Bewohner über 65 Jahre liegt mit 5,3% vergleichsweise niedrig (Durchschnitt: 7,9%).

Die ergänzende Betrachtung der Entwicklung der Zahl der Sozialhilfeempfänger zeigt, dass die Städte in dieser Gruppe mit einem Anstieg von 21,1% zwischen 1995 und 2002 eine erheblich höhere Zunahme aufweisen, als die anderen „westdeutschen“ Cluster (2,0 bis 9,2%). Ebenso verhält es sich sowohl mit der Arbeitslosenquote (16%), berechnet als Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen, sowie deren Entwicklung im Untersuchungszeitraum (+3,3 %-Punkte). Auch bei diesen Indikatoren weist das Cluster „Spitzenwerte“ unter den „westdeutschen“ Gruppen auf.

Cluster 2 ist mit 42 Städten die größte Gruppe, die als „soziodemographisch begünstigte Städte mit Beschäftigungsabbau“ bezeichnet wird. Die Bevölkerungsentwicklung stagniert (-0,4%). Die Entwicklung der Zahl der Über-64-Jährigen ist mit 8,4% eher durchschnittlich ausgeprägt und mit 36 Sozialhilfeempfängern je 1 000 E. wird der niedrigste Wert aller Gruppen erreicht. Jedoch spiegeln sich diese vergleichsweise positiven soziodemographischen Ausprägungen nicht bei den ökonomischen Indikatoren wider: Die BWS liegt mit 28 300 € je E. deutlich unter dem Mittelwert aller hier betrachteten kreisfreien Städte (33 900 € je E.) und hat ein ähnlich niedriges Niveau wie Cluster 1. Die Zahl der SV-Beschäftigten ist zwischen 1995 und 2002 um -2,8% geschrumpft. Entsprechend hat sich die Arbeitslosenquote um 1,3%-Punkte erhöht, liegt 2003 mit 12,2% jedoch noch im Mittelfeld (Durchschnitt: 12,9%). Die Zunahme der Zahl der Sozialhilfeempfänger verlief mit +2,0% vergleichsweise moderat (Durchschnitt: +11,5%).

Karte 1: Die 6 Städtecluster

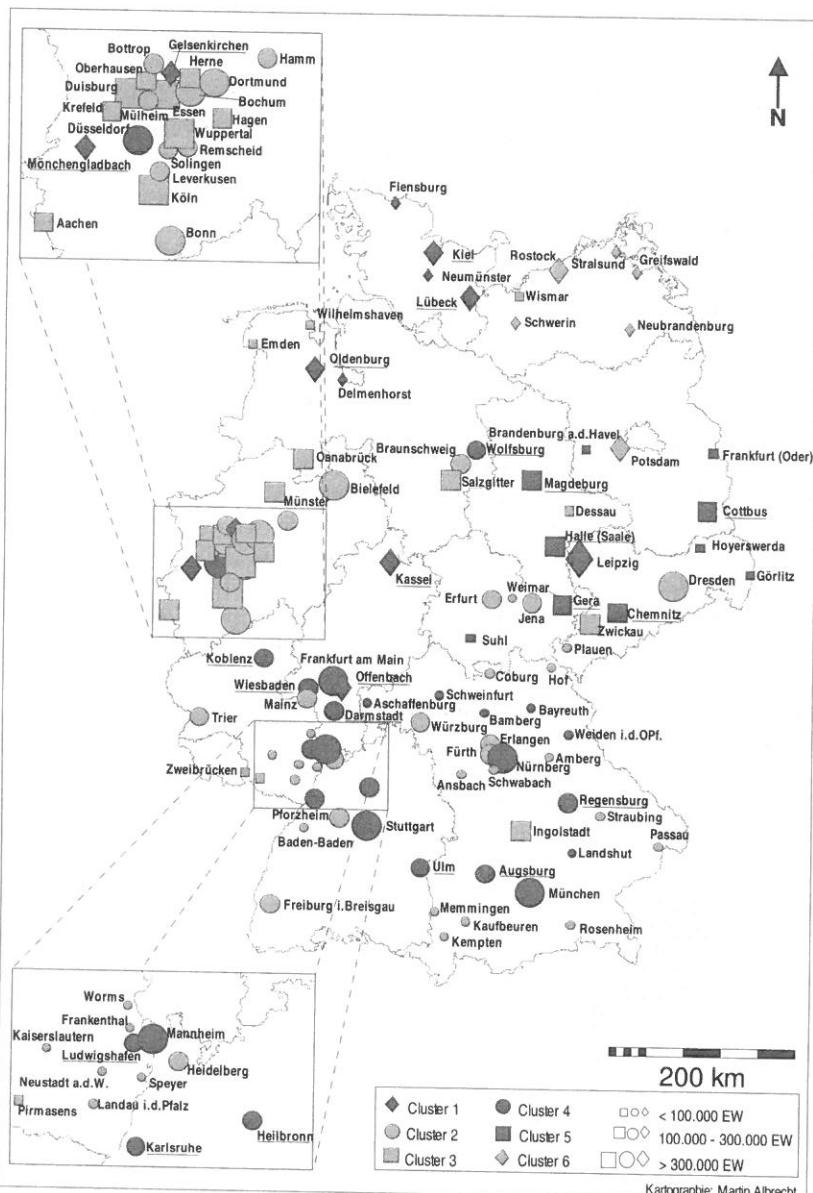


Tabelle 1: Die Ausprägungen der Indikatoren in den 6 Städteclustern

Stadttyp	Indikator	Anzahl der Städte	Bevölkerung Entwicklung 1995 - 2002 in %	≥65jährige Entwicklung 1995 - 2002 in %	SV Beschäftigte Entwicklung 1995 - 2002 in %	Bruttowertschöpfung in €/E. 2002	Sozialhilfeempfänger je 1 000 E. 2002
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend Tendenz	11	-2,9 ↘	5,3 ↑	-6,1 ↘	26 000 ↘	71,7 ↓	
C2: Demograph. begünstigt – Beschäftigtenabbau Tendenz	42	-0,4 ↗	8,4 →	-2,8 ↗	28 300 ↘	36,0 ↑	
C3: Schrumpfend – günstige Beschäftigtenentw. Tendenz	20	-2,9 ↘	7,9 →	2,5 ↗	29 300 ↘	53,2 ↘	
C4: Wirtschaftsstarken Städte – prosperierend Tendenz	22	0,0 ↗	5,0 ↑	3,5 ↑	49 700 ↗	45,7 ↗	
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen Tendenz	10	-13,9 ↓	14,5 ↓	-22,1 ↓	20 400 ↓	40,7 ↗	
C6: Ostd. Städte – Überalternd u. Arbeitsmarktprob. Tendenz	7	-11,0 ↓	32,4 ↓	-19,5 ↓	23 650 ↓	48,2 →	
Kreisfreie Städte insgesamt	111	-2,4	7,9	-1,8	33 900	47,2	

Anmerkung: Die Ausrichtung der Pfeile in fünf Abstufungen entspricht entweder Wachstum (moderat oder stark)/ Stagnation/ Schrumpfung (moderat oder stark) bzw. einer im Vergleich zum Durchschnitt der Städte relativ günstigen (moderat oder stark)/ durchschnittlichen/ ungünstigen (moderat oder stark) Ausprägung des Indikators.

Die 20 Städte des *Clusters 3 – „Bevölkerung schrumpfend bei vergleichsweise günstiger Beschäftigtenentwicklung“* – sind vor allem durch eine deutlich negative Bevölkerungsentwicklung von -2,9% gekennzeichnet. Dabei zeigt die ergänzende Betrachtung des Verlaufes des Gesamtwanderungssaldos, dass in dieser Gruppe die Entwicklung zudem seit 1999 bis 2002 unter den westdeutschen Städten am ungünstigsten verläuft. Es handelt sich um Städte, die 2002 im Durchschnitt die zweithöchste Wirtschaftskraft unter allen Clustern (BWS: rd. 29 300 € je E.) bei gleichzeitig leicht überdurchschnittlicher Zahl von Sozialhilfeempfängern (53 je 1 000 E.) aufweisen. Die Entwicklung der Zahl der Über-

64-Jährigen verlief mit +7,9% durchschnittlich. Die Zahl der SV-Beschäftigten nahm jedoch zwischen 1995 und 2002 um 2,5% zu.

Cluster 4 setzt sich aus 22 Raumeinheiten zusammen, bei denen es sich um „wirtschaftsstarken und prosperierenden Städte“ handelt, von denen sich der überwiegende Teil in Süddeutschland befindet. Die durchschnittliche Bevölkerungsentwicklung stagnierte zwischen 1995 und 2002. Die ergänzende Betrachtung der Zeitreihendaten zeigte für diese Städte jedoch seit 1999 bis 2002 deutlich positive Wanderungssalden. Die insgesamt stagnierende Bevölkerungsentwicklung ist somit im Wesentlichen auf die negativen Wanderungssalden 1995 bis 1998 sowie zu einem gewissen Anteil auch durch den kontinuierlich negativen natürlichen Bevölkerungssaldo zurückzuführen. Dabei weist allerdings dieser Städtecluster auch bezüglich des natürlichen Bevölkerungssaldos im Vergleich zu den anderen Gruppen die günstigsten Werte auf. Zudem wurde für diese Städtegruppe mit 3,5% der höchste Zuwachs an Beschäftigung ermittelt (Durchschnitt: -1,8%). Die lokale Wirtschaftskraft liegt mit einer BWS von nahezu 50 000 € je E. um fast 50% über dem Durchschnitt (33 900 € je E.). Darüber hinaus fand in diesem Stadtyp mit fast 22% das stärkste Wirtschaftswachstum¹⁵ im Untersuchungszeitraum statt (Durchschnitt: 18,2%). Die Arbeitslosenquote weist mit 9,7% den niedrigsten Wert auf (Durchschnitt: 12,9%). Auch verlief die Entwicklung der Zahl der Über-64-Jährigen mit +5% stark unterdurchschnittlich.

Im *Cluster 5* sind zehn „ostdeutsche Städte mit extremen und kumulierten Problemlagen“ zusammengefasst. Die Bevölkerung ist von 1995 bis 2002 mit fast -14% dramatisch zurückgegangen, wozu insbesondere die sehr hohen Abwanderungsraten beigetragen haben. Aber auch das natürliche Bevölkerungssaldo (Geburten abzüglich der Sterbefälle) wies 2002 mit -4,3 je 1 000 E. den mit Abstand höchsten negativen Wert aller Cluster auf (Durchschnitt: -1,9). Durch die Kombination der Prozesse, dass sich die Zahl der Über-64-Jährigen in der Zeit von 1995 bis 2002 um 14,5% erhöht hat und gleichzeitig vor allem die jüngeren Arbeit suchenden Menschen abwandern, weist dieser Cluster 2002 mit über 19% den höchsten Anteil an Einwohnern im Rentenalter auf (Durchschnitt: 18,3%). Im Jahr 1995 lag der Anteil der Über-64-Jährigen in dieser Städtegruppe noch unter 15%. Neben dieser ungünstigen demographischen Entwicklung verweisen aber auch die wirtschaftlichen Indikatoren auf erhebliche Probleme: Die BWS beträgt mit 20 400 € je E. nicht einmal zwei Drittel der durchschnittlichen

15 Grundsätzlich ist bei allen Entwicklungsvariablen in Preisen – d.h. auch bei den Finanzdaten – zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um das nominale, also nicht um das reale (inflationsbereinigte) Wachstum handelt. Nach dem Verbraucherpreisindex für die Bundesrepublik lag in der Zeit von 1995 bis 2002 die Teuerungsrate bei 10 % (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2004; Eigene Berechnungen).

Wirtschaftskraft (33 900 € je E.) und auch die Entwicklung zwischen 1995 und 2002 blieb mit 7,4% weit hinter der durchschnittlichen Dynamik (18,2%) zurück. Gleichzeitig ist auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Beobachtungszeitraum der sieben Jahre um über -22% drastisch geschrumpft. Entsprechend stieg die Arbeitslosenquote seit 1995 um 6,7 %-Punkte an und lag im Jahr 2003 bei knapp 21%. Relativ günstig stellt sich allein die Sozialhilfeempfängerichte dar, die 2002 bei 41 Personen je 1 000 E. lag, wobei jedoch die Zahl der Sozialhilfeempfänger seit 1995 um 60% angewachsen ist.

Cluster 6 setzt sich aus sechs „überalternden ostdeutschen Städten mit extremen Arbeitsmarktproblemen“ zusammen. Die Bevölkerungsentwicklung von 1995 bis 2002 ist mit -11% ebenfalls stark schrumpfend. Auch in diesem Cluster liegt der Hauptgrund in der Abwanderung¹⁶ der mobilen, erwerbsfähigen Personen, die bei einem Beschäftigeneinbruch von über -19% in den sieben Jahren von 1995 bis 2002 keine Erwerbsmöglichkeit finden. So liegt auch die Arbeitslosenquote in diesen Städten bei fast 19%. Die Sozialhilfeempfänger haben mit einem Niveau von 48 Personen auf 1 000 E. bereits einen überdurchschnittlichen Wert erreicht, wobei dieser sich seit 1995 mehr als verdoppelt hat. Die Zahl der Älteren über 65 Jahre hat sich von 1995 bis 2002 – bei vergleichsweise geringem Ausgangsniveau – mit über 32% stark erhöht.

3.2 Die Finanzlagen in ausgewählten Stadttypen

In Kapitel 3.1 wurden die unterschiedlichen Strukturen und Entwicklungen der kreisfreien Städte in sechs Stadttypen beschrieben. Für die weiteren Analysen der Auswirkungen der Gruppenzugehörigkeit auf die jeweiligen Finanzlagen wurden die Städte innerhalb der Cluster noch entsprechend dem Homogenitätsprinzip nach ihrer Einwohnerzahl gruppiert, um den unterschiedlichen Funktionen und Aufgaben mit den u.a. daraus resultierenden entsprechenden Finanzbedarf zu mindest näherungsweise Rechnung zu tragen (vgl. Kapitel 2). Dazu wurden die Städte in drei Größenklassen untergliedert: die „kleinen Städte“ (unter 100 000 E.), die „mittleren Städte“ (100 000 bis 300 000 E.) und die „großen Städte“ (über 300 000 E.). Zur Reduzierung der Komplexität werden im Folgenden nicht alle Cluster und Größenklassen beschrieben, sondern es werden beispielhaft drei extreme Stadttypen und darin die mittlere Stadtgrößenklasse¹⁶ vergleichend betrachtet.

16 Die mittlere Stadtgrößenklasse wurde ausgewählt, da bei den mittelgroßen Städten in jeder Vergleichsgruppe mindestens fünf Fälle existierten. Dagegen waren in Cluster 5 keine Großstädte über 300.000 E. enthalten und im Cluster 1 bei den kleineren Städten lediglich drei Fälle.

Dazu wurden zum einen die fünf mittelgroßen Städte des Clusters 5¹⁷ („Ostdeutsche Städte mit extremen kumulierten Problemlagen“) und zum anderen die zehn überwiegend süddeutschen „wirtschaftstarken und prosperierenden Städte“ des Clusters 4¹⁸ ausgewählt. Ergänzend hinzugezogen wird als weitere Variante Cluster 1¹⁹, in dem die westdeutschen sieben mittelgroßen Städte mit der ungünstigsten Entwicklung zusammengefasst sind („Wirtschaftsschwache und schrumpfende nordwestdeutsche Städte mit lang anhaltenden Arbeitsmarktproblemen“).

Steuereinnahmen und Zuweisungen

Die wichtigsten originären kommunalen Einnahmequellen sind der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Gewerbesteuer. Dabei zeigen sich für die Pro-Kopf-Beträge für alle untersuchten Steuereinnahmarten signifikante Unterschiede zwischen den Städtegruppen (vgl. Tabelle 2). Werden zunächst die Pro-Kopf-Beträge der gesamten Einnahmen aus *Steuern und steuerähnlichen Einnahmen* betrachtet, so erreichen 2002 die schrumpfenden Städte des Clusters 1 lediglich 71% (682 €) des Niveaus des prosperierenden Clusters 4 (955 €), Cluster 5 mit den Städten mit kumulierten Problemlagen sogar nur 39% (375 €). Diese unterschiedlichen Niveaus spiegeln sich auch in den Quoten der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen wider: Während diese im ostdeutschen Cluster 5 in 2002 knapp 17% beträgt, liegen die Quoten in den anderen Clustern mit 30 und 38% erheblich günstiger, was auch auf die dort entsprechend höhere Einnahmenautonomie hinweist. Für die westdeutschen Städtegruppen stagnierten die Pro-Kopf-Steuereinnahmen mit -0,1% (benachteiligte) bzw. die prozentuale Zunahme der 7,9% (begünstigte) lag niedriger als die Inflationsrate (10%). Somit mussten diese Städte reale Steuermindereinnahmen je Einwohner hinnehmen. Die überwiegend zu beobachtende positive Veränderung der Steuereinnahmequote ist dabei auf die gegenüber den Steuereinnahmen unterproportional wachsenden Gesamteinnahmen zurückzuführen.

Tabelle 2: Ausgewählte Einnahmen der extremen Cluster mittelgroßer Städte

	€/E. 1995	€/E. 2002	Differenz 1995-2002	Entwicklung 1995-2002 in %	Quote an Gesamteinnahmen 1995	Quote an Gesamteinnahmen 2002	Differenz der Quoten in %-Punkten
Steuern und steuerähnliche Einnahmen							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	683	682	-1	-0,1	29,2	29,9	0,7
C4: Wirtschaftsstarken Städte – prosperierend	885	955	70	7,9	36,2	38,1	1,9
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	289	375	86	29,8	13,0	16,8	3,8
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	304	283	-21	-6,9	13,0	12,4	-0,6
C4: Wirtschaftsstarken Städte – prosperierend	356	342	-14	-4,0	14,6	13,7	-0,9
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	152	105	-48	-31,2	6,8	4,7	-2,2
Gewerbesteuer (netto) inkl. Umsatzsteuer							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	259	252	-7	-2,6	11,1	11,0	0,0
C4: Wirtschaftsstarken Städte – prosperierend	398	442	44	11,0	16,3	17,6	1,3
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	78	144	66	84,1	3,5	6,5	2,9
Hebesatz zur Gewerbesteuer							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	425	439	14				
C4: Wirtschaftsstarken Städte – prosperierend	402	402	0				
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	388	416	28				
Grundsteuer B							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	104	133	29	27,7	4,4	5,8	1,4
C4: Wirtschaftsstarken Städte – prosperierend	118	148	30	25,4	4,8	5,9	1,1
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	51	97	46	91,1	2,3	4,3	2,1
Hebesatz zur Grundsteuer B							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	423	453	30				
C4: Wirtschaftsstarken Städte – prosperierend	364	389	25				
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	366	408	42				
Allgemeine Zuweisungen und Umlagen							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	402	488	87	21,5	17,2	21,4	4,2
C4: Wirtschaftsstarken Städte – prosperierend	243	296	53	21,6	10,0	11,8	1,9
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	796	746	-50	-6,3	35,7	33,4	-2,3

17 Cottbus, Chemnitz, Gera, Halle (Saale) und Magdeburg.

18 Augsburg, Darmstadt, Heilbronn, Karlsruhe, Koblenz, Ludwigshafen am Rhein, Regensburg, Ulm, Wiesbaden und Wolfsburg.

19 Gelsenkirchen, Kassel, Kiel, Lübeck, Mönchengladbach, Offenbach (Main), Oldenburg.

	€/E. 1995	€/E. 2002	Differenz 1995-2002	Entwicklung 1995-2002 in %	Quote an Gesamteinnahmen 1995	Quote an Gesamteinnahmen 2002	Differenz der Quoten in %-Punkten
Investitionszuweisungen							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	113	105	-9	-7,5	4,9	4,6	-0,3
C4: Wirtschaftsstarke Städte – prosperierend	71	70	-1	-1,0	2,9	2,8	-0,1
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	205	237	32	15,5	9,2	10,6	1,4
Gesamteinnahmen							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	2339	2282	-56	-2,4			
C4: Wirtschaftsstarke Städte – prosperierend	2446	2508	62	2,5			
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	2229	2235	6	0,3			

Für die ostdeutschen Städte zeigt sich dagegen im Untersuchungszeitraum eine vergleichsweise günstige Entwicklung der Pro-Kopf-Steuereinnahmen (+30%), wobei jedoch berücksichtigt werden muss, dass dieses Wachstum zum einen auf einem sehr geringen Ausgangsniveau stattgefunden hat und zum anderen durch die starken Bevölkerungsverluste sich auch bei stagnierenden oder unterproportional zurückgehenden Gesamteinnahmen die Pro-Kopf-Einnahmen entsprechend erhöhen. So hat auch die Gesamtsumme der den Städten zur Verfügung stehenden Einnahmen aus Steuern²⁰ zwischen 1995 und 2002 für die Gruppe der ostdeutschen Städte nominal – also noch nicht inflationsbereinigt – nur noch um 14% zugenommen; in Cluster 1 nehmen sie um über -2% ab und selbst bei den prosperierenden Städten liegen sie mit +8% unter der Teuerungsrate.

Die erheblichen Steuereinnahmedisparitäten sind zu einem wesentlichen Teil durch die unterschiedlichen Einnahmen aus dem *Gemeindeanteil an der Einkommensteuer* verursacht. Die Höhe dieser Einnahmen liegt je E. in den prosperierenden Städten mit 342 € um 21% über denen in Cluster 1 (283 €) und sogar um über dreimal so hoch, wie in den benachteiligten ostdeutschen Städten (105 €). Die Veränderungsrate ist bei allen Gemeindetypen negativ, was zu einem wesentlichen Anteil durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs²¹ bedingt ist. Die negativen Veränderungsraten führten in allen Städte-

20 Diese Werte sind in den Tabellen nicht separat ausgewiesen.
Im Jahr 1996 erfuhr der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs eine Niveaumoderation. Die Anrechnung des Kindergeldes auf die Lohn- und Einkommensteuer führte zu Steuerverlusten der kommunalen Gebietskörperschaften von ca. 8% (vgl. Karrenberg; Münstermann 1999; Eigene Berechnungen). Dies ist bei der Entwicklung der Einnahmen aus dieser Steuerquelle zu berücksichtigen. Die Verluste wer-

gruppen entsprechend auch zu verringerten Einkommensteuereinnahmequoten. Extrem geschrumpft sind die Einnahmen aus dieser Steuerquelle bei den ostdeutschen Städten (-31%), so dass sich dort auch der bereits 1995 sehr niedrige Anteil der Einkommensteuer an den Gesamteinnahmen um weitere -2,2 %-Punkte auf 4,7% im Jahr 2002 verringerte (andere Cluster: 12,4 bzw. 13,7%). Da gleichzeitig sowohl die Gesamtsteuereinnahmen als auch ihre Quote an den Gesamteinnahmen einen günstigeren Verlauf aufzeigen, verweist dies auf einen zunehmenden Bedeutungsverlust der Einkommensteuer gegenüber anderen Steuereinnahmearten in der Städtegruppe mit den kumulierten Problemlagen. Hierfür dürfte vor allem die Kombination von (sozial selektiv) rückläufiger Bevölkerung bei gleichzeitig stark steigendem Anteil der älteren Bevölkerung sowie schrumpfender Beschäftigung und steigender Arbeitslosigkeit ursächlich sein.

Als zweite wichtige kommunale Steuer wird die *Gewerbesteuer* (für 2002 incl. Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer)²² betrachtet. Es zeigen sich wiederum erhebliche und signifikante Unterschiede zwischen den extremen Clustern, die sich zwischen 1995 und 2002 für die beiden westdeutschen Städtegruppen noch verschärft haben. In den ostdeutschen Städten hat sich diese Einnahmeart auf extrem niedrigem Ausgangsniveau sehr günstig entwickelt (+84%), was sowohl durch die positive Entwicklung der Steuereinnahmen aus dem Gewerbeertrag als auch durch die Umsatzsteuer bedingt ist. Dennoch erreichen die prosperierenden Städte 2002 bei den Pro-Kopf-Einnahmen aus der Gewerbesteuer incl. Umsatzsteuer mit 442 € ein um 75% höheres Niveau als im Cluster 1 (252 €) und liegen sogar dreimal so hoch, wie in den Oststädten mit den kumulierten Problemlagen (144 €). Damit sind die Unterschiede der Einnahmekraft einerseits aus der bevölkerungsbezogenen Steuer und andererseits aus den wirtschaftsbezogenen Einnahmen zwischen den beiden extremsten Stadtypen (Cluster 4 und Cluster 5) ähnlich, jedoch sind die Disparitäten zwischen den beiden westdeutschen Extremtypen bei der wirtschaftsbezogenen Steuer am stärksten ausgeprägt. Auch ist zwischen diesen beiden Stadtypen eine deutliche Zunahme der Disparitäten im Untersuchungszeitraum zu beobachten (Cluster 1: nominal -3%; Cluster 4:

den indirekt über eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer kompensiert, die dann länderspezifisch in Form von Zuweisungen an die Kommunen weitergeleitet werden. Darum hat sich wiederum das Niveau dieser Einnahmeart generell erhöht, ohne dass sich dies jedoch entsprechend positiv auf die finanziellen Handlungsspielräume auswirkt. Zudem bedeutet der Zuweisungscharakter eine Einschränkung der kommunalen Einnahmenautonomie (vgl. Junkertheinrich; Micossatt 2003: 58f.).

22 Mit der Aufhebung der Gewerbekapitalsteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der Umsatzsteuer beteiligt. Da diese Umschichtung in der Literatur als „Ausgleich“ (Hidien 1998: 617) angesehen wird, wird die Umsatzsteuer mit einbezogen, da bei den Werten für 1995 noch die Gewerbekapitalsteuer wirksam wird.

+11%). Insgesamt hat sich somit in den (wirtschaftsschwachen) östlichen Ländern 2002 die Bedeutung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer zusammen mit der Umsatzsteuer an den Gesamteinnahmen gegenüber 1995 erhöht. Jedoch tragen dort die Gewerbesteuer- und Umsatzsteuereinnahmen gemeinsam auch 2002 lediglich zu 6,5% an den Gesamteinnahmen bei (Cluster 4: 17,6%). Zu einem erheblichen Teil wurden die Entwicklungen der Einnahmen aus der Gewerbesteuer und auch aus der Grundsteuer B in den benachteiligten Städten über deutliche Anhebungen der Hebesätze erreicht. Während im Cluster der prosperierenden Städte die Hebesätze bei der Gewerbesteuer mit 402% konstant gehalten werden konnten, wurden sie in den westdeutschen kumuliert schrumpfenden Städten um durchschnittlich 14 %-Punkte auf 439%, in den ostdeutschen Städten sogar um 28 %-Punkte auf 416% angehoben. Bei der Grundsteuer B verlief die Zunahme noch drastischer. Zwar wurden hier auch die Einwohner der prosperierenden Städte mit +25 %-Punkten zusätzlich belastet (2002: 389%), doch fiel der Anstieg mit 30 %-Punkten auf 453% in Cluster 1 und mit 42 %-Punkten auf 408% in den ostdeutschen Städten – bei bereits höherem Ausgangsniveau – noch erheblich größer aus. Somit werden gerade in den wirtschaftsschwachen und an Bevölkerung schrumpfenden Städten die (verbleibenden) Unternehmen und Einwohner immer stärker belastet.

Auch zeigt sich, dass die Disparitäten zwischen den städtischen Gewerbesteuereinnahmen weitaus größer sind als die der Bruttowertschöpfung. Diese Diskrepanz wurde auch durch die Beteiligung an den Einnahmen aus der Umsatzsteuer nicht abgemildert. So betrug beispielsweise der Variationskoeffizient²³ (V) der Bruttowertschöpfung im Jahr 2002 bei den untersuchten 111 kreisfreien Städten 35,4% (1995: V = 35,1%), während er sich bei der Gewerbesteuer (einschließlich Umsatzsteuer) auf 62% bezifferte (1995: V = 60,2%). Somit werden durch das Gemeindesteuersystem – besonders durch die stark gewinnreagible Gewerbesteuer auf den Ertrag, die bestehenden sozioökonomischen Disparitäten deutlich verstärkt. Diese Einnahmeverteilung kann nicht als bedarfsgerecht angesehen werden.

Verbleibende Diskrepanzen zwischen den Anteilen und Entwicklungen dieser beiden Steuerarten und den Gesamtsteuern lassen sich vor allem auf die *Grundsteuer B* zurückführen. Insbesondere die ostdeutschen Städte des Clusters 5 erzielen hohe Steuereinnahmeverbesserungen je E. (+91%). Damit ist dort die Einnahmeerzielung aus der Grundsteuer in 2002 auf gleichem Niveau (97 €) wie aus der Gewerbe(ertrags)steuer (100 €). Für die Kommunen im Cluster 1 und 4 liegen die Einnahmen aus der Grundsteuer B bei 133 bzw. 148 € und haben da-

23 Berechnet als prozentualer Anteil der Standardabweichung am arithmetischen Mittelwert.

mit ein absolut höheres, aber relativ zu den anderen Steuereinnahmen niedrigeres Gewicht als in Ostdeutschland.

Zum Ausgleich der interkommunalen Steuerkraftunterschiede erhalten die Städte und Gemeinden staatliche Zuweisungen aus den Länderhaushalten. Diesem Zweck dienen in erster Linie die *allgemeinen Zuweisungen*, die auch bezüglich ihrer Verwendung die höchste Ausgabenautonomie unter den Zuweisungen aufweisen. Werden die Pro-Kopf-Beträge der *allgemeinen Zuweisungen, einschließlich der Umlagen von Bund, Land, Gemeinden* in den unterschiedlichen Clustern für das Jahr 2002 betrachtet, zeigt sich, dass die Zuweisungen grundsätzlich dieses Ziel erreichen. Das prosperierende Cluster 4 erhält mit 296 € deutlich geringere staatliche Zuweisungen als das extrem benachteiligte Cluster 5 (746 €). Auch die Städte im Cluster 1 bekommen mit 488 € relativ hohe Zuweisungen. Vor dem Hintergrund der Inflationsentwicklung von 1995 bis 2002 von ca. 10% zuzüglich der zu berücksichtigenden Effekte der Kompensationszahlungen für die Einnahmenausfälle bei der Einkommensteuer durch den Familienleistungsausgleich (vgl. Fußnote 21) sind die Zuweisungen in den beiden westdeutschen Clustern noch geringfügig angestiegen (beide nominal ca. +22%). Bedenklich ist allerdings, dass in den benachteiligten ostdeutschen Städten sogar nominal die Pro-Kopf-Zuweisungen zurückgingen (-6%), wobei auch hier zusätzlich die beiden zuvor genannten Effekte (Inflationsrate, Familienleistungsausgleichszahlungen) diese Tendenz noch deutlich verstärken. So liegt auch die Entwicklung der Steuern zuzüglich der Allgemeinen Zuweisungen je E. nominal lediglich bei 3,3%.

Bei den *Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen* ergeben sich ähnliche Niveauunterschiede der einwohnerbezogenen Werte für 2002: Die Städte im Cluster 5 weisen die höchsten Werte (237 €) auf, dagegen erreichen die Investitionszuschüsse für die benachteiligten Weststädte mit 105 € lediglich 44% dieser Betrages. Die prosperierenden Städte erhalten je E. 70 €. Bei den westdeutschen benachteiligten Städten gingen die Einnahmen aus dieser Quelle im Untersuchungszeitraum allein nominal um rd. -8% zurück.

Ausgaben

Den größten Anteil an den Ausgaben stellen die Aufwendungen für *Personal* dar (vgl. Tabelle 3). Zu dieser Ausgabenart zählen insbesondere die Dienst- und Versorgungsbezüge der kommunalen Beschäftigten und die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung. Darauf hinaus sind darin die Beiträge zu den Versorgungskassen und seit kurzem die Pensionsrückstellungen für Beamte sowie sons-

tige Personalnebenkosten enthalten. Die Personalausgaben machen durchschnittlich etwa ein Fünftel bis ein Viertel der gesamten Ausgaben aus (19,5 bis 28,2 %). Die Quote an den Gesamtausgaben ist seit 1995 in allen Städtegruppen rückläufig. Die Betrachtung der prozentualen Veränderung der Personalausgaben je E. zeigt die höchsten Rückgänge bei den ostdeutschen Städten mit -13%. Wird der Effekt der Bevölkerungsverluste mitberücksichtigt, zeigt sich, wie stark vor allem die ostdeutschen, aber auch die westdeutschen benachteiligten Städte (-5%) bestrebt sind, ihre Haushalte auch über den Personalabbau zu konsolidieren – mit den entsprechend negativen Konsequenzen für den lokalen Arbeitsmarkt. Dagegen konnten die prosperierenden Städte sogar ihre Pro-Kopf-Ausgaben für Personal noch ausweiten (+5%).

Die erheblichen Einsparbemühungen insbesondere der ostdeutschen Städte zeigen sich auch bei den Pro-Kopf-Ausgaben für *laufenden Sachaufwand*. Hierzu gehören z.B. die Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen, für die Instandhaltung von Straßen, Wegen, Parkplätzen und Verkehrssicherungsanlagen sowie Heizkosten, Unterhaltung von Kraftfahrzeugen und Bürobedarf. Für diese Ausgabenart wurden die Pro-Kopf-Aufwendungen ebenfalls um fast -9 % reduziert und lagen 2002 unter dem Niveau der Weststädte. Doch werden in den Städten mit den kumulierten Problemlagen die Einspareffekte bei Personalausgaben und Sachaufwand zu einem großen Teil durch die mit knapp 19% stark angestiegenen Ausgaben für *soziale Leistungen* zunichte gemacht. Zu den Sozialausgaben zählen im Wesentlichen die Aufwendungen für Sozialhilfe, Leistungen an Kriegsopfer und die Jugendhilfe. Bei den westdeutschen benachteiligten Städten wurden trotz einer Zunahme der Zahl der Sozialhilfeempfänger um 14% die Ausgaben für soziale Leistungen je E. um fast -8% abgesenkt. Dies lässt auf starke Kürzungen bei den freiwilligen sozialen Leistungen schließen.

Schließlich werden die Konsolidierungsbemühungen vor allem noch im Ausgabenbereich der *Sachinvestitionen* spürbar. Hierzu gehören Baumaßnahmen sowie der Erwerb von beweglichem Vermögen und Grundvermögen. Die Investitionsausgaben sind in den ostdeutschen Städten von 1995 bis 2002 Pro-Kopf – auf hohem Niveau – um -14 % deutlich reduziert worden. So sinnvoll dieses Verhalten zur Konsolidierung der Haushalte sein mag, so dramatisch ist diese Entwicklung für die wirtschaftliche Entwicklung, werden doch etwa zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen von der kommunalen Ebene bestritten. Somit werden durch Kürzungen in diesem Bereich die Möglichkeiten für eine wirtschaftlich aufholende Entwicklung in den östlichen Ländern eingeschränkt und ein Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit wirkt sich auch nachteilig

auf die Nachfrage am Arbeitsmarkt aus.²⁴ Dieses Problem bleibt allerdings nicht auf die jungen Länder beschränkt. Während die prosperierenden Städte ihre Pro-Kopf-Ausgaben für Sachinvestitionen um 19% erhöhen konnten, haben auch die benachteiligten Weststädte diese – bei niedrigem Ausgangsniveau – um fast -27% reduziert. In diesem Städtecluster liegt das Ausgabenniveau mit 155 € je E. gegenüber den anderen Städtegruppen nur noch etwa halb so hoch.

Tabelle 3: Ausgewählte Ausgaben der extremen Cluster mittelgroßer Städte

	€/E. 1995	€/E. 2002	Differenz 1995-2002	Entwicklung 1995-2002 in %	Quote an Gesamt- ausgaben 1995	Quote an Gesamt- ausgaben 2002	Differenz der Quoten in %-Punkten
Personal							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	625	595	-30	-4,8	23,8	19,5	-4,3
C4: Wirtschaftsstarke Städte – prosperierend	686	718	32	4,7	27,1	26,8	-0,3
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemla-	773	674	-100	-12,9	34,2	28,2	-5,9
Laufender Sachaufwand							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	348	418	70	20,2	13,2	13,7	0,4
C4: Wirtschaftsstarke Städte – prosperierend	357	401	44	12,4	14,1	15,0	0,9
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemla-	428	391	-36	-8,5	18,9	16,4	-2,5
Soziale Leistungen							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	569	522	-48	-8,4	21,7	17,0	-4,6
C4: Wirtschaftsstarke Städte – prosperierend	384	404	20	5,3	15,2	15,1	-0,1
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemla-	286	340	53	18,6	12,7	14,2	1,6
Sachinvestitionen							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	211	155	-56	-26,6	8,0	5,1	-3,0
C4: Wirtschaftsstarke Städte – prosperierend	275	328	53	19,1	10,9	12,2	1,4
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemla-	367	316	-52	-14,1	16,2	13,2	-3,0
Gesamtausgaben							
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	2629	3061	432	16,5			
C4: Wirtschaftsstarke Städte – prosperierend	2532	2681	148	5,9			
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemla-	2264	2388	124	5,5			

24 Entsprechend kann bei vielen Städten von einer „Konsolidierung“ im eigentlichen Wortsinn – d.h. von einer „Festigung“ bzw. „Sicherung“ der Haushalte – kaum noch gesprochen werden.

Indikatoren für angespannte Haushaltslagen und Finanzautonomie

Verdeutlichen lassen sich die unterschiedlichen und z.T. gegenläufigen Einnahmen- und Ausgabenentwicklungen noch anhand einiger Indikatoren für die Finanzautonomie bzw. für angespannte Haushaltslagen. Dazu wurden verschiedene Verhältniszahlen berechnet, die ausgewählte Einnahmen- und Ausgabenbereiche zueinander in Beziehung setzen.

Die *Sozialausgaben/Steuerquote* liefert Informationen, welcher Anteil der autonomen Einnahmen durch die gesamten Sozialausgaben (pflichtige und freiwillige Leistungen) absorbiert wird – mit den entsprechenden Auswirkungen auf die verbleibenden politischen Handlungsspielräume der Städte. Es bestehen zwischen den Stättentypen drastische Unterschiede (vgl. Tabelle 4). Während in den prosperierenden Städten nach Abzug der Sozialausgaben noch fast 60% der (dort zudem deutlich höheren) Steuereinnahmen verbleiben, sind es in den benachteiligten westdeutschen Städten noch knapp ein Viertel, und in den ostdeutschen Städten mit den kumulierten Problemlagen bleiben nicht einmal 10% der Steuereinnahmen übrig. Die Rückführung der Quoten im Untersuchungszeitraum ist in einigen Städten durch die überproportional wachsenden Steuereinnahmen und in Cluster 1 offenbar durch deutliche Einschnitte bei den freiwilligen sozialen Leistungen zu erklären.

Die Belastungen der Haushalte durch angehäufte Schulden und damit verbundene Finanzbelastungen durch Zinszahlungen zeigt sich, wenn diese Zinszahlungen in Verhältnis zu den Steuereinnahmen gesetzt werden. Die *Zins/Steuerquote* liegt in den benachteiligten Stadttypen mit jeweils 16% doppelt so hoch wie in Cluster 4, und schränkt dort zusätzlich die finanziellen Spielräume deutlich ein.

Die *Quote der zuweisungsfinanzierten Investitionsausgaben* gibt Hinweise auf die Finanzautonomie der Städte, da durch die Zuweisungen von den zahlenden Gebietskörperschaften (Bund und Länder) Einfluss auf die Investitionstätigkeit genommen werden kann („goldene Zügel“). Bei diesem Indikator wird der Anteil der durch Zuweisungen und Zuschüsse von Bund und Ländern finanzierten Sachinvestitionen berechnet. Während in den prosperierenden Städten lediglich gut ein Fünftel der (dort viel höheren) Investitionen über Zuweisungen von übergeordneten Gebietskörperschaften finanziert werden (müssen), sind dies in den benachteiligten Weststädten zwei Drittel der (dort sehr niedrigen) Investitionsausgaben, in den ostdeutschen Städten sogar drei Viertel.

Tabelle 4: Indikatoren für angespannte Haushaltslagen und Finanzautonomie der extremen Cluster mittelgroßer Städte

	Quote 1995	Quote 2002	Differenz der Quoten in %-Punkten
Sozialausgaben/Steuerquote			
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	83,4	76,5	-7,0
C4: Wirtschaftsstarke Städte – prosperierend	43,4	42,4	-1,0
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	99,2	90,7	-8,6
Zins/Steuerquote			
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	17,4	16,2	-1,2
C4: Wirtschaftsstarke Städte – prosperierend	10,4	8,2	-2,2
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	16,1	16,1	0,0
Quote der zuweisungsfinanzierten Investitionsausgaben			
C1: Wirtschaftsschwache NW-Städte – schrumpfend	53,8	67,8	14,0
C4: Wirtschaftsstarke Städte – prosperierend	25,8	21,4	-4,3
C5: Ostd. Städte – extreme kumulierte Problemlagen	55,8	75,0	19,2

4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Typisierung der kreisfreien Städte der Bundesrepublik Deutschland auf der Basis ausgewählter Indikatoren zur demographischen und sozioökonomischen Struktur und Entwicklung führte zu sechs deutlich unterschiedlichen Clustern. Exemplarisch wurden anschließend die drei identifizierten extremen Gruppen „Ostdeutsche Städte mit extremen Problemlagen“, „Wirtschaftsstarke und prosperierende Städte“ und „Wirtschaftsschwache und schrumpfende nordwestdeutsche Städte mit lang anhaltenden Arbeitsmarktproblemen“ einer genaueren Analyse der Auswirkungen der Typenzugehörigkeit auf die finanzielle Situation der Städte unterzogen. Aus Gründen der besten Vergleichbarkeit wurden hierzu die Gruppen der mittelgroßen Städte aus den jeweiligen Clustern ausgewählt.

Insgesamt zeigen sich bei allen Steuerarten zwischen den Extremtypen starke und signifikante Unterschiede. Diese Ungleichheiten werden zwar über Zuweisungen – insbesondere im Falle der stark schrumpfenden und wirtschaftsschwachen ostdeutschen Städte – gegenwärtig noch deutlich ausgeglichen. Dennoch verbleiben bei einer umfassenden Betrachtung der Finanzindikatoren,

die auch die Ausgabenseite mit berücksichtigt, erhebliche Disparitäten, wobei im Untersuchungszeitraum 1995 bis 2002 eine deutlichen Auseinanderentwicklung zwischen den hier betrachteten Extremtypen stattgefunden hat.

In den benachteiligten Städtegruppen führen die Entwicklungen der jüngeren Zeit zu finanziell krisenhaft angespannten Situationen, die zum einen die Finanzautonomie stark verringern und zum anderen die Handlungsspielräume drastisch einschränken. Konsequenz sind bemerkenswerte „Konsolidierungsbestrebungen“ in Form von Personalabbau, deutlicher Rückführung der Ausgaben für den laufenden Sachaufwand und starker Kürzungen bei den Investitionsausgaben. Doch wirken sich diese Einsparungen wiederum negativ auf die lokale (und überregionale) Wirtschaftsentwicklung und die Arbeitsmärkte aus und verstärken die (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, wodurch wiederum die Zahl der Sozialhilfeempfänger und damit die Sozialausgaben immer weiter gestiegen sind. Im Falle der benachteiligten Weststädte wurden die Pro-Kopf-Ausgaben trotz steigender Zahl von Sozialhilfeempfängern gesenkt, d.h. dass offensichtlich die freiwilligen sozialen Leistungen erheblich reduziert wurden. Die Entwicklungen der Sozialausgaben in der Gruppe der ostdeutschen Städte haben die Effekte der Konsolidierungsbemühungen zu einem großen Teil wieder zunichte gemacht. Zudem sahen sich die benachteiligten Städtegruppen aufgrund der problematischen Entwicklungen der Haushalte offenbar gezwungen, ihre (verbliebene) Bevölkerung und die Unternehmen durch weitere Anhebungen der Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer zusätzlich zu belasten. Die Hebesätze der benachteiligten Städtegruppen liegen für beide Steuerarten 2002 deutlich über denen des prosperierenden Clusters. Insbesondere bei den stark schrumpfenden ostdeutschen Städten münden somit die kumulierten negativen Effekte durch die gleichzeitige Schrumpfung von Bevölkerung und Wirtschaft, die zudem von strukturellen Veränderungsprozessen überlagert wird, in einem regelrechten „Teufelskreis“. Dagegen war die Gruppe der prosperierenden Städte in der Lage, in allen hier betrachteten Aufgabenbereichen ihre Ausgaben deutlich zu erhöhen und somit weitere positive Entwicklungsimpulse für die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zu geben. Gleichzeitig eröffnet diese Entwicklung die Möglichkeit, die Attraktivität der Städte für Bevölkerung und Wirtschaft (weiter) zu steigern. Entsprechend zeigt sich ein deutlicher Trend der Polarisierung zwischen den begünstigten prosperierenden Städten und den beiden benachteiligten Städtegruppen.

Die Ergebnisse der Analysen bestätigen den seit langem bekannten Reformbedarf des Gemeindefinanzsystems (vgl. Junkernheinrich 2003). Es wurde gezeigt, dass die erheblichen Disparitäten des Gewerbsteueraufkommens (2002 einschließlich der Einnahmen aus der Umsatzsteuer) sogar weitaus größer sind als die der Bruttowertschöpfung. Somit werden durch das Gemeindesteuersystem

die bestehenden sozioökonomischen Disparitäten noch verschärft. Diese Einnahmenverteilung kann nicht als bedarfsgerecht angesehen werden. Die Verstärkungseffekte der Disparitäten sowie die extrem konjunkturabhängige Einnahmeerzielung durch die Gewerbesteuer auf Ertrag verweisen auf die dringende Notwendigkeit der Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine Gemeindefinanzreform. Von weiten Teilen der Wissenschaft wird seit über 20 Jahren eine Reform der Gewerbesteuer gefordert, die entweder durch eine „Revitalisierung“ der Gewerbesteuer oder durch die Einführung einer Wertschöpfungssteuer die wirtschaftsbezogene Steuer im Sinne einer Bedarfsgerechtigkeit wieder auf eine breitere Bemessungsgrundlage stellt (vgl. beispielhaft Junkernheinrich 2003; Junkernheinrich; Pohlan 1997; Wissenschaftlicher Beirat 1982).

Außerdem machen die Ergebnisse der vorliegenden Analysen und die Prognosen deutlich, dass die dauerhafte Schrumpfung der Bevölkerung sowie der Zahl der Erwerbsfähigen – bei gleichzeitig steigendem Anteil der älteren Bevölkerung – als reale Entwicklungsoption der Städte (und Gemeinden) im Rahmen des Systems der Gemeindefinanzen und Aufgabenverteilung mit berücksichtigt werden müssen. Hierbei erweist sich unter den gegenwärtigen und zukünftig zu erwartenden Entwicklungsbedingungen als problematisch, dass das Gemeindefinanzsystem grundsätzlich auf Wachstum ausgelegt ist. Dies betrifft neben der Einkommensteuer auch die zweite stark einwohnerbezogene Komponente der Zuweisungen. Angesichts der dauerhaft zu erwartenden Schrumpfung²⁵ vieler Städte und Gemeinden besteht die dringende Notwendigkeit, über veränderte Konstruktionen des Gemeindefinanzsystems nachzudenken, die auch Bevölkerungsverluste einbeziehen. Bei den Finanzausgleichssystemen besteht beispielsweise die Möglichkeit, Remanenzkosten bei hohen Bevölkerungsverlusten zu berücksichtigen, in dem neben der traditionellen Ausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs auf die Ballungskosten in Form von Gewichtungen von Einwohnerwerten auch höhere Kosten der Bevölkerungsverluste als Bedarfsmessung berücksichtigt würden. Nicht agglomerations-, sondern deglomerationsbezogene Bedarfsansätze sind mit den Kosten für dünn besiedelte Gebiete in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt bereits in den jeweiligen Finanzausgleichssystemen implementiert (vgl. Lenk; Rudolph 2003). Somit ist auch ein Bedarfsansatz für Schrumpfung denkbar und möglich, um die Auswirkungen massiver Bevölkerungsverluste zumindest abzumildern.

Zudem ist zukünftig generell ein weiterer Rückgang der Zuweisungen übergeordneter Gebietskörperschaften zu erwarten. Denn zum einen sind deren

²⁵ Für die hier betrachteten benachteiligten Weststädte prognostiziert das BBR bis zum Jahr 2020 einen weiteren Bevölkerungsrückgang um -4,9%, für die extrem benachteiligten Oststädte sogar um weitere -8,0%. Die prosperierenden Weststädte sollen dagegen mit -1% nahezu stagnieren (BBR 2004; Eigene Berechnungen).

Haushaltslagen ebenfalls problematisch, und zum anderen wird diese Entwicklungen insbesondere für die ostdeutschen Städte durch das Auslaufen verschiedener Transfermaßnahmen²⁶ sowie durch die absehbare Umverteilung von Finanztransfers der Europäischen Union (Strukturfonds und Gemeinschaftsinitiativen), die durch die Aufnahme weiterer und deutlich wirtschaftsschwächerer Mitglieder erfolgen wird, weiter verschärft.

Mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz-IV-Gesetz) als ausgabenseitige Strategie zur Reform der Gemeindefinanzen liegt auf der Ausgabeseite eine Teilreform vor. Jedoch ist derzeit eine genaue Abschätzung der Auswirkungen dieses neuen Gesetzes noch nicht möglich. Der Deutsche Städetag als kommunaler Spitzenverband geht allerdings davon aus, dass die Belastungen höher und die Entlastungen geringer für die Kommunen ausfallen werden, als angenommen wurde (vgl. Karrenberg 2005). Zudem muss jüngsten Meldungen zufolge der Bund mit Mehrausgaben in Milliardenhöhe rechnen (vgl. DER SPIEGEL 2005) und es bleibt abzuwarten, ob der Bund die Gemeinden über die Vereinbarungen hinaus in die Pflicht nimmt.

Die beschriebenen strukturellen Defizite des Gemeindefinanzsystems machen somit gerade unter den auch zukünftig weiter andauernden Schrumpfungsprozessen und demographischen sowie sozioökonomischen Strukturveränderungen vieler Städte (und Gemeinden) eine umfassende Reform dringend erforderlich.

Grundsätzlich besteht die Herausforderung der Anpassung der öffentlichen Infrastruktur bei zunehmend eingeengten Handlungsspielräumen. In diesem Zusammenhang muss beispielsweise das Ziel der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ in der Bundesrepublik neu interpretiert und die Zahl und Klassifizierung der zentralen Orte angepasst werden. Es ist die Frage zu beantworten, welche grundlegenden Versorgungsfunktionen in der Fläche verbleiben sollen. Gleichzeitig erscheint in Anbetracht der knapper werdenden Fördermittel eine zielgerichtete Konzentration insbesondere auf die Siedlungsschwerpunkte in den strukturschwachen Regionen zwingend erforderlich.

Literatur

Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf (2003): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

26 So werden beispielsweise mit dem Jahr 2019 zum letzten Mal Sonderergänzungszuweisungen an die jungen Bundesländer gezahlt (vgl. Seitz 2004: 27).

- Bahrenberg, Gerhard; Giese, Ernst; Nipper, Josef (1992): Statistische Methoden in der Geographie. Band 2: Multivariate Statistik. Stuttgart: Teubner.
- Baum, Britta; Seitz, Helmut; Worobjew, Andrej (2002): Der Einfluss der Alters- und Familienstrukturen auf die Ausgaben der Länder und Gemeinden. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 71 (2002), 1: S. 147-162.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (Hrsg.) (2004): ROP 2020 - Raumordnungsprognose 2020, Ausgabe 2004. CD-ROM. Bonn: Selbstverlag.
- BBR (2005): INKAR 2004 – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung. CD INKAR 2004. Bonn: Selbstverlag.
- BMVBW(Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen); BBR (Hrsg.) (2004): Herausforderungen des demographischen Wandels für Raumentwicklung in Deutschland. Tagungsbericht 9. September 2004. www.bbr.bund.de/infosite/download/Herausforderungen-des-demographischen-Wandels.pdf: 08.05.2005.
- Bucher, Hansjörg; Schlömer, Claus; Lackmann, Gregor (2004): Die Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2020. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3-4/2004: S. 107-126.
- DER SPIEGEL (2005): Die total verrückte Reform. Milliarden-Grab Hartz IV. Nr. 21/2005.
- DST (Deutscher Städetag) (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden. Köln (div. Jg.).
- Gatzweiler, Hans-Peter; Meyer, Katrin; Milbert, Antonia (2003): Schrumpfende Städte in Deutschland? Fakten und Trends. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10/11. 2003, S. 557-574.
- Goderbauer, Evi; Karsten, Martin (2003): Stadtumbau West – Pilotstädte am Start. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10-11/2003: S. 669-676.
- Häußerermann, Hartmut; Siebel, Walter (2004): Schrumpfende Städte – schrumpfende Phantasie. In: Merkur, 58. Jahrgang, Heft 664, August 2004: S. 682-692.
- Hannemann, Christine; Läpple, Dieter (2004): Ökonomische Perspektiven der Stadtentwicklung in West und Ost – Zwischen Reurbanisierung, Suburbanisierung und Schrumpfung. In: Kommune 5/04: S. VI-XI.
- Hidien, Jürgen W. (1998): Die Quadratur der Umsatzsteuer – Zur Kritik der „kleinen“ Gemeindefinanzreform. In: Deutsches Verwaltungsbüllt, Bd. 113 (1998), 12: S. 617-626.
- Junkernheinrich, Martin (2003): Reform des Gemeindefinanzsystems: Mission Impossible? DIW Berlin. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 72 (2003), 3: S. 423-443.
- Junkernheinrich, Martin; Micosatt, Gerhard (2003): Kommunale Daseinsvorsorge bei rückläufiger Bevölkerung – Das Ruhrgebiet als Modellregion. 11 Kernaussagen und Kurzfassung der Studie. Bottrop und Essen: Gutachten im Auftrag des Kommunalverbandes Ruhrgebiet.
- Junkernheinrich, Martin; Micosatt, Gerhard (2004): Achter Gemeindefinanzbericht Rheinland-Pfalz. Im Auftrag des Ministerium im Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Trier.

- Junkernheinrich, Martin; Pohlan, Jörg (1997): Arme Städte – Reiche Städte. Großstädtische Finanzlagen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Die Städte in den 90er Jahren. Demographische, ökonomische und soziale Entwicklungen. Opladen/Wiesbaden, Westdeutscher Verlag: S. 136-166.
- Karrenberg, Hanns (2005): Aktuelle Finanzlage der Städte. Rückblick auf 2004 und Prognose für 2005. www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2005/4.pdf: 13.05.2005.
- Karrenberg, Hanns; Münstermann, Engelbert (1999): Gemeindefinanzbericht 1999. Steuerpolitik '99 – Nicht gegen die Städte! In: Der Städetag, Heft 4/1999: S. 151-240.
- Kröhnert, Steffen; van Olst, Nienke; Klingholz, Reiner (2004): Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation. Studie des Berlin-Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung, Berlin.
- Lenk, Thomas; Rudolph, Hans-Joachim (2003): Die kommunalen Finanzausgleichssysteme in der Bundesrepublik Deutschland. Die Bestimmung des Finanzbedarfs. Arbeitspapier des Instituts für Finanzen der Universität Leipzig, Nr. 25, Leipzig.
- Mäding, Heinrich (2004a): Auf dem Weg zur Raumfinanzpolitik? Das Beispiel: Suburbanisierung – Kommunalfinanzen. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4-5/2004: S. 319-328.
- Mäding, Heinrich (2004b): Demographischer Wandel und Kommunalfinanzen – Einige Trends und Erwartungen. In: DIfU (Deutsches Institut für Urbanistik) (Hrsg.): Im Brennpunkt: Demographischer Wandel in Kommunen. DFK (Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften), 43. Jg., 2004/I: S. 84-102.
- Pohlan, Jörg (1997): Finanzen der Städte. Eine Analyse der mittelfristigen Entwicklungsunterschiede. Berlin: Analytica.
- Rehm, Hannes; Matern-Rehm, Sigrid (2003): Kommunale Finanzwirtschaft. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- SÄBL (Statistische Ämter des Bundes und der Länder) (Hrsg.) (2004): Statistik regional. Daten für die Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands. Ausgabe 2004. o.O.
- Seitz, Helmut (2004): Perspektiven der ostdeutschen Kommunalfinanzen bis zum Jahr 2020. In: ifo Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): ifo Dresden berichtet 2/2004: S. 27-40.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Vorausberechnung. Wiesbaden: Selbstverlag.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004): Verbraucherpreisindex für Deutschland. www.destatis.de/indicators/d/vpi001aj.htm: 07.07.2004.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (1982): Gutachten zur Reform der Gemeindesteuern in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Selbstverlag.
- Zimmermann, Horst; Hardt, Ulrike; Postlep, Rolf-Dieter (1987): Bestimmungsgründe der kommunalen Finanzsituation – unter besonderer Berücksichtigung der Gemeinden in Ballungsgebieten. Bonn: Gesellschaft für Regionale Strukturerentwicklung.
- Zimmermann, Horst (1992): Reform of local taxation in Germany – Criteria and proposals. In: King, David (Hrsg.): Local Government Economics in Theory and Practice. London: S. 114-126.

Historische Schrumpfungsprozesse: Urbane Krisen und städtische Selbstbehauptung in der Geschichte

Carsten Benke

Zusammenfassung: Seit der mittelalterlichen Genese des europäischen Städtesystems war Schrumpfung immer eine mögliche Entwicklungsoption der Stadtentwicklung. Dieses Phänomen lässt sich sowohl in allgemeinen Krisensituierungen als auch in Phasen der demographischen Expansion wie der Industrialisierung verfolgen, teils als marginale, teils als dominantes Problem. Urbane Schrumpfungen konnten durch politische Krisen, wirtschaftliche Umbrüche, Katastrophen und die Abkoppelung von Modernisierungsvorgängen ausgelöst werden. Die Folgen der Schrumpfungsprozesse beschränkten sich nicht auf den Einwohnerrückgang, sie wirkten sich auch auf die bauliche Gestalt, die kulturelle und wirtschaftliche Differenziertheit und die Stellung der Stadt im Städtesystem aus. Der Untergang einer Stadt blieb auch bei sehr langfristigen Schrumpfungsvorgängen eine große Ausnahme. In der Regel konnten die Stadtgesellschaften auf die Krisen durch lokale Initiativen reagieren, alte Potenziale wieder beleben oder eine neue Spezialisierung im Städtesystem finden. Eine wichtige Rolle spielten auch externe Impulse durch Zuwanderungen oder staatliche Förderung. Der Beitrag will Erfahrungen historischer Krisenreaktion aufzeigen und damit auch Hintergrundinformation und Anregungen für die heutige Diskussion über schrumpfende Städte liefern.

1 Städtische Schrumpfungsprozesse in der Geschichte

In der kulturellen Tradition Europas ist der - reale oder mythische - Untergang von Städten wie Troja, Karthago, Atlantis, Vineta oder Pompeji Sinnbild einer großen zivilisatorischen Katastrophe. Während solche Stadtwüstungen seit der Antike Ausnahmen blieben, gab es demografische und bauliche Schrumpfungsprozesse in allen Epochen der deutschen Geschichte. Nur wenn die Betrachtung auf die großen Städte in den Wachstumsperioden des 19. und 20. Jahrhunderts verengt wird, erscheint Wachstum als die einzige mögliche Entwicklungsoption.

Dass Bevölkerungsabnahmen und auch Veränderungen der baulichen Dichte von Städten ein regelmäßig auftretendes Phänomen der Stadtentwicklung sind, wird noch heute schwer akzeptiert. Es muss aber damit gerechnet werden, dass Schrumpfungen einen wesentlichen Teil des deutschen Städtenetzes betreffen

werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage wie dieses Phänomen in längerfristige historische Entwicklungen einzuordnen ist und welche Erfahrungen der Geschichte rezipierbar sind.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Ursachen, die in verschiedenen Epochen zu Schrumpfungen geführt haben und untersucht die Strategien der Bewältigung dieser Krisen durch Staat, Stadt und Einwohner. Schrumpfung wird hier nicht als ein rein demographischer Prozess verstanden. Auch die baulichen, ökonomischen und sozialen Veränderungen von Städten unter Schrumpfungsbedingungen sollen an Beispielen aufgezeigt werden. Im Zentrum der Darstellung werden krisenhafte Schrumpfungsphänomene stehen und weniger rein temporäre Schwankungen der Einwohnerzahlen. Ebenso sollen hier Schrumpfungsprozesse von (Kern)Städten nicht betrachtet werden, die durch Citybildung oder Suburbanisierung verursacht wurden. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der Entwicklung der Frühen Neuzeit und des 19. und 20. Jahrhunderts in Mitteleuropa. Die Schrumpfungsprozesse in westdeutschen altindustriellen Regionen und die aktuellen Entwicklungen in Ostdeutschland bleiben hier ausgeklammert.

2 Antike und Mittelalter: städtischer Niedergang und Neubeginn

Der völlige Zusammenbruch der politischen und wirtschaftlichen Ordnung der römischen Welt in den Zeiten der Völkerwanderung führte zum Verschwinden von Hunderten Städten und dem Niedergang ganzer Städtedlandschaften. Die fortbestehenden Städte beschränkten sich meist auf ein stark geschrumpftes Areal innerhalb des antiken Mauerrings. Der Niedergang betraf auch die umfangreichen urbanen Infrastrukturen der Römerstädte wie Bäderanlagen und Wasserleitungen, die die wenigen verbliebenen Einwohner nicht mehr fortführen konnten. Erst nach Jahrhunderten entwickelte sich mit der mittelalterlichen Stadt wieder ein erfolgreiches Stadtmodell. Das Netz der hundertfachen Stadtgründungen des 12. bis 14. Jahrhunderts hat sich in Mitteleuropa in weiten Teilen bis heute erhalten und nur vergleichsweise wenige Gründungen scheiterten völlig. Meist waren es von vornherein mit zu geringen Rechten und Potenzialen ausgestattete „Minderstädte“, die zu Dörfern hinabsanken. In einigen Regionen finden sich auch vollständige Stadtwüstungen, wie z.B. das 1228 gegründete Blankenrode, südöstlich von Paderborn. Der erwartete Bergbaueraugtrag stellte sich nicht ein, eine abseitige Lage in eher unfruchtbare Flur, Stadtbrände und politische Unsicherheiten führten schon um das Jahr 1400 zur völligen Aufgabe der Stadt. (Stoob 1979b: 172f.)

Die Pestzüge nach 1348/49 und spätere Agrarkrisen verursachten am Ende des Mittelalters starke Bevölkerungsrückgänge. Obwohl in diesem Zusammen-

hang in Mitteleuropa mehrere 10.000 Wüstungen entstanden, blieb die völlige Aufgabe von Städten eine große Ausnahme. Die geschrumpften Städte besaßen weiterhin eine große Anziehungskraft auf Zuwanderer, die in der Krise ihre ländlichen Sitze aufgaben, brachliegende städtische Funktionen übernahmen oder Landwirtschaft von den Städten aus betrieben. (Stoob 1979b: 160f.) Die Städte waren auch ohne große Epidemien bis ins späte 19. Jahrhundert immer auf ländliche Zuwanderer angewiesen, da sie aus sich heraus fast immer eine schrumpfende Bevölkerungszahl aufwiesen.

3 Frühe Neuzeit: Verlierer und Gewinner im neuen Städtesystem

Dem nachmittelalterlichen Europa ist der Untergang von Städten weitgehend fremd geblieben, wenngleich die Städte regelmäßig durch Epidemien, Kriege und Stadtbrände betroffen wurden. Die Bürger, später zunehmend auch die erstarnten Landesherren bauten zerstörte Orte jedoch immer wieder auf. Solche planmäßigen Wiederaufbaumaßnahmen konnten unter bestimmten Umständen die Möglichkeit zur städtischen Modernisierung eröffnen. Voraussetzung war, dass die wirtschaftliche Basis des Entwicklungspfades nicht vernichtet wurde und die städtischen Eliten daran anknüpfen oder sogar neue Chancen erschließen konnten. (Schott 2002: 6; 12)

Die Frühe Neuzeit war durch vielgestaltige städtische Stagnations- und Schrumpfungsprozesse, die aus der Verlagerung von Handelswegen, politischen und wirtschaftlichen Krisen resultierten, gekennzeichnet. Außerdem beeinträchtigte die wachsende Macht der Landesherren die Spielräume der Städte. Im Differenzierungsprozess des Städtesystems zeigten sich aber neben städtischen Schrumpfungstypen auch expandierende Städte und verpasste wie gelungene urbane Funktionalisierungen für die neue Zeit. (Schilling 1993: 21f.) Alte wichtige Hanse- und Handelsstädte wie Soest, die in den Windschatten der neuen Weltwirtschaft gerieten, schrumpften erheblich. Auch die kleinen Reichsstädte Süddeutschlands konnten sich langfristig mit ihrer vielfach erstarnten internen Struktur nicht gegen die aufstrebenden Zentren der deutschen Territorialstaaten behaupten. Durch ihre Stagnation bewahrten aber Städte wie Rothenburg ihr vorindustrielles Stadtbild, das Jahrhunderte später ihr wichtigstes Kapital wurde.

Kleine Landstädte litten vor allem in Ostelbien unter dem Prozess der Bildung großer Güter und dem Niedergang der bäuerlichen Landwirtschaft. Die seit dem Spätmittelalter bestehende Tendenz zum Herabsinken von schwachen Kleinststädten zu Dörfern hielt an. (Stoob 1979a: 195) Folgenreicher als die Stagnation von Einwohnerzahlen war der Rückgang der wirtschaftlichen Bedeutung und internen Differenzierung. In kleinen und mittleren Städten ersetzte

immer mehr der Ackerbürger den Fernhändler. Der Rückgriff auf landwirtschaftliche Produktion, neue und alte Netzwerke in der Region, die weiterhin bedeutende Rolle als Nahmarkt und Sitz der Handwerker erhielten die Städte aber auch unter Schrumpfungsbedingungen als relativ differenzierte Gemeinwesen und zentrale Orte.

Am wechselhaften Verlauf der Stadt Wetzlar lassen sich äußere Einflüsse und lokale Reaktionen auf Schrumpfungsprozesse besonders exemplarisch zeigen. Bereits Ende des 14. Jahrhundert erlebte die ehemals blühende Reichsstadt einen rapiden Abstieg nach Fehden und kriegerischen Auseinandersetzungen. Alle Wiederbelebungsversuche mussten durch die nun gefestigten angrenzenden Territorien und die mittlerweile erfolgten Verkehrsverlagerungen scheitern. Die Einwohnerzahl lag 1576 nur bei einem Viertel der Blütezeit. (Keyser 1957: 443) „Häuser verfallen, Straßen veröden, Vorstädte sterben aus.“ (Flender; Scharfscheer 1980: 40) Bis 1600 konnte sich Wetzlar auf niedrigem Niveau als Ackerbürger- und Handwerkerstadt stabilisieren. Auch in der Stadtregierung übernahmen anstelle der Fernhändler nun weitgehend Handwerkerfamilien die Vorherrschaft. Der Dreißigjährige Krieg verursachte erneut schwere Zerstörungen. Erst die Ansiedlung des Reichskammergerichts 1693 konnte wieder eine neue wirtschaftliche Grundlage bieten. Die Stadt hatte in der Konkurrenz mit anderen interessierten Städten erhebliche Zugeständnisse machen müssen, um diese Einrichtung nach Wetzlar zu locken. Die positive Entwicklung fand jedoch mit der Abschaffung des Gerichts nach 1806 ein jähes Ende. Nun fiel Wetzlar erneut auf den Stand eines kleinen Ackerbürgerstädtchens zurück. Erst die Industrialisierung führte erneut zu einem Aufschwung. Um 1860 erreichte die Stadt erstmals wieder die Einwohnerzahl des 14. Jahrhunderts. (Keyser 1957: 443–444)

Die Folgen des Dreißigjährigen Krieges beschleunigten die Differenzierungsprozesse im frühneuzeitlichen Städtesystem erheblich. Obwohl die städtische Bevölkerung zwischen 1618 und 1648 im Schnitt um etwa ein Drittel abnahm, kam es nur zu sehr wenigen dauerhaften Stadtuntergängen. Die Städte behielten ihre reduzierte Funktion als zentrale Orte und wurden bald wieder zu Sammelpunkten der ländlichen Bevölkerung, wenn auch viele Städte mehrere Jahrhunderte brauchten, um den alten Bevölkerungsstand wieder zu erreichen. In vielen Städten prägten zerstörte und verlassene Häuser und „wüste Stellen“ über Jahrzehnte das Stadtbild. Die Zerstörungen der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur waren vielfach so nachhaltig, dass sich Städte nicht ausschließlich mit Hilfe ihrer lokalen Potenziale regenerieren konnten. Zudem waren sie durch den Verlust eigener Rechte weitgehend in ihrer bürgerschaftlichen Initiative gehemmt. Der Staat übernahm in diesem Prozess umfassende Verantwortlichkeiten beim Wiederaufbau. In Territorialstaaten wie Brandenburg-Preußen wurden viele

Städte durch gezielte Zuwanderung, Infrastrukturausbau und Gewerbeförderung aus der Schrumpfung geführt. Glaubensflüchtlinge wurden dazu unter Zusicherung von Privilegien und religiöser Toleranz auf wüsten Stellen angesiedelt, wobei insbesondere ihre neuen gewerblichen Fähigkeiten Impulse für die stagnierende städtische Wirtschaft brachten.

Die Anzahl der „Großstädte“ – in dieser Zeit bei 10.000 Einwohnern zu bemessen – erholtete sich bis 1700 wieder auf den alten Stand, allerdings standen nun nicht mehr die alten Handelsmetropolen Köln, Nürnberg und Augsburg an der Spitze, sondern Hamburg, das als sicherer Hafen sogar vom Krieg profitiert hatte, Wien und Berlin. (Schilling 1993: 15f.) Im Differenzierungsprozess des frühneuzeitlichen Städtesystem gewannen bis 1800 vor allem neue Garnisons- und spezialisierte Gewerbestädte sowie Hauptstädte wie Berlin, Wien, München und Dresden erheblich an Bedeutung. Die Funktion als Residenz war jedoch keine Garantie für immer währende Stabilität. Deutschland wurde in seiner territorialen Zersplitterung vor allem von einer großen Anzahl von kleinen Residenzstädten geprägt. Solche Städte blühten auf, blieben aber sehr monofunktional vom Bestand des Hofes abhängig. Nachdem beispielsweise Celle seine Residenzstadtfunktion für das Fürstentum Lüneburg in Folge der Vereinigung mit Hannover im Jahr 1705 verloren hatte, folgte umgehend eine „Verödung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens“. Trotz staatlicher Ausgleichsmaßnahmen nahm die Bevölkerungszahl deutlich ab, Arbeitslosigkeit breitete sich aus und zahlreiche Häuser verfielen. (Guenter 1991: 29) Viele Residenzen verloren durch solche Verlagerungen oder in Folge der territorialen Konzentration ihre „Hauptstadtfunktion“ und verfielen in eine ähnliche Stagnation.

Die Bergstädte in den deutschen Mittelgebirgen verdienen als sehr monofunktionale ausgerichtete Gemeinwesen in Hinblick auf die Fragen von Schrumpfung und Regeneration besondere Aufmerksamkeit. Nach einem teilweise nur wenige Jahrzehnte währenden Boom des spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Bergbaus nach Silber, Zink, Zinn etc. führte der Niedergang – u.a. durch die Erschöpfung der Lagerstätten und billige Einfuhren aus Südamerika – in den betroffenen Orten immer wieder zu erheblicher Armut und Abwanderung, in seltenen Fällen kam es auch zu Wüstungen. Meist handelte es sich dabei um kleinere mittelalterliche Bergorte, die neben ihrer Bergbaufunktion keinerlei Rolle als Markt und zentraler Ort entwickelt hatten. (Schwabenicky 1992: 205–207) Die frühneuzeitlichen Bergstädte, in der Regel sehr planvoll angelegte Siedlungen, verfügten jedoch in späteren Krisen zumeist über das endogene Potenzial, um wieder eine Funktion im Städtesystem zu finden. Eine Anknüpfungsmöglichkeit boten die Neben- und Ersatzhandwerke der Bergleute für die Zeiten der temporären Bergbaukrisen. Aus der traditionellen Holzverarbeitung entwickelten sich Gewerbe wie die Kunstdrechselei oder Spielzeugproduktion. Insbesondere

die textilen Nebengewerbe der nicht in den Bergbau integrierten Frauen wurden ein wichtiger neuer Haupterwerb. In anderen Fällen konnte die Aufnahme von Religionsflüchtlingen einen entscheidenden Impuls für die Stadtwirtschaft bringen. Das erzgebirgische Klingental wurde so von einem Bergbauort zu einem Zentrum des Musikinstrumentenbaus. (Keyser 1941: 113) Nach Johanngeorgenstadt brachten schon während der Gründung böhmische Zuwanderer die Spitzeklöppelei, die bald nach dem Ende des Bergbaus eine wichtige Grundlage der Stadt wurde. Der ehemals bedeutende Erzgebirgsort Marienberg schrumpfte nach dem Ende des Silber- und Zinnabbaus zu einer bescheidenen Landstadt. Trotz erheblicher Rückschläge ging die Stadt nicht unter, sondern konnte sich als ein Ort der Schnitzerei und der Drechselei (Keyser 1941: 144) und bis heute als Hersteller von Weihnachtsschmuck profilieren. Solche Beispiele von Anpassungs- und Überlebensstrategien ließen sich auch für andere Mittelgebirgsregionen wie den Harz und den Schwarzwald (Spezialisierung auf Uhrenproduktion) anführen. Ein vergleichbares Phänomen zeigte sich auch in vielen Salzstädten, die sich nach Ende des wirtschaftlich lohnenden Salzabbaus unter Nutzung ihrer mineralischen Quellen zu Kurorten entwickeln konnten.

4 Die frühen Urbanisierungsphasen: allgemeines Wachstum und beginnende Differenzierung

Den Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts erschien die Frühe Neuzeit nur als eine Phase der Stagnation, während ihre Epoche als Ära des rasanten urbanen Wachstums wahrgenommen wurde, wenngleich nicht alle diese Umbruchprozesse als positiv empfanden. Trotz des enormen Wachstums sind jedoch auch im Zeitalter der Urbanisierung vielfältige Schrumpfungsprozesse zu beobachten.

Das Wachstum der Gesamtbevölkerung nach 1800 betraf bis 1850 zunächst Dörfer und Städte weitgehend in gleichem Maße. Viele Städte erreichten nun wieder ihren höchsten mittelalterlichen Bevölkerungsstand. Erst seit 1850 kann man von eigentlicher Verstädterung sprechen. (Matzerath 1985: 117, Reulecke 1985: 36) Nun nahm der Anteil der Stadt- gegenüber der Landbevölkerung deutlich zu und auch die in Deutschland traditionell bedeutende Rolle der kleinen Städte trat hinter die wachsenden Großstädte zurück. Im Laufe der zweiten Hälfte des Jahrhunderts differenzierte und polarisierte sich die Entwicklung immer mehr. Da die Industrie zunächst nur in einigen Regionen dominant wurde, erfolgte ein sehr ungleichmäßiger Wachstumsprozess. Neben der geografischen Lage und die Nähe von Rohstofflagerstätten waren aber auch die jeweiligen spezifischen lokalen Strukturen und Traditionen in den Städten mitentscheidend für den weiteren Verlauf der Industrialisierung. Viele Städte zögerten ihre alten

Produktionsbedingungen und Zunftstrukturen zu verändern. Zunächst war das Verharren aber noch ein mögliches Handlungsmodell. Selbst die kleinen Ackerbürgerstädte im Osten wuchsen und konnten sich durch ihre wichtige Rolle im dortigen Städtesystem lange stabil halten. (Matzerath 1985: 140) Seit der Jahrhundertmitte wurden aber bereits alte handwerkliche und frühgewerbliche Produktionsstrukturen durch den vereinfachten Zufluss von Industriewaren zerstört. Traditionelle Gewerbetreibende wie Spinner, Seiler, Seifensieder, Nagelschmiede, Böttcher, Töpfer gerieten in schwere Krisen und verarmten häufig. (Kiesewetter 1989: 60–62)

5 Hochphase der Urbanisierung: Schrumpfung und Marginalisierung im Industrialisierungsprozess

Die Hochphase der Urbanisierung ab 1870 führte zur weiteren Steigerung des Städtewachstums und gleichzeitig zur stärkeren Polarisierung der Entwicklung. Durch die industrielle Standortwahl erfolgten grundsätzliche Umwertungen und auch kleinräumige Gewichtsverlagerungen im Städtesystem, ehemals bedeutende Städte wurden von industriellen Aufsteigern überholt. (Schöller 1967: 8) Durch die gewerblichen Strukturveränderungen litten z.B. alte Zentren der Textilwirtschaft, denen keine industrielle Wandlung ihrer Produktion gelang. Dauerhaft ballten sich Standortvorteile und damit gewerbliche aber auch kulturelle und politische Aktivitäten in den neuen Großstädten und Industrieregionen. Wo industrielle Ansätze stecken blieben, verkümmerte auch das Städtewesen ganzer Regionen. Räume der Stagnation und Schrumpfung zeichneten sich nun klarer ab.

Insbesondere aus den östlichen Provinzen emigrierten Hunderttausende Menschen wegen fehlender Perspektiven. Deutliche Abwanderung gab es auch aus Gebieten Hessens, Frankens, des Schwarzwaldes und Niedersachsens. (Bergmann 2003: 97–99) Die Wanderungsverluste wurden zumeist noch durch höhere Geburtenraten ausgeglichen, die Gewichte verschoben sich aber zu Gunsten der neuen Ballungsregionen. Während der häufigen Krisen der industriellen Produktion hatten die sehr mobilen Zuwanderer zumeist noch die Option in die ländlichen Herkunftsorte ihrer Familien zurückzukehren. In den Großstädten führten die konjunkturellen Schwankungen deshalb immer wieder zu temporärem Wohnungsleerstand. Für die verbliebenen Mieter eröffneten sich in diesen Situationen auch Chancen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse. (Fehl 2003: 7)

Seit der Reichsgründung zeigte sich eine steigende Zahl wachsender aber auch ein zunehmender Anteil schrumpfender Gemeinden in Preußen. (Matzerath 1985: 255) Matzerath spricht davon, dass sich ebenso wie das Wachstum unter

dem Einfluss der Industrialisierung anscheinend auch der Schrumpfungsprozess verselbstständigt habe. (Matzerath 1985: 275) In Preußen waren vor allem die Ostprovinzen betroffen, aber auch Ungunstlagen in den westlichen Provinzen, wie Westfalen. Bereits zwischen 1840 und 1871 schrumpften 8,6 % aller Städte in Preußen. 1871 bis 1910 verzeichneten aber bereits 18,5 % Bevölkerungsverluste, in der Gruppe der Städte unter 2.000 Einwohner sogar 30,2 %. Etwa 50 % aller Städte stagnierten. (nur Städte im Rechtssinn, Zahlen berechnet nach Matzerath 1985: 120, 256) Die Aushöhlung der wirtschaftlichen Bedeutung, verstärkt durch regionale Disparitäten und Abwanderung führte vor allem bei wenig gefestigten Städten zum Verlust der Stadtqualität. Insgesamt verloren einige Hundert Städte in ganz Mitteleuropa, vor allem in östlichen Regionen, ihr formelles Stadtrecht. (Stoob 1990: 234)

Schrumpfungen zeigten sich auch in den Peripherien der industriellen Ballungen. In Brandenburg gab es vor allem in der Neumark und der Prignitz zahlreiche schrumpfende Städte, nicht weit von der explosionsartig wachsenden Metropole Berlin entfernt. (siehe: Matzerath 1985: Karte Preußen 1871–1910) Die Übermacht der großen Stadt nivellierte hier das entwickelte Stadtsystem in einem weiten Umkreis. (Schöller 1967: 8f.) Auch Westfalen war ein Raum, mit einem dichten Nebeneinander von Wachstum im Ruhrgebietsraum und Schrumpfung in der Peripherie. Die Kleinstädte des Paderborner Landes erfuhren bis 1852 zunächst einen deutlichen Aufwärtstrend. Ohne neue industrielle Impulse schrumpften sie aber bis 1905 um ein Viertel. Durch die wachsende Bedeutung der Kohle und zunehmende Verkehrsungunst schwand ihr frühindustrielles Gewerbe, dessen Basis vielfach der Holzreichtum dieser Region gewesen war. (Henkel 1993: 238–242)

Klein- und Mittelstädte außerhalb der neuen Vernetzung mit modernen Verkehrsmitteln wurden von den Modernisierungsprozessen nur dosiert und mit Zeitverzögerung betroffen. (Reulecke 1985: 47; Hannemann 2002: 6) Die vom Fortschritt übergangenen Orte „dämmerten vor sich hin, lebten weiter von der sie umgebenden Landwirtschaft und konservierten sich auf altem Niveau, indem Neubauten und Umbauten unterblieben.“ (Fehl 2003: 1) Der Abstand zu den größeren Städten wuchs zunehmend. Viele Kleinstädte und Märkte erfuhren einen nachhaltigen Zentralitätsverlust (Jäger 1996: 18), wenngleich sich dies nicht immer sofort an schrumpfenden Einwohnerzahlen ablesen lässt. Obwohl viele der kleineren Städte in der ersten Hälfte des Jahrhunderts Bevölkerungszunahmen erfuhren, folgte daraus nicht unbedingt ein Wachstum der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedeutung. Selbst kleine Städte waren ursprünglich Produzenten von Schuhen, Möbeln und Kleidung. In der Kleinstadt Perleberg in der Prignitz lebten 1801 alleine 112 Schustermeister, 1907 waren es trotz Einwohnerzuwachses nur noch 21. (Zahlen nach Enders 1997) Gleichzeitig

mit dem gewaltigen Aufschwung der industriellen Produktion in den Ballungsgebieten kam es so zum Rückgang von alter handwerklicher und protoindustrieller Produktion in kleineren Orten. Die nicht von Industrialisierung erfassten Städte blieben zwar zentrale Orte, Markt- und Verwaltungszentren, die Bevölkerungszahl stagnierte aber zum Ende des Jahrhunderts. Durch Abwanderung änderten sich langfristig Geschlechter- und Altersverteilungen, die kleinen Landstädte verloren an gewerblicher Bedeutung und funktioneller Differenzierung und wurden in der Außenwahrnehmung zur „Provinz“. (Reulecke 1985: 46)

6 Die Eisenbahnen als Bestimmungsfaktor der Stadtkarriere

Für den Differenzierungsprozess des Städtesystems im 19. Jahrhundert und den „Erfolg“ oder „Misserfolg“ einer Stadt wurde der Anschluss an die Eisenbahn ein entscheidendes Wendepunktereignis. Die Bahn bewirkte „eine Teilung Deutschlands in Regionen mit dichtem Eisenbahnnetz, starker Verstädteter und leistungsfähiger, hochentwickelter Industrie (Berlin, Sachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt, Rhein-Ruhr-Gebiet) und in verkehrsarme Regionen, in große Entleerungs- und Indifferenzräume mit zahllosen, weit vom Bahnhof entfernten Orten, mit elenden Kümmerstädten, deren wirtschaftliche Leistungskraft die eines agrarischen Entwicklungslandes und kleingewerblicher Produktion kaum überstieg.“ (Boelcke 1996: 33) Der Zeitpunkt des ersten Eisenbahnanschlusses war ebenso wie der verkehrliche Rang der Anschlussstrecke entscheidend für die weiteren städtischen Entwicklungsaussichten. (Jäger 1996: 8, Matzerath 1985: 269) Die Eisenbahn veränderte die Rangfolge im Städtesystem und begünstigte industrielle Städteballungen. „Entleerungszonen“ bildeten sich in den Mittelgebirgsregionen, dafür blühte deren Vorland auf und die Orte in der Nähe der Rohstofflagerstätten für die modernen Produktionen, insbesondere die Steinkohle, gewannen an Bedeutung. (Schöller 1967: 7-9, Huber 1979: 31, Matzerath 1985: 270)

Das Vorhandensein eines Eisenbahnanschlusses wirkte jedoch nicht als der allein entscheidende Faktor für das weitere Bevölkerungswachstum. (Huber 1979: 51) Der teils stark differierende Verlauf der Entwicklung der Städte resultierte auch aus weiterhin wirksamen lokalen kulturellen, gewerblichen und politischen Traditionen. Die neuen Möglichkeiten wurden je nach örtlicher Elitenkonstellation offensiv genutzt, ignoriert oder bekämpft. Viele Städte nutzten selbst sehr gute Verkehrsanschlüsse und regionale Standortvorteile nicht zur industriellen Entwicklung. So blieb die Stadt Gransee trotz sehr guter Verkehrslage und der Nachbarschaft zu Berlin weitgehend in ackerbürgerlichen Strukturen verhaftet.

Innerhalb der Stadtgesellschaften konnten sehr unterschiedliche Interessenlagen bestehen zwischen Handwerkern, Ackerbürgern, Kaufleuten und industriellen Unternehmern. In einigen Städten setzten auch die an besseren Verbindungen interessierten Gutsbesitzer der Umgebung die Bahnanbindung gegen die Bürger durch. Häufig waren zunächst die städtischen Handwerker skeptisch gegenüber einem Eisenbahnanschluss. Das brandenburgische Wusterhausen, eine Handwerkerstadt mit langer Tradition, wehrte den Anschluss an die wichtige Hamburg-Berliner Eisenbahn ab (Heinrich 1985: 400), mit der Folge späterer Stagnation und Schrumpfung. Auch die Lüneburger Bürger wehrten sich um 1844 massiv gegen die – letztlich nicht zu verhindern – Eisenbahn, weil sie richtigerweise den Untergang des traditionellen Speditionsgewerbes am Hafen befürchteten.

Eisenbahnen wurden zunächst vor allem aus kommerziellen Interessen durch private Gesellschaften gebaut, die in erster Linie am Anschluss der wichtigen Zentren interessiert waren. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gewann die öffentliche Hand als Akteur im Bahnbau eine größere Rolle. Viele Städte versuchten nun alles, um die bisher nicht erfolgte Anbindung an die Hauptstrecken durch Nebenbahnen nachzuholen. (Boelcke 1997: 35) Eine bewusste Abwehr von Anschlüssen durch Städte findet sich um 1900 kaum noch. Das industrielle Entwicklungsmodell hatte sich weitgehend durchgesetzt.

Die Städte mussten sich teilweise lange um die späte Anbindung an die Eisenbahn bemühen. Die Wirtschaftskraft der Stadt Penzlin nahe bei Neubrandenburg war ohne einen Anschluss an die wichtigen Bahnen deutlich abgesunken. „Reisende kommen jetzt immer seltener nach Penzlin, und der früher so gepriesene Wohlstand wird von Jahr zu Jahr geringer.“ (Heuer 1992: 26) Die kleinstädtischen Honoratioren setzten sich lange vehement für einen Anschluss ein, bis 1882 der Landtag den Bau einer Eisenbahnlinie beschloss. Die Verbindung, an die die Bürger große Hoffnungen geknüpft hatten, brachte jedoch nicht den gewünschten Erfolg. „So lebte man still und ruhig im Dornröschenschlaf weiter.“ (Heuer 1992: 40) Penzlin steht für Hunderte von kleinen und mittleren Städten, die die modernen Entwicklungen keinesfalls ablehnten, deren eigene Möglichkeiten zur Chancennutzung aber begrenzt blieben. Obwohl sich auch andernorts die wirtschaftlichen Erwartungen an einen späten Eisenbahnanschluss nicht erfüllten, war er, ebenso wie die nachholende Anlage anderer urbaner Infrastrukturen, ein sehr wichtiger symbolischer Schritt aus Schrumpfung und Stagnation.

Die Nachwirkungen eines „verpassten“ Anschlusses an die Hauptstrecken können weit reichen. Die ersten Bahnen, die bis in die 1870er Jahre errichtet wurden, bilden bis heute das Grundgerüst des Netzes, während die verspäteten Nebenstrecken häufig unbedeutend blieben und heute sukzessive stillgelegt wer-

den. So kann eine vor mehr als 100 Jahren durch eigene Schuld oder überlokale Entscheidungen versäumte Entwicklung erneut negative Auswirkungen haben.

7 Anpassungen und neue Spezialisierungen im Schatten der Industrialisierung

Vielen Städten fiel es angesichts der sich fundamental wandelnden Rahmenbedingungen schwer, historisch tradierte Entwicklungspfade, die eng mit städtischen Machtverhältnissen verknüpft sein konnten, zu verlassen. Um aus Stagnation und Schrumpfung im Schatten der Industrialisierung zu entfliehen, waren die Nutzung einer „Marktlücke“ und eine modernisierungswillige Stadtgesellschaft entscheidend. Die Übernahme des industriellen Entwicklungsmodells musste aber nicht zwangsläufig eine erfolgreiche Strategie sein. In Einzelfällen konnte sich sogar das Beharren auf alten Strukturen als späteres Potenzial herausstellen, wenn z.B. ein historisches Stadtbild bewahrt werden konnte. Alternativen zur „verpassten“ Industrialisierung bot die Entwicklung als Fremdenverkehrsort oder Kurort. Gerade kleinen Städten am Rande von Agglomerationen bot sich die Chance zur Spezialisierung als Versorgungsstandort, was z.B. viele Städte in der Umgebung Berlins nutzen konnten. Das brandenburgische Zehdenick stagnierte ohne Eisenbahnanschluss lange Zeit bis das Bemühen um einen Bahnanschluss im Jahr 1888 erfolgreich war. In Verbindung mit den neu entdeckten Tonvorkommen konnte sich die Stadt um 1900 erfolgreich als Baustoffproduzent für Berlin profilieren. (Benke 2001: 216, 243) Durch diese einseitige Struktur war sie jedoch extrem von der Großstadt abhängig und jede dortige Krise führte zu sofortigen Schrumpfungsprozessen.

Viele hessische Städte stagnierten oder schrumpften ohne Industrie im späten 19. Jahrhundert. Die Stadt Friedrichsdorf konnte sich jedoch nach dem Niedergang seines alten Textilgewerbes neu ausrichten und zu einem der wichtigsten Produzenten für Zwieback entwickeln. (Keyser 1957: 168) Dem ehemals wichtigen Witzenhausen gelang es sich nach längerer Stagnation als Kirschenproduzent für die Ballungsregionen zu profilieren. (Reulecke 1985: 48) Auch das rheinländische Münstereifel fand zunächst nicht seine Rolle in den Industrialisierungsprozessen. Da das in Zünften organisierte Tuchgewerbe nicht zur Modernisierung bereit war und der Anschluss an die Eisenbahn abgelehnt wurde, erlebte die Stadt einen spürbaren wirtschaftlichen Rückgang. Im 20. Jahrhundert konnte sich die Stadt schließlich als Bade- und Kurort eine neue Existenzgrundlage schaffen, wofür die Abwesenheit von Industrie eine wichtige Voraussetzung war. Münstereifel hat so die industrielle Neuzeit „gewissermaßen übersprungen“. (Küpper 1957: 40)

Solche Spezialisierungen konnten auch scheitern. Die Etablierung eines Kurbetriebes in der mecklenburgischen Ackerbürgerstadt Goldberg war nach 1816 nur kurzzeitig erfolgreich, andere gewerbliche Ansiedlungen wurden weitgehend vernachlässigt. Nach dem Niedergang des Kurbetriebes versank die Stadt in Stagnation. Auf neue Spezialisierungen konnte sich der Ort nicht mehr einstellen. (Hannemann; Benke 2002: 138f.)

8 Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg

Nach dem Ersten Weltkrieg schwächte sich das städtische Wachstum deutlich ab und viele Städte stagnierten angesichts der wirtschaftlichen Probleme und politischen Unsicherheiten. Weiteres Wachstum erfolgte nach 1919 eher in Klein- und Mittelstädten und weniger in den Großstädten. (Reulecke 1985: 147ff.) In direkter Folge des verlorenen Krieges und der starken Verringerung des Heeres schrumpften viele Garnisonsstädte, die teils seit Jahrhunderten auf das Militär orientiert gewesen waren. Auch das erst 1869 als Marinestützpunkt begründete Wilhelmshaven fiel von 1910 bis 1925 durch den abrüstungsbedingten Funktionsverlust von 35.044 auf 25.205 Einwohner zurück. (Statistisches Reichsamt 1926: 8) Textilstädte wie Aachen, Elberfeld und Barmen schrumpften in Folge des Krieges und der strukturellen Wandlungen des Textilgewerbes, konnten die rückläufige Entwicklung jedoch bis in die 1930er Jahre weitgehend wieder ausgleichen. Andere alte Textilstädte erlebten jedoch nachhaltige Schrumpfungen. Die Stadt Plauen erreichte bereits 1912 ihren Höchststand mit 128.014 Einwohnern, 1920 lebten hier noch 107.793 Menschen. (Keyser 1941: 187) Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich der Trend fort, so dass 1989 nur noch 73.971 Einwohner in der Stadt lebten. (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1950–1990) Nach 1990 verringerte sich die Einwohnerzahl weiter, so dass die Stadt eine fast 90-jährige Schrumpfungserfahrung aufzuweisen hat. Die frühe Spezialisierung auf hochwertige Textilprodukte, die Spitze, hatte Plauen zunächst bis zum Ersten Weltkrieg einen rasanten Aufstieg beschert. Nach 30 Jahren Weltmarktführerschaft „verschließt“ das Plauener Textilgewerbe aber den Modewechsel um 1910. (Keller 2002: 319) Schon 1913/14 erlitt die Stadt schwere Einbußen durch den Wandel der Frauenkleidung, das Zerreißen von Exportbeziehungen und das Erstarken von Konkurrenten im Ersten Weltkrieg. (Keyser 1941: 187) Die Stadt war, wie viele alte Textilstandorte, um 1900 durch eine extreme Überbelegung der Wohnungen gekennzeichnet. Die Abwanderung trug wahrscheinlich dazu bei, diese Probleme zu entschärfen, ohne dass städtische Flächen aufgelassen werden mussten.

Einige deutsche Großstädte erreichten mit der relativen wirtschaftlichen Erholung der Weimarer Republik bis 1929 den Scheitelpunkt ihrer Bevölkerungszahl, die anschließend mit der Weltwirtschaftskrise wieder sinken sollte. Die Entwicklungen der NS-Zeit sind sehr widersprüchlich. Seit Beginn des rapiden Stadtwachstums wurde von Stadtkritikern – quer durch die politischen Lager – die „Schrumpfung“ der neuen hochverdichteten Großstädte gefordert. Zumdest ideologisch spielte dies im Nationalsozialismus eine wichtige Rolle. Eine „planmäßige Entstädterung“ und die Auflösung der Großstädte zugunsten des „gesunden Landes“ wurden in Deutschland nach 1933 angesichts der Anforderungen der Rüstungswirtschaft und des Ausbaus der Gauhauptstädte aber nie ernsthaft unternommen. Das blutige Experimentierfeld dieser Ideologien war nach 1939 die besetzten mittel- und osteuropäischen Länder. Die gewaltsame Schrumpfung von Städten wie Warschau zu kleinen Marktorten in einer neuen „idealen“ Raumordnung wurde nicht nur geplant, sondern war Bestandteil realer Zerstörungspolitik.

Viele industriell oder militärisch geprägte Orte wurden durch die staatlich initiierte Scheinkonjunktur der Aufrüstung nach 1933 in der NS-Zeit auf ihren zahlenmäßigen Höchststand geführt. Seit dem Beginn des Krieges schrumpften einzelne Städte aber bereits wieder durch Kriegsverluste, Evakuierungen und die Deportation ihrer jüdischen Bewohner. Der Rückgang steigerte sich mit dem Beginn des massiven Bombenkrieges und der totalen Kriegsführung ab 1943 deutlich, wobei die Städte wohl häufig nicht real schrumpften, da Zwangsarbeiter die eingezogene und evakuierte deutsche Bevölkerung in den Rüstungsbetrieben ersetzen mussten.

Das Resultat des Krieges waren sowohl vollkommen überfüllte wie weitgehend evakuierte Städte. Trotz der tiefgreifenden Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges blieb das deutsche Städtenetz aber nach 1945 weitgehend erhalten. Die zahlreichen Vorschläge zerstörte Städte an anderer Stelle neu zu errichten erwiesen sich angesichts der vorhandenen Infrastruktur als unrealistisch. Selbst die von ihrer Bevölkerung durch Flucht und Vertreibung ganz verlassenen Städte östlich der Oder wurden fast ausnahmslos wieder besiedelt, wenn auch Orte wie Breslau mehrere Jahrzehnte brauchten, um wieder ihre alte Bevölkerungszahl zu erreichen.

9 DDR: Schrumpfende Städte in der Aufbaugesellschaft

Von den vielfältigen Schrumpfungsprozessen des weiteren 20. Jahrhunderts soll hier exemplarisch nur die Entwicklung in der DDR betrachtet werden, die auch ein Land schrumpfender Städte war. Die Aufnahme von Flüchtlingen hatte nach

1945 zunächst zum Wachstum zahlreicher kleiner Städte und bisher gering besiedelter ländlicher Räume geführt. So wuchs die Bevölkerung von Mecklenburg-Vorpommern bis 1950 stark an. Noch im Jahr 2002 hatte das Bundesland trotz Verlusten während der DDR-Zeit und starker Abwanderung nach 1990 eine um 340.000 Einwohner höhere Bevölkerungszahl als dasselbe Gebiet im Jahr 1939. Insgesamt war der Bevölkerungstrend der DDR jedoch stark rückläufig: Von 1949 bis 1989 verlor die DDR fast zwei Millionen Menschen im Saldo. Wenn man den natürlichen Zuwachs einberechnet verließen etwa 3,14 Millionen Menschen bis Ende 1988 die DDR. (Grundmann 1998: 143)

Dieser Verlust konnte nicht ohne Auswirkungen auf das Städtenetz bleiben. Der weit verbreitete Schrumpfungsprozess wurde in der Wahrnehmung aber durch die „Aufbaueuphorie“ der neuen „sozialistischen“ Städte und politischen Zentren überlagert. Deren Bevorzugung hatte aber in Gestalt von baulichem Verfall und schlechterer Infrastrukturausstattung in anderen Orten immer eine Kehrseite. Insbesondere im ländlichen Raum und in kleineren Städten ohne administrative Funktion wirkte sich der Bevölkerungsrückgang aus, der durch die zunehmende Konzentration des Wohnungsbaus in den mittleren und größeren Zentren noch verstärkt wurde. (Werner 1985: 154) Im zentralistischen System bestanden kaum lokale Möglichkeiten dieser vernachlässigten Städte zur Krisenbewältigung. Abwanderung und sich gleichzeitig vergrößernde Disparitäten zeigten sich vor allem in Vorpommern, im Gebiet um Görlitz, im Vogtland und in der Region Bitterfeld. (Grundmann 1998: 122f.)

Von 1950 bis 1989 wuchsen von den rund 200 Städten der DDR mit mehr als 10.000 Einwohnern etwa 33 % um mindestens 10 % ihrer Einwohnerzahl. Aber 35 % der Städte dieser Größengruppe verloren über 10 % ihrer Bevölkerung. Darunter finden sich 40 Städte, die mehr als 20 % ihrer Einwohner einbüßten. (Berechnungen nach Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1950–1990) In diesen Zahlen sind noch nicht die über 400 Kleinstädte unter 10.000 Einwohnern enthalten, die besonders im Windschatten der politischen und ökonomischen Aufmerksamkeit lagen. (Hannemann 2004: 57ff.) Langfristig erfuhren vor allem die Dörfer im Norden und die Kleinstädte im Süden deutliche Wanderrungsverluste. (Ferchland 1989: 193) Die von Umweltbelastung und Verschleiß der Wohnbaustanz betroffenen altindustriellen Kleinstädte litten besonders. Dramatische Schrumpfungsprozesse erlebten Städte wie Bernburg, Sebnitz und Glauchau. (Benke; Wolfes 2005: 143) Bitterfeld verlor bis 1989 40 % seiner Einwohner, vor allem weil der Wohnungsbau aufgrund der nicht mehr beherrschbaren Umweltbelastung nach Wolfen und Dessau verlagert wurde. (Ferchland 1989: 181) Schrumpfung war in diesem Fall Resultat einer industrie-politisch geschaffenen Zwangslage und musste mit Mitteln der Wohnungspolitik durchgesetzt werden.

Die Städte des Uranerzbergbaus erlebten nach 1945 explosionsartiges Wachstum und ebenso schnelle Rückgänge. So schrumpfte Johanngeorgenstadt nach dem Ende des Uranabbaus von 32.870 Einwohnern im Jahre 1950 – zeitweise waren es noch deutlich mehr – im Jahr 1964 wieder zurück auf 10.851 Einwohner. (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1950–1990) Die abwandernden, anfangs häufig zwangspflichteten Arbeiter und die verbleibenden ursprünglichen Bewohner, die die Zerstörung ihres Lebensumfeldes erfahren hatten, dürften diese Art von Schrumpfung nicht nur als negativ empfunden haben.

Insgesamt profitierten die neuindustrialisierten Städte, die ausgebauten Bezirksstädte und Orte mit wichtigen Zentralfunktionen von der Entwicklung in der DDR. Aber auch einige größere Städte wie Zwickau, Halle (Alt) und Görlitz, in deren altindustrielles Profil und Bausubstanz nur noch begrenzte Investitionen erfolgten, schrumpften deutlich. Die Bevölkerungszahl von Leipzig nahm bereits zwischen 1950 und 1989 von 617.574 auf 530.000 Einwohner um 14,2 % ab. (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1950–1990) 1933 hatte die Bewohnerzahl noch 713.000 betragen. (Keyser 1941: 123) Wichtige Wachstumsimpulse wie die Funktion als gesamtdeutscher Messestandort, Verlagsitz, Standort von Verbänden, Großbetrieben, Banken, des Großhandels und des zentralen Gerichts waren nach 1945 zu weiten Teilen abgeschnitten worden und kamen westdeutschen Städten zugute. Auch innerhalb der DDR war Leipzig trotz der Bedeutung als Bezirks- und Messestadt strukturell gegenüber der Hauptstadt und anderen Aufbaustädten benachteiligt.

10 Resümee und Ausblick

Die historische Betrachtung hat vielfältige Schrumpfungsprozesse aufgezeigt, die durch einen gesamtwirtschaftlichen Niedergang verursacht wurden, die Bestandteile von Differenzierungen im Städtesystem waren oder ihre Ursachen im zentralstaatlichen Handeln bzw. lokalen Besonderheiten hatten. Städtische Schrumpfung gab es selbst in Zeiten des allgemeinen demographischen Wachstums, teilweise war Schrumpfung auch nur lokal oder regional begrenzt. Schrumpfung war immer eine Entwicklungsoption im europäischen Städtesystem, manchmal als randständiges, manchmal als dominantes Phänomen.

Zusammengefasst haben die folgenden Faktoren zur Schrumpfung von Städten geführt, wobei die Einzelaspekte in Ursache und Wirkung teilweise eng miteinander verflochten sind.

- Urbane Katastrophen, die nicht oder nur teilweise lokal beeinflusst werden können und die zu einem meist eng umgrenzten Zeitpunkt stattfinden (Stadtbrände, Epidemien, Naturkatastrophen, Kriegszerstörungen etc.);
- Längerfristig wirkende Umweltveränderungen (Verlandung von Häfen, Umweltbelastungen, Klimawandel);
- Zusammenbruch der staatlichen oder wirtschaftlichen Rahmenordnung (Kriegsfolgen, Unruhen, politische Krisen, Systemwechsel);
- Wirtschaftlicher Niedergang, da das Produkt oder die Dienstleistung der Stadt nicht mehr abgesetzt oder hergestellt werden kann (Nachfrageänderung, Verlagerung von Handelsströmen, Konkurrenz, Versiegen von Bodenschätzen);
- Umwertung von Verkehrslagen und Verlust von traditioneller Zentralität (Benachteiligung durch Straßenbau, Kanalbau, Eisenbahnbau, Autobahn, Schließung von Anschlüssen etc.);
- Extern verursachte Minderungen der inneren Funktionalität (politische Entmachtung der Städte, Vertreibung von Bevölkerungsgruppen, Verlagerung staatlicher und anderer zentraler Einrichtungen);
- Intern verursachte Krisenfaktoren (Abschottung von neuen Entwicklungen, Abwehr von Zuwanderung, innerstädtische Auseinandersetzungen);
- Verlust von kleinräumigen Umlandfunktionen (durch neue Grenzziehungen, Niedergang des Umlandes oder neue konkurrierende Zentrumsbildungen).

In den letzten Jahrzehnten werden außerdem verstärkt wirksam:

- Bevölkerungsverluste und weitere Funktionseinbußen durch Suburbanisierung des Wohnens und Arbeitens;
- Bevölkerungsabnahmen durch neues generatives Verhalten, das nicht unmittelbar durch wirtschaftliche Krisen, Kriege oder Epidemien bedingt ist.

Hinter dem rein quantitativen Rückgang der Bevölkerungszahl durch Tod, Abwanderung oder eine geringere Reproduktionsrate standen weitere Prozesse der langfristigen demographischen Verwerfung, der Änderung der Sozialstruktur, der Abnahme der Wirtschaftskraft und kulturellen Differenziertheit der Städte. Diese Prozesse hatten nach außen erhebliche Auswirkungen auf die Position der einzelnen Stadt im Städtesystem und intern verschlechterten sie die Lebensbedingungen der Stadtbewohner, verursachten weitere Abwanderung und größere soziale Disparitäten. Bisweilen eröffneten die Umbrüche jedoch auch neue Chancen für einzelne Bevölkerungsgruppen. Auch Berufsstrukturen, Elitenkonstellationen und städtische Machtverhältnisse erfuhren regelmäßig deutliche Wandlungen im Gefolge von Schrumpfungen und Anpassungsreaktionen.

Ein wesentliches Moment war auch der bauliche Niedergang, der bis zum Extremfall des Untergangs kleinerer urbaner Zentren führen konnte. Wie der bauliche Wandel unter Schrumpfungsbedingungen im Einzelnen erfolgte und welche Rolle insbesondere planmäßiger Stadtumbau spielte ist noch nicht zu bestimmen. Von einem bewussten Stadtumbau ist wohl kaum zu sprechen. Stadtumbau im Sinne des 19. und 20. Jahrhunderts erfolgte vor allem in den Wachstumsstädten, während stagnierende oder schrumpfende Städte eher ihre überkommene Baustruktur konservierten. Diese weitgehende bauliche Persistenz konnte zu späteren Zeiten wieder als Potenzial wirken.

Das städtebauliche Grundmuster mit seinen wesentlichen Eckpunkten Markt, Kirche, Hauptstraße und Rathaus blieb bei Schrumpfungen innerhalb der umfassenden Stadtmauer zumeist erhalten. In Extremsfällen wurden Vorstädte aufgegeben. Verfallene Häuser und wüste Stellen gehörten über lange Zeit zum normalen Bild einer geschrumpften Stadt. Innerhalb der Grenzen der engeren Stadt konnten die verbliebenen Einwohner aber den größeren Freiraum nutzen, so kam die vermehrte innerstädtische Fläche für Hof- und Gartennutzung z.B. den Ackerbürgern zu gute.

Ein wesentlicher Impuls zur baulichen Anpassung konnten Stadtbrände sein. Der anschließende Wiederaufbau erfolgte angepasst an die neue Bevölkerungszahl und gewandelte sozioökonomische Struktur. Noch zu untersuchen wäre, wie sich dieser Wandel von einer dichten Fernhändlerstadt zu einer eher geräumigen Ackerbürger- und Handwerkerstadt im Einzelnen vollzog. Erfolgte nach Zerstörungen ein planmäßiger Wiederaufbau, diente er häufig der Modernisierung der städtischen Struktur.

Der Untergang einer Stadt blieb ein Sonderfall und betraf vor allem städtische Kümmerformen oder extrem monofunktional ausgerichtete Stadttypen. Die urbanen Selbsterhaltungs Kräfte erwiesen sich auch unter Krisenbedingungen meist als beharrlich. Sie gründeten in der jeweiligen Tradition und städtischen Identität, im Sozialkapital einer differenzierten Stadtbevölkerung und in der gegebenen Zentralität der Siedlung. Für das Wachstum oder die Schrumpfung von Städten waren die lokalen und überregionalen ökonomischen Konstellationen langfristig entscheidender als kurzfristige Epidemien, Kriegszerstörungen oder Stadtbrände. Nur wenn die wirtschaftliche Grundlage nachhaltig zerstört und die Städte von Austausch- und Produktionsprozessen abgekoppelt wurden, hatten sie geringere Chancen zur Regeneration. Die Stadtgesellschaften waren teils passiv den Folgen übergeordneter Entwicklungen unterworfen, teils traten sie auch selbst als entscheidende Akteure auf. Diese Möglichkeiten der Städte zur Bewältigung der urbanen Krisen wurden stark von den jeweiligen lokalen Potenzialen und historischen Traditionen bestimmt. Diese Reaktionen der Stadt-

gesellschaft konnten der Umkehrung der Schrumpfung in einen Wachstumsprozess oder der Stabilisierung auf niedrigerem Niveau dienen.

Der Blick auf die Historie zeigt vor allem die Bedeutung, die die Aktivierung lokaler Ressourcen zur Bewältigung von Krisen und zur Schaffung einer neuen Grundlage hatte. Stabilisierungen konnten die Städte durch Konzentration auf die Weiterentwicklung ihrer Position als zentraler Ort der Umgebung finden. Auch das Verlassen des bisherigen blockierten Entwicklungspfades und die Generierung völlig neuer örtlicher Spezialisierungen war ein zentraler Aspekt der Krisenbewältigung. Die Impulse zur Krisenbewältigung resultierten aus der Initiative der krisenbedrohten Einwohner, teils wurden sie auch von außen durch Zuwanderer eingebracht. Viele tiefgreifende Schrumpfungskrisen waren aber nicht ausschließlich durch lokale Potenziale zu bewältigen. Die staatlichen und gesamtgesellschaftlichen Institutionen mussten durch Regionalpolitik, Unterstützung von Wiederaufbau und Neuansiedlungen auch einen wesentlichen Teil der Verantwortung übernehmen.

Im Vergleich mit den geschilderten historischen Entwicklungen erschweren in der heutigen Situation einige Faktoren die Anpassungsprozesse. (siehe hierzu auch Häußermann; Siebel 1987: 82)

- In der vormodernen Stadt entstanden in Folge einer demographischen Schrumpfung auch wieder neue Möglichkeiten zum Wachstum, indem formelle und informelle Barrieren für Familiengründungen und wirtschaftliche Tätigkeiten fielen. Einen solchen Mechanismus der Regeneration gibt es bei heutigem generativen Verhalten nicht mehr. Wie Städte mit unabsehbar langen Phasen des demographischen Niedergangs umgehen, ist unklar.
- Der Rückgriff auf vorindustrielle Wirtschaftsweisen im landwirtschaftlichen und handwerklichen Bereich ist in einer industrialisierten und urbanisierten Welt nicht mehr ohne weiteres möglich.
- Ein großes Problem bleibt die Infrastrukturausstattung der modernen Stadt, die nicht auf Schrumpfung ausgelegt ist und bei geringerer Nachfrage nicht mehr rentabel betrieben werden kann. Die vorindustrielle Stadt hatte im Falle der Schrumpfung dieses Problem in der Regel nicht. Man muss bis zum Ende der Antike zurückgehen, um ähnliche Problemlagen zu finden.
- Historisch waren Krisen meist mit erneuter Konzentration verbunden. Trotz oder gerade wegen Krisen blieben Städte zentrale Orte. Heute gibt es eher die Tendenz zur Dekonzentration und Suburbanisierung. Einige Zentralitätsaspekte unterliegen aber auch weiterhin der öffentlichen Planung wie Schulen, Verwaltung und Wissenschaftseinrichtungen und können als stabilisierende Elemente eingesetzt werden. Auch die persistente Grundstruktur

des Straßen- und Bahnsystems bewahrt weiterhin Teile der städtischen Zentralität.

- Städte waren immer Orte der Zuwanderung, auch in Schrumpfungssituatien. Die Einwanderung war meist mit Privilegierung von Zugewanderten verbunden. Die Vorstellung, dass solche Impulse zur Krisenbewältigung betragen können, ist heute wenig ausgeprägt. Schon die doppelte Staatsbürgerschaft ist heute kaum vermittelbar.

Trotz dieser Einschränkungen und obwohl keine der aufgezeigten historischen Anpassungsstrategien durch ihre Gebundenheit an die jeweiligen Rahmenbedingungen in Gänze auf heute übertragen werden kann, lassen sich aus den Erfahrungen der Geschichte Erkenntnisse für heute ableiten. Neben gescheiterten städtischen Anpassungsversuchen, zeigen sich viele Modelle erfolgreicher Reaktion auf Krisenphänomene, die der Stadt wieder eine neue Grundlage geben konnten. Die Stadtgesellschaften, lokale und staatliche Eliten standen den Krisen nicht zwangsläufig hilflos gegenüber, sie waren auch Akteure in diesem Prozess des Reagierens, „Gesundschumpfens“ und neuer Spezialisierung. Die eigenen Möglichkeiten der Städte sind heute durch enge rechtliche Bindungen und finanzielle Auszehrung eher schwach ausgeprägt. Zudem deutet sich ein stärkerer Rückzug des Staates aus der Verantwortung für den Ausgleich regionaler Disparitäten immer mehr an. Stadtentwicklung gerade in Krisensituationen nicht ausschließlich den Marktprozessen, sondern sowohl lokaler bürgerschaftlicher Initiative wie öffentlichem Handeln zu unterwerfen, ist aber gerade ein Charakteristikum für die europäische Stadt. Schrumpfung ist in der Gegenwart wie im Rückblick als durchaus typischer und häufiger Fall der Stadtentwicklung zu verstehen, auf den aber politisch und planerisch reagiert werden kann und muss. Der Untergang einer Stadt ist weiterhin als kulturelle Katastrophe zu begreifen. „Sterbende“ und „überflüssige“ Städte sollte man nicht zu schnell akzeptieren. Eine Stadt bleibt eine Stadt, auch wenn sie kleiner wird, wenn ihre Zentralität, Produktivität, innere Dichte, Gestalt und Differenziertheit bestehen bleibt. Dass die Stadtidentität nicht von der Größe abhängen muss, zeigt die Geschichte. Die europäische Stadt in ihrer Selbstbehauptungskraft und der Erfahrungsschatz der urbanen Krisenreaktionen könnte eine gute Basis für die Bewältigung dieser Prozesse sein.

Literatur

- Benke, Carsten (2001): Zehdenick und die Ziegelindustrie – Industrialisierung und Stadtentwicklung in einer märkischen Kleinstadt, in: Neitmann, Klaus (Hg.): Das brandenburgische Städtewesen im Übergang zur Moderne. Berlin: Arno Spitz, S. 213-246.
- Benke, Carsten; Wolfes, Thomas (2005): Stadtkarrieren – Typologie und Entwicklungsverläufe von Industriestädten in der DDR, in: Bernhardt, Christoph; Wolfes, Thomas (Hg.): Schönheit und Typenprojektierung. DDR-Städtebau im internationalen Vergleich. Erkner (Regio Transfer 5), S. 127-164 (im Druck).
- Berghahn, Volker (2003): Das Kaiserreich 1871-1914. Stuttgart: Klett-Cotta (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 16).
- Boelcke, Willi A. (1996): Städtewachstum und Eisenbahnentwicklung in den deutschen Bundesstaaten, in: Matzerath, Horst (Hg.): Stadt und Verkehr im Industriezeitalter. Köln u.a.: Böhlau, S. 23-40.
- Heuer, Siegfried (Hg.) (1992): Die kleine Stadt Penzlin – Erinnerungen. Penzlin: Selbstverlag des Fördervereins.
- Enders, Lieselott (1997): Ortslexikon Brandenburg. Die Prignitz. Weimar: Böhlau.
- Fehl, Gerhard (2003): Wachstum und Schwund: Strukturen und Formen der Verstädtung im 19. Jahrhundert. www.pt.rwth-aachen.de/_res/publikationen/pdf/PUB_Parlement_7-03_Lang.pdf: 13.1.2005.
- Ferchland, Rainer (1989): Sozialstrukturelle Besonderheiten von Städten verschiedenen Typs. Berlin (Dissertation B, Akademie für Gesellschaftswissenschaften).
- Flender, Herbert; Scharfscheer, Gerd (1980): Wetzlarer Stadtchronik. Wetzlar: Wetzlar-druck.
- Grundmann, Siegfried (1998): Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- Guenther, Michael (1991): Die Entwicklung des Stadtgebietes im Laufe der Jahrhunderte, in: Stadt Celle (Hg.): 700 Jahre Celle. Celle: Schweiger & Pick.
- Hannemann, Christine (2002): „Schrumpfende Städte“: Überlegungen zur Konjunktur einer vernachlässigten Entwicklungsoption für Städte, in: DIFU-Stadt 2030, Info-brief 6/2002, S. 3-8.
- Hannemann, Christine (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.
- Hannemann, Christine; Benke, Carsten (2002): Kleinstädte in Ostdeutschland – Welche Zukunft hat dieser Stadttyp? Forschungsprojekt gefördert durch die Fritz-Thyssen-Stiftung. Abschlussbericht April 2002.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heinrich, Gerd (1985): Berlin und Brandenburg. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag (Handbuch der historischen Stätten Deutschlands, Bd. 10).

- Henkel, Gerhard (1993): Die Entwicklung der historischen Kleinstädte des Paderborner Landes im 19. und 20. Jahrhundert, in: Siedlungsforschung. Archäologie – Geographie 11, 1993, S. 237-258.
- Huber, Paul B. (1979): Regionale Expansion und Entleerung im Deutschland des 19. Jahrhunderts: Eine Folge der Eisenbahnentwicklung? In: Fremdling, Rainer; Tilly, Richard H. (Hg.): Studien zur regionalen Differenzierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 27-55.
- Jäger, Helmut (1996): Verkehr und Stadtentwicklung in der Neuzeit, in: Matzerath, Horst (Hg.): Stadt und Verkehr im Industriezeitalter. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, S. 1-22.
- Keller, Katrin (2002): Landesgeschichte Sachsen. Stuttgart: Verlag Eugen Ulmer.
- Keyser, Erich (Hg.) (1941): Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte, Band II Mitteldeutschland. Stuttgart, Berlin: Kohlhammer.
- Keyser, Erich (Hg.) (1957): Hessisches Städtebuch. Stuttgart: Kohlhammer
- Kiesewetter, Hubert (1989): Industrielle Revolution in Deutschland 1815-1914. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Küpper, Heinz (1957): Der Niedergang der Münstereifeler Tuchmacher, in: Heimatkalender des Kreises Euskirchen. Rheinberg: Schiffer, S. 27-41.
- Heuer, Siegfried (Hg.): Die kleine Stadt Penzlin – Erinnerungen. Penzlin: Selbstverlag des Fördervereins, S. 40-43.
- Matzerath, Horst (1985): Urbanisierung in Preußen 1815-1914. Stuttgart u.a.: Kohlhammer (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 72).
- Reulecke, Jürgen (1985): Geschichte der Urbanisierung in Deutschland. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schilling, Heinz (1993): Die Stadt in der Frühen Neuzeit. München: Oldenbourg (Enzyklopädie deutscher Geschichte Band 24).
- Schöller, Peter (1967): Die Deutschen Städte. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.
- Schott, Dieter (2003): Stadt und Katastrophe, in: Informationen zur Modernen Stadtgeschichte 1/2003, S. 4-18.
- Schwabenicky, Wolfgang (1992): Hochmittelalterliche Bergstädte im sächsischen Erzgebirge und Erzgebirgsvorland, in: Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie 10, 1992, S. 195-210.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.) 1950-1990 (diverse Jahrgänge): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin: Staatsverlag.
- Statistisches Reichsamt (1926): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin: Reimar Hobbing.
- Stoob, Heinz (1979a): Frühneuzeitliche Städtetypen, in: Ders. (Hg.): Die Stadt. Gestalt und Wandel bis zum industriellen Zeitalter. Köln, Wien: Böhlau, S. 195-215.
- Stoob, Heinz (1979b): Stadtformen und städtisches Leben im späten Mittelalter, in: Ders. (Hg.): Die Stadt. Gestalt und Wandel bis zum industriellen Zeitalter. Köln, Wien: Böhlau 1979, S. 157-178.
- Stoob, Heinz (1990): Leistungsverwaltung und Städtebildung zwischen 1840 und 1940, in: Blotevogel, Hans Heinrich (Hg.): Kommunale Leistungsverwaltung und Stadtentwicklung vom Vormärz bis zur Weimarer Republik. Köln, Wien: Böhlau (Städteforschung A/30), S. 215-240.

Werner, Frank (1985): Die Raumordnungspolitik der DDR. Hannover: Curt R. Vincentz Verlag.

Umgang mit Schrumpfung. Reaktionen der Stadtentwicklungspolitik in Duisburg und Leipzig¹

Birgit Glock

Zusammenfassung: Die schrumpfenden Städte in West- und Ostdeutschland, in denen die ökonomische Basis erodiert ist und deren Einwohnerzahlen aufgrund von Abwanderung oder Geburtendefiziten beständig abnehmen, zeigen, dass sich seit der Industrialisierung ein fundamentaler Wandel in der Stadtentwicklung vollzogen hat. In meinem Beitrag gehe ich auf der Basis einer empirischen Analyse der Stadtentwicklungspolitik in Duisburg und Leipzig der Frage nach, wie die Städte auf den Umschlag von Wachstum auf Schrumpfung in der Stadtentwicklung reagieren. Beide Städte haben, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und durch verschiedene Ursachen bedingt, Einwohner und Arbeitsplätze verloren. Es wird in dem Beitrag gezeigt, dass für den unterschiedlichen Umgang mit städtischen Schrumpfungsprozessen nicht nur die in den Städten vorgefundenen spezifischen Akteurskonstellationen ausschlaggebend sind, sondern ebenso die unterschiedlichen Handlungsorientierungen der Akteure.

1 Ausgangspunkt

Die schrumpfenden Städte in West- und Ostdeutschland mit ihrer erodierten ökonomischen Basis und ihrer aufgrund von Abwanderung oder Geburtendefiziten beständig abnehmenden Einwohnerzahl zeigen überdeutlich, dass Stadtentwicklung nicht immer mit Prozessen des Wachstums identisch ist. Ausmaß und Ursachen der Schrumpfung unterscheiden sich zwischen den west- und den ost-

¹ Der Artikel basiert auf Ergebnissen einer empirischen Untersuchung, die ich zwischen 2001 und 2003 in beiden Städten durchführte. Die 40 Interviews mit Leitern und Mitarbeitern der Verwaltung, den Vertretern der politischen Parteien im Fachausschuss, den Mitarbeitern aus privatwirtschaftlich organisierten städtischen Gesellschaften und den lokalen Verbänden und Kammern bildeten einen Schwerpunkt der empirischen Erhebung. Für die Auswahl der Personen war maßgeblich, daß sie innerhalb des Politikfeldes entweder über relevantes Wissen oder/und über eine Schlüsselposition verfügten. Ein weiterer Schwerpunkt meiner empirischen Untersuchung war eine umfassende Dokumentenanalyse. In beiden Städten wertete ich sämtliche Niederschriften der Stadtverordnetenversammlung und der Fachausschüsse sowie die Mitteilungs- und Beschlüßvorlagen der Verwaltung, aber auch die Anträge und Anfragen der Parteien nach vordefinierten Kriterien inhaltsanalytisch aus.

deutschen Städten zwar, doch handelt es sich in beiden Fällen um langfristige und sich wahrscheinlich in der Zukunft noch verfestigende strukturelle Verwerfungen, mit denen die betroffenen Städte umgehen müssen. Da davon ausgegangen werden kann, dass sich die Problemlagen in Ost und West in den nächsten Jahren zuspitzen werden, wird die Frage nach Voraussetzungen und Möglichkeiten der Erprobung neuer Strategien in der Stadtentwicklungspolitik vor Ort umso dringlicher.

Mit dem Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ (2001) und „Stadtumbau West“ (2004)² stehen den Städten erstmals Finanzmittel für die Anpassung städtebaulicher und wohnungswirtschaftlicher Strukturen unter den Bedingungen rückläufiger Einwohnerzahlen, schwindender Arbeitsplätze sowie steigendem Wohnungsleerstand zur Verfügung. Der Umgang mit demografischen und wirtschaftlichen Schrumpfungsprozessen stellt die Städte jedoch vor ungewohnte Herausforderungen. Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik war es, Wachstumsprozesse zu steuern: Sämtliche Instrumente, Maßnahmen und Strategien sind bislang daran ausgerichtet. Das gilt für ost- wie westdeutsche Städte gleichermaßen. Für den Umgang mit Schrumpfungsprozesse existieren keine bewährten Politikstrategien: „best practices“, an denen sich lokale Akteure in schrumpfenden Städten orientieren könnten, sind nicht verfügbar, so dass zukunftsorientierte, für die veränderten Bedingungen der Stadtentwicklung anerkennende Politikinstrumente in den Städten erst entwickelt werden müssen.

Ob und wie es lokalen Akteuren gelingt, sich auf die veränderten sozialen, ökonomischen und demographischen Bedingungen in der Stadtentwicklung mit neuen politischen Maßnahmen und Strategien einzustellen, ist sozialwissenschaftlich kaum erforscht. Während sich die Forschung – von wenigen Ausnahmen abgesehen (siehe Häußermann, Siebel 1987) – in den 1980er Jahren mit der schrumpfenden Stadt nicht beschäftigte, begann sie sich Ende der 1990er Jahre mit schrumpfenden Städten auseinanderzusetzen. Hintergrund sind die massiven Wohnungsleerstände, die als Folge von Arbeitsplatzverlusten und Abwanderung in fast allen ostdeutschen Städten auftraten. Die Forschung begleitet zum einen das neue Bundesprogramm Stadtumbau Ost (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) 2003; Liebmann; Robischon 2003; Kabisch, Bernt et al. 2004), zum anderen sucht sie nach möglichen städtebaulichen bzw. stadtplanerischen Lösungen für den Siedlungsrückbau und das (Brach-) Flächenmanagement (Oswalt, Overmeyer et al. 2002). Nicht zuletzt fragte die Forschung nach Per-

² Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ legte die Bundesregierung erst 2004 auf. Allerdings startete man bereits 2002 das „ExWost-Forschungsfeld Stadtumbau West“, in dem anhand von Pilotprojekten übertragbare Strategien zur Lösung der Stadtumbauprobleme in den westdeutschen Städten entwickelt werden sollten.

spektiven für schrumpfende Städte, die auf endogenen und nicht primär ökonomischen Potentialen beruhen (Hannemann 2004).

Auf der Basis einer empirischen Analyse der Stadtentwicklungspolitik in Duisburg und Leipzig gehe ich im Folgenden der Frage nach, wie die Städte auf den grundlegenden Wandel der Bedingungen der Stadtentwicklung reagieren. Schlägt sich dieser Wandel in einer Neuorientierung städtischer Politiken nieder? Unter welchen Bedingungen negieren betroffene Städte die Entwicklungen und hoffen darauf, dass Schrumpfen wieder in Wachsen umschlägt? Wann und unter welchen Voraussetzungen erkennen sie die gewandelten strukturellen Bedingungen des Schrumpfens an und beginnen, neue Strategien, politische Programme oder Maßnahmen zu institutionalisieren, die nicht allein einer dramatischen Finanznot geschuldet sind? In diesem Beitrag sollen die Bedingungen identifiziert werden, unter denen sich herkömmliche, vornehmlich an Wachstumsprozessen ausgerichtete politische Instrumente, Maßnahmen und Strategien wandeln und innovative Ansätze in der Stadtentwicklungspolitik wirksam werden.

Im ersten Abschnitt werden für Duisburg und Leipzig zwei kurze Stadtprofile präsentiert. Reagieren die beiden schrumpfenden Städte gleich auf die Probleme und Herausforderungen der Schrumpfung? Im zweiten Abschnitt werden die politischen Reaktionen der Städte beschrieben. Im dritten Abschnitt werden die politischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse anhand der Akteure, ihrer Problemwahrnehmung und ihrer Konflikt- und Konsensbildungsprozesse analysiert und verglichen.

2 Duisburg und Leipzig – Ursachen und Folgen städtischer Schrumpfungsprozesse

Duisburg erlebte mit der Industrialisierung und dem damit einhergehenden Aufschwung der Montanindustrie einen wirtschaftlichen und demographischen Wachstumsprozess, der zunächst nur gelegentliche konjunkturelle Einbrüche erlebte (vgl. Heid 1983; Pietsch 1983). Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die Stadt aufgrund ihrer verkehrsgünstigen Lage am Zusammenfluss von Rhein und Ruhr zum wichtigsten Standort der bundesdeutschen Eisen- und Stahlindustrie, so dass 1970 mehr als ein Viertel aller Arbeitsplätze in Duisburg im Stahlbereich angesiedelt waren (Bünning 1983: 105). Die Mitte der 1970er beginnende Strukturkrise der Eisen- und Stahlindustrie führte dementsprechend zu einem tief greifenden ökonomischen, sozialen und demographischen Wandel, in dessen Gefolge Duisburg den Wachstumspfad verließ.

Die Stadt verlor seitdem nicht nur kontinuierlich an Arbeitsplätzen und Einwohnern sondern auch an Wirtschaftskraft. So reduzierte sich im Zeitraum von 1976 bis 2002 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um fast 30% (Stadt Duisburg div. Jg.: o. S.). Mit der wirtschaftlichen Strukturkrise und dem daraus folgenden Arbeitsplatzverlust nahm auch die Einwohnerzahl stetig ab. Zwischen 1975 und 2002 verlor Duisburg durch Abwanderung und Sterbefallüberschuss mehr als 100.000 Einwohner (Stadt Duisburg div. Jg.: o. S.). Während in den 1970er und 1980er Jahren die Fernwanderung einen erheblichen Teil ausmachte, führte in den 1990er Jahren insbesondere die Nahwanderung in das Duisburger Umland – zusammen mit einer negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung – zu einem erheblichen Bevölkerungsverlust. Im letzten Jahrzehnt verlor die Stadt Duisburg rund 20.000 Einwohner durch Suburbanisierung (Blotevogel, Jeschke 2001: 84). Durch die Schließung von Betrieben und die Abwanderung von Bewohnern erweiterte sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben der Stadt drastisch: Duisburg hat seit fast 30 Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt mehr (Stadt Duisburg 2004: 23). Darüber hinaus ist es aber auch die sozialstrukturelle und demographische Zusammensetzung der Bewohnerschaft, die der Stadt Probleme bereitet. Gerade junge, mobile und gut ausgebildete Bewohner verließen Duisburg.

Auch Leipzig ist eine schrumpfende Stadt. Doch während Duisburg mit den Erbschaften einer ökonomischen Monostruktur zu kämpfen hat, sind es hier in erster Linie die Folgen der Vereinigung, die zu anhaltenden Arbeitsplatz- und Einwohnerverlusten führten. Leipzig erlebte mit der Industrialisierung einen ungeheuren wirtschaftlichen und demografischen Wachstumsprozess (vgl. Grimm 1995; Rink 1995; Bergfeld 2002). Durch Nationalsozialismus und Krieg verließ die Stadt den Wachstumspfad – und konnte auch zu DDR-Zeiten daran nicht wieder anknüpfen, weil sie, wie der gesamte sächsische Ballungsraum, zu den Verlierern der zentral gelenkten Ressourcenzuweisung gehörte (Rink 1995: 64; Grundmann 1991: 120). Verfallende gründerzeitliche Quartiere, der näher an die Stadt heranrückende Braunkohletagebau sowie die Emissionen der Chemieindustrie im Dreieck Halle, Leipzig, Bitterfeld ließen Leipzig ab Mitte der 1960er zur einzigen ‚sozialistischen‘ Großstadt avancieren, die einen permanenten Einwohner- und sogar Arbeitsplatzverlust zu verzeichnen hatte (Rink 1995: 68).

Mit der Vereinigung war die Hoffnung, dass es sich bei den negativen Trends zu DDR-Zeiten nur um eine Unterbrechung eines langfristigen Wachstumsprozess handelte, groß. Tatsächlich gewannen die Arbeitsplatz- und Einwohnerverluste nach der Vereinigung jedoch an Dynamik. Im Zeitraum von 1993 bis 2003 reduzierte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von knapp 219.000 auf etwa 194.000 (Stadt Leipzig 2004: o. S.). Gleich-

zeitig verlor die Stadt durch Abwanderung und Geburtenrückgang innerhalb der ersten zehn Jahre nach der Vereinigung fast 100.000 Einwohner (Stadt Leipzig 1999: o. S.). Während die Abwanderung zunächst auf einer arbeitsmarktbedingten Fernwanderung nach Westdeutschland beruhte, gewann Mitte der 1990er die Suburbanisierung deutlich an Gewicht. Mit Beginn des neuen Jahrtausends stabilisierten sich die Einwohnerzahlen in Leipzig, da dem Geburtendefizit ein leicht positives Wanderungssaldo gegenüberstand (Stadt Leipzig 2002: 2). Gerade die Abwanderungen in das Umland von Leipzig wurden jedoch von Familien mit Kindern getragen. Damit setzte sich die bereits zu DDR-Zeiten einsetzende ungünstige Entwicklung der Altersstruktur fort (Stadt Leipzig 2002b: 4). Zusätzlich stehen in Leipzig derzeit aufgrund der massive Ausweitung des Angebots bei sinkenden Bevölkerungszahlen circa 18% des gesamten Wohnungsbestandes leer (Stadt Leipzig 2003: 20).

Duisburg und Leipzig verließen den Wachstumspfad bereits vor einiger Zeit und haben massive Verluste an Einwohnern und Arbeitsplätzen hinnehmen müssen. Wenn auch der Schrumpfungsprozess in unterschiedlichen zeitlichen Sequenzen stattfand und durch unterschiedliche Ursachen bedingt war, stehen Duisburg und Leipzig heute vor gleichermaßen dramatischen Problemen in der Stadtentwicklung. Darüber hinaus deutet in beiden Städten nichts auf eine erneute Zunahme der Einwohnerzahlen hin: Sowohl für Duisburg als auch für Leipzig werden weitere Bevölkerungsverluste prognostiziert. Wie reagieren Duisburg und Leipzig nun auf die Schrumpfungsprozesse in der Stadtentwicklung?

3 Duisburg und Leipzig: Instrumente, Maßnahmen und Strategien

Schlägt sich der grundlegende Wandel der Stadtentwicklung in einer Neuorientierung städtischer Politiken nieder? Um diese Frage zu beantworten, wurde in beiden Städten das Politikfeld Stadtentwicklung untersucht. Maßnahmen, Instrumente und Strategien in der Stadtentwicklungspolitik, die im politischen Prozess oder in der Wahrnehmung der lokalen Akteure eine wichtige Rolle spielten, konnten auf diese Weise identifiziert und analysiert werden.

„Große Würfe und kleine Schritte“³

Duisburg reagierte seit Ende der 1980er Jahre auf die strukturellen Arbeitsplatz- und Einwohnerverluste in erster Linie mit politischen Initiativen, welche die

³ Stadt Duisburg 1999: 37

Stadt als modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort profilieren sollen. Mit dem ersten kommunalen Handlungsprogramm Duisburg 2000 strebte man die Initiierung von Maßnahmen und Projekten an, die eine weitere Abkoppelung Duisburgs vom Wachstumspfad verhindern sollten: „Für die örtliche Strukturpolitik steht das Ziel im Vordergrund, wieder Anschluss an die Entwicklungen in anderen Regionen zu finden, indem regionale Gefährdungspotentiale abgebaut und die vor Ort vorhandenen Wachstumspotentiale weiter entwickelt werden“ (Stadt Duisburg 1988: 18).

Die Maßnahmen orientierten sich an den von der Landesregierung NRW vorgeschlagenen Handlungsfeldern Innovations- und Technologieförderung, Qualifizierung der Arbeitnehmer, Arbeitsplatzschaffung und -sicherung, Ausbau und Modernisierung einer wirtschaftsnahen Infrastruktur sowie der Verbesserung der Umwelt- und Energiesituation (Stadt Duisburg 1990: 129ff.). Zahlreiche Projekte, wie der Containerhafen, das MicroElectronicCentrum, der Gewerbe- park Niederrhein oder der Landschaftspark Nord, wurden in der Folgezeit in Angriff genommen und realisiert. Gleichzeitig rief man jedoch aufgrund der steigenden Abwanderungszahlen eine Einwohnerförderung auf den Plan, in der an bauwillige Duisburger städtische Grundstücke in den attraktiven Wohnlagen des Südens vergeben wurden. Insbesondere mit dem Mitte der 1990er entwickelten Gebiet Angerbogen setzte man die Einwohnerförderung fort.

Die Profilierung des Standortes Duisburg verlief, auch wenn die alten Instrumente der Technologie- und Innovationsförderung ergänzt durch den Schwerpunkt Logistik weitergeführt wurden, zunehmend über neue Instrumente. Insbesondere seit Ende der 1990er erwartete man sich von der Initiierung spektakulärer städtebaulicher Großvorhaben und Festivals wichtige Impulse für die (Innenstadt-) Entwicklung: „Ziel ist es, Duisburg Kaufkraftzuflüsse zu ermöglichen. Die Maßnahmen dienen dazu, die Innenstadt Duisburgs als Wohn-, Büro-, Handels-, Kultur- und Geschäftsstandort zu stärken und damit gleichzeitig das Image der Stadt Duisburg weiter zu verbessern“ (Stadt Duisburg 1999: 43ff.).

Um die Innenstadt aufzuwerten, projektierte man - neben der Einrichtung eines City-Marketings und eines Rahmenkonzepts Innenstadt - zwei große städtebauliche Projekte. Einerseits das sich seit 1998 mit wechselnden Investoren in Planung befindende Urban Entertainment Center „MultiCasa“, das auf den stillgelegten Gleisanlagen des Güterbahnhofs in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs entstehen sollte. Andererseits projektierte man ein Kongresszentrum mit der größten und umsatzstärksten Spielbank in Deutschland, „Urbanum“.

Gleichzeitig verfolgte man unter dem Motto „Duisburg an den Rhein“ auch eine Erweiterung und Öffnung der Innenstadt durch vormals industriell genutzte Flächen am Rheinufer. Zusammen mit der Konzeption einer Bundesgartenschau sollten auf diese Weise innerstädtische Brachflächen neu genutzt und in Wert

gesetzt werden. Während für den „RheinPark“, der auf dem Gelände eines ehemaligen Walzdrahtwerks als hochwertiger Dienstleistungsstandort mit Parklandschaft und Uferpromenade entstehen sollte, bereits städtebauliche Wettbewerbe ausgelobt wurden, ist die Bundesgartenschau aufgrund fehlender Finanzmittel wieder abgesagt worden. Duisburg wird dennoch in diesem Jahr der Austragungsort für die nicht-olympischen Sportarten der „World Games“ sein. Ist das gleiche Reaktionsmuster auch in der Stadt Leipzig zu beobachten?

„Weniger Dichte - mehr Grün?“⁴

Auch in Leipzig reagierte man auf die anhaltenden Arbeitsplatz- und Einwohnerverluste mit politischen Maßnahmen, Programmen und Instrumenten zur Verbesserung wichtiger Standortfaktoren, um die Stadt so zu einer europäischen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturmetropole zu entwickeln (Initiative Leipzig e.V. 1998: o. S.). Insbesondere in den ersten Jahren nach der Vereinigung stilisierte man Leipzig als „Boomburg des Ostens“ und erwartete sich vom Neubau der Leipziger Messe, dem Ausbau des Leipziger Hauptbahnhofs zu einem Einkaufszentrum sowie zahlreicher anderer Projekte wichtige Impulse. Daneben war auch die Sanierung des Wohnungsbestandes von Beginn an ein wesentlicher Bereich in der Leipziger Stadtentwicklungspolitik.

Begleitet wurden die Projekte und Maßnahmen durch eine horizontal angelegte Imagekampagne „Leipzig kommt!“, mit der man die Stadt bei in- und ausländischen Investoren zu profilieren suchte. Neben dem Umbau des Zentralstadions, der Errichtung der „Bio- und der „Media-City“ versprach sich die Stadt insbesondere von ihrer Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung: „Leipzig will mit Hilfe von Olympia wieder eine europäische Großstadt mit weltweiter Bedeutung werden und sich im globalen Wettbewerb neu positionieren. (...) Wir haben den Anspruch, wieder eine Großstadt von europäischem Rang zu werden, die in der Welt wahrgenommen wird“ (LVZ 2004: 17).

Seit 1998 wurden jedoch auch Konzepte, Programme und Maßnahmen entwickelt, die sich mit den Folgen des Bevölkerungsverlustes für Stadtentwicklung und Wohnungsbau beschäftigen. Unter dem Motto „Weniger Dichte, mehr Grün“ entwickelte Leipzig die Strategie „Neue Gründerzeit“. Durch Abrisse, Umnutzung und Zwischennutzung sollte der Wohnungsmarkt in den gründerzeitlichen Quartieren stabilisiert und gleichzeitig die Wohn- und Lebensqualität erhöht werden (Stadt Leipzig 2000: 9). Schwerpunkt des Programms war die

4 Stadt Leipzig 2000: 9

Aufwertung, nicht aber der komplette Erhalt der gründerzeitlichen Bausubstanz. Es stellte eine Abkehr von der bis dahin verfolgten „behutsamen Stadterneuerung“ dar, der zufolge die gesamte gründerzeitliche Bausubstanz erhalten und modernisiert werden sollte.

Der mit der „neuen Gründerzeit“ eingeleitete Strategiewechsel in der Stadterneuerung wurde mit dem Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung im Jahr 2000 fortgeführt und erweitert. Während die „neue Gründerzeit“ noch ausschließlich auf den Altbaubestand in der Stadt Leipzig konzentriert war, wurde mit dem Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung eine übergreifende Strategie definiert, von der mehr oder weniger alle relevanten Bereiche des Wohnungsmarktes erfasst werden sollten (Stadt Leipzig 2000: 10). Aufgrund der zunehmenden Konkurrenz der einzelnen Wohnungsmarktsegmente, aber auch der Stadtquartiere untereinander, zielte der Stadtentwicklungsplan darauf, eine räumlich und strukturell abgestimmte Entwicklungsstrategie zu definieren. Insbesondere für die Erneuerung der Altbauquartiere, die Weiterentwicklung der Großsiedlungen und die Steuerung des Wohnungsneubaus⁵ wurden einzelne Entwicklungsstrategien erarbeitet, die in den einzelnen Teilplänen zusammengefasst wurden. Das Ziel im Teilplan Stadterneuerung war beispielsweise eine „... deutliche(n) räumliche(n) Prioritätensetzung. Es geht um die tragfähige Organisation eines Schrumpfungsprozesses. Dabei ist eine Konzentration auf die Kerne der Quartiere notwendig, um dort funktionsfähige Strukturen zu gewährleisten. Andere Bereiche müssen zu deren Gunsten in der Priorität zurückgestellt werden“ (Stadt Leipzig 2000: 50).

Zwischenbilanz

Beide Städte verloren Einwohner und Arbeitsplätze. Sie reagierten beide, was ihre Orientierung an prestigeversprechenden großen Projekten betrifft, mit den Strategien einer Standortprofilierung. Der Vergleich zeigte jedoch einen wesentlichen, und für die weitere Untersuchung zentralen, Unterschied in den Stadtentwicklungs politiken: Auch wenn sich die konkreten Instrumente in Duisburg durchaus veränderten, adressierte man nahezu ausschließlich die eine, ökonomische Seite der (Schrumpfungs-) Medaille. Politische Konzepte, die sich mit den langfristigen Folgen des Bevölkerungsverlustes für die Stadtentwicklung beschäftigen, existieren bislang nicht. Fördermittel des Bundes und des Landes für den Stadtumbau West standen allerdings auch erheblich später und in deutlich

⁵ Mit der Gemeindegebietsreform 1998/9 bekam Leipzig im Umland zusätzliche große Wohnbauflächen. Der Teilplan „Wohnungsbau“ zielte auf eine Begrenzung der Neubauflächen bzw. auf eine Zurückstufung bereits ausgewiesener Wohnbauflächen am Stadtrand.

geringerem Ausmaß zur Verfügung. In Leipzig hingegen setzte man diversifizierter auf mehrere Strategien. Obwohl sich auch Leipzig als Standort profilieren wollte, entwickelte man dennoch in bestimmten Teilbereichen der Stadtentwicklungs politik neue Konzepte, Programme und Maßnahmen, die den Bevölkerungsverlust und dessen Folgen insbesondere für den Wohnungsbau als ein zu steuerndes Problem der Stadtentwicklung adressieren. Auch wenn sich eine gewisse Verengung der Schrumpfungsproblematik auf den Wohnungsleerstand abzeichnet, stellen sich die lokalen Akteure in Leipzig, zumindest partiell, auf die neuen Bedingungen in der Stadtentwicklung ein. Das ist in Duisburg nicht der Fall.

4 Duisburg und Leipzig: Akteure, Handlungsorientierungen und Konflikte

Unter welchen Bedingungen gelang es in Leipzig, diese neuen stadtentwicklungs politischen Maßnahmen zu institutionalisieren? Und warum gelang dies nicht in Duisburg?

Duisburg

Wer waren die maßgeblichen Akteure für die Formulierung und Durchsetzung von stadtentwicklungs politischen Initiativen, Maßnahmen und Programmen in Duisburg? Es waren insbesondere die Akteure der Verwaltung die im politischen Diskussions- und Entscheidungsprozess relevante Initiativen und Maßnahmen einbrachten. Nicht nur die beiden großen Projekte in der Innenstadt, wie das Urban Entertainment Center „MultiCasa“ und das Spielcasino und Kongresszentrum „Urbanum“, sondern auch die Bewerbung um die Bundesgartenschau oder die Entwicklung des „Rheinparks“ zählten zu den Initiativen der Verwaltung. Die Rolle der Verwaltung bei der Innenstadtaufwertung war zentral: „Es ist aus der Verwaltung heraus in die politische Diskussion gebracht worden, dass es Priorität haben muss, die Innenstadt zu entwickeln, aufzuwerten“. Sie sind diejenigen, die Mitte der 1990er realisierten, dass Duisburg als moderner Wirtschaftsstandort nicht nur über die alten Instrumente des Gewerbe flächenmanagements und der Technologieparks zu profilieren ist, sondern, dass hierfür auch neue Instrumente der Standortprofilierung nötig sind. Ein Prozess, der wesentlich davon beeinflusst wurde, dass den Verwaltungsakteuren deutlich wurde, dass sich ihre Hoffnung, dass der vereinigungsbedingte Wirtschaftsaufschwung in der Stadt weitergehen würde, zerschlagen hatte. Gleichzeitig zeichnete sich ab, dass

durch die Osterweiterung der EU die regionspezifische Förderung für Duisburg 2006 endgültig auslaufen würde, „man also alles tun muss, um bis dahin Investitionen mit Impulsgebung auf die Stadt zu lenken“ (Beigeordneter FA 27.06.2001).

Die Partei, die in der Stadt Duisburg von den lokalen Verwaltungsakteuren gewonnen werden musste, um die stadtentwicklungspolitischen Initiativen durchzusetzen, war die SPD-Ratsfraktion. Aufgrund ihrer erst absoluten, dann relativen Mehrheit im Rat nahm die SPD eine zentrale Stellung in den politischen Entscheidungsprozessen ein. Sie konnte gerade zu Beginn des Untersuchungszeitraums ihre Stellung nutzen, um die nötigen politischen Beschlüsse für die Großprojekte, wie die Änderung des Flächennutzungsplanes, auch gegen den Widerstand der anderen Parteien im Rat durchzusetzen. Die großen Projekte waren für die SPD wichtige Vorhaben, die helfen sollten, das alte Image Duisburgs als „Stadt Montan“ abzuschütteln. Dass es sich hierbei um Schlüsselprojekte mit höchster Priorität handelte, wird zudem daran deutlich, dass die damals amtierende SPD-Oberbürgermeisterin Zieling deren Realisierung zu ihrer persönlichen „Chefsache“ erklärte. Abstimmungsprozesse zwischen den Spitzen der Verwaltung und der SPD-Fraktion fanden bereits im Vorfeld der politischen Entscheidungsprozesse im Stadtrat statt, denn Anträge und Anfragen an die Verwaltung, wie sie die anderen politischen Parteien zu den Großprojekten einreichten, wurden von der SPD nur für die Bundesgartenschau gestellt. In der SPD scheint man, auch aufgrund der langjährigen, engen Zusammenarbeit mit der Verwaltung, darauf zu vertrauen, dass die Verwaltungsakteure den richtigen Weg einschlagen.

Auch die Vertretung der lokalen Wirtschaft spielte eine maßgebliche Rolle. Die Industrie- und Handelskammer verfügte offensichtlich als einziger Akteur in der Stadt über ausreichende Ressourcen, um die Initiativen der Verwaltung und des Rates durch eigene Konzepte und Maßnahmen zu blockieren: „Nur wenn die IHK sich mit eigenen Planungen einmischt, dann werden auch andere Konzepte entwickelt“. Wenn gleich auch die IHK das neue Instrument der Standortprofilierung, die Innenstadtaufwertung, durchaus begrüßte, und bei der Initiierung und Implementierung des City-Marketings mit den Akteuren aus Rat und Verwaltung zusammenarbeitete, stand sie dem von der Verwaltung und SPD projektierten Urban Entertainment Center ablehnend gegenüber. Gemeinsam mit den Vertretern der lokalen Kaufhäuser beauftragte die Industrie- und Handelskammer ein Düsseldorfer Architekturbüro mit der Erarbeitung eines alternativen Konzepts zur Innenstadtaufwertung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der Duisburger Stadtentwicklungspolitik ein Geflecht aus Verwaltung, SPD und IHK dominiert. Wenn gleich die politische Prägekraft montanindustrieller Strukturen nachließ, bewie-

sen die Akteurskonstellationen auf der lokalen Ebene eine Kontinuität. Zwei wesentliche Akteure, nämlich die Gewerkschaften und die großen Stahlunternehmen, die in den 1970er und 1980er Jahren noch einen großen Einfluss auf die Stadtentwicklungspolitik in Duisburg hatten, verloren an Bedeutung.

Der Nachteil dieser historisch generierten, in regionale Kontexte eingebetteten Akteurskonstellation scheint zu sein, dass traditionelle Problemwahrnehmungen und Problemdeutungen enttäuschungsresistent aufrechterhalten werden. In der Stadt Duisburg wird der Schrumpfungsprozess in erster Linie als ökonomischer Strukturwandel, als ökonomisch induzierter Übergang von industriellen zu postindustriellen Strukturen, wahrgenommen. Die lokalen Akteure sehen in den wirtschaftsstrukturellen Aspekten der Stadtentwicklung die größten Probleme (wie in der geringen Zahl an Arbeitsplätzen, dem schlechten Image und der fehlenden Attraktivität der Stadt sowie in den Kaufkraftverlusten). In dieser dominanten Problemperception spielen Bevölkerungsverluste nur eine untergeordnete Rolle. Die Einwohnerverluste sind allenfalls latent in der Wahrnehmung der lokalen Akteure als Problem verankert – und wenn diese als Problem interpretiert werden, dann fast ausschließlich in Bezug auf die Stadt-Umland Wandlung, die Suburbanisierung.

Es gibt durchaus Akteure in Duisburg, und hier insbesondere die Verwaltungsakteure, die davon ausgehen, dass es sich bei den zu beobachtenden Einwohner- und Arbeitsplatzverlusten um eine mittel- bis langfristige Perspektive für die Stadt Duisburg handelt. Gleichzeitig machten sie in den Interviews jedoch darauf aufmerksam, dass ihre Deutung in der Stadt nicht allgemein geteilt wird. Insbesondere bei den Politikern überwog eine Problemdeutung, die als „Verdrängung“ zu bezeichnen ist. Den städtischen Schrumpfungsprozess betrachteten sie als eine „Talsohle“. Man vermutete, dass es sich bei den gegenwärtig zu beobachtenden Entwicklungen in Duisburg um eine Phase des Abschwungs handelt, der aber auch wieder eine Phase des Aufschwungs folgen wird: „Ich glaube schon, dass man das hier als Talsohle betrachtet, das ist ja auch im Großen so. Es geht ja immer auch wieder aufwärts, im zyklischen Rhythmus“. Eng verknüpft mit dieser Deutung ist die Hoffnung lokaler Akteure, dass das Tal mit geeigneten politischen Maßnahmen schneller durchschritten werden kann.

Die generelle Orientierung, mit den großen Projekten die „Stadt als Großstadt insbesondere unter arbeitsplatzrelevanten Gesichtspunkten zu profilieren“ (FA, 31.08.1998), ist in Duisburg politisch wenig umstritten. Das zeigte die Analyse der Konflikt- und Konsensbildungsprozessen zu den großen Projekten. Ein Mitglied der CDU-Ratsfraktion betonte, dass es aus der Perspektive seiner Partei grundsätzlich eine sehr positive Angelegenheit sei, Investitionen in dieser Größenordnung nach Duisburg zu holen, weil Arbeitsplätze und der Zugewinn von

Kaufkraft für die Stadt sehr wichtig seien (FA, 30.10.1998). Die politischen Parteien, namentlich die CDU, Bündnis 90/Die Grünen und die PDS, lehnten die von der Verwaltung auf die politische Tagesordnung gesetzten Initiativen insbesondere aufgrund der mangelnden Verfahrenstransparenz und der Maßstäblichkeit zunächst bzw. dauerhaft ab. Nur eine Minderheit formulierte grundsätzliche Einwände. Die PDS wollte der Prioritätensetzung der Stadtverwaltung auf die „Leuchtturmprojekte“ in der Innenstadt generell nicht zustimmen.

Doch alleine wegen der harten Rahmenbedingungen, so ein Akteur aus der planenden Verwaltung, habe man eine Verpflichtung, MultiCasa auf den Weg zu bringen, weil die Duisburger Innenstadt ansonsten tatsächlich nur noch ein Nebenzentrum wie die 1975 eingemeindete kleinere Nachbarstadt Rheinhausen sei. Auch der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Planung machte in einer Sitzung des Fachausschusses zum Projekt deutlich, dass andere Bereiche in der Stadt nicht vernachlässigt werden würden, dass sie aber insgesamt für Duisburg nachrangig seien: Die Verfolgung ökonomisch relevanter Ziele ermögliche es überhaupt erst, in der Stadt Duisburg eine Basis zu schaffen, mit der sie auch ihre sozialen Aufgaben erfüllen könne (FA, 31.08.1999).

Leipzig

Wer waren die maßgeblichen Akteure für die Formulierung und Durchsetzung der stadtentwicklungsrelevanten Initiativen, Maßnahmen und Programme in Leipzig? Auch in Leipzig brachten die Akteure der Verwaltung die relevanten Initiativen in den politischen Prozess ein. Sämtliche im Rat verabschiedeten neuen Maßnahmen und Instrumente – wie beispielsweise das Programm „Neue Gründerzeit“, der „Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung“ – wurden in der Verwaltung entwickelt. Ein Akteur aus der Verwaltung erinnert sich: „Es ist hier natürlich allen schwer gefallen, zu akzeptieren, dass wir hier ein richtiges Problem haben. Das war in der Politik insgesamt kompliziert. Es hat mit Sicherheit einen Prozess von zwei Jahren mit dem Stadtrat gegeben, wo wir das [den „Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung“; BG] sehr ausführlich diskutiert haben“. Die Akteure der Verwaltung entwickelten die neuen Programme und Maßnahmen, weil sie realisieren mussten, dass der abschreibungsbedingte Sanierungsboom in den gründerzeitlichen Altbauquartieren nach dem Wegfall der steuerlichen Begünstigungen für westdeutsche Investoren nicht weitergehen würde, zumal sinkende Bevölkerungszahlen bei steigender Neubautätigkeit bereits zu einem drastischen Rückgang der Nachfrage, gerade in den gründerzeitlichen Quartieren der Stadt geführt hatten. Die Erkenntnis, dass ein „weiter-so“ in der Stadterneuerungspolitik die bestehenden Probleme in den

Leipziger Altbaugebieten nur verschieben, nicht aber lösen würde, stellte aus Sicht der Verwaltungsakteure den entscheidenden Punkt dar, an dem die Diskussion über Abwanderung, Bevölkerungsverlust und Wohnungsleerstand – kurz: das Thema der schrumpfenden Stadt – in Gang kam und neue Strategien entwickelt wurden.

Die Parteien, die in der Stadt Leipzig von den lokalen Verwaltungsakteuren gewonnen werden mussten, um ihre Initiativen im politischen Prozess durchsetzen zu können, war zunächst die SPD, später aufgrund wechselnder Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat die CDU. Gleichwohl versuchten die Akteure der Verwaltung auch alle anderen politischen Parteien des Leipziger Stadtrates – namentlich die PDS und Bündnis90/Die Grünen – mit einzubeziehen. Ein breiter Konsens wurde gesucht: „Es geht hier [bei den neuen Strategien, wie dem STEP; BG] ja auch um die Grundfesten des Stadtverständnisses, und das können sie nicht gegen 25% der Ratsmitglieder durchsetzen, sie brauchen dafür tragfähige Mehrheiten.“ Auch die Akteure der politischen Parteien dringen auf einen breiten Konsens: „In bestimmten Bereichen [wie der Stadtentwicklungsarbeit; BG] sind sich hier eigentlich alle [politische Parteien; BG] einig, dass man, um etwas zu erreichen, an einem Strang ziehen muss“. Dennoch bringen sich in den politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen zu den neuen stadtentwicklungsrelevanten Maßnahmen und Strategien in Leipzig in erster Linie die CDU- und die PDS-Ratsfraktion ein. Die SPD und die Grünen treten weniger in Erscheinung.

Neben den Parteien musste die Wohnungswirtschaft von den Verwaltungsakteuren gewonnen werden, da die neuen Strategien – wie der Abriss und Rückbau bestehender Wohnungen – von der Kooperation der Eigentümer abhängt. Die Wohnungswirtschaft verfügte über eine hohe Blockademacht – und wurde von den Akteuren in Leipzig durchweg als ein „schwieriger Partner“ wahrgenommen. Insbesondere deshalb, weil sie „bis 2000 munter weiter saniert und die Augen vor dem Problem verschlossen [haben]“. Dass die Einbindung, gerade die der großen kommunalen Wohnungsbaugesellschaft und der Genossenschaften, ein Problem war, wird auch deutlich, dass der Teilplan für die Großsiedlungen erst mit einer Verzögerung von fast drei Jahren nach dem Abschluss eines „Pakts der Vernunft“ verabschiedet werden konnte: „Das [Nachziehen anderer Akteure; BG] hat aber mit den Hauptakteuren, den Wohnungsbau-Genossenschaften und anderen Eigentümern, bisher noch nicht so gut geklappt, denn noch machen sie sich alle eher Konkurrenz als an einem Strang zu ziehen“.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der Stadt Leipzig eine komplexe Koalition aus Verwaltung und politischen Parteien dominierte, wobei kein eindeutiges Zentrum auszumachen war. Auch spielte hier die Vertretung der lokalen Wirtschaft, die Industrie- und Handelskammer, kaum eine Rolle. Statt-

dessen verfügten die Akteure der Wohnungswirtschaft über eine hohe potentielle Veto-Macht.

Der Vorteil dieser Akteurskonstellation ist offenbar, dass sich flexiblere Problemwahrnehmungen und Problemdeutungen in der Stadt durchsetzen konnten. Wenngleich auch die Arbeitsplatzverluste, also die wirtschaftsstrukturellen Aspekte, eine wichtige Rolle in der Problemwahrnehmung spielten, nahmen die lokalen Akteure den Schrumpfungsprozess insbesondere im Hinblick auf den Einwohnerverlust und den Wohnungsleerstand wahr. Es waren insbesondere die stark anwachsenden Leerstände, welche die Problematik des Bevölkerungsverlustes in das Bewusstsein der lokalen Akteure rücken ließen. Die dominante Problemwahrnehmung zeigt sich daran, dass der Bevölkerungsverlust von den lokalen Akteuren in erster Linie in Bezug auf den Leipziger Wohnungsmarkt problematisiert wird: Die Auswirkungen des Bevölkerungsverlustes auf andere Bereiche der Stadtentwicklung sind in der Problemperception der meisten Akteure allenfalls latent, jedoch keinesfalls manifest vorhanden. Zwar gibt es auch in Leipzig Akteure, die den Bevölkerungsverlust als eine umfassendere Herausforderung für die Stadt, wie für die Sicherung der sozialen, technischen oder kulturellen Infrastruktur, sehen, gleichzeitig verweisen sie darauf, dass diese Problematik in der Wahrnehmung bislang weniger verankert ist.

Der Schrumpfungsprozess wird von den lokalen Akteuren als eine eher langfristige Entwicklung anerkannt: „Die Probleme Wohnungsleerstand und Bevölkerungsrückgang werden langfristig bestehen bleiben, das zeigen ja auch die Statistiken zum demografischen Wandel. Und das sind Probleme, die die Stadt angehen muss, was sie auch tut, die kann man nicht aussitzen“. Allerdings wurde in der Untersuchung auch deutlich, dass eine solche, realistische Deutung des Schrumpfungsprozesses prekär und umstritten bleibt. Gerade angesichts der gelungenen BMW-Ansiedlung (2001) und der Olympiabewerbung (2002), wurde der erreichte Stand der Diskussion wieder in Frage gestellt. „Schaffen wir es hier, weiter größere Ansiedlungen zu gewinnen“, merkt ein Stadtrat an, „werden wir in der Lage sein, die Einwohnerzahlen zu halten“. Die Politiker sind allerdings nicht die einzigen, die den erreichten realistischen Stand der Problemdeutung zur Disposition stellten. Auch in Teilen der Verwaltung „ging die Tendenz nach BMW schon dazu, die Verhältnisse wieder in Frage zu stellen“. Insgesamt, so ein anderer Akteur der Verwaltung, ist es nicht so „dass es eine Linie der öffentlichen Darstellung gibt, sondern es ist hier immer so ein Gezerre und so eine Angst ein Negativimage zu bekommen, und die Dinge lieber nicht so drastisch darzustellen“.

Somit lässt sich festhalten, dass in Leipzig der Schrumpfungsprozess von den lokalen Akteuren eher als langfristige Entwicklung wahrgenommen wird, die erst einmal bestehen bleiben wird. Gleichwohl ist diese realistische Problem-

deutung prekär und umstritten. Das spiegelt sich auch in den Konflikt- und Konsensbildungsprozessen in der Stadt wider. Auch wenn in Leipzig alle Akteure retrospektiv argumentieren, dass man „als es um das Problem Wohnungsleerstand und Abwanderung ging, [war] das eigentlich eine Sache war, die von Politik und Verwaltung gemeinsam vorangetrieben wurden“, so wird aus den Interviews und den Stadtratsdokumenten deutlich, dass es gerade zu Beginn galt, massive Widerstände derer, die das Thema des Bevölkerungsverlustes und des Wohnungsleerstandes nicht thematisieren wollten, zu überwinden. Dies betraf sowohl Teile der Verwaltung als auch der Politik.

Für die Akteure der Verwaltung war es schwierig, den Bevölkerungsverlust und den Wohnungsleerstand als ein strukturelles Problem der Stadt Leipzig zu thematisieren: Es passte nicht zu dem selbstgewählten Marketing-Slogan „Leipzig kommt!“. Insbesondere auf den höheren Verwaltungsebenen war man sehr darauf bedacht, mit der Problematik in der Öffentlichkeit zurückhaltend umzugehen. Gerade die Wohnungsleerstandszahlen sollten sensibel gehandhabt werden, da man vermeiden wollte, ein negatives Image zu bekommen. Man fürchtete, den Standort Leipzig schlecht zu reden und potentielle Investoren zu verschrecken. Ähnlich wie in Teilen der Verwaltung, spielten auch insbesondere bei der CDU und der PDS die Befürchtungen eine große Rolle, dass Leipzig als Standort diskreditiert werde, und dass die Außenwirksamkeit des Stadtentwicklungsplans für den Standortwettbewerb verheerend sei: „Nach außen entsteht so der Eindruck, Leipzig kommt nicht mehr, Leipzig steht leer, Leipzig reißt ab ... Das darf nicht sein“ (Stadtrat CDU). Darüber hinaus bemängelten die Vertreter der PDS und der CDU Ratsfraktion, dass sich die neuen Strategien der Verwaltung auf eine Reduzierung des Angebots und nicht auf eine Steigerung der Nachfrage richteten, dass es also ein „Herumdoktern“ an den Symptomen sei. Wenngleich die CDU und die PDS dem Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung zustimmten, flammten die Kontroversen um die Berücksichtigung wirtschaftlicher Belange in der Stadtentwicklungspolitik immer wieder auf.

Eine weitere Konfliktlinie war die ideologisch aufgeladene Auseinandersetzung zwischen den politischen Parteien um die Frage, ob die Abrisse zur Reduzierung des Wohnungsüberhangs im Altbau oder im Neubau stattfinden sollten. Hier war eine recht eindeutige Positionierung der einzelnen Parteien erkennbar, was ein Mitglied der Grünen im Stadtrat von Leipzig ansatzweise bestätigt: „Innerhalb der politischen Landschaft ist es eher so, dass die PDS das Thema stark macht, wenn es um den DDR-Wohnungsbestand geht, und die anderen sich eher für das Thema alter Bestand verantwortlich fühlen.“ Doch obgleich sich die PDS eindeutig zugunsten des industriell gefertigten Wohnungsbaus in der Stadt Leipzig bekannte, lehnte sie Abrisse in diesem Bereich nicht grundsätzlich ab. Um die von Leerstand und Abwanderung betroffenen Großsiedlungen zu erhalten

und zu stabilisieren, war die PDS im Laufe der Entscheidungsfindung bereit, auch über Abbrüche sanierungsfähiger Gebäude in Grünau zu diskutieren. Die Zustimmung der PDS zum geplanten Rückbau in der Großsiedlung erwies sich als eine wichtige Ressource, um den Stadtentwicklungsplan Großsiedlungen relativ reibungslos im Stadtrat durchsetzen zu können.

5 Zusammenfassung und Ausblick

Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass es in Leipzig gelang, neue städtische Politiken zu formulieren und zu institutionalisieren. Dies wurde durch ein offeneres Beziehungsgeflecht zwischen den lokalen Akteuren ermöglicht. Dessen Etablierung wurde durch den Elitenwechsel nach der Vereinigung begünstigt. Eine solche historisch einmalige Situation bot sich in Duisburg zu keinem Zeitpunkt und auch wenn sich die Akteurskonstellationen durch den Weggang der Stahlunternehmen und dem Bedeutungsverlust der Gewerkschaften durchaus veränderten, überwog die Kontinuität.

Der Vorteil eines offeneren, komplexeren Beziehungsgeflechts liegt offensichtlich darin, dass „Blockaden“ im politischen Prozess minimiert werden, weil Akteure mit einer potentiellen Veto-Macht frühzeitig eingebunden werden. Insbesondere erscheint das dann wichtig, wenn neue stadtentwicklungspolitische Maßnahmen entschieden und implementiert werden, die möglicherweise gegen etablierte Interessen der Beteiligten laufen.

Ein solches Beziehungsgeflecht ermöglicht darüber hinaus offensichtlich flexiblere Problemwahrnehmungen und -deutungen. Diese sind eine weitere Bedingung, unter der es in Leipzig gelang, neue städtische Politiken zu formulieren und zu institutionalisieren. Es ist entscheidend, dass der Schrumpfungsprozess als solcher von den lokalen Akteuren überhaupt erst einmal wahrgenommen wird. Überwiegt in einer Stadt bei den handelnden Akteuren eine Wahrnehmung, die man als „Verdrängung“ bezeichnen könnte, wird Schrumpfung auch nach Jahren tapfer als Talsohle betrachtet, aus der man früher oder später wieder herausgelangt, werden traditionelle stadtentwicklungspolitische Handlungsorientierungen enttäuschungs-resistant aufrechterhalten. Wird der Schrumpfungsprozess dagegen als langfristige Entwicklung wahrgenommen – was nicht ausschließt, dass es auch Akteure mit einer „verdrängenden“ Problemwahrnehmung gibt – erhöht sich die Bereitschaft, auch unkonventionelle Lösungen zu erwägen.

Traditionelle Handlungsorientierungen werden in einer Stadt nicht „einfach so“ aufgegeben. Hierfür spielen offenbar bestimmte Ereignisse, die einen hohen Problemdruck generieren, eine wichtige Rolle. In Leipzig ließen sich Hinweise dafür finden, dass Bevölkerungsverlust und Angebotsüberhang schon Mitte der

1990er in Politik und Verwaltung als Problem bemerkt wurden. Gleichwohl bedurfte es offenbar eines, für alle sichtbaren Ereignisses – nämlich das Auslaufen der Steuerabschreibung Ost 1998, um auch andere Akteure von der Notwendigkeit neuer Problemsichten und Strategien zu überzeugen. In Duisburg gab es zwar Mitte der 1990er Jahre eine Fülle von kleineren Ereignissen, deren ‚Problemdruckpotential‘ aber offensichtlich deutlich geringer war. Sie wurden von den lokalen Akteuren allerdings auch nicht genutzt, um einen hohen Problemdruck zu inszenieren: Niemandem gelang es hier, das „Ereignis zu einem Ereignis“ zu machen, den Wandel aktiv voranzutreiben, und die notwendigen Handlungsressourcen zu mobilisieren, um Veränderungen der Problemwahrnehmung zu bewirken.

Eine weitere Bedingung, unter der es in Leipzig gelang neue städtische Politiken zu formulieren und zu institutionalisieren, waren die kompromissorientierteren Formen der politischen Konflikttaustragung. Zwar gab es auch in Leipzig handfeste und teilweise ideologisch aufgeladene Konflikte, sie wurden jedoch wirkungsvoll dadurch entschärft, dass zum einen (kleinere) Belange der politischen Parteien berücksichtigt wurden. Und zum anderen dadurch, dass die Entscheidungen nicht „über’s Knie gebrochen“ wurden. Gerade in der Verwaltung wartete man offensichtlich, bis sich eine relativ stabile, geteilte Problemwahrnehmung und -deutung herausgebildet hatte. Auch wenn der Beigeordnete für Planung und Bau zwischendurch zur Eile mahnte, um den „Wettbewerbsvorsprung Leipzigs“ für die Beantragung von Fördermitteln aus den Stadtumbaumitteln beizubehalten.

Nicht zuletzt wurde die Institutionalisierung neuer städtischer Politiken in Leipzig aber auch durch überlokale Bedingungen begünstigt: Mit der eingeleiteten Thematisierung von Wohnungsleerstand, Abwanderung und Geburtenrückgang durch das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ konnte man sich in Leipzig nicht nur als Vorreiter in Ostdeutschland stilisieren, weil man als „erste ostdeutsche Großstadt mit einem integrierten Entwicklungskonzept auf die neuen Herausforderungen“ (Stadt Leipzig 2002: 2), sondern darüber hinaus konnte man auch finanzielle Mittel für die Umsetzung gewinnen. An dieser Stelle können Maßnahmen auf Bundes- und Länderebene die Position von Akteuren in schrumpfenden Städten stärken, indem sie ihnen die Möglichkeiten zur Akquise von Ressourcen für eine, die gewandelten Bedingungen der Stadtentwicklung anerkennende, Politik bieten.

Literatur

- Bergfeld, Ingolff (2002): Leipzig: eine kurze Stadtgeschichte. Erfurt: Sutton.
- Blotevogel, Hans H; Jeschke, Markus (2001). Determinanten der Stadt-Umland Wanderung im Raum Duisburg. Duisburg: Gerhard Mercator Universität.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2003): Stadtumbau. Eine Daueraufgabe mit neuen Herausforderungen. Informationen zur Raumentwicklung, Selbstverlag, Heft 10/11.
- Bünnig, Jens (1983): Stahlstadt Duisburg, in: Bünnig, Jens; Hartmann, Jupp; Höffkes, Uwe; Jäger, Siegfried (Hg.): Stahlkrise-Regionalkrise. Ursachen, Verlauf und regionale Auswirkung der Stahlkrise mit einer Dokumentation der Lösungskonzepte. Duisburg, S. 102-123.
- Glock, Birgit (2005): Schrumpfende Städte - Reaktionen der Stadtentwicklungspolitik. Duisburg und Leipzig im Vergleich. Unveröffentlichte Dissertation am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Grimm, Frank-Dieter (1995): Return to normal - Leipzig in Search of its Future Position in Central Europe, in: GeoJournal 36, 4, pp. 319-336.
- Grundmann, Siegfried (1991): Ungleiche Regionen (Ost), in: Marcuse, Peter; Staufenbiel, Fred (Hg.): Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Perspektiven der Stadterneuerung nach 40 Jahren DDR. Berlin: Akademie: 117-133
- Hannemann, Christine (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin: Berliner-Wissenschafts-Verlag.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987). Neue Urbanität. Frankfurt am Main / New York: Campus.
- Heid, Ludger (1983): Die Industrialisierung, in: Heid, Ludger; Kraume, Hans-Georg; Lerch, Karl W.; Milz, Joseph; Pietsch, Hartmut; Tromnau, Gernot; Vinschen, Klaus-Dieter (Hg.): Kleine Geschichte der Stadt Duisburg. Duisburg: Walter Braun, S. 184-252.
- Initiative Leipzig e.V. (1998): Der Stand der Dinge. Die Kampagne zur Profilierung des Standortes Leipzig.
- Kabisch, Sigrun; Bernt, Matthias; Peter, Andreas (2004): Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen: Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Liebmam, Heike; Robischon, Tobias, Hg. (2003): Städtische Kreativität - Potenzial für den Stadtumbau. Erkner: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)
- LVZ (2004): Leipziger Volkszeitung: "Klein aber fein" ist passé - Rathaus erinnert an große Traditionen und schaut wieder ganz nach oben. 20/21. März, S. 17.
- Oswalt, Philipp; Overmeyer, Klaus; Prigge, Walter (2002): Experiment und Utopie im Stadtumbau Ostdeutschlands, in: Berliner Debatte Initial 13,2, S. 57-64.

- Pietsch, Hartmut (1983): Nachkriegszeit und Gegenwart, in: Heid, Ludger; Kraume, Hans-Georg; Lerch, Karl W.; Milz, Joseph; Pietsch, Hartmut; Tromnau, Gernot; Vinschen, Klaus-Dieter (Hg.): Kleine Geschichte der Stadt Duisburg. Duisburg: Walter Braun Verlag, S. 355-412.
- Rink, Dieter (1995): Leipzig - Gewinnerin unter den Verlierern? in: Vester, Michael (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland: Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung. Köln: Bund-Verlag, S. 51-70.
- Stadt Duisburg (1988): Duisburg 2000. Perspektiven für eine neue wirtschaftliche Entwicklung. Duisburg.
- Stadt Duisburg (1990): Duisburg 2000: Erste Erfolge auf dem Weg in den Strukturwandel. Duisburg.
- Stadt Duisburg (1999): Zukunft Duisburg. Fortschreibung des kommunalen Handlungsprogramms Duisburg 2000. Duisburg.
- Stadt Duisburg (2004): Kommunalfinanzen im Fokus. Duisburg.
- Stadt Duisburg (div. Jg.): Statistische Jahrbücher. Duisburg.
- Stadt Leipzig (1999): Statistisches Jahrbuch. Leipzig.
- Stadt Leipzig (2000): Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung. Beiträge zur Stadtentwicklung 30. Leipzig.
- Stadt Leipzig (2002): Wettbewerb Stadtumbau Ost: Beitrag der Stadt Leipzig.
- Stadt Leipzig (2002b): Monitoringbericht 2002. Beobachtungen des Leipziger Wohnungsmarktes und der Entwicklung in den Untersuchungsräumen des Stadtentwicklungsplans Wohnungsbau und Stadterneuerung.
- Stadt Leipzig (2003): Monitoringbericht 2003. Beobachtungen des Leipziger Wohnungsmarktes und der Entwicklung in den Untersuchungsräumen des Stadtentwicklungsplans Wohnungsbau und Stadterneuerung.
- Stadt Leipzig (2004): Statistisches Jahrbuch.
- Wollmann, Hellmut (1998): Um- und Neubau der Kommunalstrukturen in Ostdeutschland, in: Wollmann, Hellmut; Roth, Roland (Hg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in Städten und Gemeinden. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 149-167.

Mögliche Beiträge von Wohnungsgenossenschaften zur Stabilisierung von Quartieren in schrumpfenden Städten

Bettina Schlossmaka

Zusammenfassung: Schrumpfungsprozesse haben für die betroffenen Städte weitreichende Folgen, die auf der Ebene der Quartiere die Lebenswirklichkeit der Bewohner verändern. Wohnungsgenossenschaften haben unter Schrumpfungsprozessen die Möglichkeit, Entwicklungen, die einem „Bottom-Up“-Ansatz folgen, anzustoßen und/oder zu unterstützen. Hierdurch können sie dazu beitragen, Bedarfe, aber auch Chancen, die sich in den Quartieren durch Schrumpfungsprozesse ergeben, zu erkennen und mit ihren Mitgliedern konzeptuell umzusetzen. Dies wird am Beispiel der schrumpfenden Stadt Halle und ihren Wohnungsgenossenschaften deutlich. Die Voraussetzungen für ein Einwirken der Wohnungsgenossenschaften auf die Entwicklungen in den Quartieren bilden sich zum einen über ihre wirtschaftliche Stabilität und zum anderen über ein modifiziertes Selbstverständnis ihrer Rolle in der Stadt- und Quartiersentwicklung. Wohnungsgenossenschaften als kompetente Partner in der Stadt- und Quartiersentwicklung zu begreifen, bietet der Profession der Stadtplanung in schrumpfenden Städten bisher vernachlässigte und wichtige Erweiterungen ihrer Handlungsmöglichkeiten.

1 Schrumpfung und Wohnungsgenossenschaften

Der folgende Beitrag basiert auf der im Jahr 2005 abgeschlossenen Diplomarbeit der Verfasserin, in der Wohnungsgenossenschaften als Akteure der Quartiersentwicklung in schrumpfenden Städten untersucht wurden. Im Rahmen der Diplomarbeit wurde eine Befragung von Wohnungsgenossenschaften in stark schrumpfenden Städten durchgeführt sowie eine vertiefte Analyse der Situation der Wohnungsgenossenschaften in der Stadt Halle (Saale) vorgenommen. Soweit nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich die hier dargestellten Aussagen auf die Ergebnisse der empirischen Arbeit, die im Rahmen der Diplomarbeit geleistet wurde.

1.1 Die Folgen der Schrumpfung für Quartiere und Wohnungsgenossenschaften

Die derzeit stattfindenden Schrumpfungsprozesse in vielen Städten Deutschlands stellen die Kommunen und die Profession der Planer vor neue Herausforderungen. In den Quartieren manifestieren sich die Schrumpfungsprozesse und verändern nachhaltig das baulich-räumliche Erscheinungsbild sowie die sozialen Strukturen.¹ Die Fragmentierung der Städte zeigt sich teilaräumlich zwischen einzelnen Quartieren aber auch innerhalb der Quartiere. Auch in schrumpfenden Städten gibt es wachsende Stadtteile. Sie stehen jedoch oft Quartieren mit extremer Bevölkerungsabnahme gegenüber. Bevölkerungseinbußen von einem Drittel bis zur Hälfte der Einwohner verändern die davon betroffenen Gebiete nachhaltig. Der praktizierte Abriss oder Rückbau von Gebäuden, z.B. im Rahmen des Stadtumbaus, führt zu einem radikalen Wandel bisheriger baulicher Strukturen. Aber auch die sozialen Strukturen in den Quartieren unterliegen gravierenden Veränderungen. Bestehende soziale Netze, z.B. Nachbarschaften, fallen durch die Abnahme der Bevölkerung auseinander. Die durch Abwanderungen verursachten Segregationsprozesse zeigen sich verstärkt in einzelnen Stadtteilen, was den Abwärtstrend in diesen verstärken kann. Durch das Zurückbleiben sozial und finanziell schlechter gestellter Menschen kann es zu einem „Kippen“ betroffener Quartiere kommen. Durch die komplexen Folgen der Schrumpfungsprozesse wird deutlich, dass mehrdimensionale Konzepte notwendig sind, um die Situation in schrumpfenden Städten und Quartieren zu verbessern.

Auf den von Schrumpfung betroffenen Wohnungsmärkten kommt es zu einer Marktentspannung, die sich in hohen Fluktionsraten und Leerständen äußert. Derzeit werden vor allem in Ostdeutschland Wohnungen durch Abriss vom Markt genommen, um die für die Wohnungswirtschaft teilweise existenzbedrohende Vermietungssituation zu verbessern. Die wohnungswirtschaftlichen Akteure sind durch die für sie ungünstigen wirtschaftlichen Folgen der Schrumpfungsprozesse dazu gezwungen, in einem erhöhten Maße an der Stadt- und Quartiersentwicklung mitzuwirken. Insbesondere die kommunalen Wohnungsunternehmen sowie die Wohnungsgenossenschaften spielen im Rahmen des aktuell praktizierten Stadtumbaus eine tragende Rolle. Es zeigt sich jedoch, dass die vielfach geforderte Parallelität von Abriss und baulicher sowie sozialer Aufwertung kaum stattfindet. Die wohnungswirtschaftlichen Akteure handeln zumeist aus einer auf das Einzelgebäude oder auf den Gesamtbestand fixierten Sicht, die den Quartiersbezug unberücksichtigt lässt. Hierdurch verpassen sie die Möglichkeit, langfristig eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erreichen.

¹ Eine Übersicht zu der derzeitigen Diskussion der hier kurz dargestellten Schrumpfungsprozesse und ihrer Folgen findet sich beispielsweise unter: www.schrumpfende-stadt.de oder www.stadtumbau.com.

Außerdem beschränkt sich der Rahmen ihres Handelns zumeist auf bauliche Aspekte, wodurch nur begrenzt zur Verbesserung der Situation in den Quartieren beigetragen werden kann. Dieser mangelnde Quartiersbezug ist bei kommunalen Wohnungsunternehmen, aber auch bei Wohnungsgenossenschaften zu erkennen. In diesem Artikel soll der Fokus auf den möglichen Beitrag, den Wohnungsgenossenschaften zur Stabilisierung von Stadtquartieren in schrumpfenden Städten leisten können, gelegt werden.

1.2 Wohnungsgenossenschaften als Akteure der Quartiersentwicklung in schrumpfenden Städten

Genossenschaftliches Wohnen steht in Deutschland als dritte Wohnform zwischen individuellem Wohneigentum und Miete. Wohnungsgenossenschaften unterscheiden sich von anderen Wohnungsunternehmen durch ihre genossenschaftlichen Prinzipien, die die Grundlage ihrer Unternehmensphilosophie bilden. Das zentrale genossenschaftliche Prinzip ist das Identitätsprinzip. Die Mitglieder einer Wohnungsgenossenschaft sind gleichzeitig Kunden, Miteigentümer und Entscheidungsträger im Unternehmen. Die Förderung ihrer Mitglieder ist das oberste Ziel einer Wohnungsgenossenschaft (Förderprinzip). Hinzu kommen die Prinzipien der Selbstverwaltung, der Selbstverantwortung und der Selbsthilfe. Die Wohnungsgenossenschaften in Deutschland sind in ihrer Struktur (Mitgliederzahl; Art, Lage und Umfang der Wohnungsbestände) als sehr heterogen zu betrachten. Dies gilt auch für die Umsetzung der genossenschaftlichen Prinzipien in die Praxis.

In diesem Beitrag wird von der Annahme ausgegangen, dass das Handeln von Wohnungsgenossenschaften prinzipiell positive Effekte auf die Stadt- und Quartiersentwicklung haben kann, die sich aus dem Wesen ihrer Unternehmensform ableiten.² Wohnungsgenossenschaften haben als Unternehmensform eine demokratische Grundstruktur, wodurch es zu einer Ausrichtung auf ihre Mitglieder kommt. Diese Eigenschaft könnte zusammen mit der lokalen Verwurzelung und der häufig konzentrierten Bestände der Wohnungsgenossenschaften dazu genutzt werden, zur Stabilisierung und Qualitätssteigerung der Quartiere in schrumpfenden Städten beizutragen.

Die besonderen Potenziale in der Quartiersentwicklung, die für die Wohnungsgenossenschaften im Vergleich zu anderen Unternehmensformen, beispielsweise den kommunalen Wohnungsunternehmen, bestehen, resultieren aus

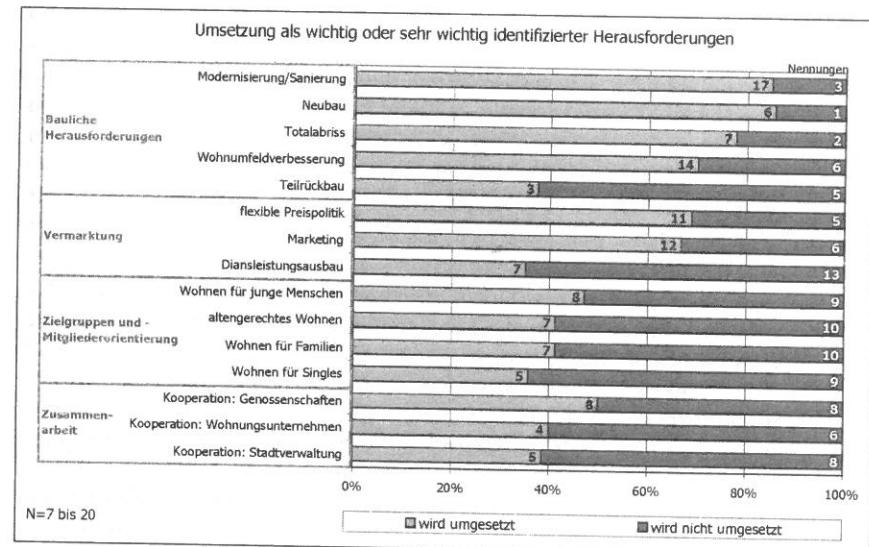
² Eine ausführliche Darstellung genossenschaftlicher Prinzipien und ihrer Potenziale für die Stadtgesellschaft sowie für die Stadtentwicklung findet sich im Bericht der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften (BMVBW 2004).

ihrem wesensbedingten „Vorsprung“: Wohnungsgenossenschaften sind durch ihre genossenschaftlichen Prinzipien in einem besonderen Maße dazu in der Lage, baulich-räumliche mit sozialen Aspekten der Quartiersentwicklung zu verknüpfen. Beispiele für diese Potenziale sind ihre Bewohnerorientierung, ihr höheres Integrationspotenzial und/oder ihr Innovationspotenzial. Hierdurch erhalten sie insbesondere auf Quartiersebene eine hohe Gestaltungskompetenz. Wohnungsgenossenschaften haben unter Schrumpfungsprozessen die Möglichkeit, Entwicklungen, die einem „Bottom-Up“-Ansatz folgen, anzustoßen oder zu unterstützen. Hierdurch können sie dazu beitragen, Bedarfe, aber auch Chancen, die sich in den Quartieren durch Schrumpfungsprozesse ergeben, zu erkennen und mit ihren Mitgliedern konzeptuell umzusetzen. Nichtgenossenschaftliche Wohnungsunternehmen können hingegen durch ihre stärkere Renditeorientierung und die hierarchische Beziehung zu ihren Mietern die oben genannten Entwicklungen nur mit einem höheren Aufwand anstoßen. Teilweise stehen die Unternehmensinteressen sogar solchen Ansätzen entgegen, beispielsweise wenn ein Projekt nur bedarfsdeckend, also ohne die Erwirtschaftung einer gewinnbringenden Rendite, abgeschlossen werden kann.

Die Wohnungsgenossenschaften können aus der für sie leichter zu vollziehenden Erweiterung ihres Handlungsrahmens über die rein wohnungswirtschaftliche und bauliche Sicht hinaus letztendlich wirtschaftliche Vorteile ziehen und ihre eigene Position am Wohnungsmarkt verbessern. Dies wird insbesondere unter Schrumpfungsprozessen deutlich, deren Auswirkungen von den wohnungswirtschaftlichen Akteuren, so auch von den Wohnungsgenossenschaften, eine „neue Sicht auf die Stadt als Ganzes“ (GdW 2000: 1) verlangen. Es ist zu erkennen, dass gerade in schrumpfenden Städten eine stärkere Überschneidung der Interessen von Wohnungsgenossenschaften und Stadtverwaltung in Richtung einer baulichen und sozialen Stabilisierung einzelner Quartiere vorhanden ist.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die prinzipiell mögliche Teilnahme von Wohnungsgenossenschaften an der Quartiersentwicklung oftmals nicht ausgeschöpft wird. Die tatsächliche Umsetzung der genossenschaftlichen Prinzipien und der daraus resultierenden Potenziale gestaltet sich derzeit sehr heterogen. Durch die Befragung von Wohnungsgenossenschaften in schrumpfenden Städten sowie durch die Analyse der Situation der Stadt Halle in Sachsen-Anhalt und der dort ansässigen Wohnungsgenossenschaften hat sich gezeigt, dass Wohnungsgenossenschaften ihre Potenziale, die sich insbesondere an der Schnittstelle zwischen wohnungswirtschaftlich motiviertem Handeln und der Quartiersentwicklung ergeben können, kaum ausschöpfen.

Abbildung 1: Umsetzungsquote als wichtig oder sehr wichtig identifizierter Herausforderungen



Quelle: Eigene Erhebung

Wie die obige Abbildung verdeutlicht, erkennen Wohnungsgenossenschaften eine Vielzahl von Handlungsanforderungen, die an der Schnittstelle zwischen Wohnungswirtschaft und Quartiersentwicklung verortet sind, doch gerade nicht-baulichen Handlungsanforderungen wird weitaus seltener entsprochen.

Im Folgenden werden die im ersten Abschnitt getroffenen Aussagen an einem Fallbeispiel, der Stadt Halle, konkretisiert. Hierfür werden zunächst die heutige Situation in Halle sowie planerische Reaktionen auf die stattfindenden Schrumpfungsprozesse dargestellt. Daraufhin wird die derzeitige Rolle der in Halle verorteten Wohnungsgenossenschaften in der Stadtentwicklung erläutert. Aus der Analyse der Situation folgt die Ableitung von Möglichkeiten, wie die Hallenser Wohnungsgenossenschaften zur Stabilisierung einzelner Quartiere beitragen könnten. Den Abschluss dieses Beitrages bildet eine kritische Reflexion der Grenzen genossenschaftlichen Handelns in der Quartiersentwicklung.

2 Das Fallbeispiel: Halle an der Saale

2.1 Die aktuelle Situation in Halle³

Eine Stadt, die im ersten Abschnitt skizzierten Schrumpfungsprozessen unterworfen ist, ist Halle an der Saale in Sachsen-Anhalt. Seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ist Halle, wie viele andere ostdeutsche Städte, von einem gravierenden Strukturwandel betroffen. Auch in Halle haben die von Hannemann (2004: 82 ff.) beschriebenen Deökonomisierungsprozesse stattgefunden. Das Wegbrechen der industriellen Basis konnte in Halle bisher nicht durch den Ausbau anderer Wirtschaftszweige im sekundären und tertiären Sektor kompensiert werden. Die Folgen dieser Prozesse zeigen sich in einem permanenten Rückgang der Beschäftigtenzahlen bei einem gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Hinzu kommen arbeitsmarktbedingte Abwanderungen der Bevölkerung sowie Suburbanisierungsprozesse. So hat Halle von 1990 bis 2002 über 83.000 Einwohner verloren, was rund ein Viertel seiner Bevölkerung darstellt. Prognosen gehen von einem weiteren, jedoch nur noch leichten, Einwohnerrückgang bis zum Jahr 2020 aus (Stadt Halle 2003: 158). Ein problematischer Aspekt an den Bevölkerungsrückgängen ist neben der absoluten Zahl ihre Selektivität, durch die es zu einer zunehmenden Überalterung sowie zu einer sozialen Polarisierung der Stadtbevölkerung kommt. Weiterhin findet der Bevölkerungsrückgang in Halle teilsräumlich gesehen auf unterschiedlichen Niveaus statt. Insbesondere die Großwohnsiedlungen haben erhebliche Bevölkerungsverluste zu verzeichnen, wie z.B. der Stadtteil Halle-Silberhöhe, der von 1993 bis 2002 einen Rückgang der Bevölkerung um über die Hälfte erlebte (Stadt Halle 2003: 78).

Der Wohnungsmarkt war in Halle zu Beginn der 1990er Jahre von einer Knappheit an Wohnraum geprägt. Leerstände existierten wenn, dann hauptsächlich in unsanierten bzw. verfallenen Altbauten im innerstädtischen Bereich. In den folgenden Jahren setzte in diesen Altbauvierteln, die zu DDR-Zeiten vernachlässigt worden waren, ein Instandsetzungs- und Modernisierungsschub ein. Doch auch in den vergleichsweise neuen Bauten der Großwohnsiedlungen bestand Modernisierungsbedarf, der durch die Wohnungsunternehmen angegangen wurde. Durch die umfangreichen Sanierungen im Altstadtbereich Halles kam es zu beträchtlichen Binnenwanderungen innerhalb der Stadt, größtenteils zu Lasten der Großwohnsiedlungen. Ab Mitte der 1990er Jahre entstanden, begünstigt

³ Die hier angeführten Zahlen entstammen, soweit nicht anders gekennzeichnet, eigenen Berechnungen, die auf Basis einer Internetrecherche durchgeführt wurden. Recherchiert wurde auf den Webseiten der Hallenser Wohnungsgenossenschaften und der kommunalen Wohnungsunternehmen sowie der Stadt Halle.

durch die Wohnungspolitik des Bundes, im Umland von Halle viele Eigenheimgebiete, was zu einer Abwanderung insbesondere der finanziell stärkeren Bevölkerung aus der Stadt führte. Die Marktsituation änderte sich hierdurch von Grund auf: Die Nachfrage nach Mietwohnungen ging zurück, ein Überangebot entstand. Aus dem Vermietermarkt wurde ein Mietermarkt. Hierdurch kommt es für die Wohnungsunternehmen zu Liquiditätsproblemen und teilweise existenzbedrohenden Zuständen (Stadt Halle 2001: 21).

Die größten Wohnungseigentümer in Halle sind die beiden kommunalen Wohnungsunternehmen (HWG und GWG) mit einem Anteil am Bestand von rund 27 %. Weiterhin sind dreizehn Wohnungsgenossenschaften in Halle vorhanden, die zusammen weitere 27 % des Wohnungsbestandes besitzen. Die Wohnungsgenossenschaften in Halle gliedern sich in zwei Gruppen. Zum einen gibt es die zumeist kleineren Wohnungsgenossenschaften, die Anfang des vorigen Jahrhunderts gegründet wurden und eher über Bestände in den historisch gewachsenen Stadtteilen in Halle verfügen. Die andere Gruppe von Genossenschaften wird durch die ehemaligen Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften der DDR, die in den 1950er Jahren gegründet wurden, gebildet. Diese Wohnungsgenossenschaften haben einen hohen Anteil ihrer Bestände in den Großwohnsiedlungen Halles und verfügen über eine weitaus größere Anzahl von Wohnungen (bis zu rund 6.000) als die „gründerzeitlichen“ Wohnungsgenossenschaften.

2.2 Planerische Reaktionen auf die Schrumpfungsprozesse

Aufgrund der massiven Leerstände - bereits heute stehen gut 30.000 Wohnungen leer – richtet sich das Augenmerk der Stadtentwicklung in Halle auf eine Marktbereinigung im Rahmen des Stadtumbaus (Stadt Halle 2003: 145). Die Stadtverwaltung arbeitet hierfür eng mit den lokalen Wohnungsunternehmen zusammen. Insbesondere die dreizehn Hallenser Wohnungsgenossenschaften kooperieren mit der Stadt. Dies geschieht durch umfangreiche Abstimmungsprozesse, beispielsweise im Arbeitskreis „Netzwerk Stadtumbau“. Allerdings ist zu bemerken, dass über die Strategie der Marktbereinigung durch Abriss und bauliche Aufwertung hinaus bisher kaum Ansätze für einen weiterführenden Umgang mit den Schrumpfungsprozessen in Halle bestehen. Die fehlende Mehrdimensionalität konzeptueller Ansätze wurde auch nicht im stark auf die städtische Funktion des Wohnens ausgerichteten ‚Stadtentwicklungsconcept Wohnen‘, welches im Jahr 2001 aufgestellt wurde, durchbrochen. Es lässt sich feststellen, dass trotz der intensiven Zusammenarbeit „die Stadt und die Wohnungsunternehmen [...] mit dem Nicht-Stattfinden von Wachstum nicht umgehen können“ (Zitat eines Vorstandes einer Hallenser Wohnungsgenossenschaft).

2.3 Die Rolle der Hallenser Wohnungsgenossenschaften in der Stadtentwicklung

Der Bezug der 13 Hallenser Wohnungsgenossenschaften zur Stadtentwicklung differiert in der Ausrichtung der Teilnahme (eher aktiv, eher passiv), in der thematischen Schwerpunktsetzung (Abriss, Aufwertung, Quartiersentwicklung, Bestandspflege, Mitgliederorientierung) sowie in der Bedeutung, die sie ihrem eigenen Handeln in der Stadtentwicklung zumessen. Generell ist jedoch ein Schwerpunkt auf ein baulich-räumliches Agieren im Rahmen des Stadtumbaus festzustellen. Die Heterogenität der Wohnungsgenossenschaften und ihrer Bestände bietet prinzipiell sehr unterschiedliche Möglichkeiten, auf die Stadtentwicklung und auf die Situation in den Quartieren einzuwirken. Diese Möglichkeiten werden im Moment noch nicht immer genutzt. Bei der Untersuchung der Wohnungsgenossenschaften in Halle und ihres Bezuges zur Stadtentwicklung zeigt sich, dass es drei wesentliche Aspekte gibt, die einem Einwirken der Wohnungsgenossenschaften entgegenstehen. Diese sind gravierend und wirken sich auf das Handeln aller Wohnungsgenossenschaften in Halle aus.

Zunächst ist festzustellen, dass eine mangelnde Profilbildung der einzelnen Wohnungsgenossenschaften und ihrer Potenziale für die Stadtentwicklung besteht. Viele der Hallenser Wohnungsgenossenschaften unterscheiden sich in ihrem Agieren am Wohnungsmarkt und in der Quartiersentwicklung zu wenig voneinander, obwohl sie durch ihre historische Entwicklung sowie ihre Wohnungsbestände oftmals die Möglichkeit hierzu hätten. Die Teilhabe der Wohnungsgenossenschaften im Rahmen der Stadtentwicklung hat einen deutlichen baulichen Schwerpunkt, soziale integrierte Handlungsansätze spielen kaum eine Rolle. Durch die starke Ausrichtung der Stadtentwicklungs politik auf die Aspekte Wohnungswirtschaft und Stadtumbau im Sinne von Abriss und baulicher Aufwertung nehmen bestimmte Wohnungsgenossenschaften weitaus stärker an der planmäßigen baulichen Entwicklung in Halle teil als andere. Insbesondere die Wohnungsgenossenschaften mit Beständen in den Großwohnsiedlungen betreiben eine Marktbereinigung. Eine Einwirkung kleinerer Wohnungsgenossenschaften oder solcher Wohnungsgenossenschaften mit Beständen in tradierten Stadtvierteln bleibt hingegen sehr beschränkt. Für einen Umgang mit Schrumpfungsprozessen wäre es jedoch sinnvoll, die spezifischen Profile einzelner Wohnungsgenossenschaften und ihrer Möglichkeiten, auf die Entwicklung „ihrer“ Quartiere Einfluss zu nehmen, herauszuarbeiten. Die Einflussnahme könnte durch die Profilbildung in Form von baulichen, aber auch sozialräumlich ausgerichteten Projekten stattfinden. Eine solche genossenschaftliche Profilbildung, die unter dem Aspekt der Einflussnahme auf die schrumpfende Stadt Halle steht, fehlt bislang. Das nicht oder kaum vorhandene Profil ist ein Hindernis für die

jeweiligen Wohnungsgenossenschaften, stabilisierend auf die Quartiere Halles einzuwirken.

Zweitens ist zu erkennen, dass der Quartiersbezug nicht bei allen Wohnungsgenossenschaften in Halle ausgeprägt genug ist, um ihn für eine positive und bewohnerorientierte Entwicklung der Quartiere zu nutzen. Hier vergeben die Wohnungsgenossenschaften teilweise Chancen, ihre Wettbewerbsposition in den Stadtteilen bzw. Quartieren zu stärken. Gleichzeitig sind die auf Einzelgebäude bezogenen Abriss- und Aufwertungsmaßnahmen ohne auf einzelne Quartiere bezogene konzeptuelle Ansätze kaum in der Lage, die generelle negative Vermietungssituation in einem Teilgebiet zu verbessern. Es werden also mögliche Synergieeffekte durch eine Gleichzeitigkeit von umfassenden Quartierskonzepten und punktuellen baulichen Verbesserungen nicht genutzt. Weiterhin werden durch den fehlenden Quartiersbezug die Abstimmungsprozesse der Wohnungsgenossenschaften untereinander und mit anderen Akteuren erschwert. Ein Quartier ist in seiner Problemlage durch eine räumliche Begrenzung sowie eine kleinere Anzahl von Akteuren gekennzeichnet. Es ist für die Wohnungsgenossenschaften leichter zu überschauen als der gesamte Hallenser Wohnungsmarkt mit seinen heterogenen Teilelementen. Kooperationen und gemeinsame Zielsetzungen mehrerer Wohnungsgenossenschaften können auf Quartiersebene leichter erzielt werden. Doch gerade die fehlende Verbindlichkeit von Absprachen, die fehlende Zusammenarbeit und die Planungsunsicherheit stellen Probleme der Hallenser Wohnungsgenossenschaften dar.

Als dritter Punkt ist zu nennen, dass sich viele Hallenser Wohnungsgenossenschaften in ihrem Handeln derzeit kaum von anderen nichtgenossenschaftlichen Wohnungsunternehmen unterscheiden. Die Herausstellung eines genossenschaftlichen Charakters kommt oft zu kurz. Das Selbstverständnis der Wohnungsgenossenschaften in Bezug auf ihre Mitglieder hat sich mehr in Richtung eines Wohnungsversorgers und Dienstleisters entwickelt. Der Begriff ‚Kunde‘, der inzwischen von vielen Hallenser Wohnungsgenossenschaften in diesem Zusammenhang verwendet wird, symbolisiert, dass dieser ‚Kunde‘ in einer passiven Art ‚Leistungen‘ des Unternehmens, in diesem Fall der Wohnungsgenossenschaft, erhält. Die Prinzipien der demokratischen Mitbestimmung, der Selbsthilfe oder der Selbstverantwortung werden wenig vermittelt. So wichtig die zeitgemäße Ausrichtung auf Service im Sinne der praktizierten Ansätze ‚WohnenPlus‘ für das Werben um ‚Kunden‘ ist, so deutlich muss auch der Verlust gemacht werden, den ein solches Selbstverständnis befördern kann. Die Handlungsanforderungen, welche sich in schrumpfenden Städten ergeben und die die Wohnungsgenossenschaften durch die Fruchtbarmachung ihrer Potenziale erfüllen könnten, setzen ein genossenschaftliches Selbstverständnis voraus, welches das Mitglied nicht nur als Ziel des Handelns, sondern auch als Quelle des Handelns begreift.

2.4 Möglichkeiten der Teilhabe der Hallenser Wohnungsgenossenschaften an der Stadtentwicklung

Aus den gewonnenen Erkenntnissen am Beispiel der Stadt Halle wird deutlich, dass die Wohnungsgenossenschaften bei einer Mitwirkung an der Stadt- und Quartiersentwicklung in schrumpfenden Städten bestimmte Voraussetzungen benötigen, die ihnen einen ausreichenden Handlungsspielraum ermöglichen. Diese bilden sich zum einen über ihre wirtschaftliche Stabilität und zum anderen über ein modifiziertes Selbstverständnis ihrer Rolle in der Stadt- und Quartiersentwicklung. Sie lassen sich durch vier prinzipielle Ansätze erreichen:

Es ist zunächst zu nennen, dass die Hallenser Wohnungsgenossenschaften Kooperationen untereinander und mit anderen Akteuren pflegen müssen, damit sie zielgerichteter und effizienter agieren können. Kooperationen müssen hierbei über bloße Abstimmungsprozesse hinausgehen. Ein Beispiel, wie in Halle bestehende Kooperationsstrukturen ausgebaut werden können, ist die Etablierung von Quartiersarbeitskreisen. Ein Quartiersarbeitskreis kann zunächst der genauen Abstimmung von Interessen und Planungen auf Quartiersebene dienen, kann aber auch zur Basis von Kooperation und gemeinsamen Handeln werden. An Quartiersarbeitskreisen nehmen Vertreter der Stadt, Vertreter der im Quartier ansässigen kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften sowie Vertreter der weiteren im Quartier vorhandenen Akteure teil. Die Wohnungsgenossenschaften erlangen durch die Mitarbeit in solchen Quartiersarbeitskreisen Organisations- und Kostenvorteile sowie Planungssicherheit.

Als zweiter Punkt für das Handeln der Wohnungsgenossenschaften ist der räumliche Bezugsrahmen, der auf der Quartiersebene liegt, zu nennen. Hier können Wohnungsgenossenschaften ihre spezifischen Potenziale, die sie von anderen Wohnungsunternehmen unterscheiden, ausschöpfen. Jede Hallenser Wohnungsgenossenschaft muss auf die Stadtteile und Quartiere bezogene Konzepte entwickeln, die ihr wohnungswirtschaftliches Handeln regeln, gleichzeitig aber auch einen Qualitätsgewinn für den Stadtteil oder das Quartier beinhalten. Diese Konzepte können über die oben geschilderten Quartiersarbeitskreise untereinander abgestimmt werden.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Stärkung der genossenschaftlichen Prinzipien. Die Wohnungsgenossenschaften sichern sich hierdurch ein höheres Maß an Handlungsfähigkeit, welches sich aus der Ausschöpfung einer immateriellen Ressource, der Genossenschaftsmitglieder, ergibt. Innerhalb der auf die Quartiere bezogenen Konzepte können die Wohnungsgenossenschaften die „Keimzellen“ für die zukünftige Entwicklung der Quartiere identifizieren und fördern. Hierfür können sie die Zeit, Energie und Ideen ihrer Mitglieder nutzen. Da die Wohnungsgenossenschaften in Halle nicht mit flächendeckenden Strate-

gien und Maßnahmen auf die Folgen der Schrumpfungsprozesse reagieren können, müssen sie durch punktuell auf die Situation abgestimmte Maßnahmen in den Quartieren handeln. Beispiele für solche punktuellen Ansätze, die stark auf die Ressource der Mitglieder bauen, sind:

- die Etablierung genossenschaftlicher Verfügungsfonds für die Quartiersarbeit,
- die Ermöglichung von 'Wohnkarrieren' im Quartier und innerhalb der Genossenschaft,
- die Mitgliederaktivierung als Alternative oder Ergänzung zur baulichen Investition,
- eine Stärkung sozialer Netzwerke und der Ausbau infrastruktureller Angebote durch die Fruchtbarmachung der genossenschaftlichen Prinzipien,
- sowie die Etablierung von selbst bestimmten Aneignungs- und Wohnformen, die sich in individuellen Mietergärten, gemeinschaftlich gestalteten Freiräumen im Sinne des 'Urban Farming' oder in genossenschaftlichen zielgruppenspezifischen Wohnprojekten und Kleingenossenschaften ausdrücken können.

Der vierte wichtige Aspekt berücksichtigt die Tatsache, dass sich eine Stärkung der genossenschaftlichen Prinzipien und ein Quartiersbezug für Wohnungsgenossenschaften, die aufgrund ihrer Größe ein anonymisiertes Verhältnis zu ihren Mitgliedern pflegen, oft schwer realisieren lassen. Hieraus folgt, dass die großen Wohnungsgenossenschaften eine Dezentralisierung vorantreiben müssen, die es ihnen ermöglicht, einen höheren Mitglieder- und Quartiersbezug aufzubauen. Bei der Dezentralisierung ihrer Struktur bleibt die jeweilige Wohnungsgenossenschaft erhalten, sie bildet jedoch Gebietseinheiten, die die Rahmensetzungen der Wohnungsgenossenschaft teilautonom und individuell auf Stadtteil- und Quartiersebene umsetzen. Die Größe der Gebietseinheiten richtet sich hierbei nach der Struktur der jeweiligen Bestände der Wohnungsgenossenschaft sowie nach den baulichen und sozialen Gegebenheiten in den Stadtteilen. Innerhalb der Gebietseinheiten können die Mitglieder direkt an der Willensbildung in der Genossenschaft mitwirken.

Diese vier genannten Ansätze müssen je nach Wohnungsgenossenschaft individuell gewichtet und umgesetzt werden. Eine kleine „gründerzeitliche“ Wohnungsgenossenschaft wird sicherlich andere Handlungsansätze verfolgen als eine große Wohnungsgenossenschaft mit Beständen in den Großwohnsiedlungen Halles. Die grundsätzlichen Themen der Ansätze lassen sich jedoch verallgemeinernd von verschiedenen Wohnungsgenossenschaftstypen umsetzen.

3 Schlussfolgerungen – Chancen und Grenzen

Am Beispiel der Stadt Halle lässt sich zeigen, dass Wohnungsgenossenschaften durch ein erweitertes Selbstverständnis als Akteur der Stadtentwicklung stabilisierend auf schrumpfende Städte und Stadtquartiere einwirken können. Die thematische Erweiterung ihres Handelns in Richtung ihrer Mitglieder und der Quartiere erhöht ihre Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Quartiersentwicklung. Wohnungsgenossenschaften können durch bewohnerbezogene und basisdemokratische Projekte zur Stabilisierung und Qualitätssteigerung in den Quartieren beitragen. Gleichzeitig erlangen sie hierdurch wirtschaftliche Vorteile, die insbesondere aus der besseren Kenntnis der Lage vor Ort und der höheren Einflussnahme auf die Rahmenbedingungen ihres wohnungswirtschaftlichen Handelns basieren. Die Wohnungsgenossenschaften in Ostdeutschland haben durch ihre Strukturen und insbesondere durch ihren hohen Anteil am Mietwohnungsbestand besonders starke Möglichkeiten der Beeinflussung der Stadtentwicklung. Sie können also in den derzeit von Schrumpfungsprozessen stärker betroffenen ostdeutschen Städten ihr quantitatives Gewicht zu einer qualitativen Verbesserung der Situation nutzen.

Die Grenzen der Einflussnahme der Wohnungsgenossenschaften in schrumpfenden Städten zeigen sich insbesondere dann, wenn nicht ein Umgang mit den Folgen der Schrumpfung, sondern eine Verhinderung der Schrumpfung an sich betrieben werden soll. Hierzu sind weder die Kommunen noch wohnungswirtschaftliche Akteure in der Lage. Doch selbst bei einem Handeln, dass einen Umgang mit den Schrumpfungsfolgen sucht, werden die Grenzen der Handlungsmöglichkeiten der Wohnungsgenossenschaften deutlich. Schwierig gestaltet sich für sie insbesondere die Quantifizierbarkeit der positiven Effekte, die durch ihr Handeln in den Quartieren angestrebt werden. Die Entwicklung von Quartieren wird von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst, die in ihrer Komplexität kaum zu durchschauen, geschweige denn messbar sind. Da Wohnungsgenossenschaften als Wirtschaftsunternehmen in ein Gebiet investieren, müssen die Investitionen auch einen für sie abschätzbaren Erfolg beinhalten. Sie können jedoch nicht einschätzen, wie viele Bewohner beispielsweise aufgrund der Verbesserung der Lebenssituation im Stadtteil wohnhaft bleiben oder sogar dort hinziehen. Für die Wohnungsgenossenschaften beinhaltet eine aktive Teilhabe an der Stadt- und Quartiersentwicklung also eine zentrale schwer kalkulierbare „Unbekannte“.

Weiterhin ist zu bedenken, dass die Wohnungsgenossenschaften in ihrer Mitwirkung an der Stadt- und Quartiersentwicklung nicht an die Seite der städtischen Verwaltung treten und als pseudo-staatlicher Akteur auftreten können. Sie sind Wirtschaftsunternehmen, die entsprechend ihrer wirtschaftlichen Ziele han-

deln. Eine Beteiligung an der Stadt- und Quartiersentwicklung muss sich für sie also „lohnen“. Da sie jedoch durch ihre Verfasstheit diesen „Lohn“ nicht zwingend in Form einer höheren Rendite sehen, kann sich der „Lohn“ der Wohnungsgenossenschaften auch in einem Mehrgewinn der Stadt- und Quartiersentwicklung zeigen, der sich mittelbar positiv auf ihre wirtschaftliche Situation auswirkt.

Eine weitere Grenze ihrer Handlungsmöglichkeiten in der Stadt- und Quartiersentwicklung erfahren die Wohnungsgenossenschaften durch fehlende finanzielle Mittel und zu geringe Erfahrungen in der Quartiersarbeit. Wenn sie sich in ihrem Handeln nicht nur auf ihre Mitglieder, sondern auf ein Quartier ausrichten, müssen sie finanzielle Unterstützung von kommunaler und staatlicher Seite erhalten. Zudem erfordern bewohnerbezogene Maßnahmen häufig Kenntnisse, die dem Quartiersmanagement entstammen. Wohnungsgenossenschaften als Wirtschaftsunternehmen verfügen nur begrenzt über solche Erfahrungen. Wenn Kommune und Staat ein Interesse an ihrer Mitwirkung haben, müssen sie diese durch gezielte Vermittlung von Know-How darin unterstützen.

Die Einbindung von Wohnungsgenossenschaften in die Stadt- und Quartiersentwicklung stellt die Profession der Planung sowie die Wohnungsgenossenschaften selbst vor neue Herausforderungen. Diese anzunehmen und Wohnungsgenossenschaften als kompetente Partner zu begreifen, bietet der Stadtplanung in schrumpfenden Städten, aber auch unter anderen Rahmenbedingungen, eine bisher vernachlässigte und wichtige Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten.

Literatur

- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (2004): Abschlussbericht der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften: Wohnungsgenossenschaften - Potenziale und Perspektiven, Berlin.
- GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (Hrsg.) (2000): Stadtentwicklungskonzepte als Voraussetzung für Aufwertung und Rückbau. GdW Arbeitshilfe 32, Hamburg.
- Hannemann, Christine (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess, Berlin.
- Schlomka, Bettina (2004): Wohnungsgenossenschaften in schrumpfenden Städten und ihr Beitrag zur Stabilisierung von Stadtquartieren. Eine Untersuchung am Beispiel der Stadt Halle, Unveröffentlichte Diplomarbeit, Technische Universität Hamburg-Harburg.
- Stadt Halle (Saale), Fachbereich Stadtentwicklung und -planung, Fachbereich Bürgerservice (Hrsg.) (2003): Datenband des Wohnungsmarktbeobachtungssystems 2003, Halle.

Stadt Halle (Saale), Dezernat III Planen und Bauen, Stadtplanungsamt (Hrsg.) (2001):
Stadtentwicklungskonzept Wohnen (SEKW) Phase I, Halle.

Shrinking Smart? Städtische Schrumpfungsprozesse in den USA

Karina Pallagst und Thorsten Wiechmann

Zusammenfassung: Aufgrund des gesamtstaatlichen Wachstums konzentriert sich die amerikanische Stadtplanung auf die Steuerung einer expansiven urbanen Entwicklung. Das Planungsparadigma der neunziger Jahre lautet ‚Growing Smart‘. Die besondere Situation schrumpfender Städte wird dagegen von der amerikanischen Planungsdebatte vernachlässigt, obwohl in den USA in den 1990er Jahren 117 von insgesamt 922 Stadtregionen Bevölkerungsverluste hinnehmen mussten. Der Beitrag diskutiert vor diesem Hintergrund urbane Entwicklungsansätze in schrumpfenden US-amerikanischen Städten an den Beispielen Pittsburgh, St. Louis, Youngstown und Michigans „Cool Cities“-Initiative. In ihren Schlussfolgerungen fordern die Autoren eine „Shrinking Smart“-Debatte, die an die positiven Erfahrungen der „Growing Smart“-Bewegung anknüpft und somit schrumpfenden Städten eine politische und planerische Perspektive eröffnet.

1 Überblick über Verlauf und Ausmaß der Schrumpfungsprozesse in US-amerikanischen Städten

Die USA spielen eine weltweite Vorreiterrolle in der Globalisierung der Ökonomie wie auch der Migration. Mit einem Zuwachs von 32,7 Millionen Einwohnern (dies entspricht 13,2 %) verzeichnete das Land in den 1990er Jahren den höchsten Bevölkerungszuwachs in einer Dekade seit seiner Gründung. Erstmals im 20. Jahrhundert wiesen alle US-Bundesstaaten in diesem Jahrzehnt einen Einwohnerzuwachs auf. Dieses anhaltende Wachstum speist sich sowohl aus einem Geburtenüberschuss als auch aus Zuwanderungsgewinnen (Kent; Mather 2002, Hopps; Stoops 2002).

Das Bevölkerungswachstum verteilt sich jedoch nicht gleichmäßig über das Land. Es wird im Gegenteil begleitet von einer Zunahme ökonomischer und demographischer Disparitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Die am schnellsten wachsenden Städte befinden sich im Umland der großen Metropolen im Süden und Westen der USA. Die höchsten Wachstumsraten verzeichneten die Metropolregionen Las Vegas (+86%), Austin (+48%), Phoenix

neten die Metropolregionen Las Vegas (+86%), Austin (+48%), Phoenix (+45%) und Atlanta (+39%).

Dem gegenüber stehen Städte mit über Jahrzehnte anhaltenden Bevölkerungsverlusten im Nordosten und Mittleren Westen der USA, insbesondere im so genannten ‚Rustbelt‘ von Michigan bis Pennsylvania. Bereits seit den 1950er Jahren mussten viele Großstädte erhebliche Einwohnerverluste hinnehmen. In den 1990er Jahren haben 20 US-amerikanische Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern mehr als 5 % ihrer Einwohner verloren. Auch wenn in den achtziger und neunziger Jahren umfangreiche Revitalisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, so sind die Verlierer im amerikanischen Städtesystem altindustriell geprägte Städte wie etwa Detroit, Baltimore, Milwaukee, Cleveland, Pittsburgh und Cincinnati. Die höchsten Verluste verzeichneten in den 1990er Jahren Hartford mit -13,0% und St. Louis mit -12,2 % (vgl. Tabelle 1).

Anders als in Europa sind aber in den altindustrialisierten Räumen in der Regel nur die Kernstädte von massiven Schrumpfungsprozessen betroffen, während der suburbane Raum und weite Teile des ländlichen Raums anhaltendes Wachstum verzeichnen. Flächendeckende Bevölkerungsrückgänge wurden in den USA in den 1990er Jahren im Wesentlichen nur in einem ohnehin dünn besiedelten Gebiet im Mittleren Westen zwischen North Dakota und Texas beobachtet (vgl. Abb. 1).

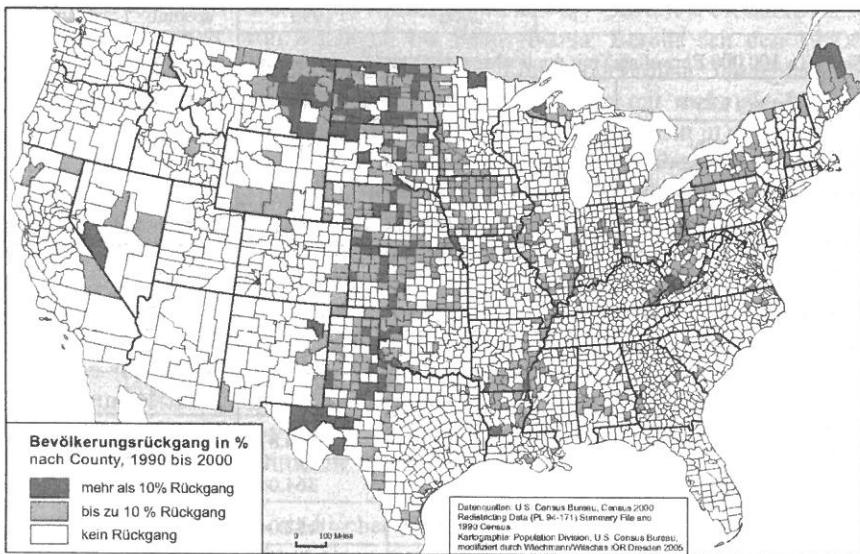
Die Hauptursachen städtischer Schrumpfungsprozesse in den USA liegen anders als in Europa nicht in einer geringen Fertilitätsrate. Diese lag in den USA 2002 bei der natürlichen Reproduktionsrate von 2,1 Kindern pro Frau und damit deutlich höher als in allen europäischen Ländern. Auch wenn die Fertilität im Nordosten geringer als im Süden und Westen der USA lag und in den Ballungsräumen geringer ausfiel als in den ländlichen Räumen, so müssen zur Erklärung der Schrumpfungsprozesse in den USA primär Wanderungsbewegungen herangezogen werden.

Tabelle 1: Die 20 am stärksten schrumpfenden Großstädte in den USA

Rang	Großstadt	Einwohner		Einwohnerentwicklung	
		2000	1990	absolut	relativ
Städte (> 100.000 Einwohner) mit der höchsten relativen Schrumpfung					1990-2000
1	Hartford City	CT	121.578	139.739	-18.161
2	St. Louis City	MO	348.189	396.685	-48.496
3	Gary City	IN	102.746	116.646	-13.900
4	Baltimore City	MD	651.154 ^a	736.014	-84.860
5	Flint City	MI	124.943	140.761	-15.818
6	Buffalo City	NY	292.648	328.123	-35.475
7	Norfolk City	VA	234.403	261.229	-26.826
8	Syracuse City	NY	147.306	163.860	-16.554
9	Pittsburgh City	PA	334.563	369.879	-35.316
10	Cincinnati City	OH	331.285	364.040	-32.755
11	Dayton City	OH	166.179	182.044	-15.865
11	Birmingham City	AL	242.820	265.968	-23.148
13	Detroit City	MI	951.270	1.027.974	-76.704
14	Lansing City	MI	119.128	127.321	-8.193
15	Jackson City	MS	184.256	196.637	-12.381
16	Toledo City	OH	313.619	332.943	-19.324
17	Washington City	DC	572.059	606.900	-34.841
18	Cleveland City	OH	478.403	505.616	-27.213
19	New Haven City	CT	123.626	130.474	-6.848
20	Rochester City	NY	219.773	231.636	-11.863

Quelle: U.S. Census Bureau, Census 2000 (Release Date: 02.04.2001)

Abbildung 1: Bevölkerungsrückgänge in den USA 1990 - 2000 (Quelle: US Census Bureau)



Dabei wurden die frühen städtischen Schrumpfungsprozesse der 1950er und 1960er Jahre durch den einsetzenden Suburbanisierungsprozess ausgelöst. Mit steigender Mobilität und zunehmenden Ansprüchen an Wohnraum und Wohnumfeldqualität zogen große Bevölkerungsgruppen, zumeist Weiße, darunter die Besserverdienenden sowie junge Familien, aus der Kernstadt in das Umland. Zum Teil dramatischen Bevölkerungsverlusten in den Innenstädten stand ein extremes Bevölkerungswachstum in den Suburbs gegenüber. Dieser ‚Sprawl‘ verlief und verläuft bis heute in den USA massiver und weniger kontrolliert als in Europa. Er hat in den Kernstädten enorme Probleme in Form von Brachflächen, leerstehenden Gebäuden und aufgegebenen Stadtvierteln hinterlassen. Verarmten schwarzen Kernstädten stehen heute reiche weiße Suburbs gegenüber. Soziale Folgen dieser Segregation nach Schicht und Hautfarbe in Form von Exklusion, Ghettobildung, Armut und Obdachlosigkeit zeigen sich in den US-amerikanischen Kernstädten sehr viel schärfer als in Europa. Fishman (2004: 65) spricht in diesem Zusammenhang von einer „regionalen Neustrukturierung“, die nicht auf eine gesamtregionale Schrumpfung, sondern auf eine Verlagerung von Wohn- und Arbeitsstätten aus dem Zentrum in die Peripherie zurückzuführen sei

und auf der die wichtigsten Beispiele schrumpfender Städte in den USA basieren.

Allerdings reicht die Suburbanisierung zur Erklärung der Schrumpfungsmodelle in den USA nicht aus. Zum einen sind ökonomische Transformationsprozesse auch für eine großräumige Abwanderung von Arbeitskräften ursächlich. Die industriellen Produktionsstandorte sind seit der Krise der fordistischen Wirtschaftsstrukturen im Niedergang begriffen und wurden im ökonomischen Wettbewerb von den neuen Standorten der Dienstleistungs-, High-Tech- und Freizeitindustrie im Westen und Süden der USA, dem ‚Sunbelt‘, abgelöst. Anfang des 20. Jahrhunderts lebte die Mehrheit (62 %) der US-amerikanischen Bevölkerung im Nordosten oder im Mittleren Westen. Heute dagegen leben über die Hälfte der Einwohner (58 %) im Süden oder Westen der USA (Hobbs; Stoops 2002: 7). Da in den USA eine nationalstaatliche Intervention im Sinne einer regionalen Strukturpolitik unbekannt ist, konnte sich auch dieser Prozess interregionaler Umverteilung gesteuert von Marktkräften viel schärfer als in Europa vollziehen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass auch der amerikanische Staat durch Programme und Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen steuernd eingreift. So wurde die Entwicklung der Rüstungsindustrie (und damit der Raumfahrt- und Luftfahrtindustrie) im Sunbelt in den 1980er Jahren massiv subventioniert. Erst dadurch wurde dieser Raum zum ökonomisch erfolgreichen Zentrum der Hochtechnologie (Junne 1988).

Zum anderen lassen sich sowohl in peripheren Gebieten, insbesondere in den Great Plains, als auch im amerikanischen ‚Rustbelt‘ sehr wohl gesamtregionale Schrumpfungsprozesse beobachten. Wie viele landwirtschaftlich geprägte Gebiete, etwa in den Dakotas oder in Nebraska, haben von Bergbau und Schwerindustrie geprägte Stadtregionen, wie zum Beispiel Johnstown oder Youngstown (s. Abschnitt 3), seit den 1970er Jahren ihre Wirtschaftsbasis weitgehend verloren, so dass der Schrumpfungsprozess auch die dazugehörigen Regionen erfasst hat.

Bevölkerungsbewegungen in funktional verflochtenen Stadtregionen werden in der US-amerikanischen Statistik im Rahmen der Metropolitan Statistical Areas bzw. der Micropolitan Statistical Areas erfasst.¹ Von den 362 Metropolitan Statistical Areas wiesen in den 1990 Jahren 25 (7 %) Bevölkerungsverluste auf (s. Tabelle 2). Darunter befinden sich allerdings nur zwei bevölkerungsreiche Metropolregionen: Buffalo-Niagara Falls und Pittsburgh. Die anderen schrumpfenden Stadtregionen sind eher klein- und mittelstädtisch geprägt. Auffallend ist

¹ Jede Metropolitan Statistical Area verfügt über ein städtisches Zentrum von mindestens 50.000 Einwohnern, eine Micropolitan Statistical Area über mindestens einen urbanen Cluster zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern. Normalerweise umfassen diese zu statistischen Zwecken abgegrenzten Gebiete mehr als einen County (Landkreis).

die spezifische regionale Verteilung. Mit nur zwei Ausnahmen liegen alle schrumpfenden Ballungsräume im Nordosten und nördlichen Mittleren Westen der USA. Je fünf liegen in den Staaten New York, Pennsylvania und Ohio, je zwei in West Virginia, Michigan, Illinois und Maine. Insgesamt fallen die Bevölkerungsverluste jedoch gemäßigt aus. Nur vier Metropolitan Statistical Areas haben mehr als 5% ihrer Einwohner in den 1990er Jahren verloren. Dabei handelt es sich mit Weirton-Steubenville, Johnstown und Utica-Rome um ehemalige Standorte der Schwerindustrie, die heute zu den altindustrialisierten Regionen im „Rustbelt“ zählen. Mit Grand Forks in den Great Plains gehört aber auch eine agrarisch geprägte Stadtregion des nördlichen Mittleren Westens zu den stark schrumpfenden Stadtregionen.

Bezieht man auch noch die 560 Micropolitan Statistical Areas in die Analyse ein, so zeigt sich ein etwas anderes Bild. Immerhin 92 (16%) von ihnen haben in den 1990er Jahren Einwohnerverluste hinnehmen müssen, darunter 19 Regionen mit einem Minus von mehr als 5% (s. Tabelle 3). Zwar liegen auch die kleineren Stadtregionen mit einer schrumpfenden Bevölkerung mehrheitlich in einem lang gestreckten Band zwischen North Dakota und New York im Nordosten der USA, es finden sich aber auch in anderen Gebieten schrumpfende, klein- und mittelstädtisch geprägte Regionen, so v.a. in Texas, Kansas, Louisiana, Arkansas und Mississippi.

Insgesamt schrumpften in den 1990er Jahren 117 von 922 Stadtregionen in 30 verschiedenen Bundesstaaten der USA. Besonders betroffen waren New York (13 Stadtregionen), Pennsylvania (12 Stadtregionen) und Ohio (11 Stadtregionen). Der durchschnittliche Bevölkerungsverlust betrug -2,5 %. Nur in drei Ausnahmefällen lagen die stadtregionalen Bevölkerungsrückgänge in den 1990er Jahren über 10 %, in 23 Stadtregionen über 5%. Allerdings darf bei diesen regionalen Durchschnittswerten nicht übersehen werden, dass sich dahinter teilräumlich disparitäre Entwicklungen verborgen mit Schrumpfungsprozessen, die in einzelnen Städten bzw. Stadtteilen sehr viel dramatischere Ausmaße erreichen (s. Abschnitt 3).

Tabelle 2: Die 20 am stärksten schrumpfenden Metropolitan Statistical Areas in den USA

Ran g	Metropolitan Statistical Area	Bevölkerung		Veränderung 1990 - 2000	
		1. April 1990	1. April 2000	absolut	relativ
1	Weirton-Steubenville, WV-OH	142.523	132.008	-10.515	-7,4
2	Johnstown, PA	163.029	152.598	-10.431	-6,4
3	Grand Forks, ND-MN	103.181	97.478	-5.703	-5,5
4	Utica-Rome, NY	316.633	299.896	-16.737	-5,3
5	Danville, IL	88.257	83.919	-4.338	-4,9
6	Binghamton, NY	264.497	252.320	-12.177	-4,6
7	Elmira, NY	95.195	91.070	-4.125	-4,3
8	Wheeling, WV-OH	159.301	153.172	-6.129	-3,8
9	Anniston-Oxford, AL	116.034	112.249	-3.785	-3,3
10	Pittsfield, MA	139.352	134.953	-4.399	-3,2
11	Alexandria, LA	149.082	145.035	-4.047	-2,7
12	Scranton-Wilkes-Barre, PA	575.264	560.625	-14.639	-2,5
13	Decatur, IL	117.206	114.706	-2.500	-2,1
14	Springfield, OH	147.548	144.742	-2.806	-1,9
15	Youngstown-Warren-Boardman, OH-PA	613.622	602.964	-10.658	-1,7
16	Buffalo-Niagara Falls, NY	1.189.288	1.170.111	-19.177	-1,6
17	Pittsburgh, PA	2.468.289	2.431.087	-37.202	-1,5
18	Syracuse, NY	659.864	650.154	-9.710	-1,5
19	Bay City, MI	111.723	110.157	-1.566	-1,4
20	Lewiston-Auburn, ME	105.259	103.793	-1.466	-1,4

Quelle: U.S. Census Bureau, Census 1990 und 2000 (Release Date: 30.12.2003)

Tabelle 3: Die 20 am stärksten schrumpfenden Micropolitan Statistical Areas in den USA

Rang	Micropolitan Statistical Area	Bevölkerung		Veränderung 1990 - 2000	
		1. April 1990	1. April 2000	absolut	relativ
1	Pecos, TX	15.852	13.137	-2.715	-17,1
2	Fort Polk South, LA	61.961	52.531	-9.430	-15,2
3	Snyder, TX	18.634	16.361	-2.273	-12,2
4	Blytheville, AR	57.525	51.979	-5.546	-9,6
5	Andrews, TX	14.338	13.004	-1.334	-9,3
6	Marquette, MI	70.887	64.634	-6.253	-8,8
7	West Helena, AR	28.838	26.445	-2.393	-8,3
8	Morgan City, LA	58.086	53.500	-4.586	-7,9
9	Greenville, MS	67.935	62.977	-4.958	-7,3
10	Borger, TX	25.689	23.857	-1.832	-7,1
11	Plattsburgh, NY	85.969	79.894	-6.075	-7,1
12	Huron, SD	18.253	17.023	-1.230	-6,7
13	Macomb, IL	35.244	32.913	-2.331	-6,6
14	Coffeyville, KS	38.816	36.252	-2.564	-6,6
15	Williston, ND	21.129	19.761	-1.368	-6,5
16	Levelland, TX	24.199	22.716	-1.483	-6,1
17	Havre, MT	17.654	16.673	-981	-5,6
18	Pampa, TX	24.992	23.631	-1.361	-5,4
19	Camden, AR	36.400	34.534	-1.866	-5,1
20	Fairmont, MN	22.914	21.802	-1.112	-4,9

Quelle: U.S. Census Bureau, Census 1990 und 2000 (Release Date: 30.12.2003)

In jüngster Zeit scheint der großräumige Verlagerungsprozess aus dem altindustrialisierten ‚Rustbelt‘ und dem ländlich-peripheren Mittleren Westen in die ‚Sunbelt‘-Metropolen des Südens und Westens an Bedeutung zu verlieren. Vielmehr gilt das Hauptaugenmerk dem Wanderungsverhalten der jungen, gut ausgebildeten, mobilen Arbeitskräfte, die individuell entscheiden, wo sie wohnen und arbeiten wollen, „wo die Lebensweise cool und die Umwelt sauber ist“ (Harden 2004: 178). Die Folge ist eine Polarisierung von ‚Brain Drain‘-Städten und ‚Brain Gain‘-Städten, die nicht mit wachsenden bzw. schrumpfenden Städten gleichzusetzen sind. So ziehen die sehr schnell wachsenden Metropolen Las Vegas und Phoenix Hochschulabsolventen nur unterproportional an, während sehr viel langsamer wachsende Städte wie San Francisco und Chicago Magneten für Hochqualifizierte sind (ebd.: 179). Es ist zu erwarten, dass die Verlierer im US-amerikanischen Städtesystem der letzten Jahre durch den Prozess des Brain-Drains weiter an Entwicklungspotenzial und Zukunftsperspektiven verlieren werden und sich der ohnehin ablaufende Schrumpfungsprozess in diesen Stadtregionen damit langfristig noch einmal verstärken wird.

Im Folgenden werden zunächst die von den europäischen Planungstraditionen erheblich abweichenden Planungsverfahren und -traditionen in den USA skizziert, ehe an vier konkreten Beispielen urbane Entwicklungsansätze in schrumpfenden US-amerikanischen Städten erläutert werden.

2 US-amerikanische Planungsverfahren und -traditionen

Zum Verständnis der in den USA dominierenden Variante schrumpfender Städte, die durch das Paradoxon verfallene Innenstädte bei gleichzeitigem suburbanem Wachstum gekennzeichnet ist, müssen neben wirtschaftlichen und demographischen Faktoren auch planungskulturelle Aspekte angeführt werden. Hierzu gehören die Entwicklung der Flächennutzung aus historischer Perspektive, die Marktorientierung der Bevölkerung und die Anwendung von Planungsinstrumenten.

Entwicklung der Flächennutzung aus historischer Perspektive: Wachstum!

Die Entwicklung von (neuen) Siedlungen ist Teil der amerikanischen Kultur. Sie stützt sich auf die Illusion, dass Land in unbegrenztem Ausmaß verfügbar ist. Urban Sprawl, die autoorientierte suburbane Entwicklung in Form von Siedlungen mit geringer Dichte am Stadtrand, ist die dominierende Form (vgl. Fulton et al 2001: 3). Seit den fünfziger Jahren sind suburbane Einfamilienhaussiedlungen

die bevorzugte Wohn- und Lebensform. Suburbs werden dabei assoziiert mit geringen Kriminalitätsraten, besseren Schulen und weniger ethnischen Minderheiten, die man üblicherweise in den Innenstädten vorfindet (Daniels 2001, Porter 1997).

Gegenläufige Tendenz zum expansiven Siedlungsflächenwachstum stellt die große Zahl an Leerständen im Industrie- und Gewerbebereich dar, die mittlerweile US-weit auf 500.000 bis zu einer Million Anlagen geschätzt wird. Parallel dazu besteht ein Wohnungsleerstand von 10 Millionen Wohneinheiten (Krieger 2002). Viele Brachflächen sind nicht attraktiv für Grundstücksentwickler, da es sich dabei oft um kontaminierte Flächen handelt, die kostenintensiv saniert werden müssen. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung im Sinne von „bigger is better“ nach neuen und größeren Wohnungen verlangt.

Marktorientierung der Bevölkerung

Der Wohnungs- und Grundstücksmarkt wird als sichere Geldanlage angesehen. Das Eigenheim ist daher ein Gut, das es zu schützen und zu verteidigen gilt (Silberstein; Maser 2000). Property rights, die Rechte, die mit dem Hausbesitz einhergehen, haben daher eine starke Position, was privaten Grundstücks- und Hausbesitz dem Bereich der persönlichen Freiheiten zuordnet.

Unterstützt wird dies durch eine Politik der steuerlichen Begünstigung von Hausbesitz (Daniels 2001). Gestützt auf Hypothekenprogramme der Federal Housing Administration (FHA) wurden seit den dreißiger Jahren Neubauten in so genannten ‚low-risk areas‘, also Bereichen mit aus finanzieller Sicht geringem Risiko, bevorzugt gefördert. Charakteristisch für diese Gebiete waren eine geringe Siedlungsdichte, eine überwiegend weiße Bevölkerung sowie vorhandene Neubauten (Dougherty 2000). Einfamilienhäuser im suburbanen Raum gelten als Investitionen, die eine hohe Wertsteigerung erwarten lassen (Daniels 2001).

Planungsverfahren und Planungsdiskurs

Die traditionelle Methode der Ausweitung von Siedlungsflächen in den USA besteht aus Zoning und Subdivision. Hauptzweck des Zoning ist der Schutz von Wohnbereichen vor Beeinträchtigungen durch die Schaffung separater Nutzungsbereiche wie Wohnen, Einzelhandel, Industrie, Erholung, etc (Silberstein, J. Maser, C. 2000). Mittlerweile wird Zoning stärker als Mittel benutzt, um Wertminderungen auf dem Grundstücksmarkt entgegenzuwirken (Nelson, R. H. 1977). Bei Subdivision handelt es sich um eine stark vereinfachte Methode des

Zoning, um suburbane Flächen für künftigen Wohnungsbau zu parzellieren. Die Gründe, diese stark vereinfachten Instrumente der Flächenausweisung anzuwenden, liegen in Gesundheits- und Sicherheitsaspekten, sowie in dem bestreben, homogene Nachbarschaften zu bilden (Smith 1993). In diesem Zusammenhang wurden Zoning und Subdivision eingesetzt, um suburbane Kommunen vor Wohnungen in Geschößbauweise zu schützen. Dies macht einen weiteren Aspekt deutlich, zu dem beide Instrumente eingesetzt wurden: Segregation der farbigen Bevölkerung und der ethnischen Minderheiten. Auch aus dieser nach außen orientierten planerischen Steuerung gingen die Innenstädte als Verlierer hervor.

Darüber hinaus zeigt sich, dass der amerikanische Diskurs im Bereich Stadt- und Regionalplanung nach wie vor einseitig auf Wachstumstendenzen konzentriert ist. Eine aktive Diskussion schrumpfender Städte gibt es – abgesehen von Revitalisierungsansätzen – nicht. Aus der Sicht von Robert Beauregard, einer der wenigen amerikanischen Planungstheoretiker, der in seiner Forschung schrumpfende Städte betrachtet, bildet der Fokus auf städtische Bevölkerungsverluste ein Gegengewicht zur in der Literatur dominanten Beschäftigung mit urbanem Wachstum. Die schrumpfende Bevölkerung sei „Stigma“, das nicht in das Idealbild politischer Entscheidungsträger auf lokaler Ebene passe (Beauregard 2003: 673).

Aktueller Trend der wachstumsorientierten Planung ist das so genannte „Smart Growth“. Es handelt sich dabei um eine amerikanische Variante nachhaltiger Stadt- und Regionalentwicklung. Smart Growth wurde in den neunziger Jahren im Zuge der Entwicklungen des Staates Maryland, derzeit Musterbeispiel für Smart Growth, eingeführt. Das Prinzip stützt sich auf partizipative Planung und die Wiederentdeckung des „kleinen Maßstabs“. Ebenso wie nachhaltige Entwicklung basiert Smart Growth auf den drei Prinzipien Wirtschaft, Umwelt und soziale Gerechtigkeit.² Dabei muss jedoch beachtet werden, dass Wachstum – um gesellschaftliche Akzeptanz zu erzielen – nach wie vor im Zentrum des Konzeptes steht, wenn auch in einer „gezähmten“ Variante.

3 Probleme und planerische Lösungsansätze in schrumpfenden US-amerikanischen Städten

Im Folgenden werden vor dem geschilderten Hintergrund urbane Entwicklungsansätze in schrumpfenden US-amerikanischen Städten anhand von vier Beispielen dargestellt: Pittsburgh in Pennsylvania, St. Louis in Missouri, Youngstown in Ohio und das „Cool Cities“-Programm in Michigan.

2 Andere Definitionen beziehen sich u.a. auf Diversität, Dichte und Design; zum facettenreichen Bild von Smart Growth siehe Nelson (2002).

Revitalisierungsgeschichte von Pittsburgh

Pittsburgh ist eines der klassischen Beispiele einer schrumpfenden Stadt in den USA. Im Zuge des Niedergangs der traditionellen Industriesektoren Stahl und produzierendes Gewerbe hat die Stadt seit den 1950er Jahren nahezu die Hälfte an Bevölkerung verloren, wobei viele Personen in den suburbanen Raum abgewandert sind (Moe; Wilkie 1997: 137). Der Bevölkerungsrückgang setzt sich in der neueren Zeit fort. Im Zeitraum 1980 bis 2000 hatte die Kernstadt einen Verlust von 89.375 Einwohnern zu verzeichnen, was mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmacht. Während des gleichen Zeitraums trat im Umland (Allegheny County) ebenfalls ein Bevölkerungsverlust von 12 % auf (Levin; Chute 2002). Ein großer Anteil dieser Schrumpfung geht auf den Wegzug jüngerer Bevölkerungsteile zurück, was zu teilweiser Überalterung der Stadt führt.

Pittsburgh hat schon früh Anstrengungen unternommen, sowohl Bevölkerung als auch Unternehmen zurück in die Stadt zu bringen. Die erste Phase der Revitalisierung, Renaissance I, die bereits nach dem 2. Weltkrieg einsetzte, war im Wesentlichen darauf konzentriert, Industriebrachen ohne Rücksicht auf historische Bausubstanz im großen Stil abzureißen, um Raum für Hochhäuser, Großprojekte wie den Point State Park, und neue Highways zu schaffen. Das Interesse der vorhandenen Unternehmer, den Standort Pittsburgh wettbewerbsfähig zu halten, spielte dabei eine wichtige Rolle. Um diesen Prozess zu organisieren, war die Urban Redevelopment Authority of Pittsburgh als eine der ersten ihrer Art in den USA eingesetzt worden (Economou 1997). Erst als sich Anfang der 1960er Jahre zunehmende Unzufriedenheit der Bürger bezüglich des Redevelopment im Stile von „clear 'em out and tear 'em down“ bemerkbar machte, setzte eine Trendwende ein, wonach Revitalisierung stärker auf die Ebene von Nachbarschaften, verstärkten Wohnungsbau und eine Wertschätzung historischer Gebäude zurückgeführt wurde (Lubove 1969).

Zu Beginn der 1980er Jahre war die gesamtstaatliche Wirtschaftskrise Auslöser für eine zweite Revitalisierungswelle in Pittsburgh, die so genannte Renaissance II (Crowley 2001). Diese Revitalisierung setzte auf eine neue wirtschaftliche Grundlage für die Stadt, basierend auf High-Tech-Industrie, Bildung, Gesundheitswesen, Kultur und Tourismus. Des Weiteren wurden bauliche Schlüsselprojekte und eine neue Sportheinrichtung, das Three Rivers Stadium, geschaffen. Die Umsetzung erfolgte im Zuge eines „public/private/neighborhood partnership“, also unter starker Betonung der Einbeziehung von Bürgern und der Schaffung von Nachbarschaften, was durch die neu geschaffene Community Development Corporation gefördert wurde (Lubove 1996).

Die aktuellen Revitalisierungsbemühungen der Stadt Pittsburgh konzentrieren sich auf die Aufwertung der Innenstadt über eine Reihe von Schlüsselprojek-

ten, die als „Big Splash“ bezeichnet werden (Hunter Interests Inc. 2002). Das Vorhaben zielt im Wesentlichen darauf, hochwertigen Einzelhandel, eine Funktion, die sich in den USA in suburbanen Shoppingmalls konzentriert, zurück in die Innenstadt zu bringen. Im Zuge der Gentrifizierung sollen ebenfalls Bürogebäude, Wohneinheiten und hochpreisige Hotels errichtet werden. Darüber hinaus sollen ein Parkraumkonzept sowie fußgängerfreundlicher Bereiche den Plan komplettieren.

Am Beispiel von Pittsburgh lassen sich die unterschiedlichen Paradigmen im Bereich der Revitalisierung der USA deutlich ablesen, die auch in anderen US-amerikanischen Städten zum Tragen kommen.

- In den 1950er Jahren: Abriss und Neubau nach den rigiden Entwurfsprinzipien der Moderne.
- In den 1960er und 1970er Jahren: Trendwende zur Erhaltung von historischer Bausubstanz und stärkere Bürgerbeteiligung.
- In den 1980er Jahren: Diversifizierung in der Wirtschaft, Revitalisierung auf der Ebene von Nachbarschaften durch „Community Building“, sowie Schlüsselprojekte und Events wie Sportstadien.
- In den 1990er Jahren: „Mixed use“: Einzelhandel, Wohnen, Büro- und Hotelnutzungen in der Innenstadt, sowie die Rückbesinnung auf fußläufige Erreichbarkeit.

St. Louis: eine Innenstadt wird wieder entdeckt

St. Louis ist – ebenso wie Pittsburgh – ein typisches Beispiel einer schrumpfenden Stadt in den USA. Auch hier gibt es Bevölkerungsverluste, das Wegbrechen von angestammten Industriebetrieben des produzierenden Gewerbes, kontaminierte Industriebrachen, schlechte Ausbildungsmöglichkeiten, Rassendiskriminierung sowie hohe Kriminalität. Auch hier besteht der Kontrast zwischen der entvölkerten und devastierten Innenstadt und den suburbanen expansiv gewachsenen Wohnstandorten. Die so genannte „jobs-housing-balance“ ist mit 8.000 Einwohnern und 90.000 Arbeitsplätzen in der Innenstadt im Vergleich zu 2,5 Millionen Einwohnern in der Metropolregion völlig aus dem Gleichgewicht geraten. Anders als Pittsburgh wurden die Probleme jedoch erst in den 1990er Jahren in Angriff genommen. Die Wahrnehmung der innerstädtischen Probleme wurde interessanterweise ausgelöst von einer Studie unter der Federführung von Neal Peirce, einem der führenden Journalisten im Bereich städtische Entwicklung in den USA, im Auftrag der Tageszeitung St. Louis Post-Dispatch, wobei

St. Louis eine ungleich düstere Zukunft als anderen US Städten vorausgesagt wurde (Peirce; Johnson 1997).

Die Problemsituation der Innenstadt von St. Louis stellte sich Mitte der 1990er Jahre als eklatant dar, was sich mit den folgenden Kriterien hervorragend beschreiben lässt: „too much emptiness, too many gaps in the urban fabric, too few pedestrian friendly environments and streets, too much visible neglect“ (Downtown Now 2004: 6). Aus dieser Misere heraus wurde im Oktober 1997 ein Siebenjahresplan zur Revitalisierung der Innenstadt aufgelegt. Der Plan, welcher durch eine Kooperation aus öffentlichem und privatem Sektor entstanden war, hatte – aufbauend auf den Potenzialen der Stadt – verstärkten Wohnungsbau, die Verbindung der Stadt mit dem Mississippi und die Entwicklung kultureller Einrichtungen in der Innenstadt als Hauptziele. Außerdem sollte St. Louis in der technologieorientierten „New Economy“ wettbewerbsfähig gemacht werden, um so jüngere Arbeitnehmer anzuziehen. Um diese Ziele zu erreichen, schlägt die Planung ein Revitalisierungsprogramm für vier teilaräumliche Schwerpunkte vor. Hier sollen zielgerichtete Investitionen in die physische Aufwertung von Straßen und Fußwegen, neuen Wohn- und Bürobereichen und kulturellen Attraktionen erfolgen, die als Katalysatoren für die Entwicklung der gesamten Innenstadt Impulse liefern sollen (Downtown Now! 2004).

Die Revitalisierungsprojekte stützen sich dabei auf eine konkrete Umsetzungsstrategie, die eine partizipative Organisationsstruktur, einen Aktionsplan und finanzielle Anreizinstrumente umfasst. Auch im Falle von St. Louis ist die Erarbeitung einer „shared Vision“ für die Revitalisierung, die vom Privatsektor und öffentlichen Hand gemeinsam getragen wird, ausschlaggebend für die Realisierungschance der Projekte. Der Aktionsplan definiert konkrete Ziele und Prioritäten für die Umsetzung und belegt diese mit einer Zeitschiene, die zunächst auf einige rasche Projektrealisierungen setzt, um darauf aufbauend Impulse und Motivation für Folgemaßnahmen zu stiften. Die Finanzierungsstrategie wird wiederum als kreativ bezeichnet, da ein breites Spektrum an Mitteln mobilisiert werden konnte. Diese reichen von privaten Investitionen bis hin zu \$17 Millionen aus nationaler Förderung. Darüber hinaus wurden Developer mit steuerlichen Vergünstigungen zum Engagement in St. Louis' Innenstadt gelockt (St. Louis Development Corporation 2004).

Die Ergebnisse, die St. Louis in der Kürze der Zeit hinsichtlich der Aufwertung der Innenstadt erzielen konnte, sind beachtlich und können als „Best Practice“-Beispiel für die USA genannt werden: 1000 neue Wohneinheiten mit weiteren 2000 geplanten werden um 2000 neu geschaffene Hotelzimmer ergänzt. Die Restaurierung historischer Gebäude hat zu ersten Ergebnissen geführt. Ein wichtiger Punkt für amerikanische Großstädte ist auch die Sicherheitslage. Hier ist die Kriminalitätsrate im Bereich personenbezogener Straftaten 2004 um 22% im

Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen (Downtown St. Louis Partnership 2004: 22).

Strategie des Rückbaus: Shrinkin' down in Youngstown

“Them smokestacks reached like the arms of god into a beautiful sky of soot and clay...Now the yard's just scrap and rubble...Here in Youngstown, here in Youngstown – My sweet Jenny I'm sinkin' down, here darlin' in Youngstown“ (Bruce Springsteen, ‚Youngstown‘ in: Ghost of Tom Joad Album 1995).

Das Image der ehemaligen Stahlstadt Youngstown wird eingefangen vom gleichnamigen Bruce Springsteen Song, der ein düsteres Szenario von wirtschaftlichem Niedergang, Arbeitslosigkeit und städtischem Verfall zeichnet. Youngstowns Bevölkerung hat sich mit dem fortschreitenden Niedergang der Stahlindustrie von ursprünglich 166.000 Einwohnern im Jahre 1960 durch Abwanderung mehr als halbiert und beläuft sich heute auf etwa 82.000 Einwohner. In dieser Phase verlor die Innenstadt ihre Vitalität, viele ältere Stadtquartiere verschwanden fast und hinterließen desolate, nahezu ungenutzte Brachflächen. Youngstown was „punchdrunk from an economic pummeling that makes the woes of its larger, more economically diverse neighbors in Cleveland and Pittsburgh look comparatively manageable“ (Rugare 2004: 1). Nun stellt man sich von Seiten der Stadtverwaltung die Frage, wie eine Stadt funktionieren kann, deren Einwohnerzahl drastisch geschrumpft ist und die eine enorm große Zahl an Leerständen in Form von Industriebrachen und Wohneinheiten aufweist. Hierbei spielt vor allem der Aspekt der Finanzierung einer überdimensionierten Infrastruktur eine Rolle, da es sich nicht mehr als finanziell tragbar erweist, in allen Teilen der Stadt die Versorgung aufrechtzuerhalten. Das Ausmaß der Schrumpfung machte allen Beteiligten von Anfang an klar, dass das konventionelle Instrumentarium amerikanischer Stadtplanung nicht ausreichend war: „This puts everyone involved ... into an unknown territory where they must find a way to plan for the future of a radical smaller city“ (Rugare 2004: 6).

Aus dieser Problemsituation heraus hat die Stadt Youngstown in enger Kooperation mit der Youngstown State University den Planungsprozess Youngstown 2010 initiiert (Finnerty 2003, Sweet 2004), der zunächst die Erarbeitung einer Vision und in der daran anschließenden Umsetzungsphase die Neuaufstellung des Planungsdokumentes „Comprehensive Plan“ vorsieht, wobei letzterer vergleichbar ist mit einem städtebaulichen Rahmenplan. Die Vision, der sich die Stadt für den Zeitraum bis zum Jahr 2010 verschreibt, mutet überraschend realistisch an (vgl. Urban Strategies Inc.):

- Akzeptieren, dass Youngstown eine kleinere Stadt ist: Youngstown soll sich als Modell einer nachhaltigen Stadt mittlerer Größe profilieren.
- Die Rolle der Stadt in der neuen regionalen Wirtschaft definieren: Youngstown muss sich mit den Realitäten der neuen regionalen Wirtschaftsstruktur auseinandersetzen.
- Das Image Youngstowns verbessern und die Lebensqualität erhöhen: Youngstown soll ein gesünderer und besserer Ort zum Leben und Arbeiten werden.
- Zu Aktionen aufrufen: Ein erreichbarer und handlungsorientierter Plan ist gefordert, um Dinge in die Tat umzusetzen.

In diesem Prozess geht es darum, Entscheidungen zu treffen, die sich insgesamt in einer Strategie des Rückbaus niederschlagen, wie beispielsweise dem Verzicht auf die Ausweisung neuer Siedlungsflächen, der Schaffung eines Flächenmanagement-Pools, um neue Parks und innerstädtische Freiflächen zu schaffen, der Stärkung der vorhandenen Wirtschaftstätigkeit im Gesundheitswesen, dem Bildungssektor und der Verwaltung. Gleichzeitig soll auch der Kunst- und Kultursektor gestärkt werden, und es wird nach einer Strategie für verstärkte regionale bzw. interkommunale Kooperation gesucht. Von besonderer Bedeutung im Rahmen der Vision ist der Umweltaspekt, da der Rückbau als Chance für ein „grüneres“ Stadtbild dienen soll. Maßnahmen zur Umsetzung sind die Schaffung eines Systems von Parks und Freiflächen in der Stadt sowie darüber hinaus die Revitalisierung und erholungsmäßige Erschließung des Mahogany Flusses (Urban Strategies Inc.).

Die Reaktion der Stadt Youngstown auf den enormen Bevölkerungsverlust mit einer Strategie des Rückbaus, die sich an verstärkter Lebensqualität und nachhaltiger Entwicklung statt Wachstum orientiert, klingt für US-amerikanische Verhältnisse revolutionär. „If that sounds a bit therapeutic, it is. Planning here is not just a bureaucratic or even political process, it's a kind of post-traumatic civic ‚talking-cure‘“ (Rugare 2004: 7). Erstmals wird in der Planung eine Abkehr vom Wachstumsparadigma ablesbar, die den Weg für „Shrinking Smart“ ebnen könnte.

Kreativität als Basis der Cool Cities Initiative in Michigan

Michigans Cool Cities Initiative stellt eines der jüngeren und wohl in Deutschland weniger bekannte Beispiele von Strategien schrumpfender Städte in den USA dar. Zwischen den Jahren 1995 und 2000 wanderten 42.000 junge, ledige Personen mit Hochschulabschluss aus dem US Bundesstaat Michigan ab (Michi-

gan Economic Development Corporation 2004). Im Jahre 2003 wurde die Dimension der Abwanderung junger Bevölkerungsteile aus Michigan erstmals als Problematik wahrgenommen, insbesondere da sich der Verlust dieser so genannten „Kreativen Klasse“³ zunehmend negativ auf die Wirtschaft der Städte und des Staates Michigan insgesamt auswirkte. Von politischer Seite wurde dieses Problem erkannt, so dass die Gouverneurin des Staates, Jennifer Granholm, im Jahr 2003 die Entscheidung fällte, die „Cool Cities“ Initiative ins Leben zu rufen. Diese Initiative verfolgt den Zweck, Städte und Innenstadtgebiete zu revitalisieren, kulturell vielfältige und künstlerisch lebendige Städte zu entwickeln und historische Bausubstanz zu erhalten, um auf dieser Basis Attraktivität für Bürger, neue Unternehmen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Seit Mai 2004 nehmen 143 Städte an dem Programm teil.

Da das Ziel der Initiative ein primär wirtschaftliches ist, konzentriert sich der Ansatz auf die Fragestellung, wie die „Kreative Klasse“ für die wirtschaftliche Entwicklung gewonnen werden kann. Die Politikformulierung für die Cool Cities Initiative stützt sich zu diesem Zweck auf vier aufeinander aufbauende Stufen: Listening, Planning, Acting, und Measuring. In der ersten Stufe „Listening“ wurden 274 Städte aufgefordert, Local Cool City Advisory Groups (LCCAGs) einzurichten, so dass die Initiative auf lokaler Ebene durchgeführt werden kann. Zunächst wurden in Workshops mit verschiedenen Akteuren Zukunftsvorstellungen der künftigen Entwicklung erarbeitet. Von staatlicher Seite wurden breit angelegte Umfragen über angestrebte Lebensqualität sowie Lebensstile durchgeführt. Daraus ergeben sich die drei wichtigsten Kriterien einer Cool City, fußgängerfreundliche Städte, die Schaffung neuer Unternehmen und die Förderung von Kunst und Kultur (Michigan Economic Development Corporation 2004).

Auf dieser Grundlage wurden in der Stufe „Planning“ Vorschläge für gute Beispiele der Kommunen gesammelt, die wiederum zu Handlungsleitlinien für alle Städte kondensiert wurden. Folgende Handlungsleitlinien wurden dabei abgeleitet: Innovationen fördern, Talente entwickeln, Diversität einbeziehen, in die Qualität der Umgebung investieren, regional denken und lokal handeln sowie

3 Diskussionen über die „Kreative Klasse“ als Ergänzung zur „Arbeiterklasse“ und der „Dienstleistungsklasse“ wurden in den USA durch die Buchpublikation „The rise of the creative class“ von Richard Florida (2002) ausgelöst. Florida definiert die Kreative Klasse als Personen, deren Kreativität die wesentliche Grundlage ihrer beruflichen Tätigkeit darstellt. Dies umfasst u.a. die Sektoren Wirtschaft, Bildung, Gesundheitswesen, Recht sowie weitere Personen wie Künstler, Architekten, Autoren, Wissenschaftler und Ingenieure (Florida 2002: ix). Da die Kreative Klasse in der Regel 30% der Beschäftigten der USA ausmacht und durch ihr hohes Einkommen zur Wirtschaftskraft von Städten und Regionen beitragen kann, stellt sie laut Florida einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar (Florida 2002: ix). Ob sich die regionalökonomische Relevanz der Kreativen Klasse auch empirisch nachweisen lässt, ist allerdings umstritten.

neue Beziehungen schaffen. Parallel dazu wurde eine Finanzierungsstrategie für die Umsetzung konkreter Projekte entwickelt sowie organisatorische Maßnahmen für die Städte konzipiert.

In der Stufe „Acting“ erfolgte aufgrund der drei Hauptkriterien für Cool Cities eine Auswahl der Projekte, die die LCCAGs der teilnehmenden Städte eingereicht hatten. Unter den ausgewählten Projekten sind u.a. der Heritage Riverwalk der Stadt Alpena, der die Entwicklung einer fußläufigen Verbindung durch die Innenstadt zu beiden Seiten des Flusses vorsieht, die Entwicklung des Hafengebiets der Stadt Port Huron, bei der ein historisches Gebäude in eine Kaderschmiede für Künstler umgebaut wird, oder das Armory Kunstprojekt in der Stadt Jackson, wobei ein leerstehendes Industriegebäude in ein Kunst- und Kulturzentrum umgebaut wird. In der letzten Stufe „Measuring“ werden schließlich Evaluierungskriterien eingeführt, die die Umsetzung der Projekte für künftige Handlungsempfehlungen auswerten sollen.

4 Fazit: Shrinking Smart – Schrumpfungsprozesse und Planung in den USA

Schrumpfung in den USA ist in erster Linie ein Problem des Spannungsfeldes suburbaner Raum versus Innenstadt. Dieses Muster, das auch plakativ als „Ausöhnlung“ („Hollowing out“) oder „Doughnut“-Effekt bezeichnet wird, findet sich flächendeckend in den USA wieder. Besonders betroffen sind diejenigen Städte, die – wie die behandelten Beispiele Pittsburgh und St. Louis – aufgrund von wirtschaftlichem Abschwung größere Bevölkerungsverluste zu verkraften haben. Wenig Beachtung findet die Tatsache, dass es daneben aber auch Gebiete flächendeckender Schrumpfung gibt, insbesondere im dünn besiedelten mittleren Westen und im ‚Rustbelt‘ des Nordostens.

Auch wenn die Probleme schrumpfender Städte stärker im regionalen bzw. im Stadt-Umland-Zusammenhang zu verorten sind, konzentriert sich die amerikanische Planung auf die Revitalisierung der devastierten Innenstädte, also auf die Bereiche mit dem größten Problemdruck. Eine gesamtstädtische Sichtweise wird auch dadurch erschwert, dass die Aufwertung in den Händen speziell geschaffener Einrichtungen wie z. B. Redevelopment Agencies liegt, die separat von Planungsämtern agieren. Der Komplexität städtischer Entwicklung kann dadurch kaum Rechnung getragen werden.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen siedlungsstrukturellen Entwicklung in den USA und mit Blick auf die vorgestellten Beispiele zeigen sich in den USA in jüngster Zeit aber auch neue Handlungsansätze, die wie folgt zusammengefasst werden können.

Kooperativer Ansatz

Es besteht heute Konsens, dass klassische Public-Privat-Partnership-Ansätze nicht mehr ausreichen, um Stadtentwicklung in den USA erfolgreich zu betreiben (s. Beispiel Pittsburgh). Aus diesem Grund wird Kooperation und Beteiligung mittlerweile als breiter Ansatz verstanden. Diese Vorgehensweise, die sich auf ein stärker demokratisches Planungsverständnis stützt, eignet sich besonders bei innenstadtbezogenen Revitalisierungsprojekten, da hier die Interessen der Wohnbevölkerung mit denjenigen der Grundstücksentwickler stark gegensätzlich sein können.

„9

Konzentration auf Schlüsselprojekte als Impulsgeber

Revitalisierung von Innenstädten erfolgt in den USA, wie die Beispiele Pittsburgh und St. Louis zeigen, mittlerweile nicht flächendeckend, sondern konzentriert auf bestimmte Schlüsselprojekte. Diese Vorgehensweise resultiert einerseits aus knappen öffentlichen Finanzmitteln, andererseits aus Erfahrungen mit der rasch reagierenden Marktsituation der USA, die nicht selten in Übersprungeffekten auf daran angrenzende Bereiche resultiert. Dabei ist es von Seiten der Planung von Bedeutung, schon frühzeitig ergebnisorientiert zu arbeiten, um die Motivation der Beteiligten für die Dauer des gesamten Vorhabens aufrecht zu erhalten.

Strategien auf Bundesstaatenebene

Die staatliche Ebene sollte im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung der USA nicht unterschätzt werden. Sobald eine Problematik als staatlich relevant eingeschätzt wird, ist diese Ebene in der Lage, Politikbereiche und Handlungsfelder zu generieren, die durch ihren finanziellen Ansatz stark umsetzungsorientiert sind. Für die Kommunen als planerische Umsetzungs- und Entscheidungsebene stellen diese Planungsmittel durchaus attraktive Anreize dar. Diese Vorgehensweise, die sich bereits zur Kontrolle stark wachsender Siedlungen, wie beispielsweise in den Staaten Portland und Maryland bewährt hat, scheint – wie im Falle Michigans – auch für schrumpfende Städte geeignet zu sein.

Zielgruppenorientierte Strategien

Zielgruppenorientierte Strategien konzentrieren sich nicht nur auf die Auswirkungen der urbanen Schrumpfungsprozesse, sondern vielmehr auf die Ursache. Im Falle Michigans soll dem Abwandern junger „kreativer“ Bevölkerungsteile entgegengewirkt werden. Die Einbeziehung Richard Florida's (2002) Thesen hinsichtlich der „Kreativen Klasse“ in eine planerische Handlungsstrategie stellt in den USA eine neue Entwicklung dar. Die Cool Cities Initiative liegt damit im aktuellen Trend der städtischen und regionalen Planungsdiskussion, den Faktor Kultur und Kreativität als Motor für urbane Entwicklung zu begreifen und zu nutzen. Ob es sich dabei um alten (Revitalisierungs-) Wein in neuen Schläuchen oder ein tragfähiges Paradigma städtischer Entwicklung handelt, sei dahingestellt. Die Entwicklungsstrategie eines Staates – wie im Falle Michigans – auf eine relativ eng definierte Zielgruppe auszurichten, scheint jedoch riskant. Da diese staatliche Initiative sehr neu ist, liegen diesbezüglich – bis auf die anfängliche Euphorie bei den Kommunen – noch keine Erfahrungswerte vor.

Abkehr vom Wachstumsparadigma

Das Beispiel Youngstown kann als erster Versuch einer schrumpfenden Stadt in Richtung einer Abkehr vom vorherrschenden Wachstumsparadigma interpretiert werden. Ob damit eine generelle Trendwende ausgelöst wird, ist – angesichts der traditionellen Fokussierung der Planung in den USA auf wirtschaftliches sowie städtisches Wachstum – zu bezweifeln. Zumindest wird hierbei eine sinnvolle und realistische Alternative angegangen, die Städte in vergleichbarer Situation zum Nachdenken in Richtung nachhaltiger Entwicklung anregen kann.

Schrumpfung ist in den USA ein vielschichtigeres Problem für die Stadt- und Regionalentwicklung, als bisher von der amerikanischen Planung wahrgenommen. Allerdings sind diese Schrumpfungsprozesse anders als in fast alle europäischen Ländern eingebettet in ein gesamtstaatliches Bevölkerungswachstum. Die im Vergleich zu Westeuropa geringe Bevölkerungsdichte der USA von 32 Einwohnern je km² (in der EU-15 sind es 120 Einwohner je km²) nährt nach wie vor die Illusion, Land sei in unbegrenztem Ausmaß verfügbar. Vor diesem Hintergrund und angesichts einer andersartigen, stärker marktorientierten Planungskultur ist in den USA eine Schrumpfungsdebatte wie in Europa nicht in Sicht.

Es stellt sich die Frage, ob die Planung überhaupt in der Lage sein wird, sich einem bislang stigmatisierten Thema aktiv zu stellen. Die breite Akzeptanz in der amerikanischen Planungspraxis zu einer Trendwende vom ungebremsten

Sprawl hin zu Smart Growth,⁴ lässt zumindest hoffen, dass die einseitige Konzentration auf Wachstum vorbei ist. Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit schrumpfenden Städten ist – ähnlich wie bei Smart Growth – ein konsensfähiges „Label“, das Chancen und Perspektiven für schrumpfende Städte symbolisiert. „Shrinking Smart“ könnte in diesem Sinne als neues planerisches Diskussionsfeld in den USA, an die positiven Erfahrungen der Growing Smart-Bewegung anknüpfen und schrumpfenden Städten eine politische und planerische Perspektive eröffnen.

Literatur

- Beauregard, Robert A. (2003): Aberrant cities: urban population loss in the United States, 1820–1930, in: *Urban Geography*, 24/8, pp. 672–690.
- Crowley, Gregory (2001): Regime structure and the politics of issue definition: urban redevelopment in Pittsburgh, past and present, in: Fox Gotham, Kevin (Hg.): *Critical perspectives on urban redevelopment*. Amsterdam und New York: JAI, pp. 147–172.
- Daniels, Tom (2001): Smart growth: A new American approach to regional planning, in: *Planning Practice and Research*, Vol. 16, Nos. 3/4, pp. 271–279.
- Dougherty, Carolyn (2000): Choice or control? Public subsidies for sprawl, in: *Bulletin of Science, Technology & Society*, Vol. 20, No. 4, pp. 326–328.
- Downtown Now! (2004): Downtown St. Louis Development Action Plan and Progress Map. <http://www.downtownnow.org/html/actionplan.asp>: 5.10.2004.
- Downtown St. Louis Partnership (2004): Downtown progress report, 2004 annual report of the downtown partnership.
- Economou, Bessie (1997): Forging the Pittsburgh Renaissance – Urban Redevelopment Authority of Pittsburgh, fifty years. Pittsburgh: Urban Redevelopment Authority.
- Finnerty, Thomas A. (2003): Youngstown embraces its future. In: *Planning Magazine*, August / September 2003, 6 S.
- Fishman, Robert (2004): Suburbanisierung: USA. In: Oswalt, Philipp (Hg.): *Schrumpfende Städte*, Band 1 Internationale Untersuchung, Ostfildern, S. 64 – 73.
- Florida, Richard (2002): *The rise of the creative class – and how it's transforming work, leisure, community and everyday life*. New York: Basic Books.
- Fulton, William et al (2001): Who sprawls most? How growth patterns differ across the U.S.. Survey series. Washington: The Brookings Institution Center on Urban and Metropolitan Policy.
- Harden, Blaine (2004): Abgeworben: Brain-Drain-Städte in den USA. In: Oswalt, Philipp (Hg.): *Schrumpfende Städte*, Band 1 Internationale Untersuchung, Ostfildern, S. 178 – 181.

⁴ Hierfür sorgt u.a. die Informationspolitik der American Planning Association (APA), der zentralen Vereinigung von Planungspraktikern in den USA, die „Growing Smart“ zu einem Markenzeichen gemacht hat (www.planning.org).

- Hobbs, Frank; Stoops, Nicole (2002): Demographic Trends in the 20th Century. Census 2000 Special Reports, US Census Bureau, November 2002, Washington.
<http://www.downtownstlouis.org/files/DowntownProgressReport2004.pdf>: 15.02.2005.
- Hunter Interests Inc. (2002): Development and Revitalization of the Fifth and Forbes Area of Downtown Pittsburgh. Final Report prepared for the Plan C Taskforce.
<http://www.city.pittsburgh.pa.us/planc>: 23.10.2004.
- Junne, Gerd (1988): Das amerikanische Rüstungsprogramm: Ein Substitut für Industriepolitik, in: *Leviathan* 16: 23-37.
- Kent, Mary M.; Mather, Mark (2002): What Drives U.S. Population Growth? *Population Bulletin* Vol. 57, Nr. 4, Washington.
- Krieger, Alex (2002): Seven wise (though possibly impractical) goals for smart growth advocates, in: Szold, Terry S.; Carbonell, Armando (Hg.): Smart growth - form and consequences. Ontario: Lincoln Institute of Land Policy, pp. 102-109.
- Levin, Steve; Chute, Eleanor (2002): Census 2000: Region's richest towns also most educated, in: Pittsburgh Post Gazette. <http://www.post-gazette.com/census/data.asp>: 24.10.2004.
- Lubove, Roy (1969): Twentieth-century Pittsburgh – government, business, and environmental change. New York: Wiley.
- Lubove, Roy (1996) Twentieth-century Pittsburgh Vol. II – The Post-Steel Era. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Michigan Economic Development Corporation (2004): Cool Cities.
<http://www.coolcities.com>: 20.10.2004.
- Moe, Richard; Wilkie, Carter (1997): Changing places: Rebuilding community in the age of sprawl. New York: Henry Holt and Company.
- Nelson, Arthur, C (2002): How do we know smart growth when we see it? in: Szold, Terry S.; Carbonell, Armando (Hg.): Smart growth - form and consequences. Ontario: Lincoln Institute of Land Policy, pp. 82-101.
- Nelson, Robert H. (1977): Zoning and property rights: An analysis of the American system of land-use regulation. Cambridge, Mass: MIT Press.
- Peirce, Neal; Johnson, Curtis (1997): The Peirce report: A call to action, in: St. Louis Post-Dispatch, 9.03.1997, p. 01B.
- Perry, Marc J.; Mackun, Paul J. (2001): Population Change and Distribution 1990 – 2000. Census 2000 Brief, US Census Bureau, April 2001, Washington.
- Porter, Douglas, R. (1997): Managing growth in America's communities. Washington: Island Press.
- Rugare, Steve (2004): Youngstown 2010 – Re-Tooling for a Smaller and Greener City. In: Cleveland Urban Design Collaborative Quaterly, Vol. 4, Nr. 1, Herbst 2004, S. 1, 6 – 7.
- Schachter, Jason P.; Franklin, Rachel S.; Perry, Marc J. (2003): Migration and Geographic Mobility in Metropolitan and Nonmetropolitan America: 1995 to 2000. Census 2000 Special Reports, US Census Bureau, August 2003, Washington.
- Silberstein, Jane; Maser, Chris (2000): Land-use planning for sustainable development, in: Maser, Chris (Hg.): Sustainable community development series. Boca Raton/London/New York/Washington D.C: Lewis Publishers.

- Smith, Marc T. (1993): Evolution and conflict in growth management, in: Stein, Jay M. (Hg.): Growth management. The planning challenge of the 1990's. Sage Publications, Newbury Park/London/New Dehli, pp. 44-57.
- St. Louis Development Corporation (2004): Tax benefits programs – Missouri State historic tax credit. <http://stlouis.missouri.org/sldc/busdev/histtax.html>: 4.12.2004.
- Sweet, David (2004): Viewpoint. A New Outlook for Youngstown. In: Cleveland Urban Design Collaborative Quaterly, Vol. 4, Nr. 1, Herbst 2004, S. 1, 4 – 5.
- Urban Strategies Inc. (2000): Youngstown 2010 – Sharing a vision for a better tomorrow.
<http://www.youngstown2010.com>: 14.02.2005.

Analysen und Kommentare

10

Lebenslagen und Sozialkapital in sozial deprivierten Stadtteilen. Eine vergleichende Analyse

Karl-Heinz Reuband

Zusammenfassung: Untersucht werden vier sozial deprivierte Stadtteile in Nordrhein-Westfalen auf der Basis repräsentativer Bevölkerungsumfragen. Die Mehrheit der Befragten lebt gern in ihrer Stadt. Im Vergleich zu einer Befragung unter Düsseldorfer Einwohnern und anderen Erhebungen ist das Ausmaß an lokaler Identifikation in den vier Stadtteilen jedoch überall weniger intensiv ausgeprägt. Von einer sozialen Isolation der Befragten oder einem geringen Sozialkapital, gemessen an der Zahl sozialer Beziehungen, kann in den vier untersuchten Stadtteilen nicht die Rede sein. Soziale Unterprivilegierung und geringes Sozialkapital gehen nicht notwendigerweise parallel.

1 Einleitung

Einst zählte Armut zu den klassischen Themen der Sozialwissenschaften. In dem Maße wie sich die sozialen Lebensbedingungen verbesserten, verschwand das Thema aus dem wissenschaftlichen Fokus mit der Folge, dass dazu lange Zeit kaum noch empirische Forschung betrieben wurde. Geändert hat sich diese Situation erst in den letzten Jahren. In dem Maße, wie die Deindustrialisierung vorangeschritten ist, Arbeitslosigkeit stieg und die Zahl der Sozialhilfeempfänger zunahm, ist das Interesse am Thema erneut erwacht (vgl. Friedrichs und Blasius 2000: 26).

Kennzeichnend für diese neue Entwicklung ist, dass Armut vermehrt im Kontext von Stadtvierteln und Nachbarschaften diskutiert wird. Diese Entwicklung nahm in den USA ihren Ausgang und setzte dort an der sozialen Segregation von Stadtvierteln und der dortigen Verfestigung von Armut an. Die Arbeiten, die in diesem Zusammenhang entstanden sind, thematisieren vor allem die Verelendung der Betroffenen, die soziale Desorganisation in den Nachbarschaften und das Schwinden des Sozialkapitals. Der Rückzug aus der Gesellschaft erscheint als eine Folge des kollektiven sozialen Niedergangs, der durch industriellen Strukturwandel und Arbeitslosigkeit mitbedingt ist (vgl. u.a. Jencks 1992, Massey und Denton 1993, Wilson 1987, 1993).

Nun beziehen sich die meisten amerikanischen Untersuchungen, die die Thematik aufgreifen, zwar auf sozial deprivierte Stadtteile, in denen Arbeitslosigkeit und Armut weit verbreitet sind. Sie beziehen sich in vielen Fällen jedoch auf eine spezifische Population: auf die Schwarzen in den Großstadtghettos. So stellt sich die Frage, ob man diese Befunde auch auf Weiße in vergleichbaren sozialen Lagen verallgemeinern kann. Und es stellt sich die Frage, wie sehr sich die Verhältnisse auch außerhalb der USA finden, in Ländern mit einem weitaus stärker ausdifferenzierten System wohlfahrtsstaatlicher Leistungen.

Im Folgenden soll diese Frage in vier Stadtteilen Nordrhein-Westfalens auf der Grundlage repräsentativer Bevölkerungsumfragen untersucht werden.¹ Die vier für die Untersuchung ausgewählten Stadtteile – Ahlen-Süd-Ost, Düsseldorf-Flingern/Oberbilk, Dortmund-Scharnhorst, Duisburg-Marxloh – sind Bestandteil eines Handlungsprogramms der Landesregierung NRW für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Das Programm widmet sich ressortübergreifend der Förderung von Stadtteilen, die im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den Wohnungsbestand, das Wohnumfeld sowie das Arbeitsplatzangebot einer Stabilisierung und Verbesserung bedürfen.

Kennzeichnend für die von uns ausgewählten Stadtteile ist eine Häufung von Problemlagen bei gleichzeitiger starker räumlicher Konzentration. Je nach Stadtteil variierten dabei die Akzente der Problembelastung in ihrer spezifischen Mischung. Die Arbeitslosenquoten bewegen sich in einer Spannbreite von 7,5% in Düsseldorf-Flingern/Oberbilk-Süd bis hin zum Spitzenwert von 18,3% in Duisburg-Marxloh. Die meisten Sozialhilfeempfänger gemäß amtlicher Statistik hat Dortmund-Scharnhorst mit 17%. Der Ausländeranteil variiert zwischen moderaten bis mittleren Werten in Dortmund-Scharnhorst/Ost (11%) und Ahlen-Süd/Ost (24%) bis hin zu hohen Werten um die 36% in Duisburg-Marxloh und 35% in Düsseldorf-Flingern/Oberbilk-Süd.

Im Folgenden wollen wir – nach einer knappen Beschreibung der sozialen Zusammensetzung der Befragten – zunächst untersuchen, wie die Befragten die Entwicklung der Lebensbedingungen in ihrem Viertel wahrnehmen und wie sehr sie sich mit ihrem Stadtteil identifizieren. In dem dann folgenden Teil geht es – in Anlehnung an Robert Putnam (2000) – um Fragen des Sozialkapitals in Form von sozialen Beziehungen und um generalisiertes Vertrauen. Die Frage ist, wie sehr sich in Stadtteilen mit Armutspotential und sozialem Niedergang eine Nei-

1 Die Untersuchung wurde vom Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert und vom Verfasser gemeinsam mit Ulrich von Alemann geleitet. Der ausführlichere Bericht, der auch auf Fragen der politischen Partizipation eingeht und sich u.a. auch auf qualitative Experteninterviews stützt, findet sich in Alemann/Gehne/Moshövel/Reuband/Strünck (2004). Der Bericht kann kostenlos beim Ministerium bezogen werden.

gung zum sozialen Rückzug und generalisierten Misstrauen in die Umwelt findet. Zu diesem Zweck ziehen wir ergänzend auch die Ergebnisse einer Repräsentativerhebung unter der Bevölkerung der Stadt Düsseldorf heran: Die Besonderheiten des Lebens in sozial benachteiligten Stadtteilen können so um so besser bestimmt werden.

2 Methodisches Vorgehen

Die Untersuchung stützt sich auf eine repräsentativ angelegte Befragung der deutschen Bevölkerung (18 Jahre und älter) in den ausgewählten Stadtteilen. Die Auswahl erfolgte auf der Grundlage von Zufallsstichproben aus den Einwohnermelderegistern der Städte und wurde im Jahr 2001 postalisch in Anlehnung an die Empfehlungen von Don Dillman (2000) und eigene Erfahrungen (Reuband/Blasius 1996; Reuband 2001) durchgeführt. Postalische Befragungen haben nicht nur den Vorteil, kostengünstig zu sein. Sie haben vor allem den Vorteil, dass sozial erwünschte Antworten im Vergleich zu face-to-face und telefonischen Befragungen reduziert sind. Anders als oftmals unterstellt, gibt es keinen Hinweis dafür, dass Angehörige unterer Schichten und mit schlechterer Bildung im Vergleich zu den anderen Befragungsverfahren unterrepräsentiert sind (vgl. Reuband/Blasius 1996, Reuband 2000, 2002a). Damit eignen sie sich prinzipiell auch bei der Befragung von Menschen, die in Problemvierteln – wie den von uns ausgewählten – leben.

Obwohl es sich bei den ausgewählten Stadtteilen um Viertel handelt, in denen zu einem Großteil Angehörige unterer sozialer Schichten wohnen, die gewöhnlich Umfragen distanziert gegenüberstehen und sich seltener als andere beteiligen, wurde – ähnlich wie bei anderen postalischen Befragungen der Bevölkerung – nahezu überall eine Ausschöpfungsquote von 50 % und mehr erreicht.² Lediglich Duisburg-Marxloh fällt mit rund 45% etwas aus dem Rahmen unserer Studie. Und dennoch kann man auch diesen Wert noch als erstaunlich hoch bezeichnen: in qualitativ hoch stehenden Umfragen auf der Basis von face-to-face Interviews (wie dem ALLBUS), die sich in besonderem Maße um hohe Ausschöpfungsquoten bemühen, sind in Großstädten auf der Ebene von Bevölkerungsbefragungen Werte nicht höher als 46% üblich (vgl. Koch 1997).

2 Verwandt wurde in der letzten Phase der Mahnwellen u.a. auch ein Empfehlungsschreiben der jeweiligen Bürgermeister. Des Weiteren wurden Presseberichte über die Untersuchung beigelegt. Mit Ausnahme von Duisburg-Marxloh – wurde bei der Langfassung des Fragebogens (7 Seiten) ein Wert von rund 50% erreicht. Bei den Kurzfragebögen (4 Seiten) lagen die Anteile noch um 5-10% höher.

Befragt wurden von uns in den vier Stadtteilen insgesamt 2322 Personen (pro Stadtteil zwischen 532 und 612 Personen). Die Düsseldorfer Erhebung in der Gesamtbevölkerung, die ähnlich, ein Jahr zuvor, postalisch durchgeführt wurde und hier zu Vergleichszwecken partiell einbezogen wird, erreichte eine Ausschöpfungsquote von etwas mehr als 50% und umfasst rund 1000 Personen.

3 Sozialprofil der Befragten

Wie man *Tabelle 1* entnehmen kann, ähneln die Stadtteile weitgehend einander in der Zusammensetzung der Befragten nach Geschlecht und Alter – mit Ausnahme Düsseldorfs, wo im Vergleich zu den anderen Stadtteilen die Gruppe der 30-44jährigen etwas stärker und die der über 60jährigen etwas seltener vertreten ist. Aufgrund der jüngeren Alterszusammensetzung, aber auch aufgrund eines etwas anderen Lebensstils, sind die Düsseldorfer etwas seltener verheiratet und ist der Anteil der Ein-Personen-Haushalte etwas größer als in den anderen Städten.³

Ein Teil der Befragten ist nicht-deutscher Herkunft und hat inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft erworben (und wurde damit Bestandteil unserer Stichprobe). Gemessen am Geburtsort des Befragten, des Vaters und der Mutter schwankt dieser Anteil je nach Stadtteil zwischen 16% (Ahlen) und 36% in Duisburg. Untergliedert nach dem Alter der Befragten zeigt sich, dass nur in Ahlen und Düsseldorf Flingern/Oberbilk die Befragten mit deutscher Herkunft in allen Altersgruppen eine Mehrheit stellen. In Dortmund und Duisburg hingegen sinkt der Anteil der Befragten mit rein deutscher Herkunft bei den 18-29jährigen auf einen Wert unter 50%. Rechnet man den Anteil ausländischer Bürger am Ort dazu, bedeutet dies, dass zumindest in den jüngeren Altersgruppen in diesen Stadtteilen Personen mit ausländischer Herkunft überwiegen.

Dem sozialen Status der Stadtteile gemäß hat die Mehrheit der Befragten einen Hauptschulabschluss, Ausnahme sind die Düsseldorfer Befragten. Sie zeichnen sich durch einen überproportional hohen Bildungsgrad aus. Besonders Befragte mit Abitur sind stark vertreten. Untergliederungen erbringen, dass diese vor allem unter den jüngeren Befragten (18 bis 29, 30-44 Jahre) vertreten sind. Ein Grund dafür mag sein, dass Flingern und Oberbilk in den letzten Jahren zu einem bevorzugten Wohnort der Düsseldorfer Studenten geworden sind. Ein

³ Berücksichtigt man in der Analyse das Merkmal Alter, hebt sich Düsseldorf Flingern/Oberbilk immer noch durch einen niedrigen Anteil von Verheirateten hervor. Unter den 30-44jährigen liegt er dort z.B. bei 31%, in den anderen Stadtteilen zwischen 57% und 73%. Untergliederungen nach den Merkmalen Alter und Bildung zeigen, dass das beschriebene Muster vor allem unter den Befragten mit weiterführender Bildung anzutreffen ist.

anderer Grund ist, dass hier im Laufe der letzten Jahre z.T. ein Gentrification-Prozess eingesetzt hat, der durch einen selektiven Zuzug statushoher Personen und Abwanderung statusniederer Personen gekennzeichnet ist (vgl. zu Oberbilk: Glebe und Schneider 1998).

Tabelle 1: Sozialprofil der Befragten nach Stadtteil/Ort (in %)[#]

	Ahlen	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf
<i>Geschlecht</i>				
Männlich	47	50	47	46
Weiblich	53	50	53	54
<i>Alter*</i>				
18- 29	14	15	19	16
30- 44	27	18	26	35
45- 59	24	28	24	20
60+	35	39	31	29
<i>Geburtsort Befragter/ Eltern**</i>				
Deutschland	84	70	64	81
Ausland	16	30	36	19
<i>Schulabschluss</i>				
Volks-/ Hauptschule	62	59	66	39
Realschule	18	19	18	24
FHS- Reife	12	13	6	13
Abitur	8	10	10	24
<i>Erwerbstätigkeit</i>				
Voll erwerbstätig	33	30	28	41
Teilzeit	11	11	10	10
ABM/ Arbeitslos	6	7	10	7
Nicht erwerbstätig***	50	52	52	42
<i>Arbeitslos jemals seit 1990</i>				
Selbst	18	24	22	28
Andere im Haushalt	13	18	18	12

- * Einige wenige Befragte bezogen die Frage auf das Alter ihrer schulpflichtigen Kinder. Sie sind aus der Altersaufgliederung ausgelassen.
- ** Kriterium für die Bestimmung der deutschen Herkunft: Befragter sowie Vater und Mutter in Deutschland geboren.
- *** einschl. Schüler, Studenten, Hausfrauen etc.

Die Zahlen addieren sich in den einzelnen Rubriken spaltenweise jeweils auf 100%. Abweichungen davon sind – wie ebenfalls in den anderen Tabellen – rundungsbedingt.

- # Aus Platzgründen werden in den Tabelle die Stadtteile nicht in ihrer vollständigen Bezeichnung, sondern nur nach ihrem Stadtnamen aufgeführt.

Arbeitslosigkeit erweist sich in den von uns untersuchten Stadtteilen als Phänomen, das durchaus eine beträchtlich hohe Zahl von Familien getroffen hat. In den meisten Fällen handelt es sich um eine frühere Erfahrung. Der Anteil der Befragten, die derzeit arbeitslos oder in ABM Maßnahmen sind, liegt zwischen 7 und 10%. Umgerechnet auf die Personen mit Erwerbsstatus (hier ohne Auszubildende, Rentner und Sonstige gerechnet) entspricht dies einem Anteil zwischen 12% und 21%. Damit ist hier ein Niveau erreicht, das den Verhältnissen in Ostdeutschland nahe kommt. Den höchsten Wert in der Arbeitslosenquote erzielt – in Übereinstimmung mit der amtlichen Statistik – Duisburg. Berücksichtigt man frühere Phasen der Arbeitslosigkeit auf Seiten der Befragten seit 1990, so steigt der Anteil mit Arbeitslosigkeitserfahrung auf Werte zwischen 18% (in Ahlen) und 28% (in Düsseldorf) an. Und rechnet man die Mitglieder der eigenen Familie, die betroffen waren, hinzu, kommt man gar auf einen Wert für den Haushalt zwischen 32% (Ahlen) und 40% (Duisburg).

Das Haushaltsnettoeinkommen beläuft sich bei den Befragten auf durchschnittlich 3565 DM, das Äquivalenzeinkommen – unter Berücksichtigung der Haushaltgröße – auf 2436 DM. Am höchsten liegt das Haushaltsnettoeinkommen in Ahlen mit 3851 DM, am niedrigsten in Duisburg-Marxloh mit 3270 DM. Legt man nicht das Netto-Einkommen, sondern das Äquivalenzeinkommen zugrunde, ändert sich diese Relation leicht: Düsseldorf Flingern/Oberbilk rückt auf Platz 1 vor und verdrängt Ahlen, Duisburg-Marxloh bleibt jedoch der Stadtteil mit dem niedrigsten Wert.

Nun spiegeln sich objektive Lebensumstände nicht notwendigerweise immer auf der subjektiven Ebene wider. Wie die Akteure ihre Umwelt und ihre Lage wahrnehmen, wie sehr sie diese als befriedigend oder unbefriedigend beurteilen, ist auch eine Angelegenheit der Erwartungen und der Vergleichsgruppen.

So kann auch bei niedrigem Einkommen ein gewisses Maß an Zufriedenheit gegeben sein, aber im Vergleich zu anderen Personen mag man das Einkommen dennoch als nicht gerecht wahrnehmen.

Das Bild, das sich in der Wahrnehmung der Betroffenen ergibt, ist eines, das in der Tat positive wie negative Deutungen einschließt. So gibt rund die Hälfte unserer Befragten an, die eigene wirtschaftliche Lage sei „sehr gut“ oder „gut“. Doch ist zugleich das Gefühl der gesellschaftlichen Benachteiligung weit verbreitet: Gefragt, ob man im Vergleich zu anderen Menschen in Deutschland den „gerechten Anteil“ erhalte, äußern nahezu die Mehrheit – in Duisburg gar 62% (!) – ein Gefühl der relativen Deprivation: Sie bekunden „etwas“ oder „viel weniger“ als ihren gerechten Anteil zu erhalten. Die Aussage „die Unterschiede zwischen Arm und Reich in Deutschland seien zu groß“, wird entsprechend dieser Wahrnehmung auch von mehr als vier Fünftel der Befragten bejaht.

4 Wahrnehmung von Veränderungen und lokale Bindungen an Stadt und Viertel

Fragt man nach den Veränderungen im Stadtteil (*Tabelle 2*), zeigt sich, dass kaum jemand eine Verbesserung in den letzten Jahren wahrnimmt. Es überwiegen diejenigen, die keinen Wandel oder gar eine Verschlechterung zu erkennen glauben. Die Relation der Positiv- und Negativbeurteilungen variiert, ist freilich nicht überall gleich. So liegt in Ahlen der Anteil derer, die eine Besserung zu erkennen glauben, auf ungefähr gleichem Niveau wie der Anteil derer, die eine Verschlechterung zu erkennen meinen. In den anderen Stadtteilen sind die Verhältnisse ungünstiger. Am pessimistischsten geben sich die Befragten aus Duisburg-Marxloh: 64% meinen, die Lebensbedingungen seien schlechter geworden. Diese hohe Zahl ist um so bemerkenswerter als dieser Stadtteil seit langem aus staatlichen und EU-Mitteln gefördert wird. Den sozialen Niedergang, so scheint es, hat diese Entwicklung in dem Blick der Bevölkerung nicht aufgehalten.

Obwohl die Befragten in Stadtteilen leben, die sich durch eine Konzentration von Problemlagen und durch Symptome des sozialen Niedergangs auszeichnen, leben die meisten unter ihnen gern in ihrer Stadt und ihrem Stadtteil. So geben 84% an, sie würden „sehr gern“ bzw. „gern“ in ihrer Stadt leben. Und 66% sagen von sich, sie würden „sehr gern“ bzw. „gern“ in ihrem Viertel wohnen. Dass die eigene Stadt – wie in diesem Fall – positiver beurteilt wird als das eigene Viertel, ist im Übrigen kein Phänomen, das für die von uns untersuchten Stadtviertel einzigartig ist. Es lässt sich ebenfalls feststellen, wenn man die Bürger einer ganzen Stadt als Maßstab nimmt (Reuband 2002b). Gleichwohl: die Diskrepanz zwischen Stadt- und Viertelbeurteilung, die sich in den Daten auftut,

ist erheblich und verdeutlicht, wie sehr das eigene Viertel im Vergleich zur eigenen Stadt als wenig attraktiv gesehen wird.

Am positivsten urteilen die Bürger Ahlens, Dortmunds und Düsseldorfs (87%- 91%) über ihre Stadt, am ungünstigsten fällt das Urteil in Duisburg-Marxloh aus (67%). Die Beurteilung des eigenen Wohnviertels folgt weitgehend dieser Reihenfolge. Am positivsten urteilen die Ahlener und Dortmunder (77% bzw. 74%), gefolgt von den Düsseldorfern (63%). Am kritischsten geben sich die Befragten aus Duisburg-Marxloh (47%). Die Befragten aus Duisburg-Marxloh sind es so denn auch, welche die höchste Umzugsbereitschaft aufweisen. 57% geben an, sie hätten ernsthaft überlegt, fortzuziehen. In den anderen Stadtteilen sind es 36% (Ahlen, Dortmund) bzw. 49% (Düsseldorf).

Tabelle 2: Entwicklung der Lebensbedingungen im Viertel in den letzten Jahren nach Ort (in %)

	Ahlen	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Insgesamt
Besser geworden	28	26	14	19	22
Schlechter geworden	27	36	64	41	41
Gleich geblieben	43	35	20	34	33
Sonstiges	2	3	3	6	3
	100	100	100	100	100
(N=)	(598)	(582)	(520)	(573)	(2273)

Frageformulierung: „Wie haben sich die Lebensbedingungen Ihres Stadtteils/Viertels, in dem Sie leben, in den letzten Jahren entwickelt? Besser geworden – Schlechter geworden – Gleich geblieben – Sonstiges, was?“

5 Soziale Beziehungen

Wie sehr geht die soziale Deprivation, die den Stadtteil kennzeichnet, mit einem Zusammenbruch sozialer Beziehungen und sozialer Isolation einher? Die meisten Bürger sind in den vier Untersuchungsorten in soziale Beziehungen eingebunden (*Tabelle 3*). Die Zahl derer, die von sich sagen, sie hätten keinen engen Freund, beläuft sich auf eine Minderheit (Ahlen und Düsseldorf 18%, Dortmund

22%, Duisburg 21%). Berechnet man das arithmetische Mittel (unter Einschluss der Befragten ohne enge Freunde), so ergeben sich Werte zwischen 4.4 und 6.2 Personen pro Stadt. Den höchsten Wert weisen mit 6.2 die Duisburger Befragten auf.

Nun ist die Frage, wer als enger Freund zu bezeichnen ist, zweifellos eine subjektive Entscheidung. Mancher mag alle seine Vereinskollegen, die er häufiger trifft, als „enge Freunde“ bezeichnen, andere wiederum legen restriktivere Maßstäbe an. Die Zahl der genannten Freunde variiert so denn auch erheblich zwischen den Befragten: unter denen, die enge Freunde nennen, führen nicht mehr als die Hälfte bis zu vier Personen auf. Aber es gibt auch einige Befragte, die eine weitaus größere Zahl nennen: 40, 50 Personen und in einigen Fällen gar noch mehr. Diese „Ausreißer“ verzerrn naturgemäß Berechnungen, die sich auf das arithmetische Mittel gründen. Deshalb ist es ratsam, die Ausreißer aus der Berechnung auszulassen.

Tabelle 3: Sozialkapital und soziale Beziehungen nach Ort (in %)

	Ahlen	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Insgesamt
<i>Zahl der engen Freunde (1)</i>					
Niemand	18	22	21	18	20
1	4	8	5	6	6
2	16	15	12	16	15
3- 5	35	29	29	37	32
6+	27	26	33	23	27
<i>Treffen mit Verwandten und Freunden (2)</i>					
Mindestens einmal die Woche	66	58	69	67	65
Einmal im Monat	26	32	21	21	25
Seltener	7	9	8	11	9
Nie	1	1	2	1	1
<i>In Kneipe/ Lokal gehen (3)</i>					
Mindestens einmal die Woche	12	9	16	31	17
Einmal im Monat	28	20	22	29	25
Seltener	33	39	28	23	31
Nie	27	32	34	17	27

Frageformulierungen: (1) „Denken Sie nun mal an enge Freunde/ Freundinnen, die Ihnen sehr nahe stehen (nicht an Ihren Ehepartner oder Partner und auch nicht an Familienangehörige). Können Sie sagen wie viele enge Freunde/ Freundinnen Sie haben?“; (2) „Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit auf dieser Liste (also für jede Zeile) an, wie oft Sie das in Ihrer Freizeit machen. Geben Sie zu jeder Tätigkeit jeweils die Kategorie an, die am ehesten zutrifft. Verwandte, Freunde und Bekannte treffen“; (3) „In die Kneipe ins Lokal gehen“ [Die Kategorien für die Häufigkeit des Kontakts sind in der obigen Tabelle zusammengefasst.] Die Zahlen addieren sich jeweils auf 100%.

Setzt man den Schnitt bei 40 Personen an (beschränkt sich auf Befragte, die weniger als 40 enge Freunde nennen – und dies sind, einschl. der Befragten ohne enge Freunde, 99% der Fälle), so sinkt naturgemäß die durchschnittliche Zahl der genannten Freunde. Das zuvor beschriebene stadspezifische Muster bleibt dennoch bestehen: die Duisburger nennen mehr enge Freunde als die übrigen Befragten. In Ahlen sind es durchschnittlich 4,7 Freunde, Dortmund 4,3, Düsseldorf 5,2 und Duisburg 5,8. Es sind Werte, die ein hohes Maß an Sozialkapital dokumentieren, auch und gerade im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. So liegt in unserer zuvor schon genannten Befragung in Düsseldorf Stadt (aus der Zeit ein Jahr zuvor) der Durchschnitt bei 3,8 Freunden – und damit niedriger als in den Stadtteilen mit Erneuerungsbedarf (ohne Befragte mit mehr als 40 Freunden).

Warum aber geben die Duisburger, von denen man aufgrund ihrer insgesamt wirtschaftlich und sozial ungünstigeren Lage eher das Gegenteil erwarten könnte, mehr enge Freunde an als die Befragten der anderen Stadtteile? Und warum „übertrumpfen“ sie in dieser Hinsicht selbst die Bürger einer Stadt wie Düsseldorf, die sich gemessen an der Kaufkraft eines überdurchschnittlichen Wohlstandes in der Bundesrepublik erfreut? Eine Erklärungsmöglichkeit liegt darin, dass die hohe Zahl nicht durch die gebürtigen Deutschen, sondern die Befragten mit ausländischer Herkunft bedingt ist: die Minderheitssituation in einer einstmals fremden Gesellschaft könnte den Zusammenschluss gefördert haben. Eine weitere Erklärungsmöglichkeit wäre, dass sich in diesem Muster die einstigen Arbeitsverhältnisse niederschlagen. Schließlich war das Thyssen Werk, das an die Siedlung grenzt, vor dessen Schließung der wichtigste Arbeitgeber. Für einen großen Teil der Bürger bestanden aufgrund der langen Zeit vielfältige soziale Beziehungen, die sich aus der Überschneidung von Arbeitsplatzstandort und Wohnort ergaben. Und derartige sozial homogene Beziehungen, sind nach den Befunden anderer Studien, besonders geeignet, die Herausbildung enger Freundschaftsbeziehungen zu fördern (vgl. Reuband 1974, Wolf 1996).

Die Annahme, die überproportional hohe Zahl der Freunde in Duisburg-Marxloh sei Folge der Befragten mit einstigem Migrantenstatus wird bei näherer Analyse nicht bestätigt: denn das Muster überproportionaler sozialer Einbindung lässt sich sowohl bei den gebürtigen Deutschen als auch den Befragten mit ausländischer Herkunft feststellen. Untergliederungen nach Alter lassen erkennen, dass sich das beschriebene Phänomen – unter den Deutschen wie ehemaligen Ausländern – auf die 30-44 und die 45-59jährigen beschränkt und sich nicht unter den 18- 29jährigen und ebenfalls nicht (bzw. weniger deutlich) den über 60jährigen findet.

Und genau dieser Befund könnte für die Brauchbarkeit unserer zweiten Hypothese sprechen: denn unter den Jüngeren, die nicht mehr die Chance hatten, im Thyssen Werk Anstellung zu finden – es war zum Zeitpunkt ihrer Arbeitsaufnahme längst geschlossen –, gibt es die überproportionale Nennung von vielen Freunden nicht mehr. Warum gehören dann aber auch die über 60jährigen zu denen, bei denen sich das Muster überproportionaler sozialer Einbindung nicht findet? Der Grund dürfte darin liegen, dass sie mehrheitlich aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Mit der Aufgabe des Berufs entfallen auch die sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz und lösen sich die engeren sozialen Beziehungen, die dort ihren Ursprung haben und in der Freizeit fortgeführt werden, allmählich auf.

Welche Verhaltenskonsequenzen erwachsen nun daraus, dass in Duisburg-Marxloh die Befragten überproportional viele enge Freunde haben? Wie sehr schließt dies häufige Kontakte mit Freunden und Bekannten mit ein? Zwar gibt es eine Tendenz, Personen um so häufiger zu treffen, je enger man mit ihnen befreundet ist. Aber manche guten Freunde wohnen weit weg, weil sie oder der Befragte zwischenzeitlich den Wohnort gewechselt haben. In manchen Fällen auch mag allein deshalb jemand viele Freunde nennen, weil er den Begriff „Freundschaft“ in sehr extensiver Weise definiert und auch oberflächliche Bekanntschaften mit einbezieht.

Angesichts dessen ist die Häufigkeit, mit der ein Befragter Freunde und Bekannte trifft, eine wichtige ergänzende Information, um das Sozialkapital und Muster sozialer Beziehungen in den Stadtteilen angemessen beschreiben zu können. Wie man der Tabelle 3 entnehmen kann, ist Freundschaft unter unseren Befragten in der Tat keine abstrakte Beziehung, die nur gelegentlich aktiviert wird. Im Gegenteil: rund 65% geben an, ihre Freunde und Bekannten (einschl. Verwandten) mindestens einmal in der Woche zu treffen. Und was hier besonders auffällt: in Duisburg liegt der Wert mit 69% am höchsten.

Die soziale Einbindung in informelle soziale Beziehungen scheint hier tatsächlich besonders hoch zu sein – trotz der spezifischen Problemlagen aus denen in der Literatur oft eine Tendenz zum sozialen Rückzug abgeleitet wird. Betrach-

tet man die Häufigkeit des Kneipenbesuchs – auch dort ergeben sich Gelegenheiten zum Kontakt – ändert sich das Bild ein wenig: Wie man der Tabelle entnehmen kann, nehmen die Duisburger im wöchentlichen Besuch dann nur noch den zweiten Platz ein und die Düsseldorfer rücken an dieser Stelle vor (mitbedingt durch die etwas andere Alterszusammensetzung und den anderen Familienstand der Befragten: Er begünstigt einen außerhäuslichen Lebensstil).

Nicht nur die Größe des Freundeskreises und die Häufigkeit, mit der man Verwandte, Freunde und Bekannte trifft, stellen einen Teil des Sozialkapitals dar. Auch die Enge der sozialen Beziehungen zu Nachbarn können als Bestandteil gesehen werden. Zwar handelt es sich bei den Beziehungen in der Regel eher um „schwache“ – emotional weniger bedeutsame – Beziehungen (vgl. Granovetter 1973) als zu Verwandten und Freunden. Doch auch sie können eine wichtige soziale Ressource bilden, auf die zurückgegriffen werden kann. Wie man *Tabelle 4* entnehmen kann, sind enge, fast schon freundschaftliche Beziehungen weit verbreitet: bei einem Drittel sind sie eher flüchtig (am häufigsten ist dies in Düsseldorf Flingern/Oberbilk der Fall, am seltensten in Ahlen). Bei mehr als der Hälfte jedoch sind sie enger: man hilft sich oder ist sogar miteinander befreundet und besucht sich öfter.

Tabelle 4: Nachbarschaftsbeziehungen nach Ort (in %)

	Ahlen	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Insgesamt	Düsseldorf Stadt**
Kenne Nachbarn kaum	4	5	8	13	7	7
Kenne Nachbarn flüchtig	27	35	35	40	34	34
Kenne Nachbarn näher	44	44	37	35	40	46
Mit Nachbarn befreundet	22	15	18	9	16	12
Habe keine Nachbarn	*	*	1	1	1	*
Sonstiges	3	1	1	2	2	1

* < 0,5%

** Befragung der deutschen Wohnbevölkerung in Düsseldorf, 2000

Frageformulierung: „Wie würden Sie das Verhältnis zu Ihren Nachbarn kennzeichnen? Was trifft für Sie am ehesten zu?“

Wie sehr sich die Befragten in den benachteiligten Stadtteilen von den Befragten in ihrer Stadt unterscheiden, lässt sich wiederum für Düsseldorf feststellen, wo wir ein Jahr zuvor eine Bevölkerungsbefragung durchgeführt hatten. Danach stellen sich die Verhältnisse in Düsseldorf Flingern/Oberbilk etwas ungünstiger

dar als in Düsseldorf als Ganzes. In Düsseldorf Flingern/Oberbilk geben 35% der Befragten an, man habe ein gutes Verhältnis und helfe sich gelegentlich, und 9% geben an, sie seien mit den Nachbarn befreundet. Beides entspricht einem Wert für enge nachbarschaftliche Beziehungen von 44%. In der Düsseldorfer Bevölkerung, die nur ein Jahr zuvor befragt wurde (vgl. Spalte „Düsseldorf Stadt“ der Tabelle) liegt der analoge Wert mit 58% höher. Inwieweit die im Vergleich zum Stadt durchschnitt etwas schlechteren nachbarschaftlichen Beziehungen auf die Problemlage im Stadtviertel zurückgehen oder Folge hoher Austauschprozesse auf Seiten der Bewohner sind (Zu- und Abwanderung) muss an dieser Stelle offen bleiben.

Dass es sich um ein allgemeines Phänomen in Stadtvierteln mit sozioökonomischer Problemlage handelt, ist unwahrscheinlich. Denn wenn man die Befragten aus den anderen benachteiligten Stadtteilen mit den Befragten aus Düsseldorf Stadt vergleicht, liegen die nachbarschaftlichen Beziehungen auf annähernd dem gleichen, wenn nicht sogar höherem Niveau als in Düsseldorf Stadt: die Werte für gegenseitiges Helfen bzw. befreundet sein liegen in Ahlen bei 66%, in Dortmund-Scharnhorst bei 59% und in Duisburg-Marxloh bei 54%. Und zieht man nur den Anteil derer heran, die freundschaftliche Beziehungen zu Nachbarn unterhalten, wird das gute Sozialklima auf Seiten der Nachbarschaft in den anderen Stadtteilen z.T. noch deutlicher. Duisburg-Marxloh weist dann zusammen mit Ahlen sogar einen höheren Wert auf als die Stadt Düsseldorf insgesamt (18% vs. 12%). Woraus folgt: Die Bewohner der Stadtteile mit Erneuerungsbedarf – so sehr sie auch z.T. größere Probleme in ihrem Stadtteil wahrnehmen – zeichnen sich *nicht* durch besonders schlechte nachbarschaftliche Verhältnisse aus. Im Gegenteil: es scheint, als würden diese z.T. sogar besser sein als in Gegenden, die durch weniger Problemlagen gekennzeichnet sind.

Im Gegensatz zu den sozialen Beziehungen zu Freunden, Bekannten und Nachbarn spielen organisierte soziale Beziehungen in Form von Vereinsmitgliedschaften eine untergeordnete Rolle. Und anders als im Fall informeller sozialer Beziehungen verhalten sich die Duisburger in Fragen der Vereinsmitgliedschaft zudem etwas reservierter als die übrigen Befragten: 30% sagen aus, sie gehörten einem Verein an. In Dortmund und Düsseldorf sind es 33 bzw. 34%, in Ahlen gar 43%. Sieht man von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft ab (die oft rein formal ist und nicht mit einer Beteiligung vor Ort einhergeht), verbirgt sich hinter der Vereinsmitgliedschaft die Mitgliedschaft in einem recht breiten Spektrum heterogener Organisationen. Schützen- und Karnevalsvereine gehören ebenso dazu wie Hundesportvereine, Männerchorvereine, Tierschutzvereine, Sportvereine, Kirchenvereinigungen, Anglerverein oder Verein des Tanzsports für Senioren etc. Dass sich die Vereinsmitgliedschaft auf einige wenige Vereine von einem spezifischen Typus konzentriert, lässt sich nicht erkennen.

Nach Robert Putnam (2000) ist das generalisierte Vertrauen in andere Menschen eine Folge der sozialen Beteiligung in Vereinen und in informellen sozialen Gruppen. Nach anderen Autoren ist die Beziehung eher umgekehrt zu sehen, das Vertrauen ist eine Determinante der Herausbildung sozialer Beziehungen und sozialen Engagements. Tatsächlich aber handelt es sich hier wohl eher um zwei getrennte Sachverhalte, die kausal unverbunden sein können bzw. durch Drittvariablen bestimmt sind (vgl. Uslaner 2002).

Doch wie immer auch der kausale Zusammenhang im einzelnen sein mag – der Zusammenhang ist alles in allem ziemlich schwach. Danach korriert das generalisierte Vertrauen („Den meisten Menschen kann man vertrauen“) nur schwach oder gar nicht mit Variablen der sozialen Beteiligung.⁴ Gleichwohl stellt das generalisierte Vertrauen analytisch gesehen eine gewichtige Variable dar, die etwas über die Stellung des Einzelnen zu seiner Umwelt aussagt. Aus diesem Grund ist sie zusammen mit den anderen Variablen für soziale Partizipation als ein wichtiger Indikator für Sozialkapital anzusehen.

6 Generalisiertes Vertrauen

Wie man *Tabelle 5* entnehmen kann, finden sich überall mehr Menschen, die Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit anderer Menschen statt Vertrauen bekunden: In den Stadtteilen von Ahlen, Dortmund und Düsseldorf liegt der entsprechende Anteil für generalisiertes Vertrauen („stimme voll und ganz zu“ bzw. „eher zu“ zwischen 43% und 47%, in Duisburg bei 37%). Zieht man die entsprechenden Befunde aus unserer Erhebung heran, die kurz zuvor in der Stadt Düsseldorf als Ganzes durchgeführt wurde, lassen sich – mit Ausnahme von Duisburg – keine grundsätzlichen Unterschiede erkennen. Der entsprechende Wert liegt bei 47%.

Vom allgemeinen Vertrauen in andere Menschen ist das Vertrauen in Personen der näheren Umwelt zu unterscheiden. Beide Dimensionen korrelieren zwar miteinander, aber nicht sehr stark.⁵ Je enger die soziale Beziehung, um so schwächer ist dies der Fall (Korrelation mit Vertrauen in Freunde $r=.18$, Kollegen $r=.30$, Nachbarn $r=.31$). Das Vertrauen in andere Menschen spiegelt offenbar eher das Vertrauen in Fremde als in Personen der engeren, primären Umwelt wieder. Aus diesem Grund muss der Zusammenhang mit dem Stadtteil nicht

⁴ Die Korrelation mit der Zahl der Freunde liegt bei $r=.11$, mit der Häufigkeit des Treffens mit Freunden und Bekannten $r=.02$, Besuch von Kneipen oder Lokalen $r=.06$, Treffen in Vereinen $r=.10$ und Mitgliedschaft in Vereinen $r=.10$.

⁵ Führt man eine Faktorenanalyse der Vertrauenswerte durch, kristallisiert sich das Vertrauen in Freunde, Kollegen, Nachbarn und Vorgesetzte als eigenständiger Faktor heraus.

auch zwangsläufig dem Zusammenhang, der sich bei der Variable des allgemeinen Vertrauens in Menschen ergab, entsprechen.

Im Einklang mit der auch in anderen Untersuchungen festgestellten Tatsache, dass Vertrauen eher bekannten Personen als Fremden geschenkt wird, liegen die Vertrauenswerte gegenüber Personen der engeren Umwelt – zu Freunden, Nachbarn oder Kollegen – höher als gegenüber den „meisten Menschen“.⁶ Wie man der *Tabelle 5* entnehmen kann, wird Freunden überall von mehr als 90% der Befragten Vertrauen geschenkt („sehr groß, groß, mittel“ auf einer fünfstufigen Skala), gefolgt – bei erwerbstätigen Befragten – von Kollegen (77%), dann den Nachbarn (71%) und schließlich den Vorgesetzten (61%).

Tabelle 5: Vertrauen in andere Menschen nach Ort (in %)

	Ahlen	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Insgesamt	Düsseldorf-Stadt [#]
<i>Generalisiertes Vertrauen (1)*</i>						
Voll und ganz	7	6	5	6	6	5
Eher	40	38	32	37	37	42
Eher nicht	45	44	49	46	46	45
Überhaupt nicht	8	12	14	11	11	8
<i>Vertrauen in primäre Umwelt (2)</i>						
„Sehr groß/groß/mittel“ **						
Freunde	96	94	95	95	95	98
Kollegen	79	72	79	77	77	79
Nachbarn	75	71	73	71	71	78
Vorgesetzte	64	57	57	61	61	71

Befragung der deutschen Bevölkerung in Düsseldorf, 2000

* Die Zahlen addieren sich spaltenweise auf 100%

** Anteil der Befragten, die das Vertrauen als „sehr groß/groß oder mittel“ bezeichnen. Die Prozentanteile für „gering“ und „überhaupt nicht“ sind hier nicht aufgeführt. Sie ergeben sich aus der Differenz zu 100%. Befragte ohne Kollegen oder Vorgesetzte sind aus der Berechnung ausgelassen.

Frageformulierungen: (1) „Bitte geben Sie für jede dieser Aussagen an, wie sehr Sie ihr zustimmen ... Den meisten Menschen kann man vertrauen.“ [Antwortkatalog]

⁶ Die Antwortkategorien der Variablen sind zwar etwas unterschiedlich gefasst – mal vier und mal fünf Kategorien – eine Zusammenfassung in der Art, wie wir sie hier getroffen haben, scheint uns jedoch durchaus sinnvoll und praktikabel.

tegorien wie oben aufgeführt]; (2) „Wie groß ist im Allgemeinen Ihr Vertrauen gegenüber den folgenden Personen? Sehr groß - Groß – Mittel – Gering - überhaupt nicht“ [Personen vorgegeben wie in Tabelle aufgeführt].

Von unserer Vergleichserhebung in Düsseldorf (Düsseldorf Stadt) weichen die entsprechenden Werte nicht allzu sehr ab. Lediglich gegenüber den Vorgesetzten trifft dies zu: ihnen steht man in den vier Stadtteilen distanzierter gegenüber als in der Stadt Düsseldorf. Wie sehr diese etwas anders geartete Bewertung aus der Struktur der Arbeitsbedingungen resultiert oder eine spezifische Sicht gegenüber der weiteren Umwelt widerspiegelt, muss hier ungeklärt bleiben.

Im Gegensatz zu den zuvor referierten Daten über generalisiertes Vertrauen in Menschen finden sich keine nennenswerten Unterschiede in der Beurteilung der Personen zwischen den Ortsteilen, was bedeutet: Die Befragten aus Duisburg zeichnen sich im Vergleich zu den anderen Befragten lediglich durch eine gewisse Distanziertheit im Fernbereich – gegenüber Fremden –, nicht aber im Nahbereich aus. Offensichtlich findet, anders als von Putnam (2000) angenommen, keine Generalisierung von engen sozialen Beziehungen auf allgemeine Beziehungen zu Fremden statt. Im Gegenteil: hohes Sozialkapital auf der einen Dimension kann mit niedrigem Sozialkapital auf der anderen Dimension einhergehen. Von einem generell geringeren Sozialkapital der Duisburger Befragten im Vergleich zu den Befragten der anderen Stadtteile mit Erneuerungsbedarf kann nicht die Rede sein.

7 Schlussbemerkungen

Die Stadtteile, die in unsere Untersuchung einbezogen wurden, zeichnen sich nicht nur in den objektiven Lebensbedingungen, sondern auch im subjektiven Lebensgefühl der Bürger durch Elemente sozialer Deprivation aus. Besonders in Duisburg-Marxloh ist dieses Gefühl stark verbreitet. Gleichwohl: die Mehrheit der Befragten lebt gern in ihrer Stadt. Mit Ausnahme von Duisburg-Marxloh wohnt auch die Mehrheit gern in ihrem Stadtteil. Im Vergleich zu einer Befragung unter Düsseldorfer Einwohnern und anderen Erhebungen ist das Ausmaß lokaler Identifikation in den vier Stadtteilen jedoch weniger intensiv ausgeprägt.

Von einer sozialen Isolation der Befragten oder einem geringen Sozialkapital, gemessen an der Zahl sozialer Beziehungen, kann in den vier untersuchten Stadtteilen nicht die Rede sein. Soziale Unterprivilegierung und geringes Sozialkapital gehen nicht notwendigerweise parallel: so weist Duisburg-Marxloh nach den verfügbaren Indikatoren den höchsten Anteil von Personen mit hoher sozialer Einbindung auf. Diese Einbindung ist sogar größer als in der Einwohnerschaft der Stadt Düsseldorf.

Ganz offensichtlich kann es auch in Gebieten, die sich durch länger andauernde Armutspotentiale auszeichnen, zu relativ stabilen sozialen Beziehungen kommen. Damit relativieren die Ergebnisse das Bild, das vor allem in Bezug auf amerikanische Studien diskutiert worden ist. Und selbst wenn man das generalisierte Vertrauen als Maßstab nimmt, erscheinen die Unterschiede zur „Normalbevölkerung“ – hier gemessen über Düsseldorfer Befragte – eher graduell als grundsätzlicher Natur.

Literatur

- Aleemann, U.v., D.H. Gehne, F. Moshövel, K.H. Reuband, C. Strünck (2004): Politische Kultur in der Sozialen Stadt. Eine vergleichende Studie aus Nordrhein-Westfalen. Hrsg. vom Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport. Düsseldorf
- Dillman, D. (2000): Mail and Internet Surveys. The Tailored Design Method. New York
- Friedrichs, J., J. Blasius (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen
- Glebe, G., H. Schneider (1998): Lokale Transformationsprozesse in der Global City. Düsseldorf – Oberbilk – Strukturwandel eines citynahen Stadtteils. Düsseldorf: Geographisches Institut der Heinrich-Heine-Universität
- Granovetter, M. (1973): The Strength of Weak Ties, in: American Journal of Sociology, Vol. 78, S. 1360-1380.
- Jencks, C. (1992): Rethinking Social Policy. Cambridge, Mass./London
- Koch, A. (1997): Teilnahmeverhalten beim ALLBUS 1994. Soziodemographische Determinanten von Erreichbarkeit, Befragungsfähigkeit und Kooperationsbereitschaft, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49, S. 98-122
- Massey, D.S., N.A. Denton (1993): American Apartheid. Segregation and the Making of the Underclass. Cambridge, Mass./London
- Putnam, R. D. (2000): Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community. New York.
- Reuband, K.-H. (1974): Differentielle Assoziation und soziale Schichtung. Dissertation im Fachbereich Philosophie, Sozialwissenschaften, Universität Hamburg. Hamburg
- Reuband, K.-H. (2000): Telefonische und postalische Umfragen in Ostdeutschland. Auswirkungen auf die soziale Zusammensetzung und das Antwortverhalten, in: Volker Hüfken, (Hrsg.), Methoden in Telefonomfragen. Opladen, S.191-215.
- Reuband, K.-H. (2001): Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes postalischer Befragungen, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 53: 307-333.
- Reuband, K.-H. (2002a): Mail and telephone surveys. Their impact on responses, in: J. Blasius/ J. Hox/ E. de Leeuw/ P. Schmidt, (Hrsg.), Social science methodology in the new millennium. Proceedings of the 5th international conference on logic and methodology. Opladen
- Reuband, K.-H. (2002b): Städtische Lebensqualität im Urteil der Bürger. Düsseldorf, Hamburg und Dresden im Vergleich, in: Hans Süßmuth, (Hrsg.), Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Düsseldorf

- Reuband, K.-H., J. Blasius (1996): Face-to-Face, telefonische und postalische Befragungen. Ausschöpfungsquoten und Antwortmuster in einer Großstadt-Studie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 48, S. 296-318.
- Uslaner, E. M. (2002): The Moral Foundations of Trust. Cambridge
- Wilson, W.J. (1987): The Truly Disadvantaged. Chicago.
- Wilson, W. J. (1993): The Ghetto Underclass. Social Science Perspectives. Newbury Park, CA
- Wolf, C. (1996): Gleich und gleich gesellt sich gern. Individuelle und strukturelle Einflüsse auf die Entstehung von Freundschaften. Hamburg

Rechtsextremismus – eine Gefahr für demokratische Stadtkultur

Ingo Siebert

Zusammenfassung: Rechtsextremismus in ostdeutschen Städten und Gemeinden hat eine spezifische Entwicklung seit der Wiedervereinigung erfahren: Er ist im Unterschied zu Westdeutschland stärker kulturell und sozial-räumlich orientiert. In den 1990er Jahren haben sich die Strategien der organisierten Rechtsextremisten „modernisiert“, und es gibt Anhaltspunkte für die Herausbildung von Orten, wo sich rechtsextreme Einstellungen, Verhaltensweisen und Organisationsstrukturen konzentrieren und eine demokratische Stadtkultur beeinträchtigen. An diesen Orten entstehen Nachbarschaften, die durch rechtsextreme Organisationen und eine rechtsextrem orientierte Jugendkultur mit spezifischen Raumaneignungspraxen beeinflusst werden. Gleichzeitig ist das Klima der sozialen Beziehungen in diesen Nachbarschaften vielfach durch Muster rassistischer Alltagsdeutung geprägt. Reaktionen kommunaler Akteure auf diese Entwicklungen waren häufig auf Verdrängung, indirekte Begünstigung oder pädagogischen Aktionismus beschränkt. Andere Strategien lokaler Akteure betrachten Rechtsextremismus als Angriff auf die demokratische Stadtkultur und nehmen die gesamte Kommune zum Ausgangspunkt ihrer Gegenstrategien. Eine nachhaltige Stärkung von demokratischen Potentialen kann demnach nicht durch viele punktuelle und voneinander losgelöste Einzelaktivitäten erreicht werden, sondern durch langfristig angelegte, integrierte lokale Handlungskonzepte. Die Erstellung von lokalen Aktionsplänen hat sich hier als ein hilfreiches Instrument herausgestellt.

Mit den Landtagswahlen vom 19. September 2004 in Sachsen, bei dem die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) einen Stimmenanteil von 9,2% erreichte und mit 12 Abgeordneten – darunter fünf Mitglieder des NPD-Bundesvorstandes – in den sächsischen Landtag einzog, ist deutlich geworden, dass sozial-räumliche Strategien der organisierten Rechtsextremist/innen bei Wahlen einen wesentlichen Beitrag für den Erfolg der NPD geleistet haben. Die neue Qualität des Erfolges der NPD in Sachsen liegt in ihrer Aktionsorientierung im lokalen Raum und ihren vielfältigen Verbindungen zu den sonst als zersplittert wahrgenommenen rechtsextremen Strukturen. Dass sich die NPD erstmals seit 1969 wieder in einem Bundesland behaupten konnte, ist kein Zufall und liegt u.a. an einer spezifischen Entwicklung des Rechtsextremismus in Ostdeutsch-

land, die sich von der westdeutschen Entwicklung vor allem durch ihre kulturelle Ausprägung unterscheidet: Rechtsextremismus in den westlichen Bundesländern setzt vorrangig auf Parlamentarismus („Kampf um Parlament“). Dagegen verfolgten organisierte Rechtsextremisten schon seit Anfang der 1990er Jahre eine Strategie, die Wagner (1998) als „kulturelle Subversion“ bezeichnet. Insbesondere die NPD bedient sich (jugend-)subkultureller Zugänge, nimmt Kontakt zu parteiungebundenen Rechtsextremisten auf und versucht zivilgesellschaftliche Organisationen (beispielsweise Heimvereine) zu unterwandern. In den letzten 15 Jahren hat sich hier nach der Wiedervereinigung der Rechtsextremismus in den Städten und Gemeinden neu formiert, verfestigt und ausdifferenziert.

Im Folgenden soll diese spezifische Entwicklung in Ostdeutschland, die auch als Modernisierung rechtsextremer Strategien verstanden werden kann, zunächst historisch nachgezeichnet werden. Diese „moderne“ Form des Rechtsextremismus hat vor allem in den neuen Ländern den Raum (Stadt, Straße, Nachbarschaft etc.) zum Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten gemacht („Kampf um Räume“), und insbesondere dadurch entstehen Verbindungen und Übergänge zwischen einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur und dem organisierten Rechtsextremismus. Im zweiten Teil soll es dann um die sozial-räumlichen Auswirkungen dieser Entwicklungen gehen, die als räumliche Konzentration rechtsextremer Verhaltensweisen analysiert werden. Dabei spielt der Zusammenhang zwischen den rechtsextremen Strukturen und dem sozialen Klima in den Nachbarschaften und kommunalen Institutionen eine zentrale Rolle. Dieses Klima wird stark durch die kommunalen Akteure und ihre Reaktionsweisen beeinflusst. Deshalb wird im dritten Teil auf verschiedene Reaktionsweisen der kommunalen Akteure eingegangen, abschließend werden Elemente abgeleitet, die eine erfolgreiche und nachhaltige Arbeit für Toleranz und Demokratie in Städten und Gemeinden unterstützen.

1 „Modernisierung“ des Rechtsextremismus in Ostdeutschland

In einem ersten Schritt möchte ich zunächst auf die Verfestigung rechtsextremer Handlungen und Strukturen in Ostdeutschland eingehen. Dabei werden Veränderungen der rechtsextremen Strukturen betrachtet, die seit Anfang der 1990er Jahre zu einem Anwachsen, einer „Modernisierung“ und Ausdifferenzierung der rechten Szene geführt haben.

Zwei Organisationsformen charakterisieren die rechtsextremen Strukturen in Ostdeutschland: Zum einen gibt es einen parteigebundenen Zugang in der Szene, die auch in den westlichen Bundesländern aktiven REP, DVU und NPD. Auf der anderen Seite hat sich eine kulturelle Szene mit Kameradschaften,

Netzwerken, Skinheads und rechtem Lifestyle etabliert. Die NPD versucht seit Mitte der 1990er Jahre einen Brückenschlag zwischen parteigebundenem und kulturellem Rechtsextremismus zu erreichen. Dies findet unter den spezifischen Rahmenbedingungen der Entwicklungen in den neuen Ländern statt.

Die kulturelle Seite des Rechtsextremismus in Ostdeutschland ist eng mit der Entwicklung einer rechtsextremen Jugendsubkultur verbunden, die ihren Ausgang bereits Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre in der DDR hat und die damals auch als Protestform gegen den DDR-Staat verstanden werden muss. Zu diesem Zeitpunkt haben sich verschiedene Jugendkulturen herausgebildet, von denen sich ein Teil schnell radikalierte und ein anfänglich oft diffuses rechtsextremes Weltbild annahm. Der Rechtsextremismus in den letzten Jahren der DDR war repressionsbedingt nicht organisiert, war eine „politische Ideologie des Ultrナationalismus in Kritik des Antinationalen der DDR und des demokratischen Nationenverständnisses der BRD. In ihm bediente man sich eines bestehenden völkischen Nationenkonzepts gegen den demokratischen Westen, den Kapitalismus und Kommunismus (Wagner 2002: 9).

Mitte der 1980er Jahren hat sich diese stark auf den Skinheadkult bezogene Jugendkultur in den großen Städten ausgebreitet. Eine wichtige Rolle spielte die Auseinandersetzung zwischen Punk- und Skinheadkultur. Ein trauriger Höhepunkt und gleichzeitig eine neue Qualität dieser Auseinandersetzung war der Überfall einer großen Gruppe Skinheads auf ein Punk-Rock-Konzert in der Zionskirche im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg am 17. Oktober 1987: „Dort hatte die Polizei zugesehen, wie ein Trupp von zwanzig Glatzen auf Bürgerrechtler und junge Leute der Kirche von unten, Besucher eines Punkkonzerts, einschlug“, schreibt der Aussteiger Ingo Hasselbach. „Dabei war Blut geflossen, und es gab mehrere Schwerverletzte.“ (Hasselbach/Bonengel 2002: 31).

Während der Phase der Wiedervereinigung und in den Folgejahren breite sich die rechte Skinheadkultur weiter aus. Nun etablierte sich auch in kleineren Städten eine rechtsextrem orientierte Jugendkultur. Rechte Musik und Gewalt wurden zu einem wichtigen Bestandteil des Lebensgefühls. Die Jagd auf Flüchtlinge war ein weiterer Aspekt dieses Lebensgefühls Jugendlicher und junger Erwachsener, das in den gewalttätigen Pogromen in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda gipfelte. „Rechtsextreme Gewalt wurde ein integrierendes Moment und Aufbaustoff für das individuelle Ich eines großen Teils der jugendlichen rechtsextremen Szene... Die zentrale Rolle spielte das Raumordnungs- und Machtbewusstsein, wo Einflussphantasien und -gebiete idealtypisch kreiert wurden, die nach Maßgabe der eigenen Kraft geschaffen, gehalten und ausgeweitet wurden“ (Wagner 2002: 19). Insbesondere Mitglieder der rechtsradikalen Skinheadszenen haben durch Herausstellung ihrer Militanz Bahnhofsplätze, Tankstellen oder andere öffentliche Plätze in temporäre Angsträume verwandeln können,

d.h. Räume, die zu bestimmten Zeiten von rechtsextrem orientierten Jugendlichen dominiert werden. Hier werden potenzielle Feinde und Migrant/innen angepöbelt oder angegriffen. Auch gelang es etlichen rechtsextrem orientierten Jugendgruppen in vielen Städten Jugendzentren zu dominieren.

Gleichzeitig konnten mit der Wiedervereinigung organisierte Rechtsextreme ihr Betätigungsfeld erweitern, wobei in der DDR bereits vor der Wende verschiedene Strukturen von rechtsextremen Organisationen bestanden. Der Organisationsbildungsprozess des Rechtsextremismus in den neuen Ländern wurde zunächst unterstützt durch ein Vakuum orientierungsloser oder oft sogar fehlender staatlicher Strukturen. Zudem kamen durch die Freilassung von politischen Inhaftierten auch zahlreiche gewaltbereite Rechtsextremisten frei: „*Nach dem Fall der Mauer ging alles plötzlich recht schnell. Durch die jahrelangen Inhaftierungen einzelner Leute und deren überraschende Freilassung konnte gewissermaßen über Nacht eine gewaltbereite rechte Szene in Ostdeutschland entstehen, die in der Lage war, völlig ungewohnte Freiräume zu nutzen*“ (Hasselbach/Bonengel 2002: 42). Es entstanden Formationen wie die Nationale Alternative (NA) oder Ortsverbände der aus Bremen stammenden Deutschen Alternative (DA), die Aktions- und Organisationszentren in verschiedenen Städten aufbauten, aus denen heraus Aufmärsche und andere Aktionen organisiert wurden. Diese Organisationszentren nahmen Formen an, wie man sie bisher von linken und alternativen Gruppen gekannt hat. Die Nationale Alternative (NA), entstanden aus der DDR-Gruppe „Bewegung 30. Januar“, entwickelte sich schnell zum Sammelbecken rechtsgerichteter Jugendlicher. Zu ihrem „Hauptquartier“ wurde ein besetztes Haus in der Weitlingstraße in Berlin-Lichtenberg. Erst nach 1993 kam es dann zu zahlreichen Verboten von rechtsextremen Organisationen und einer Stagnation ihrer Aktivitäten. Neben westdeutschen Ablegern wie der Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP), der Wiking-Jugend (WJ) und der DA, wurden auch die originär ostdeutschen Organisationen wie NA sowie die Direkte Aktion/Mitteldeutschland und Nationale Offensive (NO) verboten, was zunächst zu einer starken Verunsicherung in der Szene führte (Pfahl-Taughber 2000: 8).

Die Ausweitung der rechtsextrem orientierten Jugendkultur bei gleichzeitiger Stagnation der parteiförmig organisierten Strategien Mitte der 1990er Jahre fiel mit einer strategischen Neuausrichtung eines Teils der organisierten rechtsextremen Szene zusammen, die auch als „Modernisierung“ rechtsradikaler Strategien bezeichnet werden kann. Das Strategiepapier „Schafft befreite Zonen“ aus dem Jahr 1991, welches zuerst in der Zeitschrift des Nationaldemokratischen Hochschulgremiums (NHB) „Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie“ veröffentlicht wurde, spielte hier eine zentrale Rolle. Ziel des Strategiepapiers ist es, überschaubare Räume zu schaffen, aus denen heraus Rechtsextreme agieren können, d.h. sie sollen dominieren und „sanktionsfähig“ sein.

Der „Kampf um Räume“ tritt in den Vordergrund, das heißt Straße und Wohngebiet sind die Orte, um Macht und Nähe zum „Volk“ zu demonstrieren. Im Strategiepapier werden konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die Sympathie der lokalen Bevölkerung erlangt werden kann, beispielsweise durch Nachbarschaftshilfe, Sicherheitsangebote im Wohngebiet etc. Diese wohnort- und regionalorientierte Strategie ermöglicht so eine örtliche Identifikation; beispielsweise greifen lokale „Kameradschaften“ kommunalpolitische Entwicklungen auf, kämpfen für nationale Jugendzentren und bauen regionale Zentren für die Bewegung auf.

In Ostdeutschland entstand eine Vielzahl von rechtsextremen Projekten, autonomen Kameradschaften und Netzwerken in allen neuen Bundesländern, die eine voll funktionsfähige Struktur unabhängig der rechtsextremen Parteien darstellen und sich als Form einer sozialen Bewegung gerieren. Die „Qualität“ dieser rechtsextremen Organisierung liegt in ihrer Flexibilität, ihrer dezentralen Vernetzung und vor allem ihrer räumlichen Orientierung. Seit 1998 hat es geradezu einen Gründungsboom von Kameradschaften gegeben, der von einem der wichtigsten Drahtzieher der sog. „freien Szene“, Christian Worch, unterstützt wird. 1999 waren es im gesamten Bundesgebiet 150. 2002 zählte man allein in Mecklenburg-Vorpommern etwa 50 und für Berlin zehn Kameradschaftsgruppen.

Daneben werden weitere Zugänge im „Kampf um Köpfe“ praktiziert. Insbesondere die Nutzung des Internet und die nationale Jugendarbeit, die eine Erlebniswelt aus Aufmärschen, Konzerten und Schulungen schafft, zielen auf eine Verbreiterung der Szene. Die NPD versucht in den letzten Jahren verstärkt, eine Brücke zwischen Parteiarbeit und Kameradschaftsszene zu schlagen, Netzwerke für Wahlen aufzubauen und strategische Bündnisse einzugehen. In Sachsen hat diese Strategie den Wahlerfolg der NPD stark unterstützt, und der Partei gelang der Einzug in das Landesparlament. Die Raumorientierung von rechtsextrem orientierter Jugendkultur und völkisch-nationalen Bewegungsorganisationen scheint hier ein wichtiges Element des Erfolges für die NPD zu sein, da es gelang, das entstandene spezifische Klima vor Ort für die Wahl zu nutzen.

2 Räumliche Verdichtung rechtsextremer Erscheinungen

Durch die räumlich orientierten Strategien des Rechtsextremismus sind keine gänzlich „befreiten Zonen“ in Ostdeutschland entstanden; dennoch werden temporär Räume der Angst produziert, deren Drohpotenzial dazu führt, dass gefährdete Gruppen bestimmte Gebiete meiden. Insbesondere die Wahlen in Sachsen, aber auch Untersuchungen des Verfassungsschutzes in Berlin geben Hinweise,

dass die beschriebene Entwicklung zu einem neuen Typ rechtsextremer Erscheinungen geführt hat, die eine sozial-räumliche Betrachtung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland nötig machen. Es sind Gebiete entstanden wo sich rechtsextreme Einstellungspotentiale, Strukturen und Verhaltensweisen konzentrieren. Diese Orte zeichnen sich dadurch aus, dass hier aktionsbereite Strukturen organisierter Rechtsextremer bestehen, sich eine rechtsextrem orientierte Jugendkultur entwickelt hat, die häufig durch gewalttätige Verhaltensweisen in Erscheinung tritt und dass die NPD hier überdurchschnittliche Wahlergebnisse erreichen kann. Diese räumliche Verdichtung rechtsextremer Erscheinungen finden wir sowohl in städtischen Quartieren, etwa in Ost-Berlin, Leipzig, Jena etc., als auch in Kleinstädten und in ländlichen Gebieten.

Betrachtet man nun diese Orte räumlicher Verdichtung von rechtsextremen Erscheinungen dann lässt sich bei aller Unterschiedlichkeit ein Modell von Kreisen beschreiben, das wechselseitige Abhängigkeiten von rechtsextrem orientierter Jugendsubkultur, völkisch-nationaler Bewegungsorganisation, Parteistrukturen und alltäglichem Rassismus deutlich macht. Grob können vier Kreise unterschieden werden: organisatorischer Kern, Netzwerk/Kameradschaft, Umfeld/Szene und Klima/Nachbarschaft.

In der Mitte dieses Modells besteht ein *organisatorischer Kern* einer kleinen Anzahl von Personen, die sich durch ein klares rechtsextremes Weltbild und starke überregionale organisatorische Bindung in entsprechenden Netzwerken bzw. Parteien auszeichnen. Diese Personen verhalten sich in der Öffentlichkeit meist unauffällig und werden selten straffällig. Sie verfügen über Ressourcen in Form von Zeit, Informationen und Kontakten und sind entsprechend in der Lage, Schulungen, Fahrten, Demonstrationen und Aktionen für die Szene zu organisieren.

Der organisatorische Kern ist eingebunden in eine örtliche rechtsextreme *Netzwerk- bzw. Kameradschaftsstruktur*, die, wie schon ausgeführt, gegenüber traditionellen rechtsextremen Organisationen eine neue Qualität darstellen. Es sind geschlossene autonom agierende, gewalt- und aktionsbereite Strukturen, die eine starke Anbindung zum organisatorischen Kern haben.

Der dritte Kreis in diesem Modell umfasst die weitere *kulturell geprägte Szene bzw. das Umfeld*. Die Szene hat einen eher offenen Charakter, teilt aber die rechtsextremen Einstellungen und das Lebensgefühl der Kameradschaften/Netzwerke und ist durch sie mobilisierbar. Hierzu kann auch der in vielen Gebieten weit verbreitete rechtsextrem orientierte Jugendlifestyle gerechnet werden. Mit Jugendlifestyle sind jugendliche Zusammenhänge gemeint, die Elemente von rechtsextremen Einstellungsmustern teilen und diese durch spezifische Dresscodes, Symbol- und Musiknutzung ausdrücken und oft gewaltförmige Raumaneignungspraxen entwickeln. Musik, auch als Rechts-Rock bezeichnet, ist hier ein

integraler und verbindender Bestandteil der Szene. In Deutschland ist in den letzten Jahren die größte rechtsextreme Musikszenen weltweit mit entsprechend großer Zahl an Bands, Labels und Szeneläden entstanden.

Das Spektrum des rechtsextrem orientierten Jugend-Lifestyles hat sich in den letzten Jahren stark ausdifferenziert, so dass die männlich dominierte rechte Skinheadkultur nur noch eine von vielen kulturellen Ausprägungen ist. Dornbusch und Raabe sprechen von einer etablierten Alternativkultur von rechts. So sind längst aus dem Rechts-Rock eigenständige Kleidungsmarken entstanden, die den subkulturellen Rahmen verlassen haben: „...neue Marken: Wallhalla, Masterrace, Dobermann oder Consdaple. Mit ihnen soll Identität verkauft werden und dem Träger ermöglicht werden, sein eigenes politisches Bekenntnis offen zu tragen. In manchen Regionen, Stadtteilen oder Schulen sind diese und andere Marken zu einem alltagsüblichen Life-Style einer ganzen Generation von Jugendlichen geworden, über die sich eine kulturelle Hegemonie von Rechts, Kernbestand im Konzept der ‚National befreiten Zone‘ auszudrücken scheint.“ (Dornbusch/Raabe 2003: 43). Expert/innen rechnen in den ostdeutschen Bundesländern etwa 20 bis 35% der Jugendlichen zu diesem Jugend-Lifestyle.

Die hier beschriebenen Kreise *organisatorischer Kern, Kameradschaft/Netzwerk* und *Szene/Umfeld* ermöglichen sozial-räumliche Strukturen, die in Form von Gruppentreffpunkten, Aktionen oder Institutionen, die rechtsextreme Verhaltensweisen unterstützen, symbolische Bedeutung für das Quartiersleben gewinnen können und damit dauerhaft einem Gebiet einen „Stempel“ aufdrücken und häufig als sog. „Angsträume“ von bestimmten Bevölkerungsgruppen gemieden werden. Solche Institutionen können rechtsextreme Lifestyle-Läden, sog. Nationale (Jugend-) Zentren oder kleine und mittelständische Betriebe, die von Rechtsextremen betrieben werden (private Sicherheitsdienste, Autohandel, Fahrschule etc.), sein.

Der vierte Kreis beschreibt das Klima in der Nachbarschaft, im öffentlichen Raum und den verschiedenen Institutionen wie Schule, Jugendeinrichtungen, Betriebe. Hier begegnen sich die Menschen gewollt oder ungewollt, hier findet alltäglich Kommunikation statt und es werden Konflikte um knappe Ressourcen in einem spezifischen sozialräumlichen Klima ausgetragen, welches von allen Bewohner/innen und Beschäftigten aktiv produziert wird.

In diesem Zusammenhang ist die Ausbreitung von Elementen rechtsextremer Einstellungsmuster in der Bevölkerung von Bedeutung. Ein wesentlicher Bestandteil des Rechtsextremismus ist Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (Stöss: 2000: 25f.). Diese Einstellungen sind wesentlich verbreiterter als kohärente rechtsextreme Ideologien und prägen die kulturellen Deutungsmuster eines erheblichen Teils der Bevölkerung. Sie können im Alltag zu Tragen kommen,

wenn z.B. rassistische Pöbeleien oder gar Übergriffe von einem Teil der Bevölkerung im öffentlichen Raum hingenommen werden.

Rommelsspacher hat darauf hingewiesen, dass Rassismus ein Dominanzverhältnis darstellt, das alle Ebenen des sozialen Lebens und der gesellschaftlichen Strukturen durchdringt; dabei werden Menschen aufgrund konstruierter äußerlicher Merkmale differenziert, abgewertet und sozial ausgegrenzt (Rommelsspacher 1995: 39ff). Im Alltag treten unterschiedliche Formen von Rassismus im Kontext von Nachbarschaft zu Tage, die wir als Formen von alltäglichem Rassismus bezeichnen können. Beispielsweise werden Konflikte und Veränderungen im Alltag ethnisiert und rassistisch gedeutet.

Der Zusammenhang zwischen den Strukturen des Rechtsextremismus und Einstellungsmustern der Bevölkerung wird auch deutlich, wenn Heitmeyer in Bezug auf „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit etc.) feststellt: „*Ein klarer negativer Trend zeigt sich in der Wahrnehmung von sozialen Desintegrationserfahrungen und politischen Partizipationschancen. (...) Dort, wo Ängste zu- und Sicherheiten abnehmen, werden höhere Werte der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wahrscheinlich. Die offene Frage ist nun, ob und wie diese privaten Einstellungen ‚politisiert‘ werden...*“ (Heitmeyer 2005: 32). Die Entwicklung von Orten räumlicher Verdichtung von rechtsextremen Strukturen und Verhaltensweisen können als solche Politisierungen verstanden werden, die gerade durch die starken sozialen Problemlagen - Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, Abwanderung - in vielen Städten und Regionen zum Tragen kommen können. Die Gefahr des Rechtsextremismus in Ostdeutschland besteht darin, dass sich Orte entsprechend weiter homogenisieren, weil demokratisch eingestellte Bewohner/innen oder Bevölkerungsgruppen mit anderen Lebensvorstellungen sich zurückziehen. Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen können so weiter in die Alltagsbewältigungsstrategien der Bevölkerung einfließen und werden als normal verstanden.

Spätestens hier dürfte deutlich geworden sein, dass Strategien gegen Rechtsextremismus, die Rechtsextremismus allein als Jugendproblem verstehen und mit pädagogischen Mitteln bearbeiten wollen, zu kurz greifen. Vielmehr muss die demokratische und zivilgesellschaftliche Substanz von Gemeinden, Städten und Stadtteilen in den Blick genommen werden. Deshalb soll im abschließenden Teil nach den Reaktionsweisen kommunaler Akteure und ihren Handlungsspielräumen gefragt werden.

3 Gefährdungen der Stadtkultur und Reaktionsweisen kommunaler Akteure

Räumliche Konzentration von rechtsextremen Einstellungen und Handlungen gefährden das Klima von Städten und Gemeinden, denn hier können sich Strukturen entwickeln, die keiner Anbindung an die demokratische Kultur bedürfen. Damit verbunden ist eine spezifische räumliche Machtausübung, die ein Gebiet symbolisch belegen kann und eine Beeinträchtigung der Lebensqualität von Migrant/innen und anderen von Rechtsradikalen bekämpften Gruppen führt, die diese Gebiete zunehmend meiden, weil sie verbale oder physische Gewalt erwarten müssen. Gleichzeitig entsteht ein räumliches Rückzugsgebiet für rechtsextreme Akteure. Auf diese sozial-räumlichen Verfestigungen von rechtsradikalen Strukturen und Handlungen reagierten die kommunalpolitischen Akteure in sehr unterschiedlicher Weise. Betrachtet man die Reaktionsweisen, können vier unterschiedliche Typen beschrieben werden, die sich auch chronologisch einordnen lassen:

In den 1990er Jahren gehörte der Typ „Verdrängen“ zu den dominanten Reaktionsweisen. Lokalpolitische Akteure haben die Etablierung einer rechten Jugendkultur und organisierter Strukturen sowie von „Räumen der Angst“ in ihren Städten und Gemeinden häufig übersehen oder unterschätzt. Rechte Gewalt wurde auf Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Jugendgruppen reduziert und der politische Charakter negiert. Dabei wurden rechtsextreme Handlungen entweder nicht als solche erkannt, da sie aufgrund fehlenden Wissens über Symbole, Codes etc. nicht als solche identifiziert wurden, oder sie wurden bagatellisiert. Eine systematische Thematisierung von Rechtsextremismus wurde meist auch deshalb verhindert, weil ein Imageverlust für die betroffene Stadt oder Gemeinde erwartet wurde. Initiativen, die sich mit den Aktivitäten rechtsextremer Gruppen beschäftigen oder für die Perspektive der Opfer rechter Gewalt einsetzen, hatten es in diesem Klima schwer, auf die lokale Öffentlichkeit einzutreten, wurden sie doch vielfach als „Nestbeschmutzer/innen“ betrachtet und in ihren Aktivitäten behindert. In manchen Städten und Gemeinden hatten sich dann gerade jene Jugendlichen mit Sanktionen der Stadtverantwortlichen auseinanderzusetzen, die sich einer ausbreitenden Dominanz einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur entgegenstellen wollten. Eine weitere Form der Verdrängung ist die Hinnahme rechtsextremer Handlungen mit dem Verweis, dass man in einer Demokratie niemandem die Meinung verbieten kann. Diese Reaktion übersieht, dass es ein breites Spektrum von Reaktionsweisen auf rechtsextreme Handlungen gibt und eine Auseinandersetzung nötig ist. Auch in jüngster Zeit gibt es kommunalpolitische Akteure, die sich auf diese Weise nicht mit rechtsradikalen Strukturen in ihrer Stadt auseinandersetzen wollen. So wurden die Akti-

vist/innen der Kampagne „Schöner Leben ohne Naziläden“ in Pirna im November 2004 bei der Durchführung einer Demonstration gegen einen örtlichen Szeneladen stark behindert.

Mitte der 1990er Jahre kam es zu Reaktionsweisen, die in einigen Städten und Gemeinden zu einer Verschärfung vor Ort geführt haben. Dieser Typ von Reaktion kann als *indirekte Begünstigung* bezeichnet werden, d.h. die lokalen Umgangsweisen mit rechtsextremen Handlungen und Erscheinungen hatten eine indirekte Förderung zur Folge. So kam es mitunter durch eine falsch verstandene „akzeptierende Jugendarbeit“ dazu, dass beispielsweise rechtsextreme Bands und organisierte Rechtsradikale öffentliche Jugendeinrichtungen nutzen konnten. Dies auch deshalb, weil die staatlich geförderten sozialpädagogischen Programme zu dieser Zeit vor allem gegen das Phänomen Gewalt gerichtet waren und die spezifischen rechtsextremen Ausprägungen vernachlässigten. Insbesondere die „akzeptierende Jugendarbeit“ hat in einigen Regionen eher die Ausbreitung rechtsextrem orientierter Gruppen unterstützt. Fehlende Abgrenzung gegen demokratifeindliche Handlungen, mangelnde Ressourcen und pädagogische Erfahrungen und nicht zuletzt ein Konzept, welches nicht für Situationen geeignet ist, wo rechtsextrem orientierte Jugendliche öffentliche Räume (Plätze, Jugendzentren etc.) dominieren, führten zugespitzt formuliert zu einer „Glatzenpflege auf Staatskosten“ (Buderus 1998). Die kritische Auseinandersetzung mit dem Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit“ seit Ende der 1990er Jahre und eine zunehmende Thematisierung und Positionierung zur Entwicklung des organisierten und subkulturellen Rechtsextremismus hat auch zu einer Modifizierung dieses Konzepts geführt. Dennoch gibt es auch hier noch aktuelle Beispiele von lokalen Politikansätzen, die eine Verfestigung rechtsextremer Strukturen eher fördern als behindern, wenn beispielsweise einem rechtsextrem orientierten Jugendverein städtische Räume für ein nationales Jugendzentrum überlassen werden.

Seit 1998 versuchen Städte und Gemeinden verstärkt, kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus zu entwickeln. In diesem Zusammenhang hat sich ein dritter Typ von Reaktionsweisen verbreitet, der als *pädagogischer Aktionismus* bezeichnet werden kann. In den betreffenden Städten werden, gefördert durch entsprechende Bundes- und Landesprogramme, eine Vielzahl von meist pädagogisch orientierten Projekten und Aktionen für Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen Gewalt durchgeführt. Die kommunalen Akteure reagieren zwar dadurch explizit auf die Entwicklungen des Rechtsextremismus, nehmen aber hauptsächlich Jugendliche in ihren Fokus und verkürzen so das Phänomen als Problem einer Altersgruppe. Dieser pädagogisierende Aktionismus ist in den vergangenen Jahren verstärkt in Kritik geraten, denn hier dominiert häufig ein unverbundenes Nebeneinander unterschiedlicher Maßnahmen

und Akteure vor Ort. Oft wird nur ein kurzfristiger Mobilisierungseffekt auf der symbolischen Ebene und kaum eine nachhaltige Wirkung im kommunalen Raum entfaltet (vgl. Roth u.a. 2003: 17). Durch die Vernachlässigung einer gezielten Vernetzung der beteiligten Akteure fehlt es an stabilen Netzwerken und dauerhaften institutionellen Knotenpunkten.

Spätestens seit dem Jahr 2000 gibt es eine zunehmende Zahl von Städten und Gemeinden, die rechtsextreme Aktionen und Strukturen als Angriff auf die demokratische Stadtkultur begreifen und hier versuchen, die jeweilige Stadtgesellschaft zu mobilisieren. Diesen *zivilgesellschaftlich orientierten* Reaktionstyp kennzeichnet ein direkter Bezug zum lokalen Raum und das Bestreben, alle Akteure für ein gemeinsames Ziel zu gewinnen. Rechtsextrem orientierte Gewalt oder Aufmärsche sind in diesem Zusammenhang vielfach der Anlass für die Bildung eines Runden Tisches, Forums, Bündnisses etc. Dabei kann der Impuls für ein solches Kooperationsnetzwerk von zwei Seiten kommen: Entweder versucht eine Kerngruppe couragierter Bürger/innen einen solchen Zusammenhang zu initiieren, oder aus dem Kreis institutioneller Akteure (Gewerkschaft, Parteien, Verwaltung, Jugendarbeit, Bürgermeister/innen) wird eine entsprechende Vernetzung angeregt. Ein solcher Zusammenhang kann die Basis für die Entwicklung integrierter lokaler Strategien sein, die sich meist auf ein längerfristiges Konzept, z.B. in Form eines Aktionsplans, einigen. Betrachtet man die Leitziele und Leitlinien in den verschiedenen integrierten kommunalen Konzepten gegen Rechtsextremismus, können diese drei Elemente als Schwerpunkte herausgearbeitet werden:

1. *Toleranz*, also gewaltfreie und demokratische Aushandlungsformen von Alltags- und Interessenskonflikten;
2. *Zivilcourage*, also das aktive und sichtbare Eintreten für die humanen und demokratischen Rechte Anderer;
3. *Soziale Teilhabe*, also die Möglichkeit aller Bewohner/innen, aktiv an den gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozessen zu partizipieren.

Strategien gegen rechtsextreme Handlungen und Strukturen sollten nach meiner Meinung eingebettet sein in lokale, integrierte Gegenstrategien, die einerseits die Aktivitäten rechtsextremer Organisationen oder rechtsextrem orientierter Jugendkultur, Angsträume und Treffpunkte und die raumwirksamen Sozialstrukturen in den Quartieren, beispielsweise die alltäglichen Kommunikations- und Konfliktbewältigungsformen in der Nachbarschaft, zum Ausgangspunkt haben. Dabei ist von hoher Bedeutung, ob eine Stadt demokratische Positionen und demokratische Werte deutlich macht. Neben Reaktionen auf spektakuläre rechts-

extremistische Aktivitäten ist auch nach Reaktionen auf alltäglichen Rassismus – den viel zahlreicher unspektakulären rechtsextremen Handlungen – zu fragen, nach dem Umgang mit Minderheiten, nach der Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt und dem Umgang mit der eigenen Geschichte.

Als ein hilfreiches Instrument hat sich hier die Erstellung von lokalen Aktionsplänen herausgestellt (Beispiele: Camino 2001, Zentrum Demokratische Kultur 2003). Lokale Aktionspläne sind integrierte Handlungsstrategien, die auf der Grundlage einer systematischen Situations- und Ressourcenanalyse kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen für die Kommunen festschreiben. Die Umsetzung wird in der Regel von einem kommunalen Zusammenschluss in Form eines Bündnisses, Forums oder Beirats begleitet. Das gemeinsame Handlungskonzept beinhaltet verschiedene Formen von Maßnahmen, die arbeitsteilig von den unterschiedlichen Akteuren verantwortet werden. Diese beinhalten symbolische Aktionen für die Stadtöffentlichkeit als Reaktion auf Aktivitäten von Rechtsextremen (Aufmärsche, Übergriffe etc.), repressive Maßnahmen gegen Straftäter/innen, Unterstützungsangebote für die Opfer von rechtsextremen Übergriffen, politische Bildung zur Förderung einer vielfältigen demokratischen Gesellschaft, von Toleranz und Zivilcourage sowie Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration und Teilhabe von Migrant/innen.

Aus den bisherigen Erfahrungen mit kommunalen Strategien gegen Rechtsextremismus in den ostdeutschen Städten und Gemeinden lassen sich Elemente ableiten, die eine erfolgreiche und nachhaltige Arbeit für Toleranz und Demokratie unterstützen und hier abschließend vorgestellt werden:

- **Situations- und Ressourcenanalysen.** Ein zentrales Element eines Aktionsplans ist die Analyse der lokalen Situation, insbesondere in Bezug auf organisierten Rechtsextremismus, rechtsextrem orientierte jugendliche Subkulturen und alltäglichen Rassismus. Gleichzeitig sind die lokalen Potentiale für Toleranz und Demokratie zu analysieren. Schon an dieser Stelle sind möglichst viele Akteure im lokalen Raum in die Analyse einzubeziehen. Dabei kommen Einschätzungen, Ideen und Vorschläge möglichst vieler ehrenamtlicher und professioneller Akteure zum Tragen. Insbesondere ist Wert auf eine Perspektive aus Sicht der Opfer zu legen und Jugendliche und junge Erwachsenen zu beteiligen.
- **Positiv ausgerichtete Rahmung.** Das Thema Rechtsextremismus sollte durch den Aktionsplan und das Netzwerk positiv gerahmt werden, d.h. möglichst viele demokratisch eingestellte Gruppen, Ansichten und Potentiale integrieren. Der positive Bezug kann schon durch den Namen des Aktionsplanes und Netzwerkes deutlich gemacht werden, etwa „Aktionsplan für Toleranz und Demokratie“, „Forum Buntes Köpenick“ etc.

- **Kommunale Politik.** Die kommunale Politik muss den Prozess der Erstellung und Umsetzung des Lokalen Aktionsplans unterstützen, indem sie sich an der Erarbeitung des Aktionsplans beteiligt und den politischen Willen der Stadtpolitik deutlich macht, sich offen mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus auseinander zu setzen. Dabei ist es hilfreich, wenn beispielsweise Bürgermeister/innen die Funktion der Schirmherrschaft übernehmen. Es muss deutlich werden, dass sich die politisch Verantwortlichen in der Gemeinde oder Stadt kontinuierlich mit den Themen auseinander setzen, denn so kann unter anderem verhindert werden, dass die Beschäftigung mit Rassismus und Rechtsextremismus als „Nestbeschmutzung“ wahrgenommen wird.
- **Festlegung von Maßnahmen und Verantwortlichkeiten.** Die durch Situations- und Ressourcenanalyse abgeleiteten Maßnahmen müssen mit einer entsprechenden Verantwortlichkeit sowohl aus der kommunalen Verwaltung als auch aus der Zivilgesellschaft versehen werden. Die Umsetzung der Maßnahmen sollte im Netzwerk regelmäßig evaluiert und fortgeschrieben werden.
- **Steuerung und Moderation.** Die Entwicklung und Umsetzung integrierter Gegenstrategien vollzieht sich in dem Dreieck von Bürgerschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Kommunalpolitik. Hierzu ist eine auf langfristige Zusammenarbeit ausgerichtete Steuerungsebene (Beirat, Forum, Bündnis etc.) sinnvoll. Aufgrund der spezifischen Interessen und verschiedenen Organisationsprinzipien und -kulturen der beteiligten Akteure ist eine Moderations- und Klärungsinstitution, die belastbare Arbeitsbeziehungen entwickelt, notwendig. Als hilfreich hat sich ein kleiner Aktionsfond erwiesen, der unbürokratisch und kurzfristig für Maßnahmen finanzielle Unterstützung in Form von kleinen Beträgen vergibt. So können insbesondere selbstorganisierte Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft angeregt werden. (Siebert 2004, Lehnert/Siebert 2004)

Literatur:

- Buderus, Andreas 1998: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Bonn: Pahl-Rugenstein Nachf.
 Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich 2001: Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam, Potsdam
 Dornbusch, Christian; Raabe, Jan 2003: 20 Jahre RechtsRock – Vom Skinhead zur Alltagskultur; In: Ders. (Hrsg.): RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster, S. 19-50

- Hasselbach, Ingo; Bonengel, Winfred 2002: Die Abrechnung – Ein Neonazi steigt aus, Berlin
- Heitmeyer Wilhelm 2005: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003, 2004. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Frankfurt am Main
- Lehnert, Esther; Siebert, Ingo 2004: Auf den Weg gebracht: für Demokratie und Toleranz. Erfahrungen aus der Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie Potsdam 2002 -2004, Potsdam
- Pfahl-Taughber, Armin 2000: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B39/2000.
- Rommelspacher, Birgit 1995: Dominanzkultur – Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin
- Roth, Roland; Lynen von Berg, Heinz; Benack, Anke 2003: Programme und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Fragen und Anmerkungen zu ihrer wissenschaftlichen Begleitung. In: Lynen von Berg, Heinz; Roth, Roland (Hrsg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleiten, Opladen, S. 9-26.
- Siebert, Ingo 2004: Mut zu Toleranz und Demokratie in der Gemeinde. Der lokale Aktionsplan als Beispiel. In: Meyer, Gerd; Dövermann, Ulrich; Ferch, Siegfried; Gungel, Günther (Hrsg.): Zivilcourage lernen. Analysen – Modelle – Arbeitshilfen. Institut für Friedenpädagogik e.V., S.: 168-173.
- Stöss, Richard 2000: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin
- Wagner, Bernd 1998: Einleitung: Demokratie und ihre Gefährdung; in: Zentrum für Demokratische Kultur (Hrsg.): Rechtsextremismus heute. Eine kurze Einführung für Lehramt, Verwaltung, Polizei, Justiz und soziale Arbeit, Bulletin, Schriftenreihe des Zentrums für Demokratische Kultur, Heft 3, Berlin, S. 3-5.
- Wagner, Bernd 2002: Kulturelle Subversion von rechts in Ost und Westdeutschland; in: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen, S. 13-28
- Zentrum Demokratische Kultur 2003: Lokaler Aktionsplan Lichtenberg – für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, Berlin

Parallelgesellschaften – ein Kommentar

Norbert Gestring

Zusammenfassung: Der Kommentar setzt sich kritisch auseinander mit der Debatte über Parallelgesellschaften, die nach der Ermordung Theo van Goghs in Amsterdam begann. Zwei Thesen werden dabei diskutiert. Erstens, die Kritik an der kulturellen Pluralisierung stellt Grundlagen urbaner Lebensweise in Frage. Zweitens, die Kritik an der institutionellen Vollständigkeit einer ethnischen Gemeinde verkennt, dass institutionelle Vollständigkeit die Integration von Einwanderern erleichtern kann.

1 Von Amsterdam zur Parallelgesellschaft

Am 2.11.2004 wurde Theo van Gogh von einem marokkanischen Immigranten ermordet. Der niederländische Filmemacher wurde Opfer eines islamischen Fundamentalisten, der die Provokationen van Goghs nicht ertrug. Im Kurzfilm „Submission“ hatte der eine halbnackte misshandelte Frau gezeigt, auf deren Körper frauenfeindliche Texte aus dem Koran zu sehen waren, und in einem Interview hatte er Moslems als „Ziegenficker“ bezeichnet.

Der Mord in Amsterdam veränderte die Debatte über Einwanderung, Minderheiten und Integration in Deutschland. In dieser Debatte wurde der Begriff Parallelgesellschaft zu einem Topos, der besagte, dass Parallelgesellschaften erstens eine muslimische Erfindung und zweitens gefährlich und daher abzulehnen seien. Hauptakteure der Debatte waren Politiker und Journalisten. Kritische Beiträge aus der Wissenschaft, die auch heute noch lesenswert sind, fanden ihren Platz am Rande der Debatte: in den Feuilletons der großen überregionalen Tageszeitungen. Dagegen herrschte auf den Kommentarseiten derselben Zeitungen Einigkeit darüber, dass muslimische Parallelgesellschaften unter allen Umständen zu verhindern seien. Und in den Wochenendbeilagen waren einfühlsame Reportagen über das Elend – meist von Frauen – in der parallelen Welt zu lesen. In der Politik hatten sich die Vertreter von Multikulti zum großen Teil weggeduckt, die Innenpolitiker gaben den Ton an: „Parallelgesellschaften mit undurchsichtigen Strukturen. So etwas darf es in demokratischen Gesellschaften nicht geben“, so der Innenminister von Schleswig-Holstein Klaus Buß (zitiert nach Bodeman 2004). Die Vorschläge, wie gegen undurchsichtige Strukturen vorzu-

gehen sei, waren teilweise bizarr, erinnert sei nur an die Forderung, dass in Moscheen nur noch auf Deutsch gepredigt werden sollte.

Die Parallelgesellschaften sind nach einigen Monaten von anderen Themen – von Hartz IV bis zur Regierungskrise – verdrängt worden. Was bleibt, ist die symbolische Ausgrenzung von Migranten muslimischen Glaubens und die Frage, was Parallelgesellschaften denn sein könnten. Es gehört nämlich zu den erstaunlichsten Besonderheiten dieser Debatte, wie gut „Parallelgesellschaften“ als Topos funktionierte: als Begriff, den man nicht in Frage stellt, über den Einigkeit herrscht, auch ohne Verständigung über eine Definition.

Mit „Parallelgesellschaften“ kommen zwei ganz unterschiedliche Sachverhalte in den Blick: zum einen die kulturelle Pluralisierung moderner Gesellschaften, zum anderen die institutionelle Vollständigkeit ethnischer Gemeinden. Im Folgenden werden zwei Thesen diskutiert. Erstens, die Kritik an der kulturellen Pluralisierung stellt Grundlagen urbaner Lebensweise in Frage. Zweitens, die Kritik an der institutionellen Vollständigkeit einer ethnischen Gemeinde verkennt, dass institutionelle Vollständigkeit die Integration von Einwanderern erleichtern kann. Als empirische Beispiele werden Formen der Integration türkischer und kubanischer Migranten in Deutschland bzw. in den USA skizziert.

2 Kultureller Pluralismus

Dass die Pluralisierung von Lebensweisen ein Merkmal moderner Gesellschaften ist, gehört zum Allgemeingut soziologischen Wissens. Es sei nur an die umfangreichen Forschungen über Lebensstile und Milieus erinnert. Lebensweisen differenzieren sich aus, weil traditionelle Bindungen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Klasse, Nachbarschaft oder Familie basieren, an Bedeutung verlieren. Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, die Bildungsexpansion und die Emanzipation der Frauen sind die wichtigsten Gründe dafür. Die Vielfalt von Lebensweisen ist in den großen Städten besonders groß. Die Kulturen von traditionell gewerkschaftlich orientierten Arbeitern und Dinks (double income no kids), protestantischen oder katholischen Mittelschichtsfamilien und Yuppies oder Schwulen, Lesben und Punks haben wenig Gemeinsamkeiten. Zuwanderung erhöht die kulturelle Pluralität, aber sie ist nicht ihre einzige Ursache.

Dass die Begegnung mit kulturell Fremden eine Zumutung sein kann, war ein Ausgangspunkt von Simmels (1995) Überlegungen zum großstädtischen Sozialcharakter. Der Städter erträgt die Vielfalt, weil er sich psychisch distanziert von seiner Umwelt, indem er „reserviert“ und „blasiert“ auf die Mitmenschen reagiert. Dieses „leben und leben lassen“ ist eine Errungenschaft urbaner

Lebensweise, denn sie gibt dem Fremden die Möglichkeit, nach eigenen kulturellen Vorstellungen zu leben. Und sie gibt allen Städtern die Chance, ihren Lebensstil zu verwirklichen. Eine so verstandene „Parallelgesellschaft“ ist „(...) am Ende die Freiheit – wenn nicht der Frieden“ (Seibt 2004).

Aber so wurde sie in der politischen Debatte Ende 2004 nicht verstanden. Die Vorstellung einer parallelen Welt ist Angst besetzt, sie stammt aus der Gattung des Science Fiction, in der es seit dem 19. Jahrhundert Spekulationen über Orte im Universum gibt, die von unbekannten, feindlich gesinnten Bewohnern bevölkert werden (Schneider 2004). Als Orte der muslimischen Parallelgesellschaft galten segregierte Quartiere mit einem hohen Anteil muslimischer Bewohner, und entsprechend wurden die Reportagen mit Fotos von Kopftuch tragenden Frauen vor türkischen Gemüseständen bebildert. Doch die Denunziation segregierter Quartiere als gefährliche muslimische Parallelgesellschaft übersieht zweierlei: Die Vielfalt der muslimischen Gruppen und die Lebensweisen von Immigranten muslimischen Glaubens in den Quartieren.

Im Vergleich zum Christentum ist der Islam eine viel weniger organisierte und hierarchische Religion (zum Folgenden: Pazarkaya 2005). In Deutschland ist er gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Strömungen und Nationalitäten: Sunniten, Aleviten und Schiiten sind die größten Glaubensrichtungen, die sich jedoch intern – bis auf die fast ausschließlich türkischen Aleviten – nach nationaler Herkunft und nach verschiedenen Strömungen scharf abgrenzen. Von einer Parallelgesellschaft kann also gar nicht die Rede sein. Und das gilt auch für Quartiere mit einem hohen Anteil muslimischer Bewohner, in denen man die Vielfalt des Islam gleichsam besichtigen kann (Schindler 2004).

Der zweite Irrtum besteht in der Unterstellung, dass die Bewohner segregierter Quartiere besonders anfällig wären für eine Rückbesinnung auf Herkunftskultur und religiösen Fundamentalismus. Türkische Migranten der zweiten Generation etwa, die in einem Stadtteil mit einem hohen Anteil türkischer Bewohner leben, wohnen dort, weil sie die räumliche Nähe zu Eltern und Freunden suchen. Ihre sozialen Netzwerke sind nicht nur meistens klein und auf die Familie konzentriert, sie sind meistens auch distanzempfindlich, d.h., dass Kontakte auf das Quartier beschränkt sind. Eine Vergemeinschaftung im Sinne einer ethnischen Gemeinschaft lässt sich dort kaum finden (Gestring et al. 2003), und auch keine größere Distanz zu deutschen Lebensweisen oder eine besondere Hinwendung zur türkischen oder muslimischen Kultur: "(...) living within an ethnic neighbourhood is not associated with a deeper involvement in one's religion" (Drever 2004, 1436), so ein Fazit einer quantitativen Studie über Migranten in deutschen Städten.

Soweit Parallelgesellschaft als eine muslimische Kultur verstanden wird, die ihre Gefährlichkeit vor allem in Migrantenquartieren entfaltet, entbehrt sie

jeglicher Substanz. Das ist aber auch wenig verwunderlich, war doch die empirische Grundlage ein Fall in Amsterdam. Was bleibt ist zunächst die Erkenntnis, dass die These Albas (2005) kaum von der Hand zu weisen ist, dass die muslimische Religion aufgrund der Vorbehalte der Mehrheitsgesellschaft eine harte Grenze für die Integration von Migranten in Deutschland ist. Aber die Debatte legte nicht nur diese Vorbehalte offen. Die Rede von den „Parallelgesellschaften mit undurchsichtigen Strukturen“ ist antiurbanes Ressentiment, denn sie stellt in Frage, was zu den Grundlagen städtischen Zusammenlebens gehört: die Anerkennung unterschiedlicher, auch fremder und undurchsichtiger Kulturen. Die Stadt ist „(...) der Ort der Entdeckungen und Überraschungen, seien diese angenehm oder unangenehm“ (Hannerz, zitiert nach Ipsen 2004, 266). Wie man mit dem Unangenehmen umgehen kann, zeigt der Simmel'sche Großstädter, es zu unterbinden wäre ein Unterfangen, das sich gegen das Versprechen von Stadtkultur richtet, dass jeder nach seinen eigenen Vorstellungen leben kann.

3 Institutionelle Vollständigkeit

In der Debatte über Parallelgesellschaften gab es aber nicht nur eine kulturelle Seite, sondern auch eine institutionelle. Zumindest implizit wurde in vielen Beiträgen davon ausgegangen, dass muslimische Migranten weit mehr als eine religiöse Gemeinschaft sind und sich unabhängig von der Mehrheitsgesellschaft versorgen können: von der Rechtsberatung über den Einkauf und die Medien bis hin zum Wohnen und Arbeiten. Der Begriff der institutionellen Vollständigkeit einer ethnischen Gemeinde stammt von Breton (1964). Kriterien für institutionelle Vollständigkeit waren für Breton, der seine Untersuchung in Montreal durchführte, die sozialen Netzwerke, die Bildung von eigenen Kirchen und die Verfügung über eigene Medien. Je größer die kulturelle Distanz (Sprache, Religion, Hautfarbe) und je größer die Ressourcen einer Gruppe von Einwanderern, so sein Fazit, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich so definierte institutionell vollständige ethnische Gemeinden bilden. Nach diesen Kriterien wäre es bei türkischen Migranten einerseits aufgrund der Sprache und der Religion notwendig, dass sie eine institutionell vollständige Gemeinde schaffen, da sie ja nicht die Option haben, sich einer Kirche der Mehrheitsgesellschaft anzuschließen. Andererseits wäre institutionelle Vollständigkeit aber auch unwahrscheinlich, weil türkische Migranten aufgrund ihrer Schichtzugehörigkeit und des Bildungsniveaus über wenig Ressourcen verfügen.

Wenn es aber um das „Risiko Parallelgesellschaft“ (Meyer 2002, 208ff.) geht, dann reichen ethnisch homogene Netzwerke, Moscheen und Medien nicht aus als Kriterien institutioneller Vollständigkeit. Dann müssen eigene „lebens-

weltliche und ökonomische Strukturen“ (ebd.) existieren, die ein Leben unabhängig von der Mehrheitsgesellschaft ermöglichen. Und dann kommen türkische Migranten nicht mehr in Frage als Kandidaten für eine Parallelgesellschaft, denn sie verfügen bei weitem nicht über die Ressourcen, die notwendig wären, um etwa Wohlfahrt und Bildung selbst zu organisieren (Gestring et al. 2004), und die türkische ethnische Ökonomie (Hillmann 2001) ist auch nicht annähernd so stark, dass sie eine Alternative für den deutschen Arbeitsmarkt darstellen könnte.

Für eine in diesem Sinne institutionell vollständige Gemeinde sind Kubaner in Miami ein Beispiel (Pérez 2001). Die kubanische Einwanderung in Miami liefert aber nun gerade keinen Stoff für die These vom „Risiko Parallelgesellschaft“, sondern gilt – nach Kriterien wie Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt – als Erfolgsstory. Sie basiert allerdings auf massiver politischer Unterstützung durch die US-amerikanische Regierung. Die Einwanderung wurde in den sechziger und siebziger Jahren aus politischen Gründen von den Regierungen unterstützt, Kubaner bekamen ohne Probleme die Staatsbürgerschaft der USA und hatten durch Sonderprogramme Zugang zu günstigen Krediten. Da zudem vor allem in den sechziger Jahren Migranten mit Erfahrungen als Unternehmer in die USA kamen, bestanden damit beste Voraussetzungen für eine vielfältige ethnische Ökonomie und die Bildung einer institutionell vollständigen Gemeinde, zu der nicht nur eigene Kirchen, Geschäfte, Banken und Versicherungen, sondern mittlerweile auch bilinguale Privatschulen gehören. Es ist eine Erfolgsstory, aber sie entspricht nicht dem Integrationstyp, der in Deutschland vielen als einzigt akzeptabler gilt: der kulturellen Assimilation, in der Fremdheit verschwindet (Oberndörfer 2005). Das kubanische Beispiel steht für eine Form der Integration, bei der ein schneller ökonomischer Aufstieg verbunden ist mit Bikulturalität und der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gemeinde, die sich durch eine gemeinsame Sprache, geteilte Werte und Solidarität auszeichnet (Portes/Rumbaut 2001, 63). So bleibt auch vom Schrecken der institutionellen Parallelgesellschaften wenig übrig.

4 Fazit

Die politische und mediale Debatte über Parallelgesellschaften war geprägt von großer Ahnungslosigkeit. Das wäre nicht weiter schlimm und könnte mit dem Hinweis auf die eigenen Gesetze der Parallelgesellschaften Medien und Politik abgehakt werden. Es ist allerdings zu befürchten, dass die Debatte jederzeit wieder aufleben und an den Topos von der gefährlichen muslimischen Parallelgesellschaft anschließen kann. Dann würden nicht nur antiurbane Ressentiments erneut geweckt, sondern auch eine Politik gestärkt, die sich von den Zielen einer

multikulturellen Integration verabschieden will. Dass unterschiedliche kulturelle Gruppen sich in den Städten die Orte suchen, an denen sie ihre Lebensweise verwirklichen können, ist weder neu noch problematisch, sondern eine Bedingung des städtischen Zusammenlebens (Gans 1974). Segregation sollte deshalb – solange sie nicht erzwungen ist – zugelassen werden. Die Kulturen der Stadt müssen nicht nur akzeptiert werden, ihnen muss auch die Chance gegeben werden, sich zu entfalten, und es müssen die Potentiale interkultureller Kommunikation gestärkt werden (Ipsen 2004). Und schließlich gilt es auch ethnische Ökonomen als Chance zu begreifen, nicht nur für die Migranten, sondern für die städtischen Arbeitsmärkte insgesamt (Hillmann 2001).

Die Rede von den Parallelgesellschaften ist für eine so skizzierte Stadtpolitik alles andere als hilfreich. Sie sollten deshalb in dem Reich bleiben, aus dem sie gekommen sind: dem des Science Fiction.

Literatur

- Alba, Richard D. 2005: Bright vs. blurred boundaries: Second-generation assimilation and exclusion in France, Germany and the United. In: *Ethnic and Racial Studies* 28, 1, 20-49
- Bodemann, Y. Michal 2004: Parallelgesellschaften und Anti-Islamismus. In: Süddeutsche Zeitung vom 20.11.04
- Breton, Raymond 1964: Institutional Completeness of Ethnic Communities and the Personal Relations of Immigrants. In: *American Journal of Sociology* Vol. 70, 193-205
- Drever, Anita I. 2004: Separate Spaces, Separate Outcomes? Neighbourhood Impacts on Minorities in Germany. In: *Urban Studies* 41, 8, 1423-1439
- Gans, Herbert J. 1974 (1962): Urbanität und Suburbanität als Lebensformen: Eine Neu bewertung von Definitionen. In: Herlyn, Ullfert (Hg.): *Stadt und Sozialstruktur*. München: Nymphenburger Verlagshandlung, 67-90
- Gestring, Norbert, Andrea Janßen & Ayça Polat 2003: „Als Gegend eine der schönsten Hannovers“ – Migranten in einer Großsiedlung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* H.3/4, 207-216
- Gestring, Norbert, Andrea Janßen & Ayça Polat 2004: Integrationspfade – Die zweite Generation in den USA und in Deutschland. In: Siebel, Walter (Hrsg.): *Die europäische Stadt*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 230-243
- Hillmann, Felicitas 2001: Ethnische Ökonomen: Eine Chance für die Städte und ihre Migrant(inn)en? In: In: Gestring, Norbert, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Werner Petrowsky & Jörg Pohlan (Hrsg.): *Jahrbuch StadtRegion* 2001. Opladen: Leske + Budrich, 35-56
- Ipsen, Detlev 2004: Babylon in Folge – wie kann der städtische Raum dazu beitragen, kulturelle Komplexität produktiv zu wenden? In: Siebel, Walter (Hg.): *Die europäische Stadt*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 253-269
- Meyer, Thomas 2002: Identitätspolitik. Frankfurt/M.: Suhrkamp

- Oberdörfer, Dieter 2005: Zuwanderung, kulturelle Vielfalt und Integration im demokratischen Verfassungsstaat. In: Meier-Baum, Karl-Heinz & Reinhold Weber (Hg.): *Kulturelle Vielfalt. Baden-Württemberg als Einwanderungsland*. Stuttgart: Kohlhammer, 110-125
- Pazarkaya, Utku 2005: Muslime in Baden-Württemberg: Vielfalt statt Einheit. In: Meier-Baum, Karl-Heinz & Reinhold Weber (Hg.): *Kulturelle Vielfalt. Baden-Württemberg als Einwanderungsland*. Stuttgart: Kohlhammer, 164-184
- Pérez, Lisandro 2001: Growing Up in Cuban Miami: Immigration, the Enclave, and New Generations. In: Rumbaut, Rubén G. und Alejandro Portes (Hrsg.), *Ethnicities – Children of Immigrants in America*, Berkeley, New York: University of California Press, Russell Sage, 91-126
- Portes, Alejandro und Rubén G. Rumbaut: *Legacies 2001: The Story of the Immigrant Second Generation*, Berkeley und New York: University Press of California, Sage
- Siebt, Gustav 2004: Meine wunderbare Parallelgesellschaft. In: Süddeutsche Zeitung vom 23.11.04
- Schindler, Jörg 2004: Botschaften aus der Parallelwelt. In: Frankfurter Rundschau vom 06.12.04
- Schneider, Manfred 2004: Die Aliens dichten wie wir selbst. In: Frankfurter Rundschau vom 06.12.04
- Simmel, Georg 1995 (1903): Die Großstädte und das Geistesleben. In: Simmel, Georg: *Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908*. Gesamtausgabe Bd. 7, hrsg. Von Otthein Rammstedt. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 116-131

Rezensionen

Altrock, Uwe; Schubert, Dirk (Hg.), (2004): Wachsende Stadt. Leitbild – Utopie – Vision? Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 376 Seiten. ISBN: 3-8100-4176-9. Preis 38,90 Euro

Es war zunächst in erster Linie ungläubiges Kopfschütteln, das die Bekanntgabe und Veröffentlichung des vom damals noch neuen Hamburger Senat im Sommer 2002 beschlossenen Leitbildes: „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ bei großen Teilen der Fachöffentlichkeit hervorrief. Zu wenig passte das primär finanzpolitisch motivierte Ziel der Erhöhung der Bevölkerungszahl in einem schrumpfenden demographischen Umfeld zum sonstigen Auftreten der CDU/FDP/Schill-Koalition beispielsweise im Hinblick auf das Zuwanderungsgesetz. Bei genauerem Hinsehen konnte man gleichwohl feststellen, dass es nicht reichte, das als zentrales Regierungsprogramm konzipierte Leitbild als Witz abzutun. Zum ersten Mal seit längerer Zeit legte eine deutsche Großstadt ein umfassendes Programm integrierter Stadtentwicklung vor. Darüber hinaus enthielt dieses Programm einige beachtliche Innovationen wie z.B. die großflächige Rückgewinnung von Hafenbereichen als Flächen für die Stadtentwicklung, die im handominierten institutionellen Kontext Hamburgs noch bis vor kurzem undenkbar gewesen wären.

Als Reaktion auf dieses Stadtentwicklungsconcept ist jetzt im Kontext des Studienganges Stadtplanung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg ein voluminöser Herausgeberband erschienen, der in 23 (!) Kapiteln aus unterschiedlichen Perspektiven Rahmenbedingungen des Wachstums von Metropolen im Allgemeinen und von Hamburg im Besonderen beleuchtet. Es sind vor allem zwei Themen, die in dem Sammelband im Zentrum stehen: erstens die eher prozedural gelagerte Frage nach der Fähigkeit von Planung und planerischen Leitbildern, Wachstum zu generieren. Zweitens geht es um die stärker substanzuell ausgerichtete schwierige Balance von Wachstum und Qualität, thematisiert über den aus der US-amerikanischen Debatte stammenden Begriff des „Smart Growth“. Ein in zunehmendem Maße auf Wissen basierendes ökonomisches Wachstum ist auf ein in sozialer, ökologischer, kultureller Hinsicht qualitätvolles Umfeld, in dem dieses Wissen generiert und nutzbar gemacht werden kann, angewiesen. Wachstum birgt jedoch seinerseits stets die Gefahr, die Qualität dieses Umfeldes zu untergraben. Das ständig neue Austarieren dieser zwei Grundpfeiler nachhaltiger Entwicklung scheint daher die zentrale Herausforderung zukünftiger Stadtpolitiken zu sein.

Das Buch besteht, neben zwei rahmenden Texten der Herausgeber, aus vier Teilen. Es beginnt mit grundlegenden Beiträgen zur Hamburger Strategie: einer zusammenfassenden Darstellung der Hamburger Senatsvorlage durch den Ersten Bürgermeister Ole von Beust sowie der Beurteilung des Konzeptes aus entwick-

lungsstrategischer, ökologischer, sozialer und planungstheoretischer Perspektive. Der zweite Teil blickt auf internationale Beispiele wachsender Städte und die Rolle von Planung. Für jede Stadt werden hierbei eigene Schwerpunkte gesetzt: für London die sich wandelnden politischen Rahmenbedingungen; für Florida seine Rolle als zusammenhängende wachsende „Urlaubsstadt“; für Toronto der Einfluss wechselnder politischer Philosophien; für Tokio die jüngeren Reurbanisierungstendenzen; für Shanghai die Planung einer neuen Stadt (Luchao Harbour City); für Singapur die Rolle der Politik insbesondere im ökonomischen Strukturwandel; für Sydney und Melbourne der politische Umgang mit negativen Konsequenzen des Wachstums. Ergänzt wird diese Zusammenstellung durch ein Interview mit James Cohen und Gerrit Knaap über die politische Bewegung des „Smart Growth“ in den USA. Teil 3 widmet sich den schrumpfenden Städten Ostdeutschlands als Gegenstück und Hintergrundfolie zur wachsenden Stadt. Im vierten Teil wird vertieft auf einige Teilaspekte und Spezifika politisch-planerischer Steuerung in der Region Hamburg eingegangen: Steuerung der Gewerbeblächenentwicklung, die Metropolregion als übergeordnete Handlungsebene, die Besonderheiten der Region Süderelbe, den städtischen Wachstumsbereich der neuen Medien sowie Ansätze einer Mehr-Ebenen-Governance.

Um es kurz zusammenzufassen: Die Beiträge des Buches – insbesondere die Fallstudien aus dem internationalen Kontext – liefern reichhaltige Beispiele dafür, wie sich das oben skizzierte komplexe Verhältnis von Wachstum und Qualität äußert, wie sich gerade in der aktuellen Phase sozioökonomischer Restrukturierung neue Potenziale, aber auch neue Herausforderungen ergeben und wie Städte teilweise aktiv steuernd damit umgehen. Die von Dirk Schubert diskutierten von der wieder gewonnenen Londoner Stadtpolitik verfolgten Strategien gegen Überhitzung auf den Feldern des Wohnungsmarktes und der Verkehrspolitik beschreiben einen solchen Fall. Genauso zeigt der sehr lesenswerte Beitrag von Harald Kegler über die verschiedenen Wachstumsphasen der „Urlaubsstadt“ Florida eine Neuorientierung der Planung im Kontext der „Smart Growth“-Initiativen und des New Urbanism auf, die zu einem großen Teil durch massive Probleme bei der Sicherstellung zukünftiger Wasserversorgung stimuliert ist. Eine ähnlich materielle Grundlage einer Hinwendung zu qualitätsorientierter Planung wird auch im Interview zu „Smart Growth“ darin deutlich, dass hinter der Steuerung der Flächenentwicklung in vielen Fällen das Ziel eines effizienteren Einsatzes von Steuergeldern steht. Dass Wachstum befördernde Qualitäten durchaus auch Ergebnisse von Schrumpfung sein können, zeigen die Reurbanisierungstendenzen in Tokio (Uta Hohn) und Sydney/Melbourne (Friedhelm Fischer): Die Stadtzentren in allen drei Metropolen haben sich in den neunziger Jahren nur deshalb zu florierenden Wohn- und Arbeitsstandorten entwi-

ckeln können, weil zuvor der Büroimmobilienmarkt kollabiert war und die drastisch fallenden Preise plötzlich andere Nutzungen duldeten und forderten.

Allerdings wird dieser empirisch reichhaltige Umgang mit dem Spannungsverhältnis von Qualität und Wachstum in der konzeptuellen Rahmung durch die Herausgeber nur ansatzweise berücksichtigt und kommentiert. Die Einleitung fokussiert in erster Linie das prozedural ausgerichtete Thema der „Handlungsfähigkeit“ von Stadtplanung bezüglich der Produktion von Wachstum, ohne dass dieser Strang in den Beiträgen ernsthaft weiterverfolgt würde. Eine Ausnahme stellt der Artikel von Frauke Kraas über Singapur dar, der allerdings die schwereigende Schlussfolgerung zulässt, dass eine aktive, Wachstum produzierende Rolle der Planung nur in einem autoritären Staatswesen möglich ist. Das abschließende Kapitel sortiert das Leitbild der wachsenden Stadt noch einmal in aktuelle Herausforderungen und Trends der Stadtplanung (Globalisierung, Festivalsierung, McKinseysierung etc.) ein. Die Benennung dieser Trends ist zwar kein Fehler; zumindest ein Rückbezug zu den Inhalten der Beiträge wäre für die Konsistenz des Buches jedoch hilfreich gewesen. Nicht nachvollziehbar ist die Betonung des Bedeutungsverlustes von Stadtplanung. Das Hamburger Leitbild, aber auch die Beispiele des Buches deuten eher darauf hin, dass die Notwendigkeit von Qualitätssicherung eher einen Bedeutungsgewinn von Planung – wenn auch unter anderen Vorzeichen – impliziert.

Die Schwächen in der konzeptuellen Rahmung werden teilweise durch das Kapitel von Jürgen Ossenbrügge, Susanne Heeg und Britta Klagge zur Einschätzung der „Wachsenden Stadt“ vor dem Hintergrund der Entwicklungsstrategien europäischer Metropolregionen kompensiert, in dem zumindest unterschiedliche Dimensionen des Leitbildes herausgearbeitet und kritisch beleuchtet werden. Allerdings hätte man als Leser gern mehr über Einzelheiten positiver Beispiele aus den betrachteten Fallstudien (zum Beispiel über die Wohnungspolitik in Wien) erfahren.

Die Frage, ob Hamburg mit dem vorgelegten Entwicklungskonzept der schwierige Balanceakt zwischen Wachstum und Qualitätssicherung gelingen kann, ist mit diesem Buch natürlich nicht zu beantworten. Die Konfliktpotenziale werden erst in der Umsetzung voll zum Tragen kommen – beispielsweise bei der Wiedergewinnung von Hafenflächen. Der von Dirk Schubert und Uwe Altrock herausgegebene Band – auch wenn er in konzeptueller Hinsicht einige Fragen offen lässt – liefert in der Fülle seiner Beiträge wichtige Kriterien, um diesen Umsetzungsprozess kritisch zu begleiten. Das allein ist ein großer Verdienst, der in der deutschen Planungsforschung nicht selbstverständlich ist.

Joachim Thiel

Donzelot, Jacques (2003): Faire société. La politique de la ville aux Etats-Unis et en France. Paris: Editions du Seuil. 366 Seiten. ISBN 2-02-057327-X. Preis: 23,- €

Wir sind es gewohnt, aus Frankreich besonders kritische Stimmen gegenüber den USA zu hören. Dabei wird die „dérive à l'américaine“ (der amerikanische „Abweg“) besonders heftig auf dem Feld der Stadtentwicklung diagnostiziert, wo sich in Gestalt der Armutsquartiere seit nunmehr fast 50 Jahren die Abwärtsspirale drehen soll. Umso bemerkenswerter ist es da, wenn eine französische Vergleichsstudie zwischen der Governance in Armutsquartieren der USA und Frankreichs zu anderen Ergebnissen kommt. Wenn zudem der Autor seit längerem auf dem Feld der Sozial- und Stadtpolitik publiziert und nicht gerade durch einen Hang zum Wirtschaftsliberalismus oder ähnlichem Teufelszeug aufgefallen ist, sollte das erst recht aufhorchen lassen. Es geht um Jacques Donzelots Buch „Faire société. La politique de la ville aux Etats-Unis et en France“.

Zu den Stärken der Studie gehört, dass sie nicht nur Rahmenprogramme betrachtet und auch nicht der Problembewältigung durch Sprachformeln („Bürgerbeteiligung“) vertraut, sondern Handlungsabläufe vor Ort mit dem feinen französischen Gespür für Machtmechanismen beobachtet. So wird der Leser auf ein „beat meeting“ in Chicago geführt (263ff.). Ein solches Meeting ist eine Versammlung auf Quartiersebene („beat“), die ein Kettenglied in einem kontinuierlichen Arbeitszusammenhang bildet. Ein Problem wird zur Sprache gebracht und Aufträge von der Polizei aber von auch anderen Akteuren einschließlich der Anwohner übernommen. Auf dem nächsten Meeting kommt die Angelegenheit wieder auf den Tisch und es wird geprüft, was geschah und wo es unter Umständen hakt. Dieses „problem solving“ macht sich meistens an den sog. „kleinen Dingen“ (eine ständig missachtete Ampel, eine zugewucherte Spielfläche...) fest, deren Lösung relativ gut messbar und greifbar ist. Praktiken wie das „neighbourhood watching“ oder auch der berühmte „broken windows“-Ansatz erscheinen dadurch in einem neuen Licht: Es geht weniger um die Frage, *wer* das Fenster zerbrach, als darum, *es nicht unrepariert zu lassen*. Die kleinen Fälle bieten so die Möglichkeit, dass auch Bewohner mit extrem prekären Mitteln ein Stück Verantwortung übernehmen können und das Quartier so als ihr Eigentum besetzen können.

Hier liegt nach Donzelots Ansicht nun der wunde Punkt der französischen Quartierspolitik, deren Aktionen und Versammlungen sehr viel stärker vom „service public“ (Öffentlicher Dienst) bestimmt werden (292ff.). Die Bewohner sind nur Zuarbeiter, während alle Fäden im Netzwerk der staatlichen Akteure zusammenlaufen. Wird ein Problem vorgetragen, so gilt das nur als Beitrag, der erst in einen größeren Zusammenhang gestellt und auf „Ursachen“ hin analysiert

werden muss. Vor allem gibt es einen bemerkenswerten Effekt: Je „ganzheitlicher“ die Sicht auf das Quartier ist, je „integrierter“ der Handlungsansatz, je komplexer das Netzwerk der Akteure und Fördertöpfle, um so schwerer finden die Bewohner hier einen eigenen Platz. Das Quartier wird so zu einem vielleicht besser versorgten, aber fremden Eigentum.

Neben diesem Vergleich betrachtet Donzelot zwei weitere Ebenen: den Bau von Institutionen („kommunitäre Unternehmen“ versus „territorialstaatliche Institutionen“, vgl. 149ff.) und den strategischen Ansatz („Leute mobil machen“ versus „Quartiersdefizite ausgleichen“, oder kurz „people versus place“, vgl. 53ff.). Manche Unterscheidung erscheint sehr schematisch und in ihrer Zuordnung zu den beiden Ländern etwas gewagt, aber sie erweisen ihren heuristischen Wert, indem sie den Blick auf Übersehenes lenken. So ist der Leser doch überrascht, was alles in der amerikanischen Stadtpolitik erprobt wurde und wird, und wie selektiv (ja geradezu ignorant) die Wahrnehmung diesseits des Atlantiks ist – so die wichtige Rolle der „Community Development Corporations“ (156ff.). Die CDCs sind Unternehmen zur Quartiererneuerung und -pflege, die zu einem wesentlichen Teil von Bewohnern gebildet werden – oft aus der Kraft einer ethnischen, religiösen oder kulturellen Community. Sie machen den kommunitären Ansatz in der amerikanischen Quartiersentwicklung operational. Donzelot nennt bemerkenswerte Zahlen: Gab es 1968 40 CDCs, so waren 1980 bereits 1000 und 1990 schließlich 2000. Zugleich nahm die Finanzierung der Stadtteilpolitik durch Stiftungen zu. Allein zwischen 1982 und 1992 stieg sie um 69,6 Mrd. Dollar, während die Kürzung der öffentlichen Mittel 40 Mrd. Dollar betrug. So erscheint das auch hierzulande beliebte Bild einer Negativ-Kontinuität mit „immer weniger“ Geld und „immer mehr“ Repression korrekturbedürftig. Zumaldest laden die zahlreichen Quellenhinweise dazu ein, einmal wirklich Primärdaten und -ideen aus den USA zu studieren.

Das gilt auch für die Teile der Studie, die Frankreich gewidmet sind. Allerdings wird man bei dem Negativ-Bild, das Donzelot hier im Großen und Ganzen zeichnet, doch den Eindruck nicht los, dass er die Potentiale des französischen Governance-Modells nicht ausschöpft. Das gilt besonders dort, wo der Autor die sozialstaatliche Entmündigung der Bewohner mit dem republikanischen Modell einfach gleichsetzt. Der Staat erscheint dann als ein omnipräsenter, übermächtiger Moloch. Aber der Zentralismus der Republik könnte auch sehr viel einfacher, transparenter und auf wenige Aufgaben beschränkt konzipiert werden, so dass ein Citoyen mit prekären Mitteln eine eigene Rolle wahrnehmen kann. So könnte jeder Lernschritt in einem Schulwesen mit klaren Normen für die Schüler und Eltern ein Stück Eigentum am Gemeinwesen bedeuten. Die Republik wäre dann auch in Armenvierteln eine zugängliche und substantielle Alltagsveranstaltung – mit der Garantie, dass kein Quartier im ganzen Land aus diesem Mindeststan-

dard herausfällt. In diesem Punkt bietet das kommunitaristische USA-Modell, das immer von der Initiative vor Ort abhängt, weniger Sicherheit. Aber dieses Problem kommt bei Donzelot zu kurz. Freilich ist seine Skepsis gegenüber dem eigenen Land insofern ernst zu nehmen, als die französische Stadtpolitik diese republikanische Einfachheit gerade nicht einzusetzen scheint, sondern sozialstaatlich überfrachtet. Dadurch wird sie dann unzugänglich und eine Angelegenheit der überall wohlbekannten Strippenzieher und Insider der Förderung.

Natürlich wird man das vorliegende Buch nicht als definitive Untersuchung über die Realität in beiden Ländern ansehen dürfen. Aber seine Lektüre ist all jenen nachdrücklich zu empfehlen, die von gemeinsamen Problemen der Stadtentwicklung diesseits und jenseits des Atlantiks ausgehen und für die das Label „Soziale Stadt“ noch eine ungeklärte Norm ist, über die eine Diskussion gerade erst begonnen hat.

Gerd Held

Frank, Susanne (2003): Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts.
Opladen: Leske + Budrich. 381 Seiten. ISBN: 3-8100-3853-9. Preis:
 35,- €

Bilder, Imaginationen und Entwürfe von Gesellschaft haben die Planung und die Gestalt der gebauten Stadt bis heute auf vielfältige Weise beeinflusst. Inwiefern fließen dabei Vorstellungen über das Geschlechterverhältnis in Stadtplanung und Siedlungsentwicklung ein? Dieser Frage ist bisher weder in der Planungstheorie noch in der Stadtsoziologie große Aufmerksamkeit geschenkt worden. Susanne Frank geht ihr in ihrer Dissertation nach, in der das Verhältnis von Stadt und Geschlecht in den Mittelpunkt gestellt wird.

Die der Arbeit zugrunde liegende These lautet, dass Stadtplanung und Stadtentwicklung ein Stück weit Spiegel von Interpretationen des Geschlechterverhältnisses durch Planer und Gesellschaft sind. Frank bezieht für die Untersuchung dieser These literatur- und kunstwissenschaftliche, soziologische und planerische Erkenntnisse aufeinander. Es wird argumentiert, dass Stadt mehr ist als gebaute Umwelt und auch ein „sowohl sozial-räumlich als auch sittlich-moralisch definiertes gesellschaftliches Ordnungssystem“ begründet (15). Als Beleg für ihre These führt die Autorin drei Beispiele an: die Stadtreinigung, die Stadtplanung und die Suburbanisierung im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Die Arbeit ist in zwei große Teile unterteilt. In Teil I „Das Chaos ist weiblich“ wird das moderne Großstadtleben, wie es im 19. und 20. Jahrhundert erfahren wurde, insbesondere in bezug auf den Wandel des Geschlechterverhältnisses und das neue Selbstbewusstsein der Frauen thematisiert. Zuerst zeigt Frank, wie sich schon viel früher, in antiken und biblischen Mythen, das Geschlechterverhältnis in den Stadterzählungen spiegelt: In der Antike ist es zumeist ein Mann, der mit einer außergewöhnlichen Heldenat eine existenzielle Bedrohung, die von einem weiblichen Ungeheuer ausgeht, abwehrt und die von ihm geschaffene Ordnung in einer Stadt durch Mauern schützt. In biblischen Mythen muss die Hure Babylon vernichtet werden, damit die Braut Jerusalem hell und rein erstrahlen kann. In beiden Fällen ist das „Undurchsichtige, Dunkle, Chaotische weiblich und muss vom Mann unterworfen werden, damit Ordnung entstehen kann.“

Auch die moderne Großstadt des 19. Jahrhunderts war geprägt von einer zunehmenden Unübersichtlichkeit und Verworrenheit, die von ihren bürgerlichen Bewohnern einerseits als reiz- und lustvoll, andererseits als bedrohlich und erschreckend empfunden wurde, während sich vor allem Frauen und Künstler größere individuelle Spielräume und mehr Autonomie erhofften. Die Großstadtentwicklung wurde, z.B. bei Victor Hugo, als Überschwemmung der geordneten Stadt durch die ungezähmte Natur beschrieben. Mit der Natur drangen „unzivilierte“ Massen in die Stadt ein, denen „weibische“ Eigenschaften zugesprochen wurden. Die Bilder, mit denen die realen Veränderungen kommuniziert wurden, so Frank, zeugen „vom tief empfundenen Gefühl eines Macht-, Kontroll- und Identitätsverlusts, mit dem sich der Mann als Träger der bürgerlichen Ordnung ... konfrontiert sieht“ (86). Gleichzeitig veränderten sich weibliche Lebensentwürfe: die Frauenerwerbstätigkeit nahm zu (was männlicherseits als Konkurrenz am Arbeitsplatz, sittliche Verehelichung und Rassenselbstmord angeprangert wurde), es entstanden neue Lebensstile und Subkulturen (independent working girls, die Neue und die öffentliche Frau), so dass Frank zu dem Schluss kommt: „In der modernen Großstadt, so die zeitgenössische Wahrnehmung, verloren zwei wesentliche Ordnungsfaktoren der bürgerlichen Gesellschaft ihre Präge- und Durchschlagkraft: Stadt und Geschlecht“ (117).

Im Teil II „Domestiziere die wilde Frau“ werden die sich aus dieser Wahrnehmung ergebenden Strategien im Umgang mit der Unsicherheit in Zusammenhang mit räumlichen Planungen für die Großstadt gebracht. Die Vorstellungen über das (reale und wünschenswerte) Geschlechterverhältnis bestimmten dabei die Planung maßgeblich. Erstes Beispiel: die Stadtreinigung. Derselbe Mann, der für die Neuordnung der Kanalisation in Paris verantwortlich war, übernahm anschließend die Aufgabe der Entwicklung von Strategien zum Umgang mit Prostitution. Beides beschrieb er mit ähnlichen Bildern: sowohl Kanalisation als

auch Prostitution betrachtete er als für das städtische Gleichgewicht notwendige „Abzugskanäle“ („Sicherheitsventile“), deren hygienisch einwandfreier Zustand regelmäßig kontrolliert werden musste, um die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern. Vor dem Auge der „empfindsamen, reinen Frau“ musste beides jedoch verborgen werden. Allein Männern wurde zugetraut, dem Anblick dieser Abzugskanäle gewachsen zu sein und die dadurch verursachten Probleme zu bewältigen. Es ist typisch für diese Zeit, dass hier eine soziale Frage vor allem technokratisch gelöst werden sollte.

Zweites Beispiel: Stadtplanung. Die Meisterplaner waren, ebenso wie die zeitgenössischen Sozialreformer, davon überzeugt, dass eine bessere – d.h. rationaler und effizienter geplante – gebaute Umwelt auch eine bessere Gesellschaft hervorbringen würde. Frank zeigt, wie sich die Lösungsentwürfe auch hier auf Geschlechterbilder stützen und in zwei Gruppen einteilen lassen: die einen setzen auf die Unterwerfung der ungezügelten Weiblichkeit durch die ordnende männliche Hand (Haussmann, Le Corbusier), die anderen auf die Versöhnung der mütterlich-weiblichen mit den aggressiv-männlichen Raumdynamiken (Howard, Mumford). Die Geschlechterkonnotation der Entwürfe wird mehrfach illustriert, so dass die Leserin ein Stück Städtebaugeschichte aus einer neuen und – bei allem Kopfschütteln – doch auch amüsanten Perspektive erzählt bekommt. In beiden Fällen ist die legitime Weiblichkeit in der Stadt allein die familienorientierte Mütterlichkeit, während andere weibliche Lebensentwürfe nicht nur nicht toleriert, sondern problematisiert und aktiv bekämpft werden.

Drittes Beispiel: Suburbanisierung in den USA. Der neue Siedlungstyp entstand in Folge unzähliger Einzelentscheidungen und schaffte räumliche Distanz zwischen der mütterlich-familienorientierten Frau und der unsicheren Großstadt – gleichzeitig Ausdruck und Mittel zur Ausbildung eines Klassenbewusstseins. Mangelnder Raum für Individualität bescherte die Lebenssituation der Frauen in den Suburbs, ihre Arbeit wurde trivialisiert, Anerkennung verweigert. Das Engagement von Reformerinnen für eine lebenswerte Stadt scheiterte an ihrer (Selbst-)Beschränkung auf typisch weibliche Kompetenzen und wurde als läienhaft zurückgewiesen, während im Gegenzug die Professionalisierung der Stadtplanung vorangetrieben wurde. Frank bezeichnet Suburbia die „leistungsfähige Synthese“ der beiden vorher beschriebenen stadtplanerischen Lösungsansätze – Unterwerfung und Versöhnung.

Insgesamt zeigt die Arbeit sehr überzeugend, wie wirkungsmächtig kollektive Bilder und Interpretationen des Geschlechterverhältnisses bei der Entwicklung stadtplanerischer Entwürfe und räumlicher Realitäten (gewesen) sind. Der planerische Anspruch von Ordnung und Kontrolle richtet sich dabei über die Gestaltung der gebauten Umwelt hinaus an die Gesellschaft selbst und reagiert damit gleichsam auf gesellschaftliche Bedürfnisse. Geplante wie ungeplante

räumliche Entwicklung war und ist deshalb zugleich Ausdruck gesellschaftlicher Problemdefinition und -interpretation wie auch Mittel zu ihrer Lösung. Dass sie jedoch keine zwingende Determinante für das eine oder das andere ist, wird ebenso deutlich, weil, wie sich zeigt, immer wieder sowohl unbeabsichtigte Nebenwirkungen als auch Neuinterpretationen und Umdeutungen möglich sind.

Das Buch wirft Fragen auf und bietet verschiedene Anknüpfungspunkte – zum Beispiel in Bezug auf den Ursprung der offensichtlichen kulturellen Unterschiede (F, GB, USA), auf die Konsequenzen raumwirksamer Geschlechterbilder für die (städtische) Demokratie und nicht zuletzt auf die heutige Planung, die den Geschlechterdualismus durch Strategien wie Gender Mainstreaming – ungewollt? – gerade ein Stück weit zu zementieren scheint.

Über die eigentliche inhaltliche Aussage des Buches hinaus lohnt sich die Lektüre auch deshalb, weil Bekanntes so aufgegriffen und dargestellt wird, dass die Leserin angeregt wird, die eigenen Vorstellungen zu hinterfragen – nicht nur, aber gerade als Planerin. Denn dass die eigenen Bilder im Kopf keineswegs als irrational und deshalb unwichtig vernachlässigt werden können – und dass die sogenannten Meisterplaner dies in der Vergangenheit für ihre eigenen Planungen auch nicht für erforderlich hielten, sondern im Gegenteil ihre eigenen Bilder unter dem Deckmantel der Rationalität instrumentalisierten und damit ziemlich erfolgreich waren –, hat das Buch auf eindrückliche und anregende Weise gezeigt.

Sandra Huning

Glasze, Georg (2003): Die fragmentierte Stadt. Ursachen und Folgen bewachter Wohnkomplexe im Libanon. Reihe: Stadtforschung aktuell, Band 89. Opladen: Leske & Budrich. 294 S. ISBN 3-8100-3769-9. Preis: 29,90 €.

Als Sledge Hammer, der waffen- und gewaltaffine Held der gleichnamigen Comedy-Serie aus den 1980er Jahren, einmal Erholung braucht, führt er zu seinen diesbezüglichen Reiseplänen aus: „Ich wollte im nächsten Monat auf Kur gehen. Ich dachte da an zwei Wochen Beirut.“ Diese Wahl trifft er nicht zufällig, stand doch die Hauptstadt des Libanon zur Zeit des Bürgerkriegs (1975-1990) als Synonym für Gewalt, Chaos und das Fehlen staatlicher Ordnung. In diesem Kontext entstanden, wie der Geograph Georg Glasze in seiner Dissertation zeigt, im Libanon die ersten bewachten Wohnkomplexe als „exklusive Zufluchtsorte“ (73) für Wohlhabende auf der Suche nach Ruhe vor politischen Unruhen sowie einer sicheren Strom- und Wasserversorgung. Diese drei Motive waren für die befrag-

ten Bewohner derartiger Wohnkomplexe für ihren Umzug während dieser ersten Phase der Expansion dieser Wohnform die wichtigsten (183). Mit Beginn der zweiten Phase seit den 1990er Jahren haben sich zu der nach wie vor entscheidenden Versorgung mit Strom und Wasser die Aspekte „Möglichkeit für Kinder zum spielen“, „Ruhe“ und „Sauberkeit“ gesellt (ebd.). Im Rahmen der internationalen Diskussion um bewachte Wohnkomplexe, die unter dem Titel *gated communities* geführt wird und weitgehend von den Erfahrungen in den USA und deren Übertragung auf andere Länder geprägt ist, fällt auf, dass das Motiv „Schutz vor Kriminalität“ sowohl während des Bürgerkriegs als auch danach erst auf hinteren Rängen rangiert.

Dieses ist nur eines der zahlreichen interessanten empirischen Ergebnisse, die die umfangreichen Untersuchungen des Autors im Libanon liefern. In Befragungen, Kartierungen, Beobachtungen, Medien- und Gesetzesanalysen und Interviews mit Architekten, Bauherren und Bewohnern hat er zahlreiche Aspekte des Gegenstands „bewachte Wohnkomplexe im Libanon“ erforscht und die Ergebnisse systematisch und gut lesbar dargestellt. So erfährt man, dass einige der Bauherren, die ab den 1990er Jahren in diesem Segment ihr Glück versuchten, Erfahrungen in zahlreichen anderen Teilen der Welt gesammelt haben (145-152); dass die Wohnkomplexe mit Bildern von Naturnähe, Gemeinschaft, Internationalität und Modernität beworben werden (162-174); dass die Bewohner umwelt- und freizeitorientierte Lebensstilkonzepte verfolgen (180-184); dass sie in ihrer Zusammensetzung „weitgehend die religiöse Spaltung des Libanon nachzeichnen“ (220); dass auf Grund der Rechtslage im Libanon „mit Ausnahme einiger kleiner Naturschutzgebiete [...] jedes Grundstück bebaubar [ist]“ (188); und vieles andere mehr.

Diese – zugegebenermaßen aus ihrer Systematik gerissenen – Befunde mögen in ihrer Diversität andeuten, wo das Problem mit dieser höchst informativen Arbeit liegt: Die solide Deskription trägt wegen ihrer tendenziellen Beliebigkeit bei der Auswahl von Untersuchungsgegenständen nur sehr eingeschränkt zur Analyse des Gesamtkomplexes bei. Anders formuliert: Antworten auf die beiden formulierten Fragestellungen, nämlich nach den „spezifischen Ursachen der Entstehung bewachter Wohnkomplexe im Libanon“ (51) und den „sozialen und politischen Folgen dieser Wohnform“ (51), werden kaum geliefert.

Dies liegt m.E. in der Systematik der Untersuchung begründet. Diese ist abgeleitet aus einem institutions- und *governance*-theoretischen und als „Suchraster“ bezeichnetem (49) „forschungsleitenden Modell“ (43-49), nach dem erstens die relevanten Akteure in ihren jeweiligen Konstellationen und zweitens deren Orientierung an Institutionen untersucht werden sollen (49). Mit diesem „Suchraster“, so der Eindruck, findet der Autor jede Menge interessanter Informationen über die von ihm unterschiedenen Akteure des Angebots (Bauherren, Archi-

tekten), der Nachfrage (Bewohner) und der Regulierung (Zentralstaat, Lokalbehörden), jedoch keine überzeugenden Erklärungen der Genese bewachter Wohnkomplexe. Dies sei verdeutlicht anhand des im Abschlusskapitel vorgestellten „didaktischen Erklärungsmodells zur Genese bewachter Wohnkomplexe“ (260). Dieses besteht aus drei „Bausteinen“, nämlich „Club-Ökonomien“, „Globalisierung“ und „regionale governance-Muster“ (259).

Demnach kann die ökonomische Seite bewachter Wohnkomplexe mit dem Modell der „Club-Ökonomien“ gefasst werden. „Clubs“ sind dabei Gruppen, die „kollektiv aber exklusiv spezifische Güter auf der Grundlage von vertraglichen Regelungen konsumieren“ (260). Damit könne das Trittbrettfahrer-Problem gelöst werden. Als Beschreibung leuchtet dies unmittelbar ein: Wenn nur diejenigen, die dafür bezahlen, kollektive Güter auch nutzen dürfen, sind alle, die keinen Zugang zur *gated community* haben, ausgeschlossen. Doch ist dies bestenfalls eine Erklärung der *Form*, in der die „Clubmitglieder“ ihre partikularen Interessen verfolgen, aber keine dafür, warum sie sich mit ihnen durchsetzen können. Das Beispiel der Stromversorgung im Libanon mag dies illustrieren. Wie erwähnt, war und ist diese ein Hauptmotiv für den Zuzug in die bewachten Wohnkomplexe, da dort autarke Versorgungseinrichtungen bestehen. Nach Ende des Bürgerkriegs hatte das staatliche Elektrizitätsunternehmen hohe Investitionskosten, um wieder eine flächendeckende Stromversorgung im Land zu gewährleisten. Um sich nicht einen wichtigen Teil des Marktes entgehen zu lassen, will es die *gated communities* nun zwingen, ihren Strom bei ihm zu kaufen. Deren Betreiber und Bewohner aber wollen die höheren Preise nicht bezahlen und sabotieren damit indirekt den Wiederaufbau des Landes (247f.). Die interessante Frage an dieser Stelle ist dann weniger, wie Privilegierte ihren Ausstieg aus staatlich vorgehaltenen kollektiven Gütern organisieren (oder mittels „Theorien“ der Club-Ökonomie ideologisch legitimieren), sondern warum sie damit im Libanon der 1980er und 1990er Jahre erfolgreich waren. Diesen Typus von Konflikten zwischen den Partikularinteressen der wohlhabenden Bewohner bewachter Wohnkomplexe und deren Besitzern einerseits und dem Staat andererseits tangiert Glasze in seinen Ausführungen immer wieder, ohne ihn m.E. jedoch hinreichend zu bestimmen. Dazu wäre eine Theoretisierung des Staats als besonderer Form von Herrschaft notwendig, die einerseits die Voraussetzungen zur Verfolgung von Partikularinteressen schafft, diese eben dazu aber auch immer wieder in die Schranken weisen muss.

Dieser Komplex wird im zweiten „Baustein“, dem „überregionalen Kontext der „Globalisierung““ (262), gestreift. Dort verweist der Autor auf den allgemeinen Trend zum „Leitbildwandel vom omnipotenten Staat zum Minimalstaat“ (262), der sich seit den 1980er Jahren weltweit vollziehe. Doch führt das Verbleiben auf der Ebene dieses *Formwandels* dazu, dass die *Form selbst*, und

damit notwendig auch ihre Veränderungen, im Grunde unerklärt bleiben. Dazu bedürfte es m.E. erneut einer Klärung des o.g. Verhältnisses von Partikularinteressen und Staat. Bezogen auf dem „Kontext Globalisierung“ ist zudem zu bezweifeln, dass der selektive Rückzug des Staates im Libanon dieselben Gründe hat und Verlaufsformen annimmt, wie in den Staaten, an deren Veränderung die Theorien zur „Liberalisierung nationaler und regionaler Regulationen“ (262) entwickelt wurden. Während sich in entwickelten Demokratien der Staat durch das oben angedeutete Verhältnis von Ermöglichung und Beschränkung von Partikularinteressen auszeichnet, verweist Glasze zu Recht darauf, dass davon im Libanon während des Bürgerkriegs und danach keine Rede sein kann. Vielmehr „werden die Akteure des Staates in keiner Weise als Vertreter eines öffentlichen Interesses wahrgenommen, sondern als die Vertreter der partikularen Interessen eines bestimmten Segments der Gesellschaft“ (259).

Nirgendwo wird dies deutlicher als in der Entstehung des Kondoms *Cap sur Ville*, einer Hochhausanlage in Beirut. Diese Projekt wurde vom Bauunternehmen des damaligen Innenministers Michael Murr, dem „libanesischen Paten“ (154), realisiert. Dieser erhöhte dafür per ministeriellem Dekret die erlaubte maximale bauliche Nutzung, sicherte sich eine Baugenehmigung und nahm das Dekret nach einer Woche wieder zurück, um ein Verbauen der guten Sicht aufs Meer zu verhindern.

In diesem Kontext wäre meines Erachtens eine weit gründlichere Untersuchung und Erklärung des dritten Bausteins, der regionalen governance-Strukturen, lohnenswert gewesen und zwar auf Basis einer Staats- und Herrschaftstheorie, die nicht durch ihre Konzentration auf die Motive und Strategien der beteiligten Akteure die Strukturen aus dem Blick verliert, die diese „hinter ihren Rücken“ durch ihre Praxen produzieren und reproduzieren.

Dieser Kritik ungeachtet handelt es sich, wie eingangs erwähnt, um ein gut zu lesendes, informatives und damit auch lesenswertes Buch, wenn man sich für bewachte Wohnkomplexe im Libanon, *gated communities* allgemein und/oder die Transformation von Staat unter den Bedingungen eines Bürgerkriegs interessiert.

Bernd Belina

Hamnett, Chris (2003): *Unequal City. London in the Global Arena*. London: Routledge. 292 Seiten. ISBN 0-415-31731-2. Preis: 35,50 €

In seinem Buch „Unequal City“ prüft Hamnett verschiedene Theorien über die Entwicklungsprozesse von Metropolen. Besondere Aufmerksamkeit widmet er

dabei der Literatur über *Global Cities*. Eine zentrale These dieser Literatur ist, dass die Entwicklung in Metropolen einem durch die Ökonomie vorgegebenen Muster folgt. Gegen diese These wendet sich Hamnett. Er geht davon aus, dass neben der ökonomischen Positionierung der Städte andere Einflussfaktoren, und zwar insbesondere politische und stadtplanerische Entscheidungen, die Stadtentwicklung beeinflussen. In dem Buch nimmt zudem die Auseinandersetzung mit Polarisierungsthesen, die ebenfalls Bestandteil der Literatur über *Global Cities* sind, breiten Raum ein. Durch sie werden Hamnetts Untersuchungen der Beschäftigungsstruktur, der Einkommensverteilung, des Wohnungsmarktes und der räumlich-sozialen Differenzierungsprozesse strukturiert. Polarisierungsthesen gehen davon aus, dass sich in der Beschäftigungsstruktur (und entsprechend in anderen sozialstrukturellen Bereichen) die unteren und oberen Positionen ausdehnen, während die mittleren Positionen an Umfang und Bedeutung verlieren. Je nach Untersuchungsgegenstand überprüft Hamnett zusammen mit der Polarisierungsthese jeweils spezifische konkurrierende Theorien. Der Schwerpunkt der empirischen Analysen liegt auf den letzten fünfundzwanzig Jahren, partiell reicht das verwendete Datenmaterial bis in die 1960er Jahre zurück.

Hamnett entwickelt seine Argumentation am Beispiel der Transformationen Londons. London hat eine starke Position im Finanzsektor, wodurch die Stadtentwicklung in spezifischer Weise geprägt wird (Kapitel 2). Die Stärke der Position ist dabei ein Vorteil, ein Problem ist jedoch, dass der Finanzsektor außerordentlich dynamisch ist und die Stadt ihre Position nicht immer gegenüber der weltweiten Konkurrenz behaupten kann. Erfolge wie Misserfolge in diesem Kernsektor der Londoner Wirtschaftsstruktur haben starke Auswirkungen auf das Beschäftigungsvolumen. Dies wirft für die Stadtpolitik immer wieder Probleme auf und macht allgemein Zukunftsplanungen risikoreich. Die Kommune versucht u.a. durch stadtplanerische Maßnahmen ein für die wirtschaftliche Entwicklung günstiges Umfeld zu schaffen. Die Förderung des Mietwohnungsbaus gehört nicht in das Konzept und wird entsprechend vernachlässigt. Das Zusammenspiel von ökonomischen Faktoren, Politik und Stadtplanung bringt dann das Entwicklungsmuster hervor, das London heute kennzeichnet. Manche Maßnahmen der Wirtschaftsförderung mögen durchaus die erhofften positiven Einflüsse auf die Wirtschaftsentwicklung haben. Daraus folgt aber noch nicht, dass diese Maßnahmen notwendig so und nicht anders sein müssen. Die Logik, die der Ökonomie zugeschrieben wird und die bestimmd für die Stadtplanung ist, folgt oft nicht zwingend aus der ökonomischen Entwicklung sondern aus den Versuchen der Planer, eine unübersichtliche Situation in den Griff zu bekommen.

Im dritten Kapitel untersucht Hamnett die Frage, ob sich in London eine polarisierte Beschäftigungsstruktur – mit einer wachsenden Gruppe an Unterneh-

mens- und Finanzdienstleitern einerseits und einer wachsenden Gruppe an „Dienstleistungsarbeitern“ andererseits – herausbildet. Er kommt zu dem Ergebnis, dass es sich bei den Veränderungen seit 1980 nicht um Polarisierungsprozesse handelt sondern um eine Aufwärtsbewegung der sozialen Klassenstruktur. Der Anteil der mittleren und oberen Berufsschichten ist gewachsen und das Segment der Beschäftigten mit niedriger oder gar keiner Ausbildung hat stark abgenommen. In der Beschäftigungsstruktur ist also wachsende Professionalisierung und nicht Polarisierung festzustellen. Jenseits der Theoriediskussion ist dieser Befund u.a. deshalb bedeutsam, weil die wachsende Professionalisierung mit einer Zunahme der Erwerbseinkommen verbunden ist und beides Gentrifizierungsprozesse fördert, die heute schon den Rand Inner Londons erreicht haben (s. dazu auch unten) und bereits *Outer* und *Greater London* betreffen.

Im vierten Kapitel überprüft Hamnett die Polarisierungsthese am Beispiel der Einkommensverteilung. „The key question is whether there are more rich and more poor (and less in the middle), or whether the rich are getting richer and the poor relatively poorer in relation to the rich“ (S. 75). Im ersten Fall würde es sich um Polarisierung handeln, im zweiten Fall um eine Zunahme der Ungleichheit. Der Befund ist hier zweifach: Es ist eine Zunahme der Ungleichheit und zugleich eine asymmetrische Polarisierung festzustellen. Ein wachsender Teil der Bevölkerung verfügt über extrem hohe und hohe Erwerbseinkommen, der Anteil niedriger Einkommen hat abgenommen. Die Einkommen sind insgesamt in GB seit 1979 gestiegen, besonders gilt dies aber für die Einkommen am oberen Ende der Skala. Die Einkommenssteigerung war dabei in London deutlich stärker ausgeprägt als in anderen Landesteilen. Der Befund gilt für Erwerbseinkommen, er gilt ganz ähnlich aber auch für Haushaltseinkommen. In London wie im gesamten Land verfügt dabei zudem ein erheblicher Teil der Bevölkerung über kein Erwerbseinkommen (im Jahr 1993 waren es rund 41 Prozent der Haushalte). Zusammen mit der Entwicklung im Wohnungssektor hat die Zunahme der Einkommensungleichheit gravierende Folgen für die sozial-räumliche Differenzierung.

Auf dem Wohnungsmarkt haben sich Veränderungen vollzogen, die den Veränderungen der Einkommensverteilung folgen (Kapitel 6). Während 1961 der Wohnungsmarkt *Inner Londons* noch durch private Mietwohnungen geprägt war, dominiert heute das Wohneigentum. Da das Wohneigentum aber zugleich ein rares Gut ist, sind die Preise enorm gestiegen. Es gab einen deutlichen Polarisierungsprozess, der die Wohnungs- und Hausbesitzer gegen die Mieter städtischer Wohnungen abgesetzt hat. Die Zunahme einkommensstarker Haushalte führt zu Gentrifizierungsprozessen in den früheren Arbeiterwohngebieten (Kapitel 7). „There is no longer a small middle-class residential area in central London surrounded by a homogeneous sea of working-class housing. Rather, the middle

classes have expanded outwards into a number of hitherto working-class areas. The social class composition of Inner London is now far more mixed than it was thirty years ago. But at the local or micro level, it is likely that segregation has risen between wealthy homeowners in one street, and unemployed, low-income council tenants a few streets away. Rich and poor, once almost invisible to one another by virtue of residential segregation, are now visible. This has brought greater social tensions“ (177). Es gab eine Abnahme der räumlichen Segregation, aber die Situation derjenigen, die über keine hohen Einkommen verfügen, hat sich dabei verschlechtert. Der Mietwohnungssektor wurde seit 1981 ständig verkleinert und Neubauten hat es nicht mehr gegeben. Geblieben sind Wohnblocks, die in einem sehr schlechten Zustand sind und die für einen großen Teil der wenig Verdienenden und für die Arbeitslosen den einzigen Zugang zu Wohnraum darstellen. Mitten im Wohlstand finden sich Stadtzonen, die durch Deprivation gekennzeichnet sind und die sozial exkludierend wirken (Kapitel 8).

Im abschließenden 9. Kapitel des Buches stellt Hamnett dar, welchen Entwicklungsmodellen die Londoner Stadtplanung folgt und wie dadurch die Gestalt der Stadt verändert wird. Weite Teile der früheren Infrastruktur, die für Produktions- und Distributionszwecke zentral waren, werden heute nicht mehr benötigt. Sie werden umgenutzt (wie beim Umbau von Fabrikräumen zu Wohnungen) oder dem Verfall überlassen. Stillgelegte Bahnlinien und geschlossene Bahnhöfe sind ein Zeichen dieser Veränderungen. Das Flussufer ist nicht mehr der beste Platz für Hafenanlagen sondern der Ort für luxuriöse Apartmenthäuser. Alte Märkte wurden – wie der Covent Garden Früchte- und Obstmarkt – zu Kultzentren. Das *East End*, bis vor kurzem gekennzeichnet durch öffentliche Mietwohnungen und alles andere als *fashionable*, gilt heute als kreativ und multikulturell; es ist das neue Zentrum der kulturellen Szene, vergleichbar mit Montmartre in Paris am Ende des 19. Jahrhunderts. Die Kehrseite der physischen und sozialen Transformation des Stadtteils im Gentrifizierungsprozess ist die oben angesprochene Konzentration der Armut in einigen vernachlässigten Quartieren inmitten des zunehmenden Luxus. Es ist Hamnetts Überzeugung, dass es andere Entwicklungswege gegeben hätte, die in Einklang mit den ökonomischen Erfordernissen gestanden hätten, die aber sozial verträglicher gewesen wären und die Gestalt der Stadt weniger verändert hätten. Durch das in London verfolgte Entwicklungsmodell wurde und wird ein tiefgreifender Wandel in der baulichen und räumlichen Nutzungsstruktur der Stadt vorangetrieben.

Chris Hamnett will in „Unequal City“ die Wandlungsprozesse Londons erklären und einen Beitrag zur Theorie urbaner Entwicklungsprozesse im Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft leisten. Dafür trägt er eine Fülle von Daten und Beschreibungen zusammen. Die Argumentation stützt sich auf Auswertungen amtlicher Statistiken und Sekundäranalysen. Mit

Sicherheit erfährt man in diesem Buch viel über London; allerdings erschwert die Fülle an Details manchmal die Lektüre. Auch bleibt das 5. Kapitel zur ethnischen Segregation (auf das oben nicht weiter eingegangen wurde) in der Aussage schwach; möglicherweise weil die verfügbaren Daten keine sonderlich aussagekräftigen Darstellungen erlauben. Insgesamt aber gelingt es Hamnett, seine Thesen plausibel zu machen. Einen eindeutigen Beleg für das prinzipielle Vorhandensein von stadtplanerischen Alternativen bietet seine Untersuchung jedoch m.E. nicht. Was dieses Buch für mich aber besonders empfehlenswert macht, ist die konzeptionelle Klarheit der Theoriediskussion, die Sorgfalt der empirischen Analysen und die konsequente Verbindung von Theorie und Empirie. Zu wünschen bleibt nur, dass „Unequal City“ weitere vergleichbare Untersuchungen anregt, durch die dann auch die Bedeutung politischer Entscheidungen für die Stadtentwicklung weiter geklärt werden könnte.

Rosemarie Sackmann

Heidenreich, Elisabeth (2004): Fliessräume – Die Vernetzung von Natur, Raum und Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main / New York: Campus. 307 Seiten. ISBN3-593-37502-8. Preis: 29,90 €

Was fließt wie in welchen Räumen oder welche Räume beherbergen welche Flüsse? Diese Fragen provoziert der erste Teil des Titels der zur Diskussion stehenden Veröffentlichung, die an der Universität Kassel als Habilitationsschrift von Elisabeth Heidenreich erfolgreich verteidigt wurde. Mit dem Untertitel lenkt die Autorin die lesende Aufmerksamkeit auf fließende Natur in der Gestalt von Wasser oder Elektrizität, deren Bewegung sich in gesellschaftlich gewachsenen bzw. gestalteten Räumen vollzieht. Erwartungen einer unmittelbaren Begegnung mit dem Gegenstand der Fliessräume seitens der Lesenden werden von der Autorin zunächst enttäuscht. Sie entführt die Neugierde zunächst in das Reich der Wahrnehmung und philosophischen Deutung exemplarischer Begegnungen von Natur, Raum und Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert: Einleitend fokussiert der Text Orts- und Blickwechsel, die unterschiedliche Perspektiven im räumlichen Sehen und Erkennen offen legen und deren Verknüpfungen und Wechselwirkungen die Autorin mit ihrem Untersuchungskonzept angemessen Rechnung tragen will. Denn der ‚Panoramablick‘ in die räumliche Weite, der ‚suchende Blick‘ in nahräumlichen Hinterhöfen oder ‚(Alp-)Träume‘ von städtischen Räumen tragen gemeinsam mit dem ‚identifizierenden Blick‘ des Broadway sowie dem ‚bilanzierenden Blick‘ auf städtischen Alltag zur Wahrnehmung fließender Bewegungen in städtischen Räumen sowie zur Konstruktion ihrer Erklärungen bei. Das

Erkenntnisinteresse dieser Untersuchung zielt auf die Entschlüsselung des Gewebes von Raum, Natur und Kultur, dessen theoretische und empirische Analyse die Autorin durch drei Grundannahmen (26-28) strukturiert: Das „moderne Gewebe aus technischem Raum, fluider Natur und urbaner Kultur“ (28) entsteht nach Heidenreich in mehr oder weniger gleichzeitigen

- Transformationen von fluider Natur in technische Fließräume,
- kulturellen Wahrnehmungen und Nutzungen technischer Fließräume sowie
- technisch-stofflicher und kultureller Vermittlung von Natur und Kultur in so genannten ‚Übergangsräumen‘, in denen die „Anlehnungsbeziehung“ zwischen wissenschaftlichem Subjekt und Objekt deren Verschmelzung her vorbringt.

Diese zunächst sehr abstrakt anmutende Fragestellung wird in der gut durchdachten und dadurch sehr überzeugenden Abfolge von je zwei theoretischen und empirischen Kapiteln schrittweise anschaulich und in ihrem wissenschaftlichen Wert (be-)greifbar.

Das *erste Kapitel* der Arbeit (33ff.) konzentriert sich auf die Untersuchung des Verhältnisses unterschiedlicher Sozialwissenschaften zu den in Natur, Raum und Gesellschaft materialisierten Bestandteilen von Gesellschaft. Die Autorin befragt vorhandene theoretische Begriffe in der Allgemeinen Soziologie, den Teildisziplinen Umwelt-, Stadt- und Techniksoziologie sowie in der Anthropologie und der Umweltozoologie auf deren Relevanz für ihren wissenschaftlichen Gegenstand. Dabei stellt sie fest, dass sich „die Stadt- und Techniksoziologie (...) am weitesten in das unbekannte Terrain der Verquickung von sozialer und materieller Welt vorgewagt haben“ (56f.). Die gefundenen ‚unilinearen‘, ‚interaktiven‘, ‚kompositorischen‘ und ‚biologisch-ökologischen‘ Begriffe für jeweils bestimmte Aspekte ihres Gegenstandes lassen jedoch in ihrer jeweiligen Konstruktion nach Heidenreich alle die Frage offen, wodurch das gesellschaftliche Gewebe aus Raum, Natur und Kultur entsteht und verändert wird. Deshalb richtet die Autorin ihre analytische Aufmerksamkeit anschließend auf theoretische Zugänge zu Verflechtungen von sozialer und materieller Welt, aus denen als ‚Drittes‘ das Gewebe aus Räumen, Natur und Kultur hervorgeht, dessen Erklärung mit dieser Arbeit angestrebt ist.

Im *zweiten Kapitel* (63ff.) sucht die Autorin nach theoretisch begründeten Brücken zwischen sozialer und materieller Welt, die eine angemessene Bearbeitung ihres komplexen Gegenstandes ermöglichen. Gestützt auf die Handlungstheorie der Sozialphilosophin Hannah Arendt destilliert Heidenreich analytisch „drei ineinander verwachsene Bezugsgewebe“ heraus (69), anhand derer sie die

Konstitution und den Charakter von ‚Fliessräumen‘ theoretisch zu fassen versucht. Im Einzelnen sind dies die Bezugsgewebe zwischen

- den handelnden Menschen,
- technisch-dinglicher Welt und menschlichen Lebensprozessen und
- zwischen Menschen und der sie umgebenden Natur.

Die Überlappungen und Verschmelzungen dieser Bezugsgewebe werden in den nachfolgenden Abschnitten aus den Anlehnungsbeziehungen ihrer Elemente in den so genannten ‚Übergangsräumen‘ unter Berücksichtigung unterschiedlicher Konfigurationen räumlicher Wahrnehmung konkretisiert. Entlang dieser zweiten theoretischen Wanderung verdeutlicht Heidenreich die notwendige und fruchtbare Anreicherung stadt- und techniksoziologischer Konzepte durch sozialphilosophische und psychologische Denkfiguren sowie phänomenologische Zugänge zu ihrem Forschungsgegenstand, die dazu beitragen, die begrenzten Erkenntnismöglichkeiten tradiert Parzellierungen komplexer gesellschaftlicher Wirklichkeiten zu überwinden.

Im *dritten Kapitel* (113ff.) wendet Heidenreich ihr erarbeitetes theoretisches Untersuchungskonzept beispielhaft in der Analyse des gesamten technischen Fliessraums der Trinkwasserversorgung der Stadt Frankfurt am Main an. In einem ersten Schritt erwandert sie gedanklich die Räume des Trinkwassers und ihre Umwelten. Dabei achtet sie auf sichtbare und verdeckte Räume und verfolgt den Weg des Trinkwassers von seinen Quellräumen über die vernetzten Leitungsräume bis in die Häuser, in denen das Wasser verbraucht und danach in anderen technischen Fliessräumen entsorgt wird. Die durch die vorhergehenden Untersuchungsergebnisse theoretisch gut fundierte sowie strukturierte Reflexion der empirischen Befunde zu den Frankfurter Fliessräumen des Trink- und Abwassers konzentriert sich auf die Fragestellung der Vernetzung und Anlehnungsbeziehungen in diesen Geweben, auf deren historische Veränderung sowie auf die soziale und gesellschaftliche Bedeutung deren Wahrnehmung und Handhabung. Spätestens in diesem Kapitel kommen auch solche Leserinnen und Leser auf ihre Kosten, denen das Nachdenken über theoretische Konzepte und deren Bedeutung für die Erschließung gesellschaftlicher Wirklichkeiten eher Mühe bereitet. Denn sie erfahren sehr konkrete Dinge über das Trinkwasser als Voraussetzung ihrer Existenz, denen sie gewöhnlich in ihren Wahrnehmungen, Denk- und Handlungspraktiken kaum Raum bieten und erhalten so eine Gelegenheit, als Zeitgenossen im städtischen Alltag oder als Fachleute ihre Anlehnungsbeziehungen zu Natur und Kultur in Verbindung mit technischen Fliessräumen des Trink- und Abwassers wahrzunehmen und zu überdenken.

Das abschließende *vierte Kapitel* (167ff.) widmet sich wiederum empirisch den kulturellen Flüssen und Kulturen des Fließens im Übergangsraum. Ausgehend von trennenden, isolierenden und bewegenden Prinzipien räumlicher Ordnung untersucht Heidenreich hier kulturelle Hintergründe der Leitbilder zum Bau technischer Fließräume anhand der Phänomene ‚Gestank‘, ‚Verstopfung‘ und ‚Cholera‘. Der unreflektierte handelnde Umgang mit notwendigen technischen Flüssen in der Stadt wird aus der Praxis der Akkulturation naturwissenschaftlicher Konzepte rekonstruiert und anhand geschichtlicher Entwicklungen der Alltagskulturen im technischen Fliessraum des Badezimmers veranschaulicht. Das Kapitel schließt mit einem Ausblick, der dazu auffordert, das menschliche Vermögen der Wahrnehmung von Wechselwirkungen, Anlehnungsbeziehungen und Austauschverhältnissen als Kompetenz der Subjekte für die Erschließung der Objektwelt technischer Fliessräume bei deren kultureller Gestaltung in Prozessen der Reparatur oder Erneuerung fruchtbar zu machen.

Das Buch von Elisabeth Heidenreich spannt einen weiten Bogen zwischen abstrakter Theorie und lebensnaher Empirie in einem von vielfältigen Grenzen durchwebten, existenziellen gesellschaftlichen Handlungsfeld: Trinkwasser in der Stadt. Interessierten Leserinnen und Lesern bietet es herausfordernde Denkübungen in den verschiedenen Sphären der Thematik und gleichzeitig praktische Anregungen für einen anderen kulturellen Zugang zu der materiellen Welt technischer Fliessräume und der mit ihnen verknüpften Naturverhältnisse. Reichhaltige Anmerkungen und eine sorgfältige Bibliographie der Quellen aus unterschiedlichen Zeiten und Fachdisziplinen regen, wie der Text des Buches selbst, zu Reflexionen über etablierte Tellerränder hinaus an. Es ist zu hoffen, dass das kreative und gründliche Werk in den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Zukunft einer tragfähigen Vernetzung unserer natürlichen, technischen und sozialen Lebensbedingungen wahrgenommen und gesellschaftlich fruchtbar gemacht wird.

Ingrid Breckner

**Rolf Lindner (2004): Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung. Frankfurt a.M. / New York: Campus. 240 Seiten.
ISBN: 3-593-37500-1, 24,90 €**

Rolf Lindner hat *eine*, nicht *die* Geschichte der Stadtforschung geschrieben. Und es ist wohl die spannendste Seite der Stadtforschung, mit der sich Lindner befasst, die der empirischen Erforschung der als gefährlich geltenden Quartiere:

Von den Arbeitervierteln Londons im 19. Jahrhundert bis zum Chicagoer Hyper-Ghetto in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Die industrielle Urbanisierung des 19. Jahrhunderts hat die europäischen Städte grundlegend verändert. Sie hat nicht nur endgültig die Grenzen der mittelalterlichen Stadt gesprengt, sondern auch Quartiere geschaffen, in denen sich die neue gefährliche Klasse des Proletariats unter erbärmlichen Bedingungen konzentrierte. Wie diese aus der Sicht von Sozialreformern und Forschern "terra incognita" erkundet wurde und wird, ist Gegenstand des Buches. In der chronologischen Darstellung trifft man einerseits auf bekannte Namen aus der Stadtforschung wie Charles Booth, Robert E. Park und Loïc Wacquant, andererseits hat Lindner weitgehend vergessene Forschungen ausgegraben wie die des späteren Pfarrers Friedrich Siegmund-Schultze, der seine Streifzüge durch das Londoner East End 1909 unter dem bezeichnenden Titel 'Eine Nacht im Osten Londons' veröffentlichte und zwei Jahre später das „dunkle Berlin“ im Arbeiterbezirk Friedrichshain mit dem Ziel erforschte, „eine gesunde starke Arbeiterschaft“ heranzuziehen.

Die Darstellung Lindners ist spannend zu lesen, weil auf zwei Ebenen die ethnographischen Forschungen reflektiert werden. Erstens auf der Ebene der Methoden und Befunde und zweitens auf der Ebene des Selbstverständnisses der Forschenden.

Schon im 19. Jahrhundert werden sowohl qualitative als auch quantitative Methoden genutzt. Während der Pionier Henry Mayhew Mitte des Jahrhunderts ethnographische Verfahren bei der Erforschung Londons entwickelte, setzte der berühmt gewordenen Charles Booth auf die quantitativen Datensammlungen seiner Surveys. Während Mayhew den Bewohnern der Armenviertel eine Stimme gibt und Milieubeschreibungen vornimmt, konzentriert sich Booth auf die Darstellung von Datenreihen mit dem Ziel, "die Beziehung festzustellen, die zwischen Armut, Elend und Sittenlosigkeit einerseits und regelmäßiger Einkommen und relativem Wohlbefinden andererseits herrscht" (77).

Auf der zweiten Ebene, dem Selbstverständnis, mit dem sich Forschende ihrem Gegenstand nähern, ist der Perspektivenwandel der Chicagoer Schule Robert E. Parks der entscheidende Einschnitt. Park geht es nicht mehr um die moralische Bewertung und die Sozialreform, sondern um das Verstehen der städtischen Milieus und Lebenswelten der Einwanderungsstadt Chicago. Die methodischen Anweisungen, die Park seinen Studenten gab: „Go into the district“, „get the feeling“, „become acquainted with people“ sind Legende. Das ist die wissenschaftstheoretische Seite des Selbstverständnisses. Die andere Seite ist die der Grenzgänger und Abenteurer, die – teilweise ihrer bürgerlichen Existenz überdrüssig – auf Erkundungsreise in unbekannte Kontinente gehen, sich dafür verkleiden und in ein anderes Leben eintauchen: *walks on the wild side*.

Das Buch hat eine besondere Qualität, weil es nicht nur lehrreich ist, sondern auch unterhaltsam und spannend. Es gehört in den Kanon von Lehrveranstaltungen zur Stadtgeschichte und Stadtplanung.

Norbert Gestring

**Setha Low (2003): Behind the Gates. Life, Security, and the Pursuit of Happiness in Fortress America. New York: Routledge. 274 Seiten.
ISBN: 0-4159-4438-4. Preis: 27,95 US\$**

„Gated communities are the fastest growing form of housing in the United States“ überrascht der Bucheinband gleich zu Beginn. Weitere interessante statistische Details zum Thema listet das erste Kapitel, welches die kurz gehaltene historische, theoretische und methodische Einführung zu Setha Lows Ethnografie gibt. So wird geschätzt, dass 2001 jeder sechste amerikanische Haushalt sich in einem dieser exklusiven Wohnquartiere befand. Es sind demnach nicht mehr nur die Reichen und Schönen sondern ein wachsender Anteil der amerikanischen Mittelschicht, die sich hinter hohen Mauern oder Elektrozäunen vor dem armen, unsicheren, sich ständig verändernden Draußen verschließen. „Gated communities“ sind größtenteils – wie die meisten amerikanischen Vororte übrigens – ethnisch, sozial und nach Einkommen segregiert und werden vor allem von Weißen und einer wachsenden Anzahl von Lateinamerikanern bewohnt. Die rassistische, asoziale und mit Sicherheitsvorkehrungen aller Art erkaufte Privatheit dieser Wohnform hat seit ihrem Entstehen zu viel zitierten Debatten und Kritik von Stadttheoretikern als auch -planern geführt, welche von der Autorin in etwas simpler Manier fälschlicherweise zusammengefasst werden:

„In America [gating] is a strategy for regulating and patrolling an urban poor comprised predominantly of Latino and black minorities ... and is only one example of a new form of social ordering that conceals, displaces and regulates people and activities rather than eliminating them. ... But while this strategy might work for the privileged few ... it has the drawback of diminishing collective responsibility for the safety of society as a whole“ (17-18).

Ist dieses Buch damit, wie der Titel vermuten lässt, ein weiterer akademischer Soloakt im wachsenden Kanon kritischer Abhandlungen zum Thema? Nicht ganz und doch auch. Setha Low, Professorin für Environmental Psychology am Graduate Center der City University of New York, liefert sicher keine tief gehende theoretische Auseinandersetzung mit dem sozialen/städtebaulichen Phänomen „gated communities“ oder den Konsequenzen der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Räume. Die buchentscheidende Frage findet sich am

Ende des Prologs, der in seiner ungemein persönlichen Form auch am Anfang eines Romans stehen könnte: „What is [my sister] doing living behind gates, with a guard who watches her coming and going on a video camera, regulated by a thick book of rules dictating everything from the color of her Christmas tree lights to the size of her trash can“ (6)?

Behind the Gates ist somit der Versuch, einen Blick hinter die hohen Mauern zu werfen und die Motivation derer zu ergründen, die sich in die Abgeschiedenheit und vertraglich geregelte Ästhetik dieser Vorortfestungen flüchten. Im Bestreben, das Thema aus der Perspektive von Bewohnern und Bauherren zu schildern, bietet das Buch im typischen Stil angloamerikanischer Ethnografien vor allem eine Zusammenfassung der Beobachtungen und Befragungen, welche Low über mehrere Jahre hinweg in sechs verschiedenen gated communities in New York und Texas gesammelt hat.

Die Antworten, die sie auf die im Anhang des Buches aufgelisteten Fragen bekommt, sind überraschend vertraut und beinah unspektakulär. Jungvermählte, Familien mit Kindern und Pensionäre erzählen gleichermaßen von ihren „geheimen“ Ängsten vor einem multikulturellen Amerika und den steigenden Kriminalitätsraten, ihrer Suche nach Sicherheit und Schutz ihres Eigentums, sowie dem nostalgischen Verlangen nach einer Wiederauferstehung der eng geknüpften, lattengezäunten Gemeinschaft, deren sie sich aus ihrer Kindheit zu erinnern glauben – „the search for niceness“, wie Low es nennt.

Auch in den kurzen theoretischen Erklärungsversuchen zwischen den extensiven Interviewzitaten kann die Autorin nur auf altbekannte Phänomene hinweisen, wie beispielsweise die Tatsache, dass ähnliche Kriminalitätsraten inner- wie außerhalb von „gated communities“ nichts daran ändern, dass Menschen sich weiterhin in die Illusion von Sicherheit hinterm Zaun einkaufen. Interessanter sind teilweise eher die Implikationen ihrer Beobachtungen, die oft mehr zwischen den Zeilen zu finden sind. So weisen zum Beispiel viele Antworten ihrer Interviewpartner darauf hin, dass sich durch das Leben und vor allem Aufwachsen in geschützten Wohnenklaven die Vorstellungen vom Draußen und dem „Anderen“ zum Negativen hin verändern, was die Distanz dazu und Angst davor oft noch vergrößert.

Im Großen und Ganzen erzählt Low also keine neue Geschichte, sondern liefert eher die narrative Illustration zum Diskurs über das Für und Wider abgegrenzter, segregierter städtischer Räume. Leider bleiben viele Fragen offen, deren Beantwortung das Buch etwas weiter in den Raum der kritischen Stadtfor schungsliteratur – und heraus aus dem Feld der reinen Ethnografien – gerückt hätte. So macht die historische Einführung zwar deutlich, dass „gated communities“ ihren Ursprung in jahrhundertealten Separierungsbestrebungen der oberen Gesellschaftsschichten haben, doch findet sich danach kein Hinweis, inwieweit

sich „gated communities“ von anderen exklusiven, wohlhabenden Vororten und deren Bewohnern unterscheiden. Auch wird die Autorin, aufgrund der theoretischen Dünne, ihrem etwas verwirrenden Anspruch vom Beginn des Buches – „I am interested particularly in how political and economical perspectives illuminate the psychological, and how personal experience sheds light on the social“ (25) – nur bedingt gerecht.

Vom methodischen Standpunkt jedoch bietet *Behind the Gates* einen interessanten, sehr bewussten Versuch, eine Verbindung zwischen professioneller Objektivität und dem Einfluss subjektiver Erfahrungswerte auf das Ergebnis von Ethnografien zu schaffen:

„This book is an experiment in the scholarly use of creative nonfiction techniques. I employ the first person to narrate the entire book, reporting incidents and conversations from my point of view. ... Vignettes (personal stories and recounts of interviews) are set off from the main text by a different typeface“ (243, Fußnote 52).

Teil dieses Bestrebens ist auch der Wechsel zwischen verschiedenen Erzählperspektiven – „using three narrative voices – a personal voice, the voices of the interviewees and a professional voice“ (24) – innerhalb eines jeden Kapitels. Das Ergebnis ist ein Buch mit akademischem Anspruch, das sich jedoch eher wie eine persönliche Geschichte liest. Und selbst wenn sich das Berufsethos der intellektuellen Leserin zu Beginn etwas gegen diese Art der Darstellung sträubt, so muß sie doch nach einigen Kapiteln zugeben, dass es der Autorin gerade damit gelingt, den verschiedenen, aus der Fachliteratur bekannten Problemen und Fragestellungen zum Phänomen „gated communities“ eine ungewöhnliche Tiefe und Dichte zu geben. Was das Buch zur faszinierenden Lektüre werden lässt, trotz aller oben erwähnten Makel.

Antonia Levy

Oswald, Franz; Schüller, Nicola (Hg.), (2003): Neue Urbanität – das Verschmelzen von Stadt und Landschaft. Zürich: gta Verlag. 207 Seiten. ISBN: 3-85676-122-5. Preis: 26 €

Der schön gestaltete Band enthält acht Beiträge, die 2003 anlässlich eines Symposiums an der ETH Zürich entstanden sind. Dessen Ziel war es, sich analytisch und entwerfend der urbanisierten Landschaft anzunähern. Damit gehört der vorliegende Band zu den Versuchen, den tiefgreifenden Transformationsprozess wahrzunehmen und zu gestalten, in dem sich Stadt und Land befinden und ein qualitativ neuer Raum entsteht. Für diesen sind schon viele Begriffe entwickelt

worden. Hier wird er schlicht als „Neue Urbanität“¹ bezeichnet, die durch das „Verschmelzen“ von Stadt und Land entsteht. In der Einleitung (Nicola Schüller) wird letzteres als ein radikaler, unter Energieeinwirkung stattfindender Prozess definiert. Doch welche Energien waren und sind hier am Werk? Welche Eigenschaften hat das neue Amalgam, wie kann man Zugang zu ihm finden und wie könnte seine zukünftige Planung aussehen?

Zwei Beiträge sind vor allem der ersten Frage gewidmet. Nachdem der Kunst- und Architekturhistoriker Kurt W. Forster darauf hinweist, dass Stadt und Land historisch nie wirklich getrennt waren, verfolgt er ihre Verschränkung zur Zeit der Industrialisierung. Die Immigration der Landbevölkerung in die Städte, ihre Begrünung und die neuen Verkehrsmittel, die das Umland erschließen, führen zu einer Vermischung städtischer und ländlicher Elemente. Den zentralen Unterschied zwischen beiden sieht Forster darin, dass Stadt und Land anderen Zeithyphen und Raumformen unterliegen. Im Zentrum des Beitrags von Rolf P. Sieferle stehen der Begriff der Landschaft und die historischen Veränderungen der traditionellen Agrikulturlandschaft. Die Kräfte, die seit dem 19. Jahrhundert hier wirken und den Boden für die Aufnahme städtischer Lebens-, Bau- und Wirtschaftsformen bereiten, sind erstens die Erweiterung und Vereinheitlichung der Informationsflüsse, zweitens die industrielle Massenproduktion, deren Güter mit Hilfe der Eisenbahn noch in den letzten Winkel gebracht werden können, und drittens die positive Aufnahme der neuen Gebrauchsgüter, Bauweisen und Stile, die das Leben auf dem Land entscheidend verbessern. Die Informations-, Güter- und Verkehrsflüsse führen schon im 19. Jahrhundert zu einer kulturellen und stofflichen Homogenisierung der traditionellen Landschaften und - nach einem Übergangsstadium - im 20. Jahrhundert zu einem neuen Landschaftstypus, der Stadt und Land in sich einschließt und den Sieferle „totale Landschaft“ nennt. Sie ist gekennzeichnet durch die Verflüssigung sämtlicher Bestände in Stadt und Land und die Koexistenz heterogener Elemente, die sich nicht zu einem konsistenten und dauerhaften Stil verdichten. Auch wenn in der „totalen Landschaft“ die Gestaltung des schnell Vergänglichen die eigentliche Herausforderung darstellt, so entbindet das nicht von der Frage, wie sie in ihren dauerhafteren Elementen zu konstruieren sei. Die fragile ökologische Grundlage, auf der der permanente Transformationsprozess beruht, könnte hier die Richtung weisen. Dieses Motiv ist es denn auch, das sich durch fast alle Beiträge des Bandes zieht.

Der Naturwissenschaftler Peter Baccini entfaltet am Beispiel der Schweiz die Grundlagen, auf die sich eine nachhaltige Entwicklung der urbanisierten Landschaft stützen muss. Seine zentrale Idee besteht darin, in die langfristige

¹ Damit wird der 1987 von H. Häußermann und W. Siebel eingeführte Begriff einem Bedeutungswandel unterzogen, da er ursprünglich für die Veränderungen innerhalb der Kernstädte entwickelt wurde.

Ressourcenbewirtschaftung die großen Materiallager, die schon in der gebauten Kulturlandschaft stecken, als Kapital mit einzubeziehen: die Bauwerke müssen zu Bergwerken werden, zuerst einmal die brachliegenden. Darauf bezieht sich auch der Beitrag von Franz Oswald, in dem vier charakteristische Merkmale der „Neuen Urbanität“ entfaltet werden: erstens ihr großräumiges Entwicklungsmuster, das zu komplexen Netzformen führt, zweitens ihre neuen Lebensrhythmen, die durch die Dynamiken der Verkehrs-, Güter- und Datenflüsse entstehen, drittens ihre Brachen und viertens ihre neue Form der Sesshaftigkeit, die sich auf die Klimatechnik stützt. Daran anschließend werden Ziele und methodische Instrumente zum Umbau der „Neuen Urbanität“ entwickelt. Das Modell der Netzstadt, das am Beispiel der Schweiz entstand, enthält drei Ansatzpunkte: erstens die Orientierung am Wasser mit dem Ziel einer großräumigen Gliederung des Landes, zweites eine auf Nachhaltigkeit angelegte Brachenpolitik, die alle städtischen und ländlichen Ressourcen ganzheitlich erfasst und einer zyklischen Bewirtschaftung zuführt, und drittens die Entwicklung von Monumenten der urbanisierten Landschaft mit dem Ziel, ihrem ästhetisch noch kargen Muster symbolische Substanz zu verleihen. Die Monuments des 21. Jahrhunderts sind nach Oswald Wissensfabriken und Freizeitlandschaften, die zu einem „Kunstwerk für das Gesamte“ zu vernetzen sind.

Der zweite große Entwurf, der sieben Zugänge zur urbanisierten Landschaft vorstellt, stammt von Thomas Sieverts. Die erste Ebene, auf der sich ihr genährt werden kann, ist das Ränder suchende Siedlungsverhalten, das Natur- und Stadtbezug zu verbinden sucht und mit hohen Aufwendungen für Erschließung und Transport einhergeht. Zweitens kann die urbanisierte Landschaft als Produkt der ausdifferenzierten gesellschaftlich-technischen Teilsysteme gedeutet werden, die sich im Laufe ihrer Entwicklung voneinander isolieren, gesonderte Räume beanspruchen und so das alte Stadtgefüge sprengen. Aufgabe der Planung müsste ihre Verknüpfung bzw. Mehrfachnutzung sein. Der dritte Zugang fokussiert die Unterwerfung und Widerständigkeit von Natur in der urbanisierten Landschaft, die beide erst noch zu bewerten sind. Der vierte Zugang widmet sich der Bedeutung des gewachsenen Zeitbudgets, das, zusammen mit der Kommunikationstechnik, die Wahl mehrerer Standorte möglich macht, während der fünfte die Kombination aus Nah- und Fernbeziehungen mit dem Begriff des „Glokalen“ faßt und auf die zu korrigierenden Folgen für das Örtliche hinweist. Sechstens werden die anarchischen Peripherien im Gefüge der urbanisierten Landschaft in den Blick genommen, die vor Planungseingriffen zu schützen sind. Der siebte Zugang beschäftigt sich mit dem Problem von Wahrnehmung und Ästhetik der oft unanschaulichen urbanisierten Landschaft. Den Begriff der „Zwischenstadt“, den Thomas Sieverts für sie entwickelt hat, möchte er nicht als einen abschließenden verstehen, sondern das weite Feld der Zugänge und Lesarten offen halten.

Das ist auch notwenig, wie der Beitrag des Stadtökonom Dieter Läpple zeigt. Nachdem er in einem luziden Überblick noch einmal die Zusammenhänge von Industrialisierung und Verstädterung skizziert und sich dann den „stadtauf lösenden“ Kräften von Globalisierung, Digitalisierung und ökonomischer bzw. sozialer Entgrenzung zuwendet, fragt er nach der heutigen Produktivität der städtischen Ökonomie und findet sie in den immanenten Paradoxa der drei „auf lösenden“ Kräfte. So hängt die globalisierte Ökonomie von ihrer Einbettung in lokale Bedingungen ab, ist zwar nicht Information, aber Wissen kontextgebunden und bedarf städtischer Nähe und die entstandardisierten Arbeits- und Konsumstile der Wissens- und Kulturproduktion benötigen ein dichtes Netz an Dienstleistern, das es in der Regel nur in urbanen Milieus gibt. Neben der zentripetalen Wirtschaftsdynamik, die vor allem von fordertisch-tayloristischen „Normalbetrieben“ ausgeht, gibt es also auch eine zentripetale Dynamik, die von den neuen Formen der Kultur- und Wissensproduktion ausgeht.

Die letzte Station dieser Rezensionsreise soll Israel sein. Der Architekt und Stadtplaner Adam Mazor erläutert in seinem Beitrag Hintergründe, Entstehung und Prinzipien des Masterplans „Israel 2020“. Das kleine, äußerst dicht besiedelten Land, dessen Bevölkerung weiter anwächst und dessen Planungsprinzip seit 1948 die „Eroberung der Wildnis“ durch Besiedlung und Landwirtschaft war, braucht einen neuen Masterplan, der die weitere Zersiedelung durch Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur durchbricht, eine Konzentration auf regionaler und eine Streuung auf nationaler Ebene einführt, Synergieeffekte zwischen offenen und bebauten Gebieten ermöglicht und wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele in Einklang bringt. Landschafts- und Ressourcenschutz, Verringerung von sozialer Ungleichheit und Wirtschaftswachstum sollen mit dem neuen Masterplan nicht einfach in einen Kompromiss, sondern mit dem Prinzip der „konzentrierten Streuung“ in synergetische Effekte gebracht werden.

Elisabeth Heidenreich

Siebel, Walter (Hg.), (2004): Die Europäische Stadt. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag. edition suhrkamp 2323. 480 Seiten. ISBN: 3-518-12323-8. Preis: 16,- €

Während außerhalb Europas ganz nüchtern vom „schwindenden Zauber der europäischen Städte“ gesprochen wird (so etwa Manuel Castells in seinen Ausführungen zu den globalen Urbanisierungstrends des „Informationszeitalters“), sind die Europäer von ihren Städten ungebrochen fasziniert. In fast allen europäischen Ländern wird seit Jahren leidenschaftlich über Geschichte, Gegenwart

und Zukunft der „europäischen Stadt“ debattiert. Ungeachtet aller nationalen und regionalen Färbungen scheint die Idee eines besonderen und zu bewahrenden „Wesens“ der „europäischen Stadt“ tatsächlich eine europaweit geteilte und verbindende Vorstellung zu sein. Wie an der beachtlichen Zahl neuerer Veröffentlichungen zum Thema abzulesen ist, erlebt auch die Beschäftigung mit der „europäischen Stadt“ in Deutschland gerade wieder eine heiße Phase.

Unter diesen nimmt der hier zu besprechende Sammelband eine Sonderstellung ein. Es war nicht vor allem eine gemeinsame inhaltliche Fragestellung oder Position zur „europäischen Stadt“, die die vierzig AutorInnen aus Geistes-, Sozial- und Planungswissenschaften zusammengeführt hat, sondern die persönliche Beziehung zu Hartmut Häußermann, dem das Buch zu seinem 60. Geburtstag gewidmet wurde. Die eigenen Forschungsfragen und -ergebnisse in den Kontext der Debatten um die europäische Stadt zu stellen, ist den meisten AutorInnen gelungen. So kann der umfangreiche Sammelband zum einen deshalb empfohlen werden, weil er viele interessante und lesenswerte Einzelbeiträge enthält. Zum anderen bietet der Band einen guten Überblick über die aktuellen Themen und Fragestellungen der deutschen Stadtforchung. Durch die hohe Zahl von AutorInnen aus unterschiedlichen Disziplinen wird eine große Spannbreite unterschiedlicher Zugänge und Positionen zum Thema präsentiert.

Dass der Band dennoch nicht in 33 unverbundene Einzelbeiträge zerfällt, muss als enorme konzeptionelle Leistung des Herausgebers gewürdigt werden. Den Boden hierfür bereitet Walter Siebel in seinem großen und beeindruckenden Einleitungssessay, in dem er ein Verständnis der europäischen Stadt entwickelt, das relational und nicht essentialistisch ist: Was ‚Stadt‘ ist, ergibt sich aus der Differenz zur Nichtstadt, und was an ihr ‚europäisch‘ ist aus der Differenz zu den Städten anderer Gesellschaften. Auf dieser Grundlage benennt er fünf Merkmale, die zusammengenommen den Idealtypus der traditionellen europäischen Stadt ausmachen sollen: Die Präsenz von Geschichte im städtischen Alltag, das Versprechen auf Befreiung aus politischen und ökonomischen Zwängen und eine offene Zukunft, eine besondere städtische Lebensweise, eine spezifische physische Gestalt sowie die sozialstaatliche Regulierung.

Diese Eigenschaften unterliegen historischem und sozialem Wandel. Nicht nur die einzelnen Merkmale, sondern auch deren Beziehungen untereinander verändern sich. Wie die aktuellen Wandlungsprozesse zu beschreiben und zu deuten, aber auch zu steuern und zu gestalten sind, ist die übergreifende Fragestellung des Bandes. Siebel hat die Aufsätze so gruppiert, dass sie sich als Debatten um Art und Ausprägung des Wandels von jeweils einer (oder zwei) dieser Eigenschaften verstehen lassen. So geht es in vier großen thematischen Blöcken um die Entwicklung der europäischen Stadtgestalt, um Merkmale einer „neuen Urbanität“, um den Wandel der Stadtpolitik – dieses Themenfeld bildet den

Schwerpunkt des Bandes - und schließlich um die Frage der „Zukunftsfähigkeit“ der europäischen Stadt. Schwerpunkte innerhalb der Themenblöcke sind z.B. der Wandel von Öffentlichkeit, veränderte Formen sozialer Integration und Ausgrenzung, schrumpfende Städte oder die Diskussion um die Auswirkungen der Globalisierung auf die lokalen und regionalen Ökonomien. Die drängende Frage, ob und wie die Kommune bzw. der (lokale) Staat politisch und planerisch auf die neuen Probleme und Aufgaben reagieren kann und soll, wird in fast allen Beiträgen implizit oder explizit thematisiert.

Interessant sind hier natürlich vor allem die besonders pointierten Positionen. So geht etwa Marco Venturi davon aus, dass wir in das Zeitalter der „post-europäischen Stadt“ eintreten, die sich der Tradition der europäischen in vielerlei Hinsicht „entgegensezt“, statt diese weiterzuentwickeln. Peter Marcuse dagegen ist stärker als die meisten anderen davon überzeugt, dass sich Gegentendenzen zum Konvergenzdruck der Globalisierung ausmachen lassen, die den einzigartigen Charakter der europäischen Stadt eher erhalten und hervortreten lassen als zum Verschwinden bringen werden. Helmut Wollmann sieht in der Liberalisierungs- und Wettbewerbspolitik der Europäischen Union eine existentielle Bedrohung für den überkommenen Typus der deutschen kommunalen Selbstverwaltung.

Insgesamt aber fällt die Gelassenheit auf, mit der die AutorInnen die Entwicklungen betrachten. Nicht Verfall und Ende, sondern kontinuierlicher Wandel und Anpassung an veränderte gesellschaftliche Bedingungen – das ist der Tenor der meisten Beiträge. Aus verschiedenen disziplinären Perspektiven werden sowohl die Gefährdungen des europäischen Stadt- und Gesellschaftsverständnisses herausgearbeitet als auch zugleich die Chancen von Weiterentwicklung oder Neuerfindung ausgelotet.

Überblickt man die Beiträge insgesamt, fällt auf, dass die Frage, was das „Europäische“ an der europäischen Stadt ist, vom Mainstream der deutschen (bzw. der befreundeten internationalen) Stadtforschung immer noch und ganz selbstverständlich vor allem in Abgrenzung zur US-amerikanischen Stadt bestimmt wird. Ein einziger Beitrag (Oswald/Voronkov) beschäftigt sich mit der postsowjetischen Stadtentwicklung am Beispiel von St. Petersburg; dies allerdings ohne einen Bezug zum übergreifenden Kontext der „europäischen“ Stadtentwicklung herzustellen. Die Urbanisierungsprozesse in Asien, Lateinamerika und Afrika spielen kaum eine Rolle; die Diskussion bleibt auch unter den Bedingungen zunehmender Globalisierung eine rein „okzidentale“.

Diese Fixierung auf die US-amerikanischen Städte spielt eine zentrale Rolle auch im Beitrag von Thomas Krämer-Badoni, der aus dem Rahmen fällt, weil er sich explizit außerhalb des ansonsten vorherrschenden Konsenses einer normativen Perspektive auf die europäische Stadt stellt. Krämer-Badoni wirft den Kolle-

gInnen in Stadtsoziologie und Städtebau vor, die Vorstellung eines „guten“, da sozial ausgeglichenen und deshalb überlegenen europäischen Stadtmodells beruhe auf der beständigen Entgegensetzung zu einer als „schlecht“, da unsozial und segregiert gebrandmarkten amerikanischen Stadt. Dieser polarisierende, von Vorurteilen oder Unkenntnis geprägte Blick sei der einer „alteuropäischen, normativen“ Soziologie der Stadt, die den Menschen am liebsten vorschreiben wolle, wie sie zu leben haben, anstatt ihre Wünsche zu respektieren, auch wenn sie dem Tradition-, d.h. Idealbild europäischer Stadtentwicklung entgegenlaufen. Folgerichtig fordert Krämer-Badoni den Abschied von der normativen Orientierung auf die europäische und eine differenziertere Wahrnehmung der Qualitäten der amerikanischen Stadt. Dieser Aufsatz beschließt den Sammelband. Er könnte eine neue, auch selbstkritische Diskussion um eingefahrene bzw. veraltete Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster bei der soziologischen und planerischen Konstruktion der europäischen Stadt eröffnen. Denn sollte das Bild der amerikanischen Stadt ein verzerrtes sein, dann müsste auch das Gegenbild der europäischen Stadt in wesentlichen Teilen modifiziert oder revidiert werden.

Susanne Frank

Steinbach, Anja (2004): Soziale Distanz. Ethnische Grenzziehung und die Eingliederung von Zuwanderern in Deutschland. Wiesbaden: VS-Verlag. 202 Seiten. ISBN: 3-531-14166-X. Preis: 23,90 €

Nachdem sich die Bundesrepublik Deutschland zu einem der wichtigsten Einwanderungsländer Europas entwickelt hat, gewinnt die Frage der Integration von Migranten in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Ziel der Arbeit von Anja Steinbach ist es vor diesem Hintergrund, die Relevanz interethnischer Beziehungen zwischen einheimischer Bevölkerung und Zuwanderern für den Integrationsprozess herausarbeiten. Dabei geht sie von einer Wechselwirkung der Beziehungen zwischen beiden Gruppen aus: Einerseits werden diese durch Meinungen, Einstellungen und Handlungen der Einheimischen gegenüber den Zuwanderern geprägt, andererseits haben die Reaktionen der Mitglieder der Aufnahmegesellschaft einen Einfluss auf den Eingliederungsprozess der Zuwanderer. Letztere können mithilfe des Konzepts der sozialen Distanz beschrieben werden. Zwei Kernfragen werden in dem Buch explizit behandelt: Unter welchen Bedingungen ist auf Seiten der Einheimischen soziale Distanz als Reaktion auf die Zuwanderung von Angehörigen ethnisch fremder Gruppen zu erwarten? Welchen Einfluss hat die soziale Distanz der Einheimischen auf die Eingliederung der Zuwanderer?

Zunächst wird das Konzept der sozialen Distanz beschrieben, das - ausgehend von den Arbeiten Robert E. Parks - das subjektive Gefühl von Individuen hinsichtlich des Ausmaßes der gewünschten Nähe zu anderen Gesellschaftsmitgliedern erfasst. Dieses Gefühl richtet sich weniger auf einzelne Individuen, sondern vielmehr auf Kategorien von Individuen so auch auf ethnische Gruppen.

Auf der Grundlage der Theorie sozialer Produktionsfunktionen (Lindenberg) beschreibt Steinbach, unter welchen Bedingungen sich Personen gegenüber Gruppen in einem bestimmten Ausmaß sozial distanzieren. Nach dieser Theorie hängt die Relevanz sog. Zwischengüter (Einkommen, Bildung) zur Erlangung der übergeordneten Grundziele „psychisches Wohlbefinden“ und „soziale Anerkennung“ von sozialen Produktionsfunktionen ab, die wiederum je nach kulturellem Kontext einer Gesellschaft variieren. Sobald der kulturelle Kontext und damit die Effizienz von Zwischengütern durch die Einwanderung kulturell fremder Gruppen infrage gestellt wird, kommt es zu Abwehrreaktionen von Seiten der Einheimischen in Form sozialer Distanz. Das Ausmaß sozialer Distanz ist dabei zum einen vom Grad der kulturellen Differenz zu den Einwanderern und zum anderen von den zur Verfügung stehenden Ressourcen der Einheimischen abhängig. Mit fortschreitender Aufenthaltsdauer der Einwanderer setzt ein Konkurrenzkampf um die Kontrolle so genannter Positionsgüter wie politische Macht und Partizipation am Arbeits- sowie Wohnungsmarkt ein, so dass sich, insbesondere bei den Einheimischen mit einer geringen Ressourcenausstattung, das Ausmaß sozialer Distanz weiter verschärft.

Die soziale Distanz der Einheimischen gegenüber den Einwanderern wirkt als eine deutliche Barriere im Eingliederungsprozess, da sie den Handlungsspielraum der Migranten innerhalb der Aufnahmegerüllschaft eingrenzt. Damit verstärkt, so Steinbach, die soziale Distanz zusammen mit der residentialen Segregation Prozesse der ethnischen Schichtung, das heißt der systematischen Zuweisung ethnischer Gruppen auf typische Positionen im System vertikaler sozialer Ungleichheiten. Eine ethnische Schichtung kann dann wiederum Vergemeinschaftungstendenzen im Sinne einer ethnischen Schließung befördern und aufgrund einer erhöhten Sichtbarkeit negative Rückkopplungseffekte auf das Ausmaß sozialer Distanz zur Folge haben. Anzumerken sei an dieser Stelle, dass Steinbach das Argument eines negativen Effekts residentialer Segregation auf Prozesse der Eingliederung nur allzu leichtfertig übernimmt, ohne dass es bisher stichhaltige empirische Belege dafür gäbe. Im Gegenteil verweist die überwiegende Zahl empirischer Untersuchungen zu diesem Thema auf eine Nichtexistenz eines solchen Zusammenhangs.

Analysen mit Hilfe von Daten des ALLBUS bestätigen den zu erwartenden Sachverhalt einer über verschiedene Zuwanderergruppen hinweg ansteigenden sozialen Distanz. Als Einflussfaktoren des Ausmaßes sozialer Distanz werden

die Wahrnehmung kultureller Unterschiede (Lebensstilunterschiede) und auch die Wahrnehmung von Konkurrenz um knappe (Positions-)Güter (rechtliche Gleichstellung, Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt) identifiziert. An dieser Stelle drängt sich jedoch die Frage nach der Ursache und der Wirkung, das heißt nach der Richtung des vermuteten Zusammenhangs auf: Während es durchaus plausibel erscheint, dass sich der Grad sozialer Distanz mit zunehmender Wahrnehmung kultureller Unterschiede erhöht, könnte das Zugeständnis von Rechten auch sehr gut vom Grad sozialer Distanz abhängen. Gleches gilt für das Ausmaß der wahrgenommenen Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Der Verdacht eines umgekehrten Zusammenhangs ergibt sich allein aus der Tatsache, dass die Asylbewerber (höchstes Ausmaß an wahrgenommener Konkurrenz) aufgrund ihrer zahlenmäßig kleinen Gruppe objektiv kaum eine ernsthafte Konkurrenz sowohl am Wohnungsmarkt wie am Arbeitsmarkt darstellen, zumal viele der Asylbewerber aufgrund ihres Aufenthaltsstatus bekannter Weise über keine Arbeitserlaubnis verfügen. Hier scheint in der Tat eher der Grad der sozialen Distanz das Ausmaß der wahrgenommenen Konkurrenz zu beeinflussen.

Bei den Zuwanderern lässt sich soziale Distanz in Form von Diskriminierungserfahrung messen. Erstaunlich ist, dass die von Steinbach für die einzelnen Einwanderergruppen erfasste Intensität der Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen nicht unmittelbar mit dem Ausmaß der sozialen Distanz, die den entsprechenden Gruppen von Seiten der Einheimischen entgegengebracht wird, übereinstimmt. So zeigt sich für die türkische Bevölkerung - bei einem hohen Ausmaß sozialer Distanz gegenüber dieser Gruppe - ein relativ geringer Grad an wahrgenommener Diskriminierung. Ein Befund, der sich von anderen Untersuchungen deutlich unterscheidet. Eine Analyse des Marplan-Ausländer-Bus z.B. zeigt für die türkische Bevölkerung ein sehr hohes Ausmaß wahrgenommener Diskriminierung. Die vorgefundene geringe Diskriminierungswahrnehmung der türkischen Bevölkerung wird mit dem Verweis auf ein höheres Ausmaß residentialer Segregation und ethnischer Schließung, die in ihrer Folge diskriminierende Kontakte zur deutschen Bevölkerung einschränken, nur unbefriedigend erklärt.

Der Einfluss von sozialer Distanz bzw. Diskriminierung wurde auf den vier Dimensionen der Sozialintegration Kulturation (Sprachfähigkeit), Platzierung (Stellung im Beruf, Bildungsaspiration), Interaktion (Kontakt zu Deutschen) und Identifikation (Einstellung zur Heirat des Kindes mit einem deutschen Partner, Einstellung zur Vergabe eines deutschen Namens an das Enkelkind) für die verschiedenen Zuwanderergruppen gemessen. Dabei konnte ein negativer Einfluss sozialer Distanz insbesondere für die Bereiche der Kulturation und Platzierung aufgezeigt werden: Je stärker das Ausmaß an wahrgenommener Diskriminie-

rung, desto schlechter die Sprachfähigkeit und desto geringer die Stellung im Beruf. Auch im Falle dieser Analysen stellt sich die Frage nach der Richtung des Zusammenhangs. So ließe sich sicherlich auch plausibel argumentieren: Je geringer die Sprachfähigkeit oder/und je geringer die berufliche Position, desto höher die soziale Distanz.

Bei der Frage der Richtung von empirisch gemessenen Zusammenhängen handelt es sich um ein generelles Problem der Analyse von Querschnittsdaten (zu einem gegebenen Zeitpunkt), da aufgrund einer fehlenden zeitlichen Dimension (entgegen der Situation bei Längsschnittdaten) die Kausalität eines Zusammenhangs nicht eindeutig bestimmt werden kann. Wenn dem aber so ist, muss immer auch die Möglichkeit eines entgegengesetzten Zusammenhangs zumindest in Betracht gezogen werden. Auf der Grundlage einer stichhaltigen theoretischen Argumentation kann dann für die eine oder andere Richtung des Zusammenhangs optiert werden. Da die Möglichkeit eines umgekehrten Zusammenhangs von Steinbach aber nicht behandelt wurde, muss letztendlich offen bleiben, ob soziale Distanz den Eingliederungsprozess behindert oder ob eine misslungene Eingliederung die Ursache für eine ausgeprägte soziale Distanz darstellt. Zweifelsohne sind beide Wirkungsrichtungen im Sinne von Rückkoppelungseffekten von Bedeutung.

Abschließend möchte ich das Buch von Anja Steinbach trotz der kritischen Anmerkungen empfehlen, da es eine sehr gute theoretische Aufarbeitung des Themas „soziale Distanz“ liefert und in seiner Kernfragestellung, der empirischen Überprüfung von Wechselwirkungen zwischen den Gruppen der Einheimischen und der Einwanderer im Hinblick auf den Eingliederungsprozess der letzteren Gruppe, durchaus innovativ ist.

Andreas Farwick

Dokumentation und Statistik

Monitoring der Städte und Regionen

*Jörg Pohlan*¹

Ziel des ‚StadtRegionen-Monitoring‘ ist, der Leserin bzw. dem Leser regelmäßig aktualisiert einen schnellen Überblick über den gegenwärtigen demographischen und sozio-ökonomischen Strukturwandel in ausgewählten Städten und Stadtregionen der Bundesrepublik zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurden zentrale und möglichst zeitnah verfügbare Indikatoren aus den Veröffentlichungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR 2005; BBR 2004) sowie Daten aus einer Gemeinschaftspublikation der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (SÄBL 2004) aufbereitet.

Für fünf Themenbereiche werden die Strukturen im Jahre 2002/2003 und die jüngeren Entwicklungen seit 1994/1995 betrachtet:

- Bevölkerung (hier auch Prognosen bis 2020),
- Flächen- und Siedlungsentwicklung,
- Beschäftigung und Arbeitsmarkt,
- Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft sowie
- Finanzen.

Im Rahmen der Aufbereitung wird zunächst unterschieden in die administrativen Einheiten der Landkreise und kreisfreien Städte sowie nach der großräumigen Lage in den alten bzw. jungen² Ländern. Daran anschließend erfolgt eine weitere Untergliederung in unterschiedliche Raumtypen. Dazu wurden zum einen die kreisfreien Städte nach Größenklassen gruppiert, um Städtegruppen vergleichbarer Aufgaben und Funktionen betrachten zu können. Ergänzend wurden ausgewählte Stadtregionen abgegrenzt, um bei dem ‚Monitoring‘ den starken Verflechtungen zwischen Kernstädten und den Randkreisen Rechnung zu tragen (s. dazu nächster Abschnitt). Die Indikatoren werden für die 18 ausgesuchten Stadtregionen einzeln dargestellt, wobei zusätzlich unterschieden wird nach der

1 Für die engagierte Unterstützung bei der Erstellung der Tabellen und Grafiken möchte ich Bettina Schlomka und Felix Matthes ausdrücklich danken.

2 Da die aus der ehemaligen DDR hervorgegangenen fünf ‚neuen Länder‘ 15 Jahre nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten kaum mehr als ‚neu‘ benannt werden können, wird im Folgenden die Bezeichnung ‚junge Länder‘ bevorzugt.

Ausprägung des jeweiligen Indikators in der Agglomeration insgesamt sowie untergliedert nach der 'Kernstadt' und dem 'Rand'. Hierzu wurden für die Gebiete der alten und der jungen Bundesländer die jeweils größten Stadtregionen ausgewählt.

Räumliche Gliederung und Abgrenzung der Stadtregionen

Die Ballungsräume der alten Bundesländer Deutschlands sind seit mehr als vier Jahrzehnten von einem permanenten Suburbanisierungsprozess gekennzeichnet, der zu starken stadtregionalen Verflechtungen geführt hat. Dabei sind zwar die 'Grenzen' der Gemeinde bzw. der Stadt politisch, fiskalisch und administrativ von Bedeutung. Allerdings sind sie für die soziale und wirtschaftliche Struktur und Entwicklung der Stadtregionen – d.h. in erster Linie für das Verhalten der überwiegend privaten Akteure – nur von geringer Relevanz. Daher sind Stadtregionen, damit sind hier durch starke Verflechtungsbeziehungen gekennzeichnete Agglomerationen gemeint, die angemessene Ebene für die Betrachtung sozialer und ökonomischer Prozesse. Von Interesse sind dabei sowohl die interregionalen (Region-Region) als auch die intraregionalen (Kernstadt-Umland) Unterschiede der sozio-ökonomischen Strukturen und Entwicklungstrends.

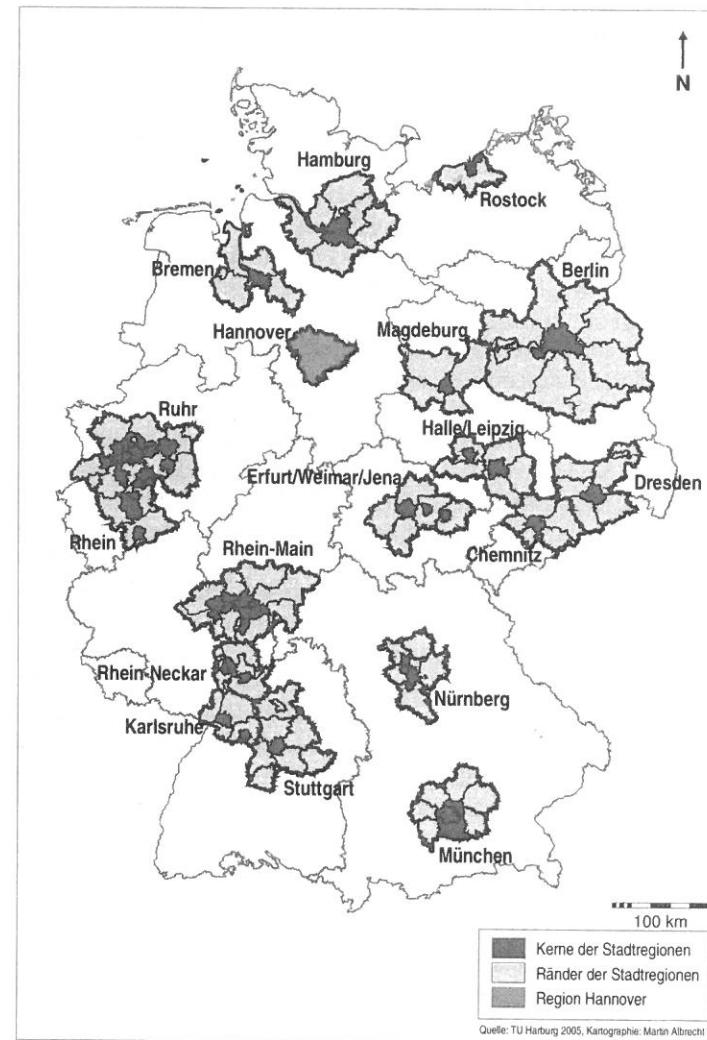
Die Frage nach der räumlichen Abgrenzung solcher Wirtschafts- und Lebensräume kann für die vergleichende Einzelbetrachtung der Stadtregionen im Rahmen des 'StadtRegionen-Monitorings' nur pragmatisch gelöst werden. Umfassendes relevantes Datenmaterial unterhalb der Ebene der Länder steht in Deutschland bisher nur auf Ebene der Kreise bundesweit aufbereitet zur Verfügung. Dargestellt werden die aktuellen demographischen und sozio-ökonomischen Entwicklungstrends in den elf größten Stadtregionen der alten und den sieben größten der jungen Bundesländer (einschließlich Berlin). In diesen Räumen konzentriert sich auf gut einem Viertel der Gesamtfläche der Bundesrepublik etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung.

Über die Gliederung und Abgrenzung der Stadtregionen³ lässt sich sicherlich diskutieren. Jedoch kann davon ausgegangen werden, dass die Einbeziehung oder der Ausschluss etwa des einen oder anderen Landkreises am Rande der

³ Die genaue Darstellung der Abgrenzung der Stadtregionen ist auf der Karte 1 (nächste Seite) und in der Übersicht 1 am Ende des Textes zu finden. Anmerkung: 2001 wurde die Region Hannover als öffentlich-rechtliche Körperschaft gegründet. Sie ist Rechtsnachfolgerin des Landkreises und des Kommunalverbandes. Viele der hier verwendeten Daten wurden ausschließlich für die Gesamtregion ausgewiesen und nicht mehr separat für den Landkreis Hannover und die Kernstadt. Daher wurden die Daten ausschließlich für die Region Hannover berechnet und dargestellt.

Zentren nichts Wesentliches an der sozio-ökonomischen Struktur und Entwicklung des jeweiligen Ballungs- bzw. Teilraumes ändert.

Karte 1: Ausgewählte Stadtregionen



Der folgende Abschnitt bietet zunächst eine Zusammenfassung zu den fünf Themenbereichen des StadtRegionen-Monitorings. In den daran anschließenden Abschnitten erfolgt eine kurze Kommentierung der einzelnen in den Tabellen ausgewiesenen Indikatoren. Die Tabellen sind im Anschluss an den Textteil aufgeführt.

Zusammenfassung

Die *quantitative Bevölkerungsentwicklung* in der Bundesrepublik Deutschland war seit der Vereinigung – bei insgesamt anhaltendem leichten Bevölkerungswachstum – von zwei dominanten Trends gekennzeichnet: Zum einen fand *großräumig* eine Ost-West-Verlagerung statt. Zum anderen war bis Mitte der 1990er Jahre *kleinräumig* generell eine deutliche Tendenz zur Dekonzentration innerhalb der ausgewählten Stadtregionen zu Gunsten der Randgebiete zu konstatieren.

Jedoch zeigen sich bei einer Betrachtung von Zeitreihendaten seit 1997/1998 deutliche Trendbrüche. Generell nimmt in den Kernstädten der hier betrachteten Stadtregionen der negative Gesamtwanderungssaldo deutlich ab, in den westdeutschen kreisfreien Städten werden (durchschnittlich) seit 1999 sogar erstmals wieder positive Salden erreicht und im Jahr 2002 auch in den ostdeutschen. Dagegen ging die Wachstumsdynamik in den Umlandkreisen der jungen Länder seit 1998 kontinuierlich zurück. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird auch dort der Gesamtwanderungssaldo negativ und 2002 liegt er sogar niedriger als in den Kernstädten. In den westdeutschen Randkreisen bleibt dagegen der Zuwanderungsüberschuss nahezu gleich bleibend hoch.

Insgesamt verzeichneten zwischen 1995 und 2002 alle westdeutschen Stadtregionen – mit Ausnahme der Region Ruhr – Bevölkerungszuwächse durch Zuwanderungen, die in einigen Fällen durch Geburtenüberschüsse verstärkt wurden. Hier vollzieht sich das stärkste Wachstum in den Randbereichen. Jedoch haben einige der Kernstädte der Stadtregionen (Bremen, Ruhr, Rhein, Rhein-Neckar) auch Bevölkerungsverluste zu verzeichnen. Dabei hat allerdings die negative Dynamik insgesamt seit Ende der 1990er Jahre stark abgenommen. Die sich ausdifferenzierenden Entwicklungen führen durch selektive Wanderungen sowie durch die unterschiedlich ausgeprägten demographischen Veränderungsprozesse zu qualitativen Veränderungen der Bevölkerungsstrukturen in den jeweiligen Teilräumen. Die anhaltenden deutlichen Wanderungsgewinne in den Rändern der westdeutschen Agglomerationen führen neben der weiteren räumlichen Ausdehnung der Stadtregionen vor allem zu einer überproportional zunehmenden Verdichtung des Umlandes der größeren Städte. Am stärksten ist dieser

Prozess in den alten Ländern in den prosperierenden Stadtregionen ausgeprägt. Dagegen verloren die ostdeutschen Stadtregionen – mit der Ausnahme Berlin/Potsdam – insgesamt an Bevölkerung. Dabei schrumpfte neben der Bevölkerung in den Kernstädten auch die Einwohnerzahl der Randkreise.

In den alten Ländern sind die strukturstarken Stadtregionen nach wie vor Hauptzielgebiete der nationalen und internationalen Zuwanderung. Führte dort in den 1990er Jahren ein moderates regionales Wachstum noch zu kontinuierlicher regionaler Expansion (Suburbanisierung, zum Teil Desurbanisierung), so zeigt sich für die hier betrachteten Untersuchungsräume eine Vielfalt von schrumpfenden, stagnierenden und wachsenden bzw. verarmenden und prosperierenden Teilgebieten bei allgemein steigender Polarisierung zwischen und innerhalb der jeweiligen Stadtregionen. Die Herausbildung dieses Musters wird sich nach den Prognoseberechnungen für den Zeitraum bis 2020 weiter verstärken.

Die *altersstrukturellen Veränderungen* sind vor allem für die Infrastrukturplanung von großer Bedeutung. Allein im Zeitraum 1995 bis 2002 hat die Zahl der Einwohner über 64 Jahre in der Bundesrepublik um über 13% zugenommen. Bis 2020 wird nach den Vorausberechnungen des BBR der Anteil der Bevölkerung ab 60 Jahre an der Gesamtbevölkerung um fast 5%-Punkte zunehmen, der Anteil der Unter-20-jährigen dagegen um über 3%-Punkte abnehmen. Besonders stark betroffen von der Alterung der Bevölkerung sind sowohl die ostdeutschen Landkreise als auch die kreisfreien Städte.

Flächen- und Siedlungsentwicklung: Die regional sehr unterschiedlich ausgeprägten und teilweise sich überlagernden demographischen und wirtschaftlichen Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsprozesse, der sich ausdifferenzierende (teilweise sich umkehrende) Verlauf der Stadt-Umland-Wanderungen sowie die Veränderung der Haushaltstrukturen führen zu vielfältigen Entwicklungen: In Westdeutschland ist neben der weiteren räumlichen Ausdehnung vor allem eine überproportionale Verdichtung des Umlandes der größeren Städte zu beobachten. Am stärksten ist dieser Prozess in den prosperierenden Stadtregionen ausgeprägt. Insgesamt hat jedoch die Dynamik beim Wohnungsbau stark abgenommen. Dies zeigt die Halbierung der Zahl der neu gebauten Wohnungen 2002 gegenüber 1998. Die starken Abwanderungen der Bevölkerung und der Arbeitsplätze in das Umland in den 1990er Jahren haben zu einer ständig steigenden Zahl der PKW geführt, insbesondere in den ostdeutschen Landkreisen.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt: Im nationalen Durchschnitt nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 1995 bis 2002 insgesamt um etwa -2% ab. Dabei zeigen sich vollkommen unterschiedliche Entwicklungen in den alten und den jungen Ländern. Während im Westen die Beschäftigung seit 1995 um gut 2% zunahm, setzte sich im Osten der dramatischer Einbruch auf

dem Arbeitsmarkt fort (-15%). Die positiven Beschäftigungseffekte in den alten Ländern sind ausschließlich durch die Entwicklungen im Dienstleistungssektor bedingt. In den alten Bundesländern fand die größte positive Beschäftigungsdynamik in den Land- bzw. Randkreisen statt, jedoch mit deutlich unterschiedlichen Entwicklungsraten in den verschiedenen Agglomerationen. Dabei hat sich generell die Dynamik in den Randkreisen deutlich abgeschwächt.

Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich auch weiterhin in den Kernstädten. Insgesamt fallen zwar die Disparitäten der regionalen Arbeitslosigkeit im Westen erheblich deutlicher aus als im Osten, wobei jedoch dort die Arbeitslosenquote 2003 im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch liegt. Auch zwischen 1995 und 2003 hat sich bei der Arbeitslosigkeit die Schere zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern weiter geöffnet. Besonders ungünstig wirkt sich dabei die Arbeitsmarktsituation und -entwicklung für Frauen und Nicht-Deutsche aus. In Ostdeutschland hat sich zudem die Problematik der Langzeitarbeitslosigkeit deutlich verschärft, was dort auch zu einer extremen Zunahme der Zahl der Sozialhilfeempfänger – seit 1995 bis 2002 um 60% – geführt hat.

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft: Die Deindustrialisierungsprozesse setzen sich in Deutschland auch zum Beginn des 21. Jahrhunderts weiter fort – mit etwas abgeschwächter Dynamik. Im Durchschnitt ging zwischen 1995 und 2002 ein Sechstel der Industriejobs verloren, allein in Ostdeutschland sind es seit 1995 weitere knapp 30%.

Die Beschäftigung im Tertiären Sektor bzw. in den Dienstleistungsberufen nimmt in den alten Ländern deutlich zu und kann hier die Verluste der Arbeitsplätze im Sekundären Sektor kompensieren. In Ostdeutschland dagegen fand auch in diesem Sektor eine deutliche Reduzierung der Arbeitsplätze statt. Dort ist ein regelrechtes Wegbrechen der wirtschaftlichen Basis zu beobachten, was in den arbeitsmarkt- und sozialstrukturellen Indikatoren deutlich zum Ausdruck kommt. In den Randgebieten der westdeutschen ausgewählten Agglomerationen verlaufen die Entwicklungen am günstigsten. Doch ist seit Mitte der 1990er Jahre die vormals deutliche stärkere Dynamik der (nachholenden) Tertiärisierung der Wirtschaft in den Randkreisen inzwischen auf das Entwicklungsniveau der Kernstädte zurückgefallen.

Die Betrachtung des Indikators für die wirtschaftliche Leistungskraft (Bruttowertschöpfung) zeigt die größte Dynamik in den südlichen und z.T. in den östlichen Bundesländern – bei letzteren jedoch vor allem in den Randkreisen und auf äußerst geringem Ausgangsniveau. Vor allem Berlin ist vom Strukturwandel und den daraus resultierenden Entwicklungen negativ betroffen. Die Bundeshauptstadt weist gleich bei einer ganzen Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren äußerst problematische Entwicklungen auf, ganz im Gegensatz zu den beiden anderen Millionenstädten München und Hamburg. Grundsätzlich

sind bei der Bruttowertschöpfung ein deutliches West-Ost-Gefälle sowie auch ein – erheblich schwächer ausgeprägtes – Süd-Nord-Gefälle zu erkennen. Dabei zeigt sich zwischen Ost- und West auch bei der Entwicklung der Wirtschaftskraft eine deutliche Divergenz – bei bereits bestehenden großen Disparitäten.

Finanzen: Für die vom soziökonomischen Strukturwandel negativ betroffenen Städte führte dieser Prozess zu einer geringen Wirtschafts- und Finanzkraft. Dabei veranschaulichen die Steuereinnahmen besonders deutlich das auch 2002 noch immense West-Ost-Gefälle. Innerhalb der verschiedenen Stadtgrößenklassen erreichen jeweils die Pro-Kopf-Steuereinnahmen in den Städten der jungen Länder lediglich etwa halb so hohe Beträge wie in vergleichbaren Weststädten. Zwar konnten die ostdeutschen Kreise insgesamt die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (2002 einschließlich der Umsatzsteuer) prozentual deutlich erhöhen, allerdings wurden diese Gewinne durch die starken Einbußen bei der Einkommensteuer – bedingt durch steuerrechtliche Änderungen, die konjunkturelle Entwicklung, Bevölkerungsverluste und höhere Arbeitslosigkeit – wieder aufgezehrt. In Westdeutschland finden die Entwicklungen der Wirtschaftskraft – gemessen in der Bruttowertschöpfung – nicht im Entferntesten einen entsprechenden Niederschlag bei der wirtschaftsbezogenen Gewerbesteuer. Insgesamt führen die Entwicklungen insbesondere in Ostdeutschland auf kommunaler Ebene zu einer drastischen Zurücknahme der Sachinvestitionen sowie zu einer erheblichen Zunahme der Verschuldung.

Bevölkerung

Für Deutschland geht die Ende 2003 vom Statistischen Bundesamt vorgelegte 10. koordinierte *Bevölkerungsvorausschätzung* bei der mittleren Variante (jährliche Zuwanderung von 200 000 Ausländern) von einer Bevölkerungsabnahme bis 2050 um etwa 7 Mio. Menschen aus. Bevölkerungsabnahme, Alterung, Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerung werden langfristig die demographische Entwicklung in Deutschland prägen. Doch vollziehen sich die Prozesse des demographischen Wandels in den Regionen Deutschlands mit unterschiedlicher Intensität und Ausrichtung, zudem treten die Entwicklungen auch zeitlich versetzt auf.

Ende des Jahres 2002 lebten in der Bundesrepublik Deutschland in 439 Kreisen knapp 82,5 Mio. Menschen (s. Tabelle 1.1). Ein Drittel der *Bevölkerung* wohnt in den kreisfreien Städten. Werden diese Städte nach Größenklassen gruppiert, so zeigt sich, dass der größte Teil (32,5%) der in den kreisfreien Städten lebenden Menschen in der ‘mittleren’ Größenklasse (100 000 bis unter

300 000 Einwohner) wohnt. Der zweitgrößte Anteil (27%) lebt in den Großstädten über 1 Mio. Einwohner (E.), d.h. in Berlin, Hamburg und München.

Unter den hier betrachteten Stadtregionen sind die bevölkerungsreichsten die Agglomerationen Ruhr (5,79 Mio. E.), Rhein (5,75 Mio. E.) sowie Berlin/Potsdam (5,0 Mio. E.).⁴ Insgesamt lebt knapp die Hälfte (40,1 Mio. E.) der Bevölkerung der Bundesrepublik in den 18 ausgewählten Stadtregionen und davon wiederum jeweils etwa die Hälfte in den Kernstädten und in den dem 'Rand' zugeordneten Kreisen.

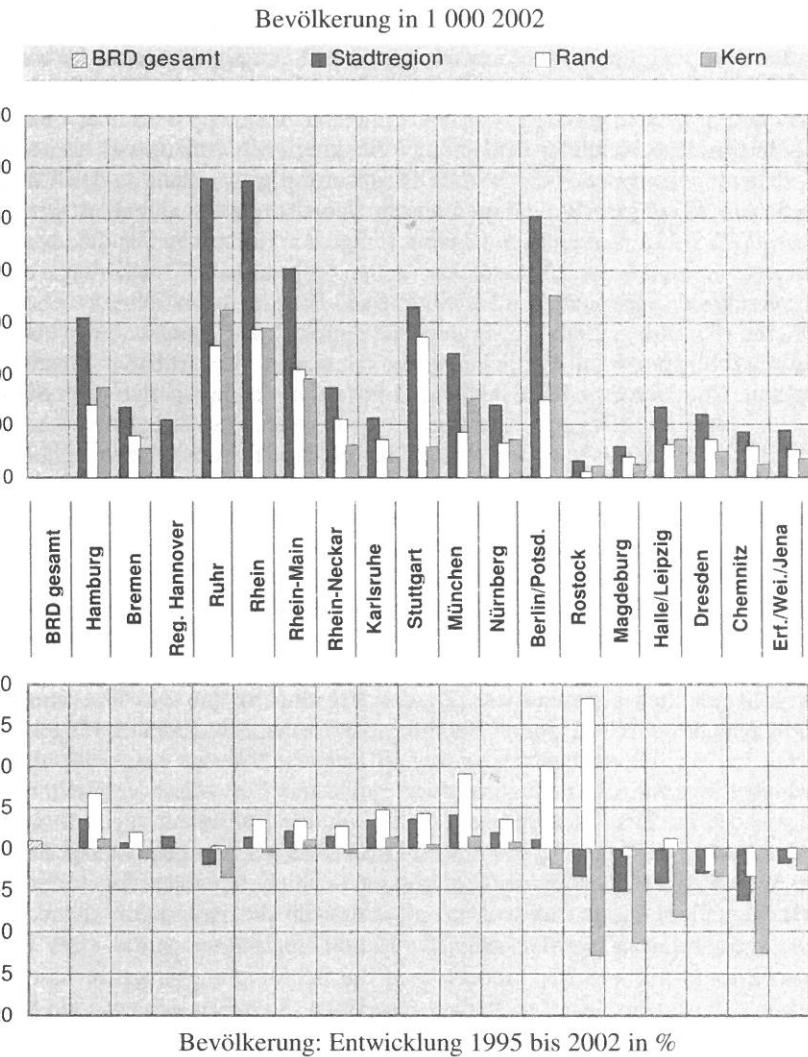
Die *Bevölkerungsdichte* liegt mit 264 Einwohnern je km² in den alten Ländern über 64% höher als in den jungen (158 E./km²), wobei sich dieser Unterschied gegenüber 2000 noch weiter vergrößert hat.

In Deutschland insgesamt fand zwischen 1995 und 2002 ein *Bevölkerungswachstum* von 0,9% statt, gegenüber 1990 um 3,5%. Somit schwächte sich die Wachstumsdynamik seit Mitte der 1990er Jahre offensichtlich deutlich ab. Darauf verbargen sich jedoch vollkommen gegenläufige Entwicklungen in Ost und West. Während die alten Länder allein seit 1995 einen Zuwachs von 2,1% zu verzeichnen hatten, verloren die jungen Länder weitere 3,6% ihrer Einwohner. Entsprechend setzte sich die seit der Vereinigung zu beobachtende Ost-West-Verlagerung der Bevölkerung auch zu Beginn des neuen Jahrtausends fort, allerdings mit deutlich abnehmender Tendenz. Während der Anteil der Einwohner der jungen Länder an der Gesamtbevölkerung Deutschlands im Jahr 1990 noch 22,8% betrug, sank er bis 2002 auf 20,6% ab.

Werden die Entwicklungen differenziert nach kreisfreien Städten und Landkreisen betrachtet, so zeigen sich auch hier sehr unterschiedliche Trends. Während in den *kreisfreien Städten* insgesamt durchschnittlich seit 1990 mit -2% eine sinkende Bevölkerungszahl zu konstatieren ist, fand in den *Landkreisen* ein deutliches Wachstum von 6,5% statt, welches sich seit 1995 deutlich abgeschwächt hat (+2,4%). Auch hier zeigen sich die vollkommen unterschiedlichen Entwicklungen in Ost und West, wobei zudem der Trend der Veränderung der Dynamik in entgegengesetzten Richtungen verläuft. Während in den kreisfreien Städten in den alten Ländern die Bevölkerungszahl 2002 gegenüber 1990 mit +0,6% nahezu konstant blieb (seit 1995: -0,7%), nahm sie in den jungen Ländern um -15,3% (seit 1995: -9%) ab. Selbst die ostdeutschen Landkreise verloren noch 4,6% ihrer Einwohner (seit 1995: -2%). In den westdeutschen Landkreise fand dagegen seit 1990 ein Wachstum von 9,3% statt, dass aber seit 1995 abnahm (+3,4%).

⁴ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden die Zahlen gerundet. Die genaueren Werte können in den Tabellen abgelesen werden.

Grafik 1: Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1995 bis 2002



In den alten Bundesländern verzeichneten die ‚Millionenstädte‘ Hamburg und München seit Mitte der 1990er Jahre ein geringfügiges Wachstum (bis 2002: +0,9%), wohingegen die Einwohnerzahl Berlins um -2,3% abnahm. Generell wiesen alle Größenklassen der kreisfreien Städte in Westdeutschland seit 1995 insgesamt – vergleichsweise geringfügige – Bevölkerungsverluste auf. Dagegen ist der Rückgang der Einwohnerzahlen in allen Stadtgrößenklassen der ostdeutschen kreisfreien Städte weiterhin erheblich. Dort schrumpfte die Bevölkerung im Zeitraum 1995 und 2002 je nach Größenklasse um knapp 4 bis über 11%.

In den ausgewählten westdeutschen Stadtregionen vollzog sich weiterhin – prozentual gemessen – die stärkste Bevölkerungsentwicklung in den Umlandbereichen, wobei jedoch auch die meisten Kernstädte ein – zumindest geringfügiges – Wachstum verzeichnen können. Einige der Kernstädte der Stadtregionen (Bremen, Ruhr, Rhein, Rhein-Neckar) haben jedoch auch Bevölkerungsverluste zu verzeichnen. Die anhaltenden Stadt-Rand-Wanderungen führten neben der weiteren räumlichen Ausdehnung der Stadtregionen vor allem zu einer überproportional zunehmenden Verdichtung des Umlandes der größeren Städte. Am stärksten ist dieser Prozess in den alten Ländern in den prosperierenden Stadtregionen ausgeprägt. Dagegen verloren die ostdeutschen Stadtregionen – mit der Ausnahme von Berlin/Potsdam – insgesamt an Bevölkerung. Extrem dynamisch entwickelte sich allein Bad Doberan, der dünn besiedelte Randkreis, der Rostock umschließt. Ansonsten schrumpfte neben der Bevölkerung in den Kernstädten – mit der Ausnahme der Region Halle/Leipzig – auch die Einwohnerzahl aller Randkreise.

Zwischen 1995 und 2002 nahm die Bevölkerungszahl im Durchschnitt der Kernstädte der Stadtregionen um -1,5% ab. Dagegen stieg die Einwohnerzahl in den Umlandkreisen um 3,3% an. Auch die hier beschriebenen Trends haben sich seit 1998 deutlich abgeschwächt. Zu den ‚Gewinnern‘ (ab 3% Wachstum seit 1995) zählen die Stadtregionen Hamburg, Karlsruhe, Stuttgart und München (s. Grafik 1). Mit der Ausnahme der Region Ruhr (-1,9%) hat keine der hier betrachteten westdeutschen Stadtregionen insgesamt Einwohner verloren. Allerdings haben die Kernstadt Bremen (-1,2%) und die Ruhr-Städte (-3,5%) weitere Verluste zu verzeichnen. In den jungen Ländern haben dagegen – außer Berlin – alle ausgewählten Stadtregionen insgesamt deutliche Bevölkerungsverluste zu verkraften. Dabei waren hiervon meistens sowohl die Kernstädte als auch die Randbereiche betroffen (Ausnahmen: Halle-Leipzig-Rand mit +1,2% sowie Rostock-Rand mit +18,2%). Jedoch sind die Schrumpfungsprozesse besonders stark in den ostdeutschen Kernstädten ausgeprägt. So haben sich etwa die Bevölkerungszahlen der Kernstädte Rostock, Magdeburg, Leipzig/Halle und Chemnitz allein seit 1995 bis 2002 um weitere -6% bis -13% reduziert.

Der *natürliche Saldo*, d.h. die Differenz aus Geburten und Sterbefällen bezogen auf 1 000 E., ist in der Bundesrepublik Deutschland 2002 insgesamt leicht negativ (-1,5 %⁵), mit stärkerer Ausprägung in den kreisfreien Städten (-1,9 %). Dabei ist für die Landkreise und kreisfreien Städte der alten Bundesländer im Durchschnitt 2002 der natürliche Saldo inzwischen mit -1 % negativ, im Jahr 1998 war er noch ausgeglichen. Geprägt wird diese Entwicklung durch den stark negativen Trend in den jungen Ländern (-3,4 %). Deutlich positive Zahlen sind allein für die Ränder der süddeutschen Stadtregionen Karlsruhe, Stuttgart und München abzulesen sowie für die Kernstädte in Rhein-Main und München. Dort ist somit das Bevölkerungswachstum durch Geburtenüberschüsse mit verursacht.

Zu dem Bevölkerungsgewinn der Bundesrepublik Deutschland haben vor allem die Wanderungsgewinne durch Ausländer beigetragen. Der *Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung*⁶ blieb dabei seit 1995 bis 2002 mit knapp 9% konstant. Jedoch ist hierbei zu berücksichtigen, dass seit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 bis 2003 mehr als 650 000 Ausländer in Deutschland eingebürgert wurden. Hinzu kommen 400 000 Kinder ausländischer Eltern, die auf Grund des Geburtsrechts die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben (Bundesregierung 2005: 338f.). Diese mehr als eine Million Menschen entsprechen gut einem Prozent der Bevölkerung. Die meisten Ausländerinnen und Ausländer leben nach wie vor in den größeren (Kern-)Städten der alten Länder. Lediglich in den ostdeutschen kreisfreien Städten hat eine nennenswerte Zunahme des Ausländeranteils um 1,4%-Punkte stattgefunden, wobei der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung dort jedoch weiterhin mit unter 4% im Vergleich zu den westdeutschen kreisfreien Städten mit gut 15% ausgesprochen niedrig liegt.

Werden die Entwicklungen des *Gesamtwanderungssaldos* (Zuzüge minus Fortzüge je 1 000 E.) seit 1995 an Hand von Zeitreihendaten betrachtet, so zeigt sich seit 1997/1998 ein deutlicher Trendbruch (s. Grafik 2). Generell hat sich in den Kernstädten der hier betrachteten Stadtregionen seitdem der negative Saldo stark verringert, in den westdeutschen Städten werden (durchschnittlich) seit 1999 sogar erstmals wieder positive Salden erreicht. Und im Jahr 2002 ist der Saldo im Durchschnitt der ostdeutschen Städte immerhin wieder nahezu ausgeglichen, in den Kernstädten der ostdeutschen Stadtregionen ist er sogar seit 2001 leicht positiv. Dagegen geht die Dynamik in den Umlandkreisen der jungen Länder seit 1998 kontinuierlich zurück und seit 2001 ist dort der Gesamtwande-

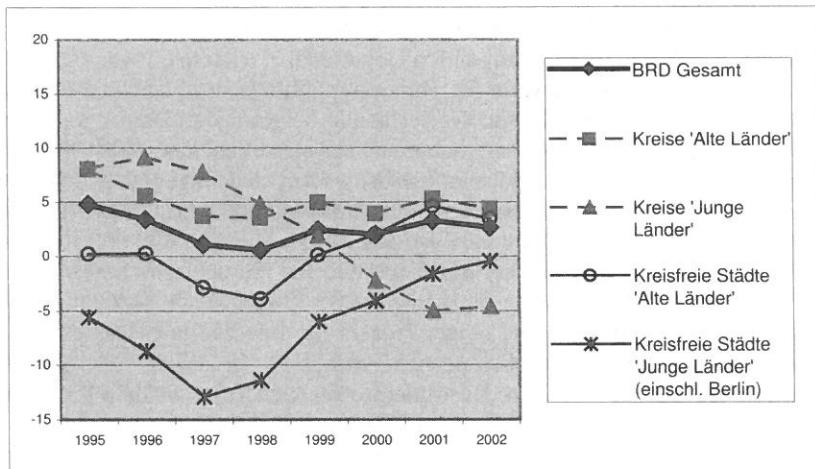
5 ‚‰‘ wird im Folgenden synonym für ‚je 1 000 Einwohner‘ verwendet.

6 Datenquelle sind in diesem Falle die Fortschreibungen der Bevölkerungsstatistiken der Statistischen Landesämter. Zur Problematik der Ausländerstatistiken vgl. den Beitrag von Werner Petrowsky im Jahrbuch StadtRegion 2001.

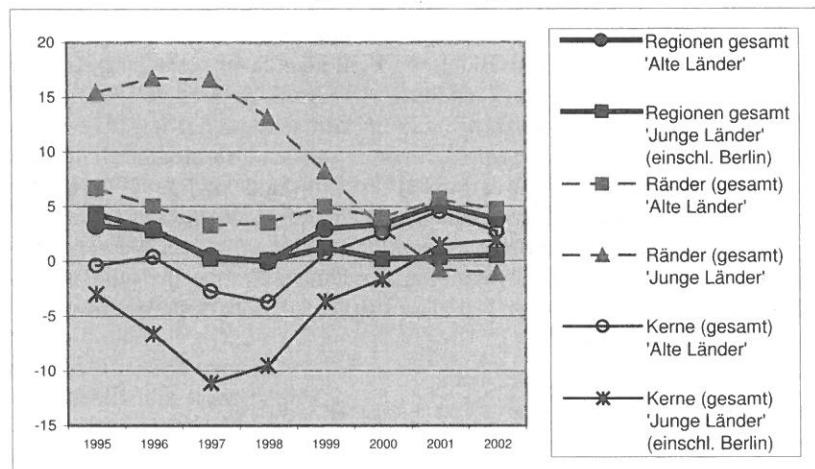
rungssaldo sogar leicht negativ. In den westdeutschen Randkreisen bleibt der Wanderungssaldo dagegen nahezu gleich bleibend positiv.

Grafik 2: Gesamtwanderungssaldo in der Bundesrepublik Deutschland 1995 bis 2002

Gesamtwanderungssaldo je 1 000 E.: Entwicklung 1995 bis 2002...
...in den Kreisen und kreisfreien Städten



...in Kernen und Rändern der ausgewählten Stadtregionen



Im Jahr 2002 ist der *Gesamtwanderungssaldo* für die Bundesrepublik insgesamt mit 2,7 %o positiv, wobei dies jedoch lediglich durch die westdeutschen Kreise und kreisfreien Städte getragen wird (s. Tabelle 1.2). In den ostdeutschen Gebieten ist er im Durchschnitt nach wie vor negativ, wobei sich jedoch – wie bereits zuvor beschrieben – ein deutlicher Trendbruch abzeichnet und sich die Entwicklungen dort ausdifferenzieren. In den kreisfreien Städten der jungen Länder lag der Saldo 1999 in den Städten über 100 000 bis 300 000 E. bei -20 %o, bis 2002 ist er auf -4,9 %o zurückgegangen. Noch vergleichsweise sehr hoch ist bei der Betrachtung der Kernstädte der ausgewählten ostdeutschen Stadtregionen der negative Gesamtwanderungssaldo in Chemnitz ausgeprägt (-6,6 %o). Dagegen verzeichnen die ostdeutschen Kernstädte Halle/Leipzig, Erfurt/Weimar/Jena und vor allem Dresden (+5 %o) 2002 wieder Wanderungsgewinne. Außer in den Stadtregionen Berlin/Potsdam und Rostock wiesen 2002 alle der hier betrachteten Umlandbereiche in den jungen Ländern deutlich negative Wanderungssalden auf, wohingegen die Umlandkreise der westdeutschen Stadtregionen weiterhin hohe Wanderungsgewinne verzeichnen. Bezuglich des Stadt-Umland-Verhältnisses ist zumindest im Falle der ostdeutschen Stadtregionen eine deutliche Trendwende zu beobachten: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Dekonzentrationsprozesse zu Gunsten des Umlandes zum Erliegen gekommen, wobei gleichzeitig die Dynamik der Abwanderung in den ostdeutschen Kernstädten deutlich zurückgegangen ist.

Der *Außenwanderungssaldo* (Zuzüge minus Fortzüge über die Grenzen der Bundesrepublik je 1 000 E.) ist vor allem durch die Zu- und Abwanderung von ausländischer Bevölkerung geprägt. Der Saldo ist für die Bundesrepublik insgesamt nach wie vor positiv und auch von entscheidender Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung. Durch die starke Außenwanderung wurde der negative Trend bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung seit 1995 im Durchschnitt der Landkreise und kreisfreien Städte mehr als kompensiert. Zu den 'Gewinnern' bezogen auf den Außenwanderungssaldo im Jahr 2002 gehören im Durchschnitt alle Kreise und kreisfreien Städte und auch fast alle der hier betrachteten Stadtregionen, wobei jedoch die Entwicklungen intraregional sehr unterschiedlich ausfallen. Deutlich positive Werte (>+5 %o) für diesen Saldo zeigen sich vor allem für Bremen, für die süddeutschen Kernstädte München und Karlsruhe sowie für Erfurt/Weimar/Jena.

Der *Binnenwanderungssaldo* (Zuzüge minus Fortzüge innerhalb der Bundesrepublik je 1 000 E.) gilt als ein Indikator für regionale Disparitäten und kennzeichnet die Anziehungskraft bzw. die Benachteiligung von (Teil-)Regionen. Bei der Betrachtung dieses Indikators zeigt sich im Jahr 2002 – im Gegensatz zu 1998 – kein genereller Trend mehr zu Gunsten der Landkreise und zu Ungunsten der kreisfreien Städte. Während in den westdeutschen Regionen die

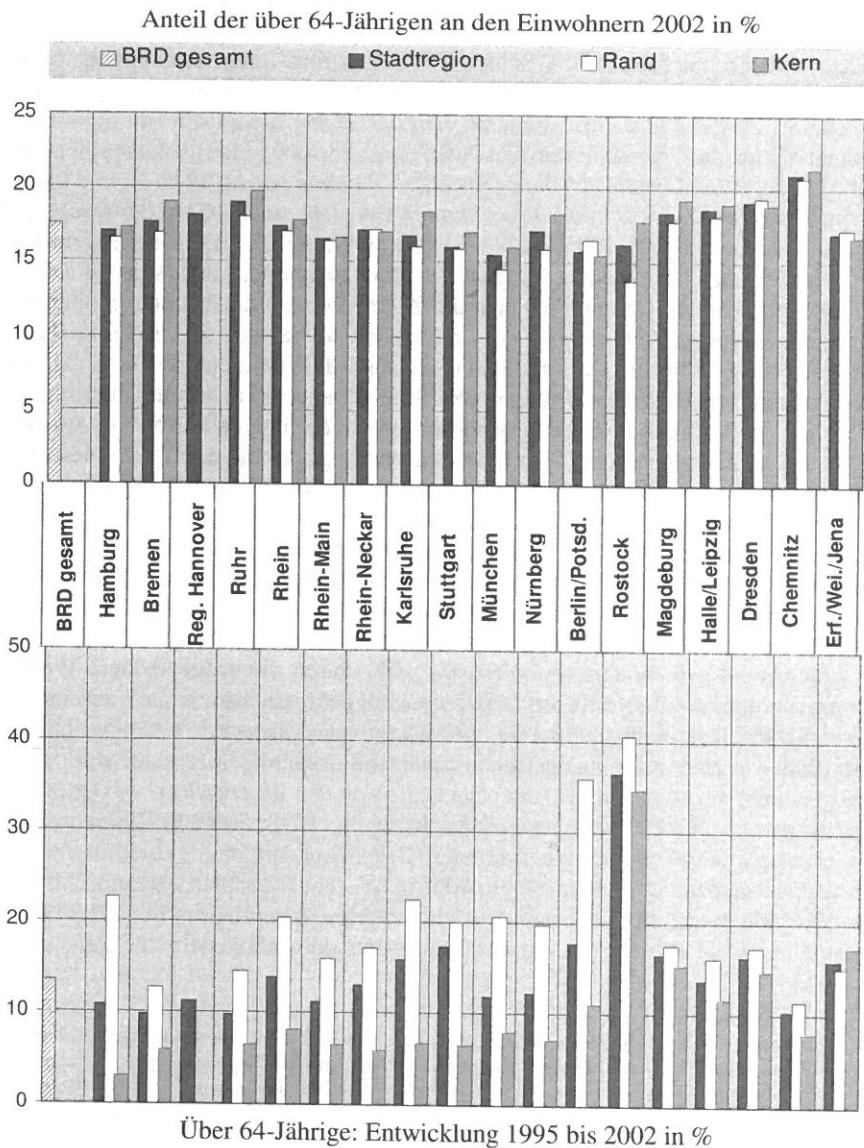
Umlandkreise nach wie vor Binnenwanderungsüberschüsse verzeichnen, gewinnen hier nun gleichzeitig auch viele Kernstädte (Ausnahmen sind die Kernstädte der Regionen Ruhr, München und Karlsruhe). In den ostdeutschen Stadtregionen zeigen dagegen – mit der Ausnahme der Randkreise um Berlin und Rostock – auch alle Umlandgebiete erhebliche Binnenwanderungsverluste. Konnten diese Umlandkreise 1998 im Durchschnitt noch einen Binnenwanderungsgewinn von 12,6 % verzeichnen, so wiesen sie 2002 Verluste von -2,2 % auf. Dagegen nahmen die Binnenwanderungsverluste der hier betrachteten Kernstädte von 1998 -15,5 % auf 2002 -1,7 % ab.

Entsprechend spiegeln sich die oben beschriebenen Entwicklungen auch in den Altersstrukturen und deren Veränderungen wider. In den Landkreisen der alten Länder liegt 2002 durchschnittlich der *Anteil der Einwohner bis unter 18 Jahre* mit gut 20% um 3,5%-Punkte höher als in den kreisfreien Städten, in den jungen Ländern liegt er entsprechend mit gut 16% um 2%-Punkte höher. Generell gilt: je größer die Städte, desto geringer der Anteil der jungen Bevölkerung. Auch verlief die *Entwicklung der Zahl der Einwohner bis unter 18 Jahren seit 1995* – bei einer durchschnittlichen Abnahme um über 4% – wieder extrem gegenläufig in Ost- und Westdeutschland. Während in den alten Ländern insgesamt noch eine geringfügige Zunahme um gut 1% zu verzeichnen war, nahm die Zahl der unter 18-jährigen in den jungen Ländern um über 23% ab, in den kreisfreien Städten betrug die Entwicklungsraten sogar -32%. Besonders stark negativ betroffen sind die kleineren und mittelgroßen Städte in Ostdeutschland. Lediglich in den Randgebieten der westdeutschen Stadtregionen hat durchschnittlich die Zahl der bis 18-Jährigen noch um 3% zugenommen.

Besonders deutlich wird die problematische Entwicklung der Alterstruktur der deutschen Bevölkerung auch bei der Betrachtung der Altersgruppe der 25 bis 29-Jährigen, die die Effekte des „Pilleknicks“ widerspiegelt. In dieser Gruppe ging die Zahl der Bevölkerung allein zwischen 1995 und 2002 in den ostdeutschen Ländern um knapp 28% zurück, in den westdeutschen um knapp 31%.

Der *Anteil der Einwohner über 64 Jahre* liegt 2002 im Durchschnitt der Landkreise und kreisfreien Städte bei 17,5%. Die *Zahl der Einwohner über 64 Jahren* nahm seit 1995 in den jungen Ländern mit 16,6% inzwischen sogar deutlich stärker zu als in den alten mit 12,6%. Dabei ist der Zuwachs der älteren Bevölkerung in den West-Landkreisen mit 16,1% deutlich höher als in den kreisfreien Städten (+6,1%). In Ostdeutschland findet die Alterung in beiden Raumtypen nahezu gleich hoch ausgeprägt statt. Besonders hoch liegt die Zunahme mit 21,5% in den Randgebieten der ostdeutschen ausgewählten Stadtregionen (s. Grafik 3).

Grafik 3: Komponenten des demographischen Wandels



Flächen- und Siedlungsentwicklung

Die regional sehr unterschiedlich verlaufenden und sich überlagernden demografischen und wirtschaftlichen Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsprozesse, der sich ausdifferenzierende Verlauf der Stadt-Umland-Wanderung sowie die ständig steigenden Ansprüche bezüglich der *Wohnfläche* (in m² je E.) – mit bedingt durch die Zunahme der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte – spiegeln sich ebenso in der *Anzahl der fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden* 2002 wie in der *prozentualen Entwicklung der Zahl der fertiggestellten Wohnungen* von 1995 bis 2002 wider (s. Tabelle 2). Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner stieg in der Bundesrepublik allein seit 1995 um 3,2 m² auf 40 m² an. Generell nehmen die Zuwächse mit zunehmender Stadtgröße ab. Ausnahme ist Berlin mit +3,1 m². Während bei der durchschnittlichen Wohnfläche 2002 für die Kernstädte in den ausgewählten Stadtregionen der alten und jungen Länder mit jeweils knapp 38–39 m² keine nennenswerten Unterschiede zu beobachten sind, liegt sie in den Randkreisen der jungen Länder um etwa 4 m² niedriger als in den alten (40 m²). Am ‘großzügigsten’ (ab 42 m²) wohnen die Einwohner der Randkreise in den Stadtregionen Bremen, Rhein-Neckar, Karlsruhe und Nürnberg. Über die geringste durchschnittliche Fläche (<36 m²) verfügen dagegen die Einwohner der Randkreise von Leipzig/Halle, Dresden und Chemnitz sowie der Kernstädte Rostock und Hamburg. Insgesamt ist jedoch in den östlichen Bundesländern die Pro-Kopf-Fläche seit 1995 mit 5 m² nahezu doppelt so stark angestiegen wie in den westlichen.

Dieses stärkere Wachstum wurde bis 1997 durch das relativ höhere Wohnbauvolumen in den jungen Ländern ermöglicht, ist jedoch auch zu einem wesentlichen Teil durch die starken Bevölkerungsverluste mit bedingt⁷. Denn seit 1998 wurde der Wohnungsbau in der Bundesrepublik insgesamt stark zurückgefahren, am stärksten in Ostdeutschland. Von den im Jahr 2002 in Deutschland insgesamt 253 700 neu gebauten Wohnungen (1998: 500 000 Wohnungen) entfielen knapp 84% auf die alten Länder. Gegenüber 1995 haben sich die Zahlen der neu gebauten Wohnungen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland mindestens halbiert. In einigen ostdeutschen Stadtregionen betrug der Rückgang sogar über 70%. Damit liegt inzwischen in den jungen Ländern die *Zahl der*

⁷ Da die zur Verfügung stehende Wohnfläche einer Gemeinde auf die dort gemeldete Wohnbevölkerung bezogen wird, können insbesondere bei starken Bevölkerungsverlusten Verzerrungen entstehen, die die Aussagkraft dieses Indikators stark beeinträchtigen. Denn in die Berechnungen fließen auch die nicht vermieteten bzw. zum Verkauf stehenden Wohnflächen mit ein, sodass bei großen Leerständen die statistisch dem Einwohner zur Verfügung stehende Fläche künstlich hochgerechnet wird, obwohl sie von den Einwohnern nicht genutzt wird. Dies muss bei der Interpretation der Werte mit berücksichtigt werden.

fertiggestellten Wohnungen je 1 000 Wohnungen des Bestandes mit knapp 9 % (1998: 15 %) unter dem Wert für Westdeutschland (knapp 10 %).

Der Schwerpunkt des Wohnungsbaus lag nach wie vor in den Landkreisen. Dort wurden 2002 gut 196 000 (1998: 372 000) Wohnungen erstellt. Intraregional ist zwischen 1995 und 2002 der stärkste Rückgang in den ostdeutschen Kernstädten zur beobachten (-67%). Bezogen auf den Bestand fand in den Stadtregionen die stärkste verbliebene Dynamik 2002 in den Randkreisen (knapp 11 %) und hier vor allem in den jungen Ländern (über 13 %) statt. Da jedoch gerade in den Umlandkreisen Ostdeutschlands der Wanderungssaldo seit 1995 kontinuierlich zurückgegangen ist und 2002 sogar die Zahl der Fortzüge die Zahl der Züge übertrifft, zeigt sich hier offensichtlich eine Fehlentwicklung auf dem Wohnungsmarkt durch eine Überproduktion von Wohnraum. Insgesamt fand für 2002 die größte Dynamik (>15 %) in den Rändern der Stadtregionen München, Berlin/Potsdam und Rostock statt.

Erheblich sind auch die intra- und interregionalen Disparitäten bei den *Baulandpreisen in € je m²* (gemittelte Werte für die Jahre 2000 bis 2002). Mit durchschnittlich 134 € je m² liegen sie in den alten Ländern um das Dreifache höher als in den jungen Ländern (44 € je m²). Werden zunächst die Werte für die verschiedenen Größenklassen der kreisfreien Städte betrachtet, so zeigt sich zum einen der deutliche Anstieg des Preisniveaus mit zunehmender Stadtgröße. Zum anderen steigen die Preisunterschiede zwischen den alten und den jungen Ländern, je kleiner die Städte sind. In den Kernen der ausgewählten Stadtregionen in den alten Ländern sind die Baulandpreise mit durchschnittlich 312 € je m² um das 1,7fache höher als in den Landkreisen (185 € je m²), in den jungen Ländern liegen in den Kernstädten die Baulandpreise mit 94 € auf weniger als einem Drittel des Westniveaus. Die Umlandkreise in Ostdeutschland bieten Bauland zu 42 € je m² an, was etwa 45% des durchschnittlichen Preisniveaus in den alten Ländern (94 €) entspricht.

Den Zusammenhang zwischen der Siedlungsstruktur und der Verfügbarkeit von Automobilen wird an der *Zahl der Pkw je 1 000 Einwohner* in den verschiedenen Raumtypen deutlich. Im Jahr 2002 betrug der Wert in der Bundesrepublik durchschnittlich 541 % und lag mit 571 % in den Landkreisen erheblich höher als in den kreisfreien Städten (482 %). Dabei verfügt inzwischen auch in den jungen Ländern bereits fast jede zweite Person (491 %; im Jahr 2000: 454 %) über einen PKW. Der Bestand hat in der Bundesrepublik insgesamt seit 1995 um gut 12% zugenommen. Generell gilt, dass die Zahl der Pkw außerhalb der Kernstädte erheblich höher ist. So lässt sich auch mit knapp 15% eine deutlich stärkere *Zunahme der PKW-Zahlen 1995 bis 2002* in den Landkreisen gegenüber den kreisfreien Städten mit 5% beobachten. Dabei war mit knapp 20% die Dynamik in den Landkreisen der jungen Länder am größten ausgeprägt, wohingegen dort

in den kreisfreien Städten sogar eine Abnahme der PKW-Zahl um knapp 6% zu beobachten war. Auch hier liegt der wesentliche Grund für diese Entwicklung im Rückgang der Bevölkerung. Der Bedarf an individueller Mobilität steigt offensichtlich besonders stark in den Landkreisen insgesamt und in den Umlandbereichen der Stadtregionen an. Während in den Kernen der ausgewählten westdeutschen Stadtregionen die Zunahme der Anzahl der zugelassenen PKW bei durchschnittlich gut 5% lag, betrug sie in den Randgebieten sogar 16%.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

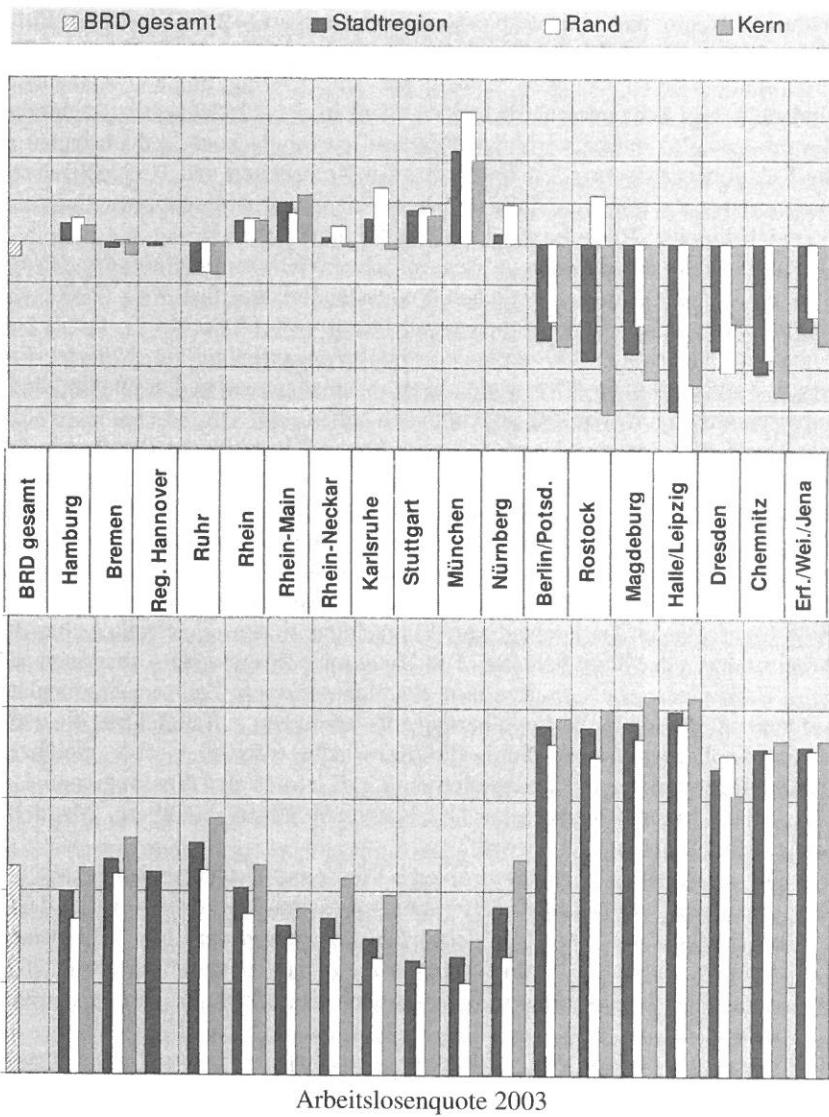
Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten⁸ insgesamt sank seit 1995 bis 2002 im Durchschnitt der Bundesrepublik um knapp 2% auf 27,6 Mio. (s. Tabelle 3.1). Dabei waren wiederum die Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland gegenläufig. Während in den alten Ländern die Zahl der Beschäftigtenfälle zwischen 1995 und 2002 um knapp 2% zunahm⁹, spiegelt die Abnahme in den östlichen Ländern um über 15% (1990 bis 2000: -38,4%) den Einbruch auf dem Arbeitsmarkt nach der Wiedervereinigung wider.

Konnten die größeren westdeutschen Städte (>500T E.) deutliche Beschäftigungsgewinne von über 3% verzeichnen, so waren die Verluste in allen Stadtgrößenklassen der jungen Länder ganz erheblich (-11 bis -19%).

Kleinräumig differenziert betrachtet zeigen sich die größten Einbußen für die ostdeutschen Kernstädte der Stadtregionen Rostock, Halle/Leipzig und Chemnitz (>-15%) sowie für den Rand von Halle/Leipzig (-25%) (s. Grafik 4). Insbesondere auch die Kernstädte Berlin und Potsdam verloren weitere 12% ihrer Beschäftigtenfälle. Somit setzte sich zwischen 1995 und 2002 die Erosion der Beschäftigung weiter fort – wenn auch mit etwas geringerer Dynamik.

Grafik 4: Beschäftigtenentwicklung und Arbeitslosigkeit in den ausgewählten Stadtregionen

SV Beschäftigte insgesamt: Entwicklung 1995 bis 2002 in %



8 Erfasst werden hierbei ausschließlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, genauer: Beschäftigtenfälle. Das bedeutet, dass Personen mit mehreren Beschäftigungen mehrfach gezählt werden. Nicht berücksichtigt werden Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterlagen bzw. keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung bezahlten. Somit werden nach eigenen Berechnungen für das Jahr 2000 etwa 72 % aller Erwerbstätigen erfasst (vgl. Pohlan 2004: 206).

9 Zu einem Teil ist dieses Wachstum auch auf die Neuregelung der so genannten 400 €-Jobs zurückzuführen, die seit April 1999 sozialversicherungspflichtig sind und erst seitdem in die Beschäftigtendaten mit einberechnet wurden.

In den alten Ländern zeichnet sich auch bei der Beschäftigung eine Tendenz ab, bei den Entwicklungen in den Teilläufen der Stadtregionen. So hat etwa gegenüber den Entwicklungen zwischen 1990 und 2000 (vgl. Pohlan 2003: 172) die Dynamik seit 1995 in den Kernstädten deutlich zugenommen bzw. ist überhaupt wieder positiv. Besonders auffallend ist diese Tendenz für die Kernstädte der Regionen Rhein, Rhein-Main und Stuttgart (+2,6 bis +5,8%). Ein mit über +10% noch erheblich höheres Wachstum hat in dem Kerngebiet von München stattgefunden. Dagegen verläuft die Entwicklung in den westdeutschen Umlandkreisen sehr uneinheitlich. Vor allem in den süddeutschen Regionen ist das prozentuale Wachstum in den Randkreisen relativ hoch, jedoch haben sich die Relationen zwischen den Dynamiken in Kernstädten und Umlandkreisen zu Gunsten der Zentren verändert. Auch bei der Beschäftigtenentwicklung zeigt sich vielfach eine „Renaissance der Städte“ (Läpple 2004).

Der *Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten* liegt im Jahr 2002 in den östlichen Bundesländern mit fast 50% (2000: 48%) deutlich höher als in den westlichen mit knapp 44% (2000: 43%). Dabei hat in den alten Ländern die *Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen seit 1995* um knapp 5% zugenommen, wohingegen sie in den jungen Ländern durchschnittlich um über -9% abgenommen haben.

Der *Saldo der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Pendler je 1 000 Beschäftigte 2000* (Einpendler minus Auspendler je 1 000 Beschäftigte) charakterisiert das Angebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung. Dabei wird besonders deutlich, dass die Kernstädte die Arbeitsplätze insbesondere auch für die Bevölkerung der jeweiligen Umlandkreise bereitstellen. Dieser Sachverhalt ist zum Teil durch die Wohnsuburbanisierung mit bedingt, bei der viele Menschen in das Umland von Kernstädten ziehen, gleichzeitig aber ihren Arbeitsplatz in der Stadt behalten. Die Landkreise (insgesamt) – aber auch sämtliche Umlandbereiche – weisen eine deutlich geringere Zahl an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung auf. Besonders auffallend tritt die zentrale Arbeitsplatzversorgung durch die Kernstädte (>250 %) – bei gleichzeitig starken Defiziten im Umlandbereich (>-250 %) – in den Stadtregionen Hamburg, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Karlsruhe, München, Nürnberg, Magdeburg sowie Erfurt/Weimar/Jena hervor¹⁰.

Die massiven Arbeitsmarktprobleme West- und Ostdeutschlands haben Anfang des neuen Jahrtausends noch einmal zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Die *Zahl der Arbeitslosen insgesamt* lag 2003 bei etwa 4,06 Mio. Personen. Gegenüber 2001 ist dies eine Zunahme um etwa 270 000 Personen. Über 2 Mio. arbeitslose Menschen leben 2003 in den ausgewählten

10 Wobei anzumerken ist, dass auf Grund der Abgrenzung der Stadtregionen auf Kreisebene keine exakte Vergleichbarkeit der Stadtregionen möglich ist.

Stadtregionen, wobei sich in den alten Ländern die Arbeitslosigkeit überproportional in den Kernstädten konzentriert, während sie in den jungen Ländern sowohl in den Kernstädten, den Umlandkreisen und auch den übrigen Kreisen ähnlich dramatische Ausmaße angenommen hat. Das zeigt auch die Höhe der *Arbeitslosenquoten* (Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen in%) (s. Grafik 4).

Auch 13 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Arbeitsmarktsituation immer noch deutlich durch Ost-West-Disparitäten gekennzeichnet. Während Mitte 2003 die Arbeitslosenquote in den alten Ländern bei 9% (2001: 7,7%) liegt, beträgt sie in den jungen Ländern 19,3% (2001: 18,2%). Insgesamt fallen die Disparitäten der regionalen Arbeitslosigkeit im Westen erheblich ausgeprägter aus als in den jungen Ländern. So liegt die Quote in der süddeutschen Stadtregion München bei 6,5% (2001: 4,3%), in Stuttgart sogar nur bei 6,3% (2001: 4,9%). Dagegen erreicht die Arbeitslosenquote in den besonders stark von der Erosion der traditionellen industriellen Basis geprägten Stadtregionen Ruhr 12,7% (2001: 11,6%) und in Bremen 11,7% (2001: 11,2%). In den ausgewählten ostdeutschen Stadtregionen liegen die Zahlen zwischen etwa 17 und 20% (2001: 16 bis 19%). Überlagert von dem noch erheblich stärker ausgeprägten West-Ost-Gefälle zeigt sich bei der Betrachtung der Arbeitslosenquoten in den Regionen der alten Länder ein deutliches Süd-Nord-Gefälle.

In Deutschland hat die Arbeitslosenquote zwischen 1995 und 2003 im Durchschnitt um gut 1%-Punkt zugenommen, wobei sie jedoch in den alten Ländern nahezu stagnierte (+0,2%-Punkte) während sie in den jungen um +4,8%-Punkte anstieg. Besonders stark betroffen waren hierbei in Ostdeutschland die kreisfreien Städte mit +5,7%-Punkte sowie Berlin (+6,3%-Punkte). Allein in der Bundeshauptstadt waren 2003 fast 290 000 Menschen als arbeitslos registriert, was einer Quote an den Erwerbspersonen von knapp 20% entspricht.

Von den gravierenden Problemen des Arbeitsmarktes sind besonders auch die Frauen betroffen. Der *Anteil der Frauen an den Arbeitslosen* liegt 2003 in Ostdeutschland – bei deutlich höherer Arbeitslosigkeit insgesamt – in den Landkreisen mit 52% um gut 7%-Punkte höher als im Westen. In den kreisfreien Städten liegt der Frauenanteil mit 48% ebenfalls gut 7%-Punkte höher als in den alten Ländern. Am niedrigsten sind die Anteilswerte in den Kernen der größeren Städte in den alten Ländern und am höchsten in den Randgebieten der ausgewählten ostdeutschen Agglomerationen. Im Durchschnitt der gesamten Bundesrepublik betrug von 1995 bis 2003 die *Zunahme der Zahl der arbeitslosen Frauen* 8,8% (1993 bis 2001: 0,4%). Dabei nahm die Zahl der arbeitslosen Frauen in den alten Ländern mit 9,8% noch deutlich stärker zu als in den jungen (7,5%). Doch verliefen die Entwicklungen in den verschiedenen Teilläufen sehr unterschiedlich. So nahm etwa im Durchschnitt der Kerne der ausgewählten ostdeut-

schen Stadtregionen die Zahl der arbeitslosen Frauen um knapp 17% zu, in Berlin/Potsdam sogar um 25%. In Westdeutschland wurden extrem hohe Entwicklungsraten für den Rand von Hamburg (+34%) sowie für München (Kern: +36%; Rand: +43%) identifiziert. In einigen ostdeutschen Kernstädten hat jedoch die Zahl der arbeitslosen Frauen auch deutlich abgenommen (Magdeburg: -6,6%; Chemnitz: -10%; Rostock: -13%). Grundsätzlich ist für Ostdeutschland zu vermuten, dass eine steigende Zahl der arbeitslosen Frauen in die so genannte stille Reserve¹¹ abgedrängt wird. Darauf verweist auch der starke Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger in den jungen Ländern in im Zeitraum 1995 bis 2002.

Der Anteil der ausländischen Arbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt (s. Tabelle 3.2) konzentriert sich – entsprechend dem Anteil an der gesamten Bevölkerung – in den kreisfreien Städten und nimmt mit der Stadtgröße zu. Während dieser Anteil in den Städten der alten Länder bei knapp 23% liegt, erreicht er im Osten (ohne Berlin) lediglich knapp 4%. Die Zunahme der Zahl der ausländischen Arbeitslosen seit 1995 lag im Durchschnitt bis 2002 bei 24,5%¹². Dabei fiel in den alten Ländern die Zunahme der ausländischen Arbeitslosen wiederum gegenüber den Landkreisen mit 15,5% überproportional hoch in den kreisfreien Städten (21%; ohne Berlin mit einer Zunahme von 48%) – und in diesem Raumtyp wiederum mit zunehmender Stadtgröße – höher aus (Millionenstädte: 37%). Ausnahme ist hierbei die Gruppe der westdeutschen Städte über 500 000 bis 1 Mio. Einwohner (+11%). In den Landkreisen der jungen Länder hat sich die Zahl der ausländischen Arbeitslosen mehr als verdoppelt, im Durchschnitt der kreisfreien Städten sogar mehr als verdreifacht – jedoch, wie bereits beschrieben, auf sehr geringem Ausgangsniveau. Bei der Betrachtung der ausgewählten westdeutschen Stadtregionen zeigt sich die mit Abstand extremste Entwicklung für die Randkreise Hamburgs (+64%).

Vergleichsweise wenig ausgeprägt sind die Unterschiede bei dem Anteil der Langzeitarbeitslosen. Er beträgt im Durchschnitt der Bundesrepublik knapp 37% und liegt inzwischen mit über 43% in den jungen Ländern um 6%-Punkte höher als in den alten. Vier Jahre zuvor war das Verhältnis noch umgekehrt: 1999 lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen mit 37,1% in den alten Ländern noch knapp 4,5%-Punkte höher als in den jungen. Am höchsten liegen die Werte in Westdeutschland in den bereits seit längerem von der Erosion der traditionellen industriellen Basis geprägten Stadtregionen Bremen (37%) und Ruhr (41,5%). In der

11 Zur 'stillen Reserve' werden nicht erwerbstätige Personen gezählt, die zwar nicht beim Arbeitsamt registriert sind, aber in einer anderen Lebensphase oder einer besseren Konjunkturphase eine Arbeit aufnehmen würden.

12 Besonders hoch liegt zwar die Entwicklungsrate für die jungen Länder (+43 %). Jedoch ist hier das äußerst niedrige Ausgangsniveau zu beachten. Dadurch erreichte der Anteil der ausländischen an der gesamten Bevölkerung in den jungen Ländern 2002 gerade einmal 4,5 % (alte Länder: 10,1 %).

prosperierenden Region München dagegen liegt der Anteil der seit über einem Jahr Arbeitslosen an der dort sehr niedrigen Zahl der Arbeitslosen insgesamt lediglich bei knapp 23%.

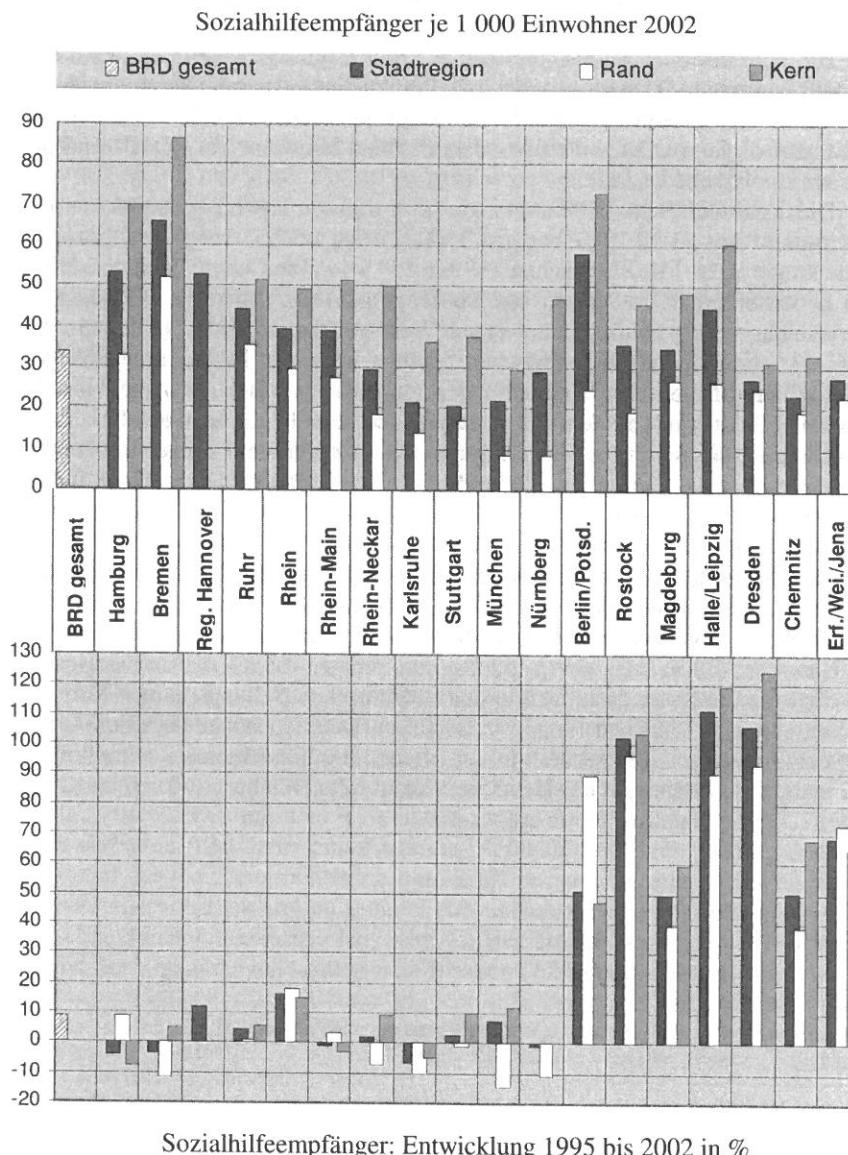
Die Zahl der Sozialhilfeempfänger je 1 000 E. gibt grobe Hinweise auf das Ausmaß von Armut. Dabei steht die Sozialhilfedichte in starkem Zusammenhang mit struktureller Arbeitslosigkeit, da sie mit Dauerarbeitslosigkeit verbunden ist. Somit gibt dieser Indikator in besonderem Maße Hinweise auf sozial- und arbeitsmarktpolitische Bedarfe.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger je 1 000 E. lag im gesamtdeutschen Durchschnitt am 31.12.2002 bei gut 33 % (1998: 35 %). Insgesamt bezogen somit knapp 2,76 Mio. Menschen (1998: 2,9 Mio. Menschen) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen). Im Osten der Bundesrepublik erreicht die Sozialhilfedichte einen Wert von knapp 39 % (1998: 36 %; 1995: 23 %) und ist damit inzwischen deutlich höher als in den alten Ländern (32 %). Die differenzierte Betrachtung zeigt zunächst, dass der Anteil in den kreisfreien Städten mit 53 % mehr als doppelt so hoch liegt wie in den Landkreisen (23 %). Auch steigt die Konzentration der Sozialhilfeempfänger mit zunehmender Stadtgröße deutlich an. In den Städten über 500 000 E. beziehen durchschnittlich 57 Personen je 1 000 E. Hilfe zum Lebensunterhalt, in den Millionenstädten liegt der Anteil sogar bei 64 %.

Für die ausgewählten Agglomerationen zeigt sich zunächst für die alten Länder bei der Sozialhilfedichte ein deutliches Süd-Nord-Gefälle (s. Grafik 5), d.h. die Werte liegen mit Abstand am höchsten in den norddeutschen Stadtregionen Hannover (53 %), Hamburg (53 %) und Bremen (66 %).¹³ Am niedrigsten sind dagegen die Konzentrationen in den süddeutschen Ballungsräumen Karlsruhe, Stuttgart und München (knapp über 20 %). Deutlich höher liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger generell in den Kernen der betrachteten Stadtregionen. Hier weisen wiederum die norddeutschen Kernstädte Hamburg (70 %) und Bremen (87 %) die höchsten Werte auf.

13 Jedoch ist eine eindeutige Interpretation der regionalen Ausprägung des Anteils der Sozialhilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung problematisch, da sie von einer Reihe schwer zu quantifizierender Faktoren beeinflusst wird. Dazu gehören zum einen etwa regionale Unterschiede im Inanspruchnahmeverhalten, zum anderen gibt es unterschiedliche Unterstützungsmodelle.

Grafik 5: Sozialhilfedichte in den ausgewählten Stadtregionen



Durch die extreme *Zunahme der Zahl der Sozialhilfeempfänger* seit 1995 haben die Stadtregionen in den jungen Ländern bezüglich der Sozialhilfedichte inzwischen „Westniveau“ erreicht. Dabei hat die Zahl der Sozialhilfeempfänger in vielen westdeutschen Städten 2002 gegenüber 1995 sogar geringfügig abgenommen, während sie gleichzeitig in den ostdeutschen dramatisch zugenommen hat. Im Durchschnitt der ostdeutschen kreisfreien Städte hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger nahezu verdoppelt (+86%). Selbst in den Landkreisen nahm die Zahl um 60% zu.

Diese Entwicklung ist auch durch das Auslaufen von Übergangsregelungen und durch die Annäherung der formalen Bedingungen zwischen Ost und West bedingt, jedoch im Wesentlichen das Resultat der dramatischen Verluste der Arbeitsplätze durch die regelrechten Deökonomisierungsprozesse, die in Ostdeutschland stattgefunden haben (vgl. Hannemann 2003).

Die stärkste Zunahme (über 50%) ist in den ostdeutschen kreisfreien Städten bis 100 000 E. (78%) und in der Gruppe bis 500 000 E. (138%) zu beobachten. Am ungünstigsten verlief die Entwicklung in den Stadtregionen Rostock, Halle/Leipzig und Dresden, in denen sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger verdoppelte (Zunahme zwischen 90 und 125%). Besonders ungünstig verlief die Entwicklung auch in den ostdeutschen Randkreisen (75%). Eine deutliche Abnahme der Zahl der Sozialhilfeempfänger ($\geq -10\%$) konnten lediglich die Randbereiche der westdeutschen Stadtregionen Bremen, Karlsruhe, München sowie Nürnberg verzeichnen (s. Grafik 5).

Die Zahl der *weiblichen Sozialhilfeempfänger je 1 000 Frauen* liegt im Gesamtdurchschnitt leicht höher als bei der Sozialhilfedichte bezogen auf die Gesamtbevölkerung. Hier spiegelt sich u.a. auch der hohe Anteil allein erziehender Frauen wider, der in den großen Städten am höchsten ist. In der Städtegruppe ab 500 000 E. liegt die Quote der Sozialhilfe beziehenden Frauen durchschnittlich bei 62 %. Der mit Abstand höchste Wert (94 %) ist für die Kernstadt Bremen abzulesen.

Der *Anteil der ausländischen Sozialhilfeempfänger an den Sozialhilfeempfängern* beträgt im Durchschnitt der Bundesrepublik gut 22%. In den westdeutschen Ländern sind die Werte – entsprechend den größeren prozentualen Anteilen der nicht-deutschen Bevölkerung an den Einwohnern – deutlich höher (kreisfreie Städte alte Länder: 30%). Dabei steigt die Konzentration der auf Sozialhilfe angewiesenen ausländischen Bevölkerung mit zunehmender Stadtgröße an. Die höchsten Werte (>35%) weisen die Kerne der Stadtregionen Rhein-Main, Stuttgart, München und Nürnberg auf, die niedrigsten – bedingt durch die niedrigeren Anteile nicht-deutscher Bevölkerung – die ostdeutschen Stadtregionen und hier insbesondere die Ränder.

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Sekundären Sektor¹⁴ liegt im Jahr 2002 im Durchschnitt der Bundesrepublik bei 34,2% (2000: 35,7%) (s. Tabelle 4.1). Somit zeigt sich für Deutschland insgesamt, dass sich die Deindustrialisierungsprozesse fortsetzen. In Ostdeutschland nahm der Anteil gegenüber 2000 um weitere -2%-Punkte auf 27,4% ab.

Dem niedrigeren Anteil der Beschäftigten im Sekundären Sektor entspricht in den jungen Ländern ein höherer Anteil der Beschäftigten im Tertiären¹⁵ Sektor. Dabei verweisen hier jedoch die höheren Werte nicht (unbedingt) auf moderne Wirtschaftsstrukturen. Der Tertiäre Sektor gewinnt schon allein durch den Einbruch der industriellen Produktion relativ an Bedeutung. Zudem müssen viele tertiäre Leistungen (beispielsweise die des öffentlichen Dienstes) unabhängig von der industriellen Basis angeboten werden.

Die Deindustrialisierungsprozesse der Wirtschaft lassen sich auch am Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Fertigungsberufen¹⁶ ablesen. Im Jahr 2002 waren im gesamtdeutschen Durchschnitt 27,9% (2000: 29,3%) der Beschäftigten in diesen Berufsbereichen tätig (alte Länder: 28,1%; junge Länder: 26,9%). Die Beschäftigungszahlen gingen allein seit 1995 in den alten Ländern um knapp -13% zurück, in den jungen sogar um fast -29%. Dabei fielen die Einbrüche in den ostdeutschen kreisfreien Städten mit einem Rückgang um ein Drittel am dramatischsten aus (Landkreise: -25,5%). In den westdeutschen Städten nimmt die Intensität der Abnahme mit der Stadtgröße zu. Damit sind dort die größeren (Kern-)Städte am stärksten vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen. Die Betrachtung der Werte für die einzelnen Stadtregionen zeigt generell deutlich stärkere Reduzierungen der Beschäftigungszahlen in den Kerngebieten (durchschnittlich -23%) als in den Randkreisen (-15%). Dabei liegt die Negativentwicklung in den Kernstädten der westdeutschen strukturschwachen Region Ruhr aber auch der Regionen Rhein-Main, Karlsruhe, Stuttgart, München und Nürnberg noch ungünstiger als im Durchschnitt der Kerne (>-20%). In den letztgenannten Städten zeichnen sich inzwischen nachholende Deindustrialisierungsprozesse ab. Dagegen zeigt sich für die ebenfalls durch altindustrielle Strukturen geprägte Hafenstadt Bremen inzwischen offenbar ein 'Abbremsen' des Negativtrends bei den Fertigungsberufen. In Ostdeutschland waren die Ein-

14 Dem 'Sekundären Sektor' werden die Wirtschaftsbereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe zugeordnet.

15 Zum 'Tertiären Sektor' werden die Wirtschaftsbereiche Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kredit und Versicherung, sonstige Dienstleistungen, Staat und Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung gerechnet.

16 Die Berufsbereiche orientieren sich an den Tätigkeiten der Beschäftigten, nicht an der Zugehörigkeit zu Branchen wie bei der sektoralen Gliederung.

brüche der Beschäftigungszahlen in allen Teilläufen erheblich. Am höchsten fielen die Negativraten in den Kernstädten der Regionen Magdeburg (-38%) sowie Halle/Leipzig (-43%) aus.

Die prozentualen Anteile der in Fertigungsberufen Beschäftigten an den gesamten Beschäftigten nehmen mit zunehmender Stadtgröße ab, entsprechend ist die Wirtschaftsstruktur der größeren Städte stärker durch Dienstleistungen geprägt. Generell liegt der Anteil der in den Fertigungsberufen Beschäftigten in den Kernen der ausgewählten Stadtregionen mit 19% um knapp 12%-Punkte niedriger als in den Randkreisen.

Die Tertiärisierung der Wirtschaft spiegelt sich auch in den Strukturen der Tätigkeiten der Beschäftigten wider. Im Durchschnitt der gesamten Bundesrepublik übten 2002 gut 62% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Dienstleistungsberuf aus. Dabei nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dienstleistungsberufen zwischen 1995 und 2002 insgesamt in Deutschland um gut 5% zu. Bei der differenzierten Betrachtung zeigen sich jedoch gegenläufige Entwicklungen in den alten und den jungen Ländern. Während in Westdeutschland die Verluste im industriellen Bereich durch deutlich positive Entwicklungen im Dienstleistungsbereich (+9%) mehr als kompensiert werden konnten und somit zwischen 1995 und 2002 insgesamt eine Zunahme der Beschäftigtenfälle um 1,9% (vgl. Tabelle 3.1) zu verzeichnen war, nahmen in Ostdeutschland auch im Dienstleistungsbereich die Beschäftigungszahlen noch um -7% ab.

Generell ist die Tertiärisierung der Wirtschaft 2002 in den Kernstädten der ausgewählten westdeutschen Stadtregionen mit 70% sehr viel weiter fortgeschritten als in den Randkreisen mit 59%. War die Dynamik der Tertiärisierung im Zeitraum 1990 bis 2000 in den westdeutschen Randkreisen mit einer Zunahme der Beschäftigten in Dienstleistungsberufen in den Randkreisen mit knapp 20% noch mehr als doppelt so hoch wie in den Kernstädten (+9%), so haben sich die Entwicklungsdynamiken für den Zeitraum 1995 bis 2002 weitgehend angeglichen (Kerne: +9%; Ränder: +11%).

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen¹⁷ an den Gesamtbeschäftigen beträgt 2002 in Deutschland durchschnittlich 7,4%. (junge Länder: 6,6%; alte Länder 7,6%). Dabei haben diese Branchen eine mit der Stadtgröße zunehmende Bedeutung. In den westdeutschen Städten über 500 000 E. erreicht der

17 Hierunter fasst das BBR (2005) laut ihrer Indikatorenbeschreibung die Wirtschaftsklassen Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung; Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsellschaften; Architektur- und Ingenieurbüros; Technische, physikalische und chemische Untersuchung sowie Werbung, Fotografisches Gewerbe und fotografische Laboratorien, Abfüll- und Verpackungsgewerbe, Schreib- und Übersetzungsbüros zusammen.

Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen über 12%. Die höchsten Werte wurden für die westdeutschen Kernstädte der Regionen Hamburg (13%), Rhein-Main (14,5%) sowie München (15%) identifiziert.

Die *Bruttowertschöpfung (BWS)* stellt eine zusammenfassende Leistunggröße dar, in der die wirtschaftliche Leistung aller Wirtschaftsbereiche grundsätzlich gleichartig gemessen wird. Bei der BWS zu Herstellungspreisen¹⁸ werden durch Nichterfassung der Vorleistungen Doppelzählungen vermieden. Somit eignet sich die BWS zu Herstellungspreisen besonders gut als Indikator der lokalen wirtschaftlichen Leistungskraft und Wirtschaftsentwicklung. (Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 1994: 9ff.)

Für das Monitoring der Städte und Regionen wurden für die BWS insgesamt drei unterschiedliche Maßzahlen berechnet. Zunächst ist von Bedeutung die jeweilige *Gesamtsumme*, die in der Region bzw. im jeweiligen Teilraum (Kernstadt – Rand) erwirtschaftet wurde sowie deren prozentuale Entwicklung seit 1994 bis 2002. Diese Maßzahl wurde ausschließlich für die BWS insgesamt berechnet. Hierdurch wird gezeigt, was in der jeweiligen Raumeinheit insgesamt erwirtschaftet wurde und wie sich die Wirtschaftskraft der Region/des Teilraumes seit 1994 verändert hat. Zweitens wurde für alle Indikatoren die *Gesamtsumme auf die Einwohnerzahl bezogen*, um zu ermitteln, welche wirtschaftliche Leistungskraft je Einwohner erzielt werden konnte und wie diese sich seit 1994 entwickelt hat. Die Effekte der Bevölkerungsbestandsveränderungen werden so mit berücksichtigt. Drittens wurde die jeweilige Gesamtsumme *bezogen auf die Erwerbstätigen* insgesamt. Hierdurch werden die regionalen Unterschiede der Produktivität und deren Entwicklungsdynamik zwischen 1994 und 2002 erfasst.

Bundesweit betrug im Jahr 2002 die *BWS zu Herstellungspreisen* insgesamt 1,96 Billionen €, davon entfielen lediglich knapp 15% auf die jungen Länder (s. Tabelle 4.2). Das Wachstum seit 1994 betrug bundesweit durchschnittlich (mit den jeweiligen Preisen gerechnet, also nominal¹⁹) gut 20%, wobei die Dynamik in den östlichen Bundesländern mit knapp 17% hinter der Entwicklung im Westen (21%) zurückgeblieben ist – bei einem äußerst niedrigen Ausgangsniveau.

18 Die Herstellungspreise liegen zwischen den Marktpreisen und den Faktorkosten. Die Bewertung der Wertschöpfung zu Herstellungspreisen ist in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorteilhaft, da die bislang in den Marktpreisen enthaltenen produktbezogenen Steuern – insbesondere die Mineralölsteuer – die tatsächliche regionale Wirtschaftsleistung teilweise stark verzerrten. (Vgl. BBR 2002).

19 Grundsätzlich ist bei allen Entwicklungsvariablen in Preisen – d.h. auch bei den Finanzdaten – zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um das nominale, also nicht um das reale (inflationsbereinigte) Wachstum handelt. Nach dem Verbraucherpreisindex für die Bundesrepublik lag in der Zeit von 1995 bis 2002 die Teuerungsrate bei 10 % (Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2004; Eigene Berechnungen).

Zudem hat sich der zu Beginn der 1990er Jahre zunächst äußerst dynamische Aufholprozess der jungen Bundesländer seit Mitte der 1990er Jahre stark verlangsamt. Nachdem Anfang der neunziger Jahre die Zuwachsrate der BWS in Ostdeutschland noch ein Vielfaches derjenigen in den alten Ländern betragen und für einen vergleichsweise schnellen Konvergenzprozess sprachen, übertraf bereits 1998 die Zuwachsrate der westlichen Bundesländer wieder die der östlichen. Seitdem ist der Konvergenzprozess ins Stocken geraten. (Vgl. SVR 2004, Ziffer 391, S. 305f.).

Zentren der Wirtschaftskraft (BWS >90 Mrd. €) sind die Stadtregionen Berlin/Potsdam, Hamburg, München, Stuttgart sowie Ruhr, Rhein-Main und Spitzentreiter ist die Agglomeration Rhein (BWS fast 170 Mrd. €). Die fünf hier betrachteten ostdeutschen Stadtregionen (ohne Berlin) weisen dagegen mit Werten für die BWS zwischen 6,3 Mrd. € (Rostock) und gut 24 Mrd. € (Halle/Leipzig) eine erheblich geringere Wirtschaftskraft auf. Insbesondere in den Kernstädten der Regionen in den jungen Ländern lagen zudem die Entwicklungsraten seit 1994 mit durchschnittlich 8% deutlich hinter der Dynamik im Westen zurück (21%) – bei deutlich geringerem Ausgangsniveau in den Oststädten. Besonders ungünstig verläuft die Entwicklung der Wirtschaftskraft in den kleineren kreisfreien Städten (+9,5%) sowie in Berlin mit lediglich 1,8%.

Im Jahr 2002 lag die durchschnittliche *BWS je Einwohner (E.)* in den alten Bundesländern mit 25 500 € um die Hälfte höher als in den jungen Ländern. Werden die beiden Gruppen der administrativen Einheiten betrachtet, so weisen die westdeutschen kreisfreien Städte mit 36 000 € je E. die höchste einwohnerbezogene Wirtschaftskraft auf, die niedrigste mit 13 900 € die Landkreise der östlichen Bundesländer.

Bei der Betrachtung der ausgewählten Stadtregionen zeigt sich, dass in den alten Ländern das Gefälle zwischen Kern und Rand besonders stark ausgeprägt ist (durchschnittlich etwa 80% höhere Wirtschaftskraft je E. in den Kernen). Deutlich sind jedoch auch die Unterschiede zwischen den Kernen je nach großräumlicher Lage. So liegt die BWS je E. in den Kernstädten der alten Länder mit 38 600 € ebenfalls um 80% höher als in den jungen. Dieser große Unterschied ist allerdings durch den grundsätzlich vorhandenen ‘Stadtgrößeneffekt’ mit bedingt. So ist die lokale Wirtschaftskraft – auch bezogen auf die Bevölkerungszahl – in den Städten über 500 000 Einwohner deutlich höher als in den kleineren Stadtgrößenklassen, wobei die Stadtregionen in den östlichen Bundesländern – mit der Ausnahme Berlins – keine Kernstädte über 500 000 Einwohner aufweisen. Werden die Städte in den übrigen Größenklassen nach der großräumlichen Lage differenziert betrachtet, so liegt hier die BWS je E. in den alten Ländern jeweils um etwa 50% höher als in den jungen.

Finanzen

Die Einnahmen mit der größten Finanzautonomie sind die Steuern. Aufgrund ihrer großen Bedeutung für den finanziellen und politischen Handlungsspielraum der Gemeinden und Kreise werden die fiskalisch wichtigsten Steuerarten hier getrennt betrachtet. Die Berechnung der verschiedenen Steuereinnahmen in € je Einwohner ermöglicht es, die Entwicklung der Einnahmequellen im Zeitvergleich und den für die Versorgung jedes Einwohners zur Verfügung stehenden Betrag zu identifizieren.

Generell sind die Steuereinnahmen (und auch die zu finanzierenden Aufgaben) der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte insbesondere abhängig von der Einwohnerzahl und steigen mit ihr überproportional an. Dementsprechend sind auch 2002 die *Steuereinnahmen (insgesamt)* in € je E. der größeren Städte über 500 000 E. im Durchschnitt mit 1052 € etwa um 50% höher als die der kleineren Städte mit bis zu 100 000 E. (698 €)²⁰ (s. Tabelle 5.1). Dabei veranschaulichen die Steuereinnahmen besonders drastisch das auch 2002 noch immense West-Ost-Gefälle. Denn innerhalb der verschiedenen Stadtgrößenklassen erreichen die Pro-Kopf-Steuereinnahmen in den Städten der jungen Länder lediglich 47% bis maximal 55% (1998: 45% bis 57%) der vergleichbaren Weststädte; bei den Landkreisen liegt das Niveau bei 44%. Auch lässt sich ein deutliches Gefälle zwischen den Kernen der Regionen und den Umlandkreisen identifizieren (s. Grafik 7). Nicht selten liegen die Pro-Kopf-Steuereinnahmen in den Kernen um mehr als die Hälfte höher als in den Randgebieten. Die *Entwicklung der Steuereinnahmen zwischen 1995 und 2002* betrug im Bundesdurchschnitt gut 7% und lag damit unter der Inflationsrate von etwa 10%.²¹ Diese niedrige Zunahme ist im Wesentlichen durch die Steuerreformen und die konjunkturellen Entwicklungen bedingt. Insbesondere bei den westdeutschen kleinen kreisfreien Städten <100 000 E. sowie in den Großstädten >500 000 E. war die Zunahme des gesamten Steueraufkommens mit jeweils etwa +3,5% äußerst gering und führte zu real sinkenden Einnahmen. Relativ günstig verlief die Entwicklung – auf äußerst niedrigem Ausgangsniveau – allerdings für die kreisfreien Städte in den jungen Ländern (+30%), wobei diese Entwicklung im Wesentlichen durch die hohe Zunahme der Gewerbesteuereinnahmen (+60%) bedingt war.

20 Da in der Gruppe der Großstädte über 500 000 E. ausschließlich westdeutsche Städte vertreten sind und die Steuereinnahmenniveaus zwischen den jungen und alten Ländern nur bedingt komparabel sind, wurde zum Vergleich die Gruppe der westdeutschen Städte bis 100 000 E. herangezogen.

21 Vgl. Fußnote 19.

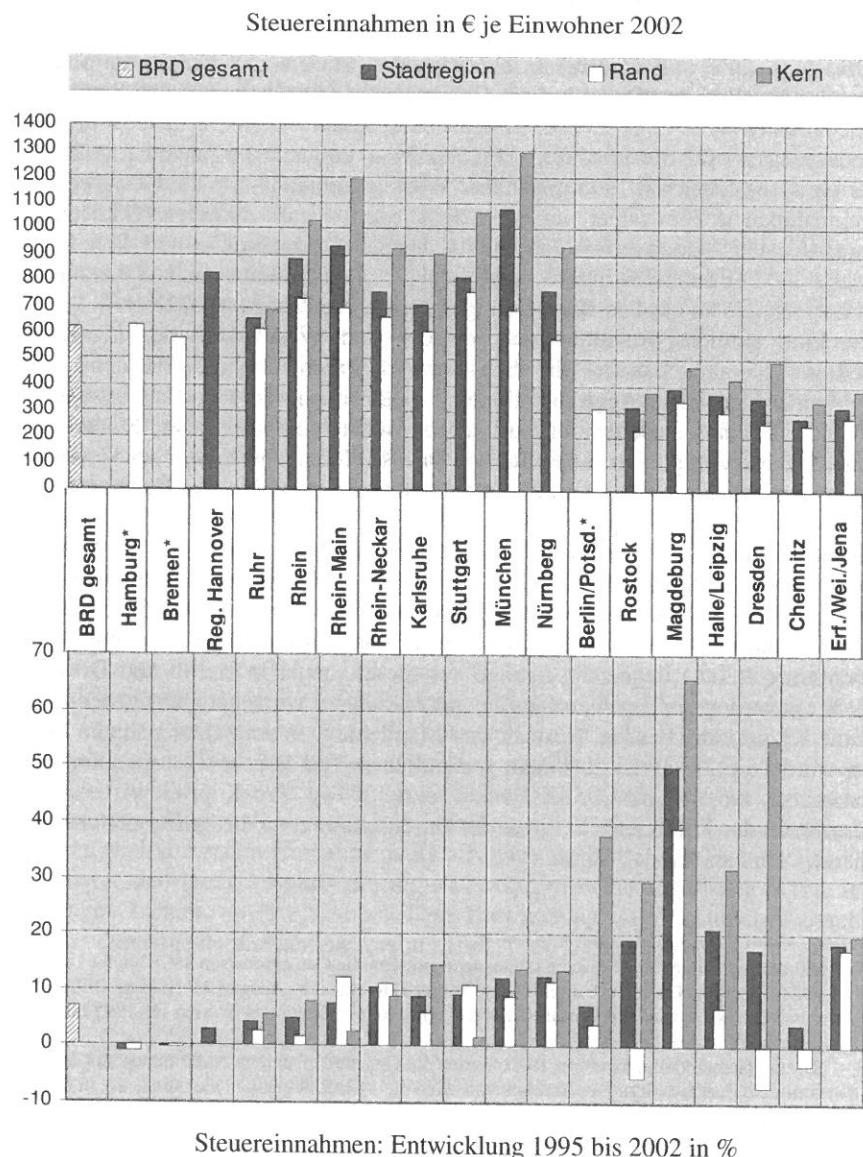
Für die Steuereinnahmen der Landkreise und kreisfreien Städte stellen die *Gewerbesteuer (netto) einschließlich der Umsatzsteuer*²² sowie der *Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer*²³ mit einem Anteil von 40% (1999: 39%) bzw. 34% (1999: 40%) an den gesamten Steuern die wichtigsten Steuereinnahmequellen dar. Dabei hat die Gewerbesteuer für die kreisfreien Städte mit einem Anteil von 45% an den Gesamtsteuereinnahmen eine erheblich größere Bedeutung als für die Landkreise (34%). Zwar konnten die jungen Länder bei der Gewerbesteuer seit 1995 gegenüber Westdeutschland – wo die Gewerbesteuereinnahmen je Einwohner um gut 12% stiegen – stark aufholen (Ostdeutschland: +104%). Doch erreichten die ostdeutschen Landkreise und kreisfreien Städte 2002 einschließlich der Umsatzsteuer im Durchschnitt mit 148 € erst etwa 54% (1998: 36%) des Pro-Kopf-Betrages der westdeutschen (€ 272).

Eine ähnliche Relation zwischen Ost und West (44% des Pro-Kopf-Betrages der alten Länder) gilt auch durchschnittlich für die Kerne der ausgewählten ostdeutschen Agglomerationen, wobei bei dieser wirtschaftsbezogenen Steuer die innerdeutschen Disparitäten zwischen den kreisfreien Städten am stärksten ausgeprägt sind. Die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen aus der Gewerbesteuer einschließlich der Umsatzsteuer (>650 €) können 2002 die Kernstädte der Stadtregionen Hamburg und München verbuchen. Im Westen Deutschlands fließen die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen (<350 €) aus der wirtschaftsbezogenen Steuerquelle den Kernstädten der altindustriell geprägten Regionen Bremen und Ruhr zu. Im Gebiet der jungen Länder verzeichnen die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen (<180 €) die Kernstädte von Rostock und Chemnitz. Am höchsten (>220 €) liegen die Erträge aus dieser Steuer in Berlin und Dresden. Mehr als verdoppeln konnten die Einnahmen aus der wirtschaftsbezogenen Steuer die Kernstädte Dresden, Rostock und Magdeburg. In den letztgenannten Städten wurde die Zunahme zu einem wesentlichen Teil über die Anspannung der Hebesätze um 30 bzw. 50%-Punkte erzielt. Die Pro-Kopf-Gewerbesteuereinnahmen der Randkreise betragen im Durchschnitt etwa die Hälfte der entsprechenden Einnahmen der Kerne.

22 Mit der Aufhebung der Gewerbekapitalsteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der Umsatzsteuer beteiligt. Da diese Umschichtung in der Literatur als „Ausgleich“ (Hidien 1998: 617) angesehen wird, wird die Umsatzsteuer mit einbezogen, da bei den Werten für 1995 noch die Gewerbekapitalsteuer wirksam wird.

23 Seit der Gemeindefinanzreform 1970 werden die Gemeinden an dem Aufkommen aus der Einkommensteuer beteiligt. Der Einkommensteueranteil fließt derjenigen Gemeinde zu, in der der einkommensteuerpflichtige Bürger seinen Wohnsitz hat. Dies führt für viele Kernstädte zu negativen finanziellen Auswirkungen der Bevölkerungssuburbanisierung. Besonders hoch sind die negativen Verluste für die Stadtstaaten, da hier neben dem Gemeindeanteil von 15 % auch der Länderanteil (42,5 %) an den Einnahmen aus der Einkommensteuer verloren geht.

Grafik 7: Steuereinnahmen in den ausgewählten Stadtregionen



* Keine Werte für Kernstädte und Region der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg

Die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen seit 1995 bis 2002 (2002: einschließlich Umsatzsteuer) verlief in Westdeutschland sowohl inter- als auch intraregional sehr uneinheitlich: Die Kernstadt Bremen musste sogar nominal eine Reduzierung der Einnahmen aus dieser Steuer um 7% hinnehmen (s. Tabelle 5.2). Darüber hinaus waren die Entwicklungsraten in den Randkreisen der Regionen Ruhr und Rhein sowie in den Kernstädten der Regionen Rhein-Main und Stuttgart besonders gering ($\leq 5\%$). Dagegen verlief die Entwicklung in den Regionen Rhein-Neckar, München und Hamburg besonders günstig ($>20\%$).

Seit 1998 werden die Gemeinden und Gemeindeverbände als Kompensation für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer an der Umsatzsteuer beteiligt. Die durchschnittlichen *Pro-Kopf-Umsatzsteuereinnahmen* betrugen 2002 35 € (alte Länder: 36 €; junge Länder: 30 €). Auch hier liegen die Einnahmen in den kreisfreien Städten mehr als doppelt so hoch wie in den Landkreisen und sind in den Rändern generell deutlich geringer als in den Kernen. So erreichen etwa die Umlandkreise Münchens mit 21 € je Einwohner lediglich ein Viertel des Betrages der Kernstadt (79 €/E.).

Zwar ähneln die Strukturen in der Höhe des Aufkommens bei der Einkommensteuer grundsätzlich denen der Gewerbesteuer, jedoch sind sie im Gebiet der alten Länder inter- und intraregional weitaus weniger disparat ausgeprägt. Diese einwohnerbezogene Steuer ist mit einem Anteil von 47% (1998: 49%) für die gesamten Steuereinnahmen der Landkreise von erheblich größerer Bedeutung als für die kreisfreien Städte mit 36% (1998: 35%). Ferner sind die Ost-West-Disparitäten bei der Einkommensteuer in den Landkreisen sogar noch deutlicher ausgeprägt als bei der Gewerbesteuer. In den jungen Ländern erreichen die Einnahmen aus der Einkommensteuer in den kreisfreien Städten mit durchschnittlich 101 € je E. nicht einmal ein Drittel des Aufkommens der westdeutschen Städte (331 € je E.) und in den ostdeutschen Landkreisen mit 71 € je E. nicht einmal ein Viertel des Westniveaus. Dabei hat sich das Aufkommen seit 1995 im Bundesdurchschnitt durch die Steuerreformen, die konjunktuell ungünstige Entwicklung sowie das Familienleistungsausgleichsgesetz²⁴ um fast -12% reduziert. In

24 Im Jahr 1996 erfuhr der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs eine Niveauverschiebung. Die Anrechnung des Kindergeldes auf die Lohn- und Einkommensteuer führte zu Steuerverlusten der kommunalen Gebietskörperschaften von ca. 8 % (vgl. Karrenberg; Münstermann 1999; Eigene Berechnungen). Dies ist bei der Entwicklung der Einnahmen aus dieser Steuerquelle zu berücksichtigen. Die Verluste werden indirekt über eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer kompensiert, die dann länderspezifisch in Form von Zuweisungen an die Kommunen weitergeleitet werden. Darum hat sich wiederum das Niveau dieser Einnahmeart generell erhöht, ohne dass sich dies jedoch entsprechend positiv auf die finanziellen Handlungsspielräume auswirkt. Zudem bedeutet der Zuweisungscharakter eine Einschränkung der kommunalen Einnahmenautonomie (vgl. Jürgen Heinrich; Micosatt 2003: 58f.).

Ostdeutschland kommen noch die starken Bevölkerungsverluste hinzu, sodass hier der Rückgang des Gesamtbetrages in den kreisfreien Städten 33%, in den Landkreisen sogar 54% betrug. Weitere wesentliche Gründe für die niedrigeren Einnahmen aus dieser Steuerart in den jungen Ländern sind zum einen das immer noch erheblich niedrigere Einkommensniveau und zum anderen die deutlich höhere Arbeitslosigkeit.

Die ungünstigen Entwicklungen auf der Einnahmeseite bei gleichzeitig steigenden oder fixen Ausgabenbedarfen (vgl. den Beitrag von Pohlan und Wixforth in diesem Jahrbuch) wirken sich vor allem auf die *Ausgaben für Sachinvestitionen in € je E.* aus. Bundesweit wurden die Pro-Kopf-Ausgaben 2002 gegenüber 1995 um ein Siebtel reduziert. Dabei betrug jedoch der Rückgang in den alten Ländern über 11%, in den jungen – auf hohem Ausgangsniveau – dagegen fast ein Drittel (-29%). Ähnliche Entwicklungen wurden auch für die westdeutschen Randkreise der Regionen Hamburg (-28%) und Bremen (-36%) sowie für die Region Hannover (-32%) bzw. die Kernstädte der Region Rhein (-36%) identifiziert. Dagegen konnten die Kernstädte der prosperierenden Regionen Karlsruhe (+47%) und München (+74%) ihre Investitionen noch deutlich ausweiten und hierdurch positive Impulse für Wirtschaft und den Arbeitsmarkt geben.

Offenbar führen die ungünstigen Einnahmenentwicklungen in den jungen Ländern vermehrt dazu, dass die Kommunen Ausgaben über Kredite finanzieren. Während die westdeutschen Kreise und kreisfreien Städte ihre *Schulden* konstant hielten bzw. z.T. sogar reduzieren konnten, nahm die Verschuldung zwischen 1995 und 2002 in Ostdeutschland um 24% zu. Dabei war diese Entwicklung besonders stark in den kreisfreien Städten zu beobachten (+60%). In den Kernstädten der ausgewählten Regionen der jungen Länder betrug die Zunahmen sogar 69%. Dort hat das Verschuldungsniveau mit 1405 €/E. nahezu Westniveau erreicht (1654 €/E.). Darüber hinaus liegt die kommunale Pro-Kopf-Verschuldung in den ostdeutschen Randkreisen mit 1036 € bereits deutlich über dem Wert für die westdeutschen Randkreise (939 €/E.).

Tabelle 1.1: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anzahl der Kreise	Fläche in km ² 2002	Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2002	Bevölkerungsdichte 2002	Einwohner-Arbeitsplatzdichte 2002	Bevölkerung Entw. 1990-2002 in %	Bevölkerung Entw. 1995-2002 in %	Bevölkerung Entw. 2002-2020 in %
BRD insgesamt		439	355687	82537,5	231,7	309,2	3,5	0,9	-0,9
Alte Länder		326	248456	65528,0	263,7	353,0	6,4	2,1	-0,6
Junge Länder		113	107231	17009,5	157,7	207,7	-6,4	-3,6	-1,7
Landkreise		321	336684	54926,3	162,8	208,5	6,5	2,4	0,4
Alte Länder		235	234011	44828,1	191,5	245,5	9,3	3,4	0,9
Junge Länder		86	102673	10098,2	97,4	124,2	-4,6	-2,0	-1,8
Kreisfreie Städte		118	19003	27611,2	1452,6	2093,0	-2,0	-2,0	-3,4
Alte Länder		91	14445	20699,9	1432,5	2094,2	0,6	-0,7	-4,0
Junge Länder		26	3666	3518,9	959,8	1371,1	-15,3	-9,0	-6,4
Berlin Ost/West		1	892	3392,4	3804,0	5042,0	-1,2	-2,3	3,4
Kreisfreie Städte									
> 1 Mio. E.		4	4247	7481,8	1761,5	2467,6	1,2	-0,6	1,1
Alte Länder		3	3355	4089,4	1218,4	1783,2	3,4	0,9	-0,8
Berlin Ost/West		1	892	3392,4	3804,0	5042,0	-1,2	-2,3	3,4
< 1 Mio. E.		8	2125	5000,7	2351,2	3514,1	-1,3	-1,4	-5,4
Alte Länder		8	2125	5000,7	2351,2	3514,1	-1,3	-1,4	-5,4
< 500.000 E.		9	2080	3512,4	1687,5	2417,6	-3,0	-1,7	-5,1
Alte Länder		7	1454	2537,4	1743,2	2505,9	-0,8	-0,9	-6,5
Junge Länder		2	626	975,0	1558,2	2212,5	-8,5	-3,9	-1,2
< 300.000 E.		52	6931	8964,2	1293,2	1867,5	-3,3	-2,8	-4,7
Alte Länder		42	5297	7301,0	1378,4	1990,1	0,6	-0,9	-3,9
Junge Länder		10	1634	1663,2	1017,2	1470,0	-17,4	-10,6	-8,2
< 100.000 E.		45	3620	2652,1	733,1	1064,7	-5,9	-4,5	-5,5
Alte Länder		31	2214	1771,4	800,8	1181,1	1,6	-0,8	-4,0
Junge Länder		14	1406	880,7	626,5	881,4	-18,1	-11,3	-8,8

Fortsetzung Tabelle 1.1: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anzahl der Kreise	Fläche in km ² 2002	Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2002	Bevölkerungsdichte 2002	Einwohner-Arbeitsplatzdichte 2002	Bevölkerung Entw. 1990-2002 in %	Bevölkerung Entw. 1995-2002 in %	Bevölkerung Entw. 2002-2020 in %
<i>Stadtregionen</i>									
Hamburg		7	7303	3114,9	426,5	580,5	8,5	3,6	1,1
Kern		1	755	1728,8	2289,0	3307,0	4,6	1,2	-1,3
Rand		6	6548	1386,1	211,8	266,2	13,9	6,7	4,2
Bremen		8	3893	1359,3	349,0	473,3	3,9	0,7	-3,4
Kern		1	325	543,0	1669,0	2408,0	-1,5	-1,2	-7,6
Rand		7	3568	816,3	228,8	297,0	7,9	2,0	-0,7
Region Hannover		1	2290	1125,9	492,0	681,0	4,7	1,5	-2,8
Ruhr		16	5491	5788,6	1053,4	1365,8	-0,9	-1,9	-8,8
Kern		10	1453	3237,4	2225,4	2940,6	-3,8	-3,5	-10,8
Rand		6	4038	2551,2	631,6	799,1	3,1	0,3	-6,2
Rhein		15	5324	5745,6	1078,7	1475,7	3,8	1,4	-1,5
Kern		8	1312	2895,4	2206,0	3224,4	-0,1	-0,5	-3,5
Rand		7	4012	2850,2	710,1	903,9	8,2	3,5	0,6
Rhein-Main		16	7566	4023,3	531,6	745,8	6,3	2,2	2,9
Kern		7	1295	1920,0	1481,6	2282,9	3,1	1,1	1,6
Rand		9	6271	2103,3	335,5	428,4	9,5	3,3	4,1
Rhein-Neckar		9	2615	1737,0	665,2	904,2	5,2	1,5	0,1
Kern		3	332	613,8	1851,6	2869,3	0,7	-0,6	-3,6
Rand		6	2283	1123,2	492,7	618,4	7,7	2,7	2,1
Karlsruhe		5	2393	1145,4	478,2	652,2	8,7	3,5	0,9
Kern		2	271	400,1	1473,7	2221,1	3,1	1,4	0,2
Rand		3	2122	745,3	351,1	451,8	11,9	4,7	1,2
Stuttgart		9	5372	3309,5	615,8	857,3	7,9	3,6	0,9
Kern		1	207	588,5	2838,0	4553,0	1,5	0,5	-4,0
Rand		8	5165	2721,0	526,7	709,2	9,4	4,2	2,0
München		8	4699	2392,7	508,8	739,0	7,4	4,1	5,9
Kern		2	977	1537,5	1571,8	2448,9	2,8	1,5	2,8
Rand		6	3722	855,2	229,7	290,1	16,7	9,1	11,4

Fortsetzung Tabelle 1.1: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anzahl der Kreise	Fläche in km ² 2002	Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2002	Bevölkerungsdichte 2002	Einwohner-Arbeitsplatzdichte 2002	Bevölkerung Entw. 1990-2002 in %	Bevölkerung Entw. 1995-2002 in %	Bevölkerung Entw. 2002-2020 in %
<i>Nürnberg</i>									
Kern		4	367	746,0	2029,4	3100,5	1,5	0,8	-2,3
Rand		5	3211	651,7	203,0	250,4	11,5	3,5	1,0
<i>Berlin/Potsdam</i>									
Kern		2	1001	3523,8	3520,7	4687,8	-1,4	-2,4	3,1
Rand		9	16610	1514,3	91,4	115,6	10,4	10,0	20,9
<i>Rostock</i>									
Kern		1	181	198,3	1095,0	1529,0	-20,1	-12,9	-9,6
Rand		1	1362	119,2	88,0	112,0	26,9	18,2	21,2
<i>Magdeburg</i>									
Kern		1	201	228,2	1136,0	1667,0	-18,4	-11,4	0,4
Rand		4	4163	369,6	88,7	112,5	-2,0	-0,9	-1,5
<i>Halle/Leipzig</i>									
Kern		2	433	734,2	1697,3	2373,8	-15,0	-8,3	-2,8
Rand		5	3930	625,2	159,2	202,9	0,9	1,2	7,1
<i>Dresden</i>									
Kern		1	328	480,2	1463,0	2113,0	-6,1	-3,4	1,7
Rand		6	4542	738,1	162,6	209,4	-5,7	-2,7	6,9
<i>Chemnitz</i>									
Kern		1	221	252,6	1144,0	1646,0	-20,0	-12,6	-20,6
Rand		5	2884	608,0	210,8	269,4	-6,9	-3,3	7,7
<i>Erfurt/Wei./Jena</i>									
Kern		3	467	364,6	779,5	1141,5	-7,6	-2,6	-11,9
Rand		5	4203	529,9	126,1	162,2	-3,3	-1,2	-2,7
<i>Stadtregionen (ges.)</i>									
Kerne gesamt		49	9945	19794,1	1989,3	2856,9	-1,4	-1,5	-2,5
Alte Länder		39	7294	14210,5	1946,7	2847,0	0,5	-0,4	-3,5
Junge Länder		10	2651	5583,6	2106,4	2883,9	-6,0	-4,2	0,1
<i>Ränder gesamt</i>									
Alte Länder		63	40940	15803,5	386,0	494,9	8,9	3,5	1,2
Junge Länder		35	37694	4504,3	119,6	152,5	1,3	2,5	10,3

Tabelle 1.2: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Gesamtwanderungs-saldo 2002 je 1 000 E.	Außenwanderungs-saldo 2002 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2002 in %	Ausländeranteil Diff. in %-Punkten 1995-2002	Binnenwanderungs-saldo insgesamt 2002 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 Einw. 2002	Anteil der E. im Alter von 0-<18 Jahren 2002 in %	Einwohner im Alter von 0-<18 Jahren Entw. 1995-2002 in %
BRD insgesamt		2,7	2,5	8,9	-0,1	-0,1	-1,5	18,5	-4,2
Alte Länder		4,1	2,8	10,1	-0,3	1,1	-1,0	19,1	1,2
Junge Länder		-2,9	1,4	4,5	0,7	-4,7	-3,4	15,9	-23,2
Landkreise		2,7	2,4	6,6	-0,3	0,2	-1,3	19,5	-2,6
Alte Länder		4,4	2,8	7,7	-0,4	1,4	-0,6	20,2	2,2
Junge Länder		-4,6	0,5	1,8	0,4	-5,4	-4,2	16,4	-22,7
Kreisfreie Städte		2,5	2,8	13,4	0,3	-0,6	-1,9	16,3	-7,6
Alte Länder		3,5	2,8	15,1	0,0	0,5	-1,7	16,7	-1,2
Junge Länder		-3,4	2,5	3,9	1,4	-5,9	-3,1	14,5	-32,0
Berlin Ost/West		2,6	2,9	13,1	0,9	-1,3	-1,4	16,0	-14,6
Kreisfreie Städte									
> 1 Mio. E.		3,4	2,6	14,9	0,2	0,3	-1,1	16,0	-6,4
Alte Länder		4,0	2,4	16,4	-0,3	1,6	-0,8	16,0	1,8
Berlin Ost/West		2,6	2,9	13,1	0,9	-1,3	-1,4	16,0	-14,6
< 1 Mio. E.		1,7	2,0	17,7	-0,4	-0,6	-1,8	16,4	-1,8
Alte Länder		1,7	2,0	17,7	-0,4	-0,6	-1,8	16,4	-1,8
< 500.000 E.		4,4	2,1	12,7	1,1	1,9	-2,4	16,1	-8,6
Alte Länder		3,8	1,8	15,6	0,8	1,5	-2,4	16,8	-1,6
Junge Länder		5,9	3,0	5,3	1,7	2,9	-2,5	14,2	-25,0
< 300.000 E.		2,3	4,0	11,8	0,4	-1,7	-2,0	16,6	-8,7
Alte Länder		4,0	4,2	13,6	0,2	-0,3	-1,7	17,1	-1,6
Junge Länder		-4,9	2,8	3,6	1,3	-7,8	-3,2	14,5	-33,4
< 100.000 E.		-0,4	1,6	7,6	0,6	-2,2	-3,3	16,6	-15,8
Alte Länder		4,6	1,7	9,9	0,3	2,7	-3,0	17,4	-2,9
Junge Länder		-10,6	1,3	2,9	1,3	-12,1	-3,7	14,8	-35,9

Fortsetzung Tabelle 1.2: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Gesamtwanderungs-saldo 2002 je 1 000 E.	Außenwanderungs-saldo 2002 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2002 in %	Ausländeranteil Diff. in %-Punkten 1995-2002	Binnenwanderungs-saldo insgesamt 2002 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 Einw. 2002	Anteil der E. im Alter von 0-<18 Jahren 2002 in %	Einwohner im Alter von 0-<18 Jahren Entw. 1995-2002 in %
Stadtregionen									
Hamburg		5,2	0,3	10,6	0,0	4,8	-1,2	17,7	5,4
Kern		3,1	0,1	14,8	-0,1	3,0	-1,6	16,1	1,0
Rand		7,7	0,6	5,4	0,1	7,1	-0,8	19,7	10,3
Bremen		6,3	5,2	9,3	-0,7	1,0	-2,0	18,3	1,7
Kern		7,0	5,2	12,9	-0,7	1,8	-3,2	16,4	-0,8
Rand		5,9	5,2	7,0	-0,6	0,5	-1,2	19,6	3,1
Region Hannover		5,0	1,3	10,9	-0,1	3,7	-1,6	17,2	2,8
Ruhr		0,3	2,3	12,0	-0,3	-2,4	-3,0	18,3	-2,9
Kern		-0,4	1,9	13,5	0,2	-2,6	-3,8	17,5	-3,9
Rand		1,2	2,8	9,9	-0,9	-2,1	-2,1	19,4	-1,8
Rhein		3,3	0,1	13,2	-0,3	2,9	-1,0	18,2	1,7
Kern		1,9	0,1	16,5	-0,3	1,4	-1,2	17,1	-0,4
Rand		4,8	0,0	9,9	-0,3	4,5	-0,7	19,4	3,7
Rhein-Main		4,1	1,8	14,4	-1,1	2,3	0,1	17,8	2,2
Kern		3,4	2,4	18,6	-1,3	0,9	0,4	16,5	1,4
Rand		4,8	1,2	10,7	-0,9	3,6	-0,3	19,1	2,8
Rhein-Neckar		4,7	1,9	13,8	0,6	2,8	-1,1	17,9	-0,2
Kern		3,6	3,5	21,1	2,0	0,1	-1,3	16,3	-1,9
Rand		5,3	1,0	9,9	-0,2	4,2	-1,0	18,8	0,7
Karlsruhe		6,2	5,2	11,6	0,2	0,8	-0,3	19,0	2,9
Kern		8,1	14,0	15,8	1,7	-6,0	-1,7	16,4	1,6
Rand		5,1	0,5	9,4	-0,7	4,4	0,4	20,4	3,4
Stuttgart		4,9	0,6	16,1	-0,7	4,2	1,2	19,2	2,2
Kern		2,3	1,6	24,3	-0,5	0,7	0,0	15,5	-1,8
Rand		5,4	0,4	14,3	-0,8	5,0	1,5	20,0	2,9
München		5,8	3,6	17,5	-0,3	2,2	1,4	17,1	6,6
Kern		5,3	5,5	21,7	-0,6	-0,2	0,9	15,5	3,9
Rand		6,7	0,2	10,1	0,3	6,4	2,1	19,9	10,7

Fortsetzung Tabelle 1.2: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Gesamtwanderungs-saldo 2002 je 1 000 E.	Außenwanderungs-saldo 2002 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2002 in %	Ausländeranteil Diff. in %-Punkten 1995-2002	Binnenwanderungs-saldo insgesamt 2002 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 Einw. 2002	Anteil der E. im Alter von 0-<18 Jahren 2002 in %	Einwohner im Alter von 0-<18 Jahren Entw. 1995-2002 in %
Nürnberg		4,8	1,7	11,6	0,1	2,6	-1,2	18,2	0,5
Kern		5,9	-0,3	16,8	0,7	5,3	-1,8	16,4	0,8
Rand		3,6	4,0	5,7	-0,6	-0,4	-0,6	20,3	0,2
Berlin/Potsdam		3,7	2,3	9,7	0,8	0,6	-1,8	16,3	-13,9
Kern		2,8	2,9	12,8	0,9	-1,1	-1,3	16,0	-15,2
Rand		5,9	0,9	2,3	0,3	4,6	-2,9	17,0	-10,8
Rostock		1,3	0,4	2,9	0,6	0,5	-1,9	15,8	-28,9
Kern		-1,7	1,3	3,6	0,8	-3,0	-1,9	14,3	-39,1
Rand		6,2	-1,2	1,7	0,3	6,4	-2,0	18,3	-9,0
Magdeburg		-3,5	1,5	2,1	-	-4,9	-4,6	15,7	-24,9
Kern		-2,5	2,5	3,2	-	-4,9	-4,5	14,3	-32,4
Rand		-4,1	0,8	1,5	-	-4,9	-4,7	16,6	-20,2
Halle/Leipzig		-2,2	1,4	3,8	1,3	-3,7	-3,7	15,1	-23,6
Kern		0,5	2,4	5,5	2,3	-1,8	-3,2	14,2	-28,6
Rand		-5,4	0,2	1,9	0,1	-6,1	-4,2	16,1	-17,7
Dresden		-1,9	2,0	2,9	0,6	-3,9	-2,9	15,6	-24,0
Kern		5,0	3,5	4,3	1,0	1,6	-1,7	14,6	-25,5
Rand		-6,5	1,1	2,0	0,3	-7,5	-3,7	16,2	-23,1
Chemnitz		-6,4	1,9	2,4	0,7	-8,4	-5,0	15,0	-26,2
Kern		-7,6	0,6	4,3	1,1	-8,3	-5,0	13,5	-33,7
Rand		-6,0	2,5	1,5	0,5	-8,4	-5,0	15,6	-23,1
Erfurt/Wei./Jena		-1,0	2,7	2,4	1,3	-3,7	-2,7	15,8	-23,8
Kern		1,4	6,8	3,5	1,9	-5,4	-1,5	15,2	-25,9
Rand		-2,6	-0,2	1,7	0,9	-2,6	-3,5	16,1	-22,3
Stadtregionen (ges.)		3,0	1,8	11,5	-0,1	0,9	-1,3	17,6	-4,1
Kerne gesamt		2,5	2,4	14,8	0,2	-0,2	-1,6	16,3	-6,7
Alte Länder		2,8	2,2	16,8	-0,2	0,4	-1,5	16,6	-0,5
Junge Länder		1,9	3,0	9,7	1,2	-1,7	-1,9	15,4	-20,3
Ränder gesamt		3,5	1,2	8,2	-0,4	2,1	-1,1	18,9	-1,8
Alte Länder		4,8	1,3	10,0	-0,6	3,3	-0,4	19,6	3,0
Junge Länder		-1,1	0,8	1,9	0,4	-2,2	-3,7	16,5	-17,7

Tabelle 1.3: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anteil der Einwohner im Alter von 25-<29 Jahren 2002 in %	Einwohner im Alter von 25-<29 Jahren Entw. 1995-2002 in %	Anteil der Einwohner im Alter von über 64 Jahren 2002 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 1995-2002 in %	Anteil der Einwohner bis unter 20 Jahre an der Gesamtbev. 2020 in %	Differenz Anteil der E. bis unter 20 Jahre an der Gesamtbev. 2002-2020 in %-Punkten	Anteil der Einwohner 60 Jahre u. älter an der Gesamtbev. 2020 in %	Differenz Anteil der Einwohner 60 Jahre u. älter an der Gesamtbev. 2002-2020 in %-Punkten
BRD insgesamt		5,7	-30,1	17,5	13,4	17,4	-3,3	28,6	4,6
Alte Länder		5,7	-30,7	17,4	12,6	17,7	-3,7	28,0	4,1
Junge Länder		5,5	-27,7	17,9	16,6	16,6	-2,1	31,0	6,3
Landkreise		5,2	-32,1	17,3	16,5	18,0	-3,9	29,0	5,3
Alte Länder		5,3	-32,4	17,0	16,1	18,2	-4,3	28,3	4,9
Junge Länder		4,8	-30,2	18,4	18,2	16,9	-2,5	32,0	7,2
Kreisfreie		6,6	-26,7	17,9	7,9	16,3	-2,1	27,9	3,1
Alte Länder		6,6	-27,3	18,2	6,1	16,4	-2,3	27,4	2,5
Junge Länder		6,0	-25,8	18,8	17,1	15,6	-1,5	33,1	6,2
Berlin		6,9	-23,6	15,5	10,4	16,8	-1,6	26,1	3,6
Kreisfreie									
> 1 Mio. E.		7,1	-23,3	16,4	7,7	16,5	-1,7	26,2	2,7
Alte Länder		7,2	-23,1	17,2	5,8	16,1	-1,8	26,3	1,8
Berlin		6,9	-23,6	15,5	10,4	16,8	-1,6	26,1	3,6
< 1 Mio. E.		6,7	-25,1	18,2	6,1	16,2	-2,1	26,9	2,0
Alte Länder		6,7	-25,1	18,2	6,1	16,2	-2,1	26,9	2,0
< 500.000 E.		6,4	-24,9	18,8	8,4	16,2	-1,9	28,8	2,7
Alte Länder		6,3	-28,2	18,7	6,5	16,2	-2,5	28,4	2,8
Junge Länder		6,8	-15,4	19,1	13,4	16,4	-0,3	29,8	2,3
< 300.000 E.		6,4	-29,8	18,3	8,0	16,5	-2,3	28,6	3,5
Alte Länder		6,6	-29,8	18,2	6,2	16,7	-2,5	27,4	2,7
Junge Länder		5,9	-29,4	18,6	16,4	15,4	-1,7	33,9	7,2
< 100.000 E.		5,8	-31,4	19,2	11,0	15,9	-3,0	31,5	5,2
Alte Länder		5,9	-31,8	19,4	6,1	16,2	-3,3	29,7	3,5
Junge Länder		5,5	-30,5	18,7	22,9	15,2	-2,3	35,3	8,5

Fortsetzung Tabelle 1.3: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anteil der Einwohner im Alter von 25-29 Jahren 2002 in %	Einwohner im Alter von 25-29 Jahren Entw. 1995-2002 in %	Anteil der Einwohner im Alter von über 64 Jahren 2002 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 1995-2002 in %	Anteil der Einwohner bis unter 20 Jahre an der Gesamtbev. 2020 in %	Differenz Anteil der E. bis unter 20 Jahre an der Gesamtbev. 2002-2020 in %-Punkten	Anteil der Einwohner 60 Jahre u. älter an der Gesamtbev. 2020 in %	Differenz Anteil der Einwohner 60 Jahre u. älter an der Gesamtbev. 2002-2020 in %-Punkten
<i>Stadtregionen</i>									
Hamburg	6,2	-27,5	17,0	10,8	16,5	-3,1	27,2	2,9	
Kern	7,4	-21,0	17,3	3,1	16,3	-1,8	25,6	1,3	
Rand	4,8	-37,4	16,6	22,7	16,7	-4,7	29,0	5,0	
Bremen	5,7	-33,5	17,7	9,7	17,3	-3,1	28,8	4,2	
Kern	6,3	-29,5	19,0	6,0	17,0	-1,5	28,2	2,1	
Rand	5,3	-36,4	16,9	12,6	17,4	-4,1	29,1	5,5	
Region	6,2	-29,6	18,1	11,2	16,8	-2,4	28,4	3,2	
Hannover	5,4	-32,8	19,0	9,7	17,0	-3,4	29,6	3,9	
Ruhr	5,6	-32,2	19,8	6,5	16,5	-3,0	29,8	3,2	
Rand	5,2	-33,7	18,0	14,5	17,6	-3,9	29,4	4,7	
Rhein	5,7	-30,9	17,4	13,8	16,7	-3,5	27,7	3,4	
Kern	6,4	-28,0	17,8	8,2	16,2	-2,7	26,8	2,2	
Rand	5,1	-34,2	17,0	20,4	17,2	-4,3	28,6	4,6	
Rhein-Main	6,1	-27,7	16,5	11,3	16,7	-3,1	26,6	3,4	
Kern	6,8	-22,9	16,7	6,6	16,0	-2,2	25,6	2,3	
Rand	5,4	-32,6	16,4	16,0	17,4	-3,8	27,5	4,5	
Rhein-Neckar	5,9	-31,2	17,2	13,0	16,8	-3,2	27,7	3,9	
Kern	7,1	-28,0	17,1	6,0	16,3	-2,1	25,8	2,3	
Rand	5,2	-33,3	17,2	17,1	17,1	-3,9	28,7	4,7	
Karlsruhe	5,8	-30,1	16,8	15,9	17,5	-3,7	27,6	4,2	
Kern	6,9	-26,6	18,4	6,7	16,4	-2,1	26,9	2,0	
Rand	5,2	-32,4	16,0	22,4	18,1	-4,5	28,0	5,4	
Stuttgart	6,3	-25,8	16,1	17,3	18,4	-3,1	26,1	3,4	
Kern	7,7	-18,4	17,0	6,5	16,6	-1,1	25,6	1,7	
Rand	6,0	-27,6	15,9	20,1	18,8	-3,5	26,3	3,8	
München	6,8	-23,5	15,6	11,9	16,6	-2,3	25,4	2,5	
Kern	7,4	-21,4	16,1	8,0	15,5	-1,6	25,5	1,7	
Rand	5,8	-28,0	14,6	20,6	18,5	-3,7	25,2	3,8	

Fortsetzung Tabelle 1.3: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anteil der Einwohner im Alter von 25-29 Jahren 2002 in %	Einwohner im Alter von 25-29 Jahren Entw. 1995-2002 in %	Anteil der Einwohner im Alter von über 64 Jahren 2002 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 1995-2002 in %	Anteil der Einwohner bis unter 20 Jahre an der Gesamtbev. 2020 in %	Differenz Anteil der E. bis unter 20 Jahre an der Gesamtbev. 2002-2020 in %-Punkten	Anteil der Einwohner 60 Jahre u. älter an der Gesamtbev. 2020 in %	Differenz Anteil der Einwohner 60 Jahre u. älter an der Gesamtbev. 2002-2020 in %-Punkten
<i>Nürnberg</i>									
Nürnberg	5,8	-27,5	17,2	12,2	16,9	-3,5	28,5	4,5	
Kern	6,6	-21,0	18,3	7,2	16,2	-2,2	28,5	3,1	
Rand	5,0	-37,4	15,9	19,7 ^a	17,6	-5,0	28,5	6,1	
<i>Berlin/Potsdam</i>									
Berlin/Potsdam	6,2	-33,5	15,8	17,8	16,6	-2,2	27,7	4,7	
Kern	6,9	-29,5	15,6	11,0	16,7	-1,6	26,3	3,8	
Rand	4,6	-36,4	16,5	36,0	16,3	-3,5	30,3	6,9	
<i>Rostock</i>									
Rostock	5,6	-29,6	16,3	36,5	15,7	-3,2	32,3	8,8	
Kern	6,2	-29,6	17,8	34,6	14,5	-2,5	34,8	8,2	
Rand	4,5	-32,8	13,8	40,6	17,0	-4,3	29,5	9,7	
<i>Magdeburg</i>									
Magdeburg	5,0	-32,2	18,4	16,6	16,6	-1,9	31,7	6,0	
Kern	5,5	-33,7	19,3	15,3	15,6	-1,3	32,6	4,6	
Rand	4,7	-30,9	17,8	17,5	17,2	-2,3	31,2	6,8	
<i>Halle/Leipzig</i>									
Halle/Leipzig	5,6	-28,0	18,6	13,6	16,7	-1,0	29,5	3,5	
Kern	6,3	-34,2	19,0	11,6	16,5	-0,1	29,3	2,1	
Rand	4,8	-27,7	18,1	16,2	16,8	-2,2	29,7	5,1	
<i>Dresden</i>									
Dresden	5,8	-22,9	19,2	16,3	17,3	-1,2	30,2	3,7	
Kern	7,1	-32,6	18,9	14,6	16,6	-0,6	30,1	2,9	
Rand	4,9	-31,2	19,4	17,4	17,6	-1,6	30,3	4,3	
<i>Chemnitz</i>									
Chemnitz	5,0	-28,0	21,0	10,4	16,7	-1,1	31,9	5,4	
Kern	5,1	-33,3	21,4	8,0	14,4	-1,2	39,9	9,0	
Rand	5,0	-30,1	20,8	11,4	17,4	-1,0	29,7	3,9	
<i>Erfurt/Wei./Jena</i>									
Erfurt/Wei./Jena	5,8	-26,6	17,1	16,0	16,6	-2,1	32,3	8,1	
Kern	6,8	-32,4	16,8	17,3	16,1	-1,7	33,0	8,5	
Rand	5,1	-25,8	17,3	15,2	16,9	-2,3	31,9	7,8	
<i>Stadtregionen</i>									
Stadtregionen	5,9	-28,2	17,2	13,2	16,9	-2,9	28,0	3,9	
Kerne gesamt	6,6	-25,2	17,6	8,0	16,3	-2,0	27,3	2,8	
Alte Länder	6,6	-26,1	17,9	6,6	16,2	-2,3	27,0	2,3	
Junge Länder	6,7	-22,8	16,8	11,8	16,5	-1,3	28,1	4,0	
<i>Ränder gesamt</i>									
Ränder gesamt	5,2	-31,6	16,9	19,0	17,5	-3,7	28,6	4,9	
Alte Länder	5,3	-32,7	16,6	18,3	17,6	-4,0	28,0	4,6	
Junge Länder	4,8	-27,3	17,9	21,5	16,9	-2,4	30,3	6,0	

Tabelle 2: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m ² je E. 2002	Wohnfläche Differenz 1995-2002 in m ² je E.	Baulandpreise 2000/01/02 in € je m ²	Fertiggestellte Wohnungen in 1 000 2002	Entw. der Zahl der fertiggestellten Wohnungen 1995-2002 in %	Fertiggestellte Wohnungen je 1 000 des Bestandes insg. 2002	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1 000 E. 2002	PKW je 1 000 E. 2002	PKW Entwicklung 1995-2002 in %
BRD insgesamt		40,0	3,2	109,2	253,7	-51,6	9,5	3,0	541	12,1
Alte Länder		40,7	2,7	134,1	211,7	-50,5	9,7	3,2	554	12,3
Junge Länder		37,4	5,0	43,8	42,0	-56,7	8,8	2,2	491	11,0
Landkreise	40,8	3,3	88,1	196,2	-50,3	10,8	3,5	571	15,4	
Alte Länder		41,7	3,0	108,6	166,8	-49,6	10,9	3,7	576	14,5
Junge Länder		36,7	4,8	34,4	29,4	-54,0	10,6	2,9	548	19,6
Kreisfreie Städte	38,4	3,0	181,3^a	57,5	-55,7	5,1	2,1	482	5,0	
Alte Länder		38,5	2,3	221,0	44,9	-53,6	5,2	2,2	507	7,3
Junge Länder		38,6	7,0	76,0	8,2	-58,7	5,7	2,1	451	-5,6
Berlin Ost/West		38,1	3,1	-	4,4	-66,9	2,8	1,0	364	1,0
Kreisfreie Städte										
> 1 Mio. E.		38,1	2,4	-	13,8	-57,4	4,2	2,0	441	6,9
Alte Länder		38,1	1,8	126,0	9,4	-50,8	4,8	2,8	506	10,8
Berlin Ost/West		38,1	3,1	-	4,4	-66,9	2,8	1,0	364	1,0
< 1 Mio. E.		37,5	2,3	444,6	10,0	-42,3	4,4	1,9	494	6,0
Alte Länder		37,5	2,3	444,6	10,0	-42,3	4,4	1,9	494	6,0
< 500.000 E.		39,1	3,4	185,6	5,9	-71,0	4,0	1,6	481	2,9
Alte Länder		38,6	2,2	197,0	4,4	-67,5	4,2	1,6	506	5,7
Junge Länder		40,3	6,5	117,0	1,5	-78,1	3,3	1,4	415	-5,0
< 300.000 E.		38,4	3,4	185,9	20,6	-53,7	5,8	2,2	499	4,1
Alte Länder		38,4	2,4	216,0	16,5	-54,5	5,8	2,2	509	6,9
Junge Länder		38,3	7,2	89,0	4,2	-50,3	5,8	2,3	456	-7,5
< 100.000 E.		40,4	4,5	117,1	7,2	-53,3	6,5	2,4	520	4,3
Alte Länder		42,0	3,2	155,4	4,6	-56,3	6,4	2,4	540	7,6
Junge Länder		37,3	7,0	63,9	2,6	-46,5	6,9	2,4	480	-2,7

^a Ohne Berlin, Hamburg und Bremen.

Fortsetzung Tabelle 2: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m ² je E. 2002	Wohnfläche Differenz 1995-2002 in m ² je E.	Baulandpreise 2000/01/02 in € je m ²	Fertiggestellte Wohnungen in 1 000 2002	Entw. der Zahl der fertiggestellten Wohnungen 1995-2002 in %	Fertiggestellte Wohnungen je 1 000 des Bestandes insg. 2002	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1 000 E. 2002	PKW je 1 000 E. 2002	PKW Entwicklung 1995-2002 in %
Stadtregionen										
Hamburg		37,9	1,7	-	9,7	-46,0	9,7	4,0	526	15,6
Kern		35,7	1,7	-	3,4	-52,1	4,3	2,1	477	15,5
Rand		40,7	1,8	109,2	6,3	-42,1	12,5	4,3	586	15,7
Bremen		41,9	3,0	-	4,1	-40,6	8,7	4,0	500	7,4
Kern		39,9	2,3	-	1,1	-36,8	4,2	2,3	447	1,7
Rand		43,2	3,5	76,0	3,0	-41,9	10,3	4,2	535	10,8
Region Hannover		41,3	2,0	126,0	2,7	-61,8	5,1	2,3	495	7,0
Ruhr		36,7	2,7	202,6	11,9	-44,9	5,2	2,1	503	6,3
Kern		36,7	2,8	227,6	5,4	-46,7	3,9	1,7	483	3,7
Rand		36,7	2,6	157,8	6,4	-43,3	6,4	2,3	529	9,5
Rhein		38,8	2,3	214,1	14,9	-51,6	6,5	3,2	530	9,0
Kern		38,3	2,3	236,9	6,3	-49,8	4,7	2,1	504	5,7
Rand		39,2	2,3	188,0	8,6	-52,8	7,8	3,6	556	12,2
Rhein-Main		39,7	1,7	331,4	10,7	-52,1	7,2	3,0	593	13,6
Kern		38,1	1,5	496,6	4,1	-53,8	5,1	2,6	567	9,8
Rand		41,1	1,9	239,6	6,6	-51,0	8,6	3,1	616	17,0
Rhein-Neckar		41,2	2,4	216,3	4,6	-58,8	7,3	2,4	547	8,8
Kern		38,7	2,2	274,5	1,0	-67,3	3,8	1,1	480	4,3
Rand		42,6	2,5	196,8	3,6	-55,6	8,3	2,6	583	10,9
Karlsruhe		41,2	1,9	215,2	3,0	-64,8	7,2	3,0	556	11,6
Kern		39,3	1,3	270,0	0,7	-77,2	3,9	2,0	503	6,6
Rand		42,2	2,2	178,7	2,3	-57,5	8,3	3,2	585	14,1
Stuttgart		39,1	2,1	302,3	11,1	-52,5	8,9	3,5	580	14,9
Kern		36,5	1,4	635,0	0,9	-57,3	3,2	1,1	527	11,3
Rand		39,6	2,2	260,8	10,2	-52,0	9,3	3,6	591	15,6
München		39,5	1,9	395,3	11,3	-26,3	14,2	6,3	574	13,9
Kern		39,1	1,9	641,0	6,1	-22,0	12,3	5,8	574	11,6
Rand		40,2	1,8	272,5	5,2	-30,7	16,5	6,4	572	18,2

Fortsetzung Tabelle 2: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m ² , je E. 2002	Wohnfläche Differenz 1995-2002 in m ² je E.	Baulandpreise 2000/01/02 in € je m ²	Fertiggestellte Wohnungen in 1.000 2002	Entw. der Zahl der fertiggestellten Wohnungen 1995-2002	Fertiggestellte Wohnungen je 1.000 des Bestandes insg.	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1.000 E. 2002	PKW je 1.000 E. 2002	PKW Entwicklung 1995-2002 in %
Nürnberg		40,7	2,3	178,7	4,4	-62,5	8,9	3,2	549	11,3
Kern		38,9	1,6	258,0	1,8	-69,2	5,1	2,6	511	6,9
Rand		42,7	3,0	162,8	2,5	-55,5	11,5	3,2	593	15,9
Berlin/Potsdam		37,7	3,7	64,1	14,2	-46,4	12,2	5,2	421	9,8
Kern		38,0	3,2	135,0	4,8	-67,0	3,1	1,2	367	0,6
Rand		36,8	5,2	56,2	9,4	-21,2	16,9	5,5	548	28,2
Rostock		35,6	7,2	64,5	1,9	-24,1	16,5	7,3	472	9,9
Kern		34,5	7,7	76,0	0,7	118,2	6,4	3,4	417	-12,7
Rand		37,4	6,1	53,0	1,2	-45,2	22,4	7,8	563	61,2
Magdeburg		39,2	6,2	40,6	1,6	-73,8	6,8	2,5	517	10,7
Kern		40,7	7,8	91,0	0,5	-67,8	4,1	2,2	448	-12,2
Rand		38,3	5,2	28,0	1,1	-75,8	8,0	2,6	559	27,0
Halle/Leipzig		38,7	5,9	54,8	2,5	-71,3	5,8	2,2	467	6,6
Kern		41,3	7,1	75,0	0,9	-71,7	3,2	1,4	393	-9,9
Rand		35,5	4,2	48,0	1,6	-71,0	7,3	2,2	555	25,7
Dresden		36,3	5,1	52,1	2,4	-71,7	4,7	1,8	507	10,7
Kern		38,5	6,4	117,0	0,8	-79,7	3,4	1,6	440	-2,3
Rand		34,9	4,3	41,3	1,6	-64,2	5,4	1,8	550	19,0
Chemnitz		36,4	5,3	42,4	1,6	-63,1	4,7	1,6	548	12,5
Kern		40,0	8,2	83,0	0,6	-3,3	4,5	1,9	515	-3,0
Rand		34,9	4,0	32,3	1,1	-72,0	4,9	1,6	562	19,8
Erfurt/Wei./Jena		36,7	4,4	51,9	2,4	-63,1	7,5	1,9	503	10,9
Kern		36,4	4,7	84,0	1,3	-61,0	9,3	1,9	449	-1,4
Rand		36,9	4,2	32,6	1,1	-65,3	5,5	1,9	540	19,3
Stadtregionen		38,6	2,8	172,2	11,2	-52,0	8,8	2,7	523	10,9
Kerne gesamt		38,0	2,8	264,9	39,7	-55,8	5,6	2,0	477	5,2
Alte Länder		37,7	2,1	312,0	30,8	-50,7	6,0	2,3	510	7,7
Junge Länder		38,6	4,6	94,1	8,9	-67,4	4,2	1,3	392	-2,2
Ränder gesamt		39,2	2,8	133,6	71,8	-49,6	10,6	3,3	568	15,9
Alte Länder		40,1	2,3	184,8	54,8	-48,8	9,7	3,4	573	13,8
Junge Länder		36,2	4,6	42,3	17,0	-52,0	13,3	3,3	551	24,6

Tabelle 3.1: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte insgesamt in 1.000 2002	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 1995-2002 in %	SV Beschäftigte Anteil Frauen 2002 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 1995-2002 in %	Pendlersaldo je 1.000 SVB am Arbeitsort 2002	Arbeitslose insgesamt in 1.000 2003	Arbeitslosenquote 2003	Arbeitslosenquote Differenz 1995-2003 in %-Punkten	Arbeitslose Frauen Anteil 2003 in %	Arbeitslose Frauen Entw. 1995-2003 in %
BRD insgesamt		27564,4	-1,9	44,9	1,8	5,1	4060,3	11,3	1,3	45,5	8,8
Alte Länder		22182,5	1,9	43,8	4,7	20,3	2498,2	9,0	0,2	43,2	9,8
Junge Länder		5381,9	-15,2	49,6	-9,1	-57,5	1562,1	19,3	4,8	49,3	7,5
Landkreise		15389,8	-1,4	44,0	2,6	-195,1	2454,6	10,2	1,0	47,6	8,8
Alte Länder		12620,4	2,4	43,2	5,3	-182,2	1504,8	7,9	0,1	44,8	11,1
Junge Länder		2769,4	-15,8	47,5	-9,4	-254,0	949,8	19,2	4,1	52,1	5,8
Kreisfreie Städte		12174,5	-2,6	46,2	0,9	258,1	1605,7	13,6	1,9	42,4	8,8
Alte Länder		9562,1	1,3	44,7	4,1	287,5	993,4	11,5	0,4	40,7	7,6
Junge Länder		1508,7	-16,3	52,4	-10,2	209,2	324,2	19,0	5,7	48,0	0,5
Berlin Ost/West		1103,8	-12,0	50,9	-7,4	71,0	288,2	19,8	6,3	41,7	26,9
Kreisfreie Städte											
> 1 Mio. E.		3002,0	-3,0	47,6	-0,4	178,7	463,0	14,5	3,2	41,6	21,7
Alte Länder		1898,2	3,1	45,7	4,7	241,3	174,8	10,1	0,6	41,5	14,0
Berlin Ost/West		1103,8	-12,0	50,9	-7,4	71,0	288,2	19,8	6,3	41,7	26,9
< 1 Mio. E.		2473,2	3,1	43,4	7,1	331,0	254,9	12,2	-0,4	38,7	1,1
Alte Länder		2473,2	3,1	43,4	7,1	331,0	254,9	12,2	-0,4	38,7	1,1
< 500.000 E.		1520,0	-4,1	46,3	-0,8	250,2	212,3	13,9	2,8	43,4	15,4
Alte Länder		1110,3	-1,2	44,3	1,3	266,7	129,0	12,3	1,4	41,7	17,0
Junge Länder		409,7	-11,0	51,6	-5,6	205,4	83,3	17,7	6,1	46,1	13,2
< 300.000 E.		3980,0	-3,6	46,1	0,5	268,2	503,9	13,2	1,4	43,2	3,8
Alte Länder		3239,5	0,3	44,6	3,0	278,0	350,0	11,6	0,3	40,7	6,3
Junge Länder		740,5	-17,4	52,4	-10,8	225,6	153,9	19,2	5,3	48,8	-0,6
< 100.000 E.		1199,5	-6,9	48,7	-3,5	283,4	171,6	14,5	2,6	46,0	-1,1
Alte Länder		841,0	-0,2	46,7	2,3	327,7	84,7	11,2	0,8	43,5	7,3
Junge Länder		358,5	-19,4	53,4	-14,4	179,5	86,9	20,3	5,9	48,4	-7,3

Fortsetzung Tabelle 3.1: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte insgesamt in 1 000 2002	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 1995-2002 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 1995-2002 in %	Pendlersaldo je 1 000 SV/B am Arbeitsort 2002	Arbeitslose insgesamt in 1 000 2003	Arbeitslosenquote 2003	Arbeitslosenquote Differenz 1995-2003 in %-Punkten	Arbeitslose Frauen Anteil 2003 in %	Arbeitslose Frauen Entw. 1995-2003 in %
<i>Stadtregionen</i>										
Hamburg		1124,5	2,2	45,2	4,1	71,4	128,6	10,0	0,9	41,9
Kern		768,7	1,9	45,2	3,1	257,0	77,5	11,2	0,4	40,2
Rand		355,8	3,0	45,3	6,2	-329,6	51,1	8,5	1,6	44,6
Bremen		482,6	-0,7	43,9	2,1	111,2	70,3	11,7	-0,2	39,9
Kern		240,6	-1,6	41,8	0,9	294,0	30,8	12,9	-0,1	38,8
Rand		242,0	0,3	46,1	3,2	-70,6	39,5	10,9	-0,3	40,7
Region Hannover		434,9	-0,4	45,4	2,0	142,0	57,7	11,0	0,2	41,4
Ruhr		1716,3	-3,7	42,6	2,3	-29,1	307,4	12,7	0,0	39,3
Kern		1040,5	-3,8	42,5	1,5	62,5	187,9	14,0	0,2	38,1
Rand		675,8	-3,6	42,8	3,5	-170,2	119,5	11,1	-0,1	41,2
Rhein		2114,5	2,7	43,4	6,2	97,8	245,5	10,2	0,1	40,9
Kern		1336,5	2,6	44,3	5,3	270,0	141,4	11,4	-0,2	40,1
Rand		778,1	2,9	42,0	7,9	-198,0	104,1	8,8	0,3	42,0
Rhein-Main		1621,0	5,0	43,6	6,9	118,1	129,2	8,2	0,7	43,2
Kern		1038,1	5,8	43,9	7,9	335,5	66,8	9,1	1,0	41,2
Rand		582,9	3,5	43,0	5,2	-269,1	62,4	7,4	0,5	45,2
Rhein-Neckar		624,6	0,7	43,1	4,1	64,9	62,3	8,6	0,2	43,0
Kern		337,3	-0,5	42,3	4,9	414,9	26,6	10,7	0,4	40,1
Rand		287,3	2,0	44,2	3,3	-346,2	35,7	7,4	0,1	45,1
Karlsruhe		416,0	3,0	44,0	4,1	33,3	34,8	7,5	0,1	47,0
Kern		203,0	-0,7	47,3	0,8	331,2	15,2	9,8	0,9	44,5
Rand		212,9	6,8	40,8	8,1	-250,9	19,6	6,4	-0,3	49,0
Stuttgart		1297,1	4,0	42,2	4,1	74,1	85,0	6,3	-0,9	45,9
Kern		355,5	3,3	43,7	5,7	413,0	18,6	8,0	-0,6	41,7
Rand		941,5	4,2	41,7	3,4	-53,9	66,4	5,9	-1,0	47,1
München		1082,9	11,2	45,2	12,3	156,7	62,4	6,5	1,0	45,5
Kern		858,4	10,1	45,1	11,2	297,3	45,6	7,3	1,2	44,7
Rand		224,5	15,9	45,4	16,7	-380,8	16,8	5,1	0,6	47,8

Fortsetzung Tabelle 3.1: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte insgesamt in 1 000 2002	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 1995-2002 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 1995-2002 in %	Pendlersaldo je 1 000 SV/B am Arbeitsort 2002	Arbeitslose insgesamt in 1 000 2003	Arbeitslosenquote 2003	Arbeitslosenquote Differenz 1995-2003 in %-Punkten	Arbeitslose Frauen Anteil 2003 in %	Arbeitslose Frauen Entw. 1995-2003 in %
<i>Nürnberg</i>										
Nürnberg		545,7	1,2	44,7	2,8	84,7	54,8	9,2	1,0	46,4
Kern		393,7	-0,1	44,5	1,1	330,9	36,4	11,7	1,8	45,0
Rand		152,0	4,6	45,2	7,2	-552,8	18,4	6,5	0,0	49,1
<i>Berlin/Potsdam</i>										
Berlin/Potsdam		1572,9	-11,7	50,0	-7,4	-17,0	423,7	19,1	5,9	43,5
Kern		1168,0	-12,5	51,1	-7,9	79,9	296,6	19,5	6,1	41,7
Rand		404,9	-9,4	46,7	-5,7	-296,7	127,1	18,1	5,6	47,7
<i>Rostock</i>										
Rostock		111,6	-14,3	50,4	-5,8	7,5	27,5	19,0	3,5	47,3
Kern		78,5	-20,7	51,6	-11,9	134,0	17,9	20,0	5,0	46,8
Rand		33,0	5,9	47,7	14,8	-293,0	9,5	17,3	1,0	48,3
<i>Magdeburg</i>										
Magdeburg		206,5	-13,4	49,9	-9,4	-33,5	55,3	19,3	4,6	49,4
Kern		106,9	-16,5	54,0	-6,6	262,0	22,5	20,7	5,0	47,2
Rand		99,7	-9,9	45,5	-14,5	-350,3	32,8	18,4	4,3	51,0
<i>Halle/Leipzig</i>										
Halle/Leipzig		465,3	-20,2	50,2	-6,2	32,1	133,3	19,9	7,3	48,5
Kern		292,7	-17,2	53,9	-4,6	199,7	72,4	20,6	8,3	46,4
Rand		172,5	-24,9	44,0	-7,9	-252,3	61,0	19,2	6,3	51,1
<i>Dresden</i>										
Dresden		426,2	-12,8	49,4	-10,4	3,0	106,4	16,7	3,4	50,3
Kern		213,5	-9,7	50,6	-15,1	204,0	37,3	15,3	4,1	46,8
Rand		212,8	-15,6	48,1	-6,9	-198,7	69,1	17,5	2,9	52,2
<i>Chemnitz</i>										
Chemnitz		280,3	-15,8	48,4	-4,3	-55,1	78,2	17,9	2,6	55,4
Kern		110,8	-18,5	49,3	-3,5	221,0	23,3	18,3	4,4	51,9
Rand		169,5	-13,9	47,8	-5,3	-235,6	54,9	17,7	1,8	56,9
<i>Erfurt/Wei./Jena</i>										
Erfurt/Wei./Jena		320,7	-10,6	49,3	2,8	11,9	74,9	18,0	3,2	50,3
Kern		169,1	-12,2	52,4	1,1	260,3	29,4	18,3	5,0	47,3
Rand		151,6	-8,8	45,8	7,2	-265,0	45,5	17,8	2,1	52,3
<i>Stadtregionen</i>										
Stadtregionen		14330,3	-1,6	45,0	2,0	56,5	2061,8	12,0	1,6	44,2
<i>Kerne gesamt</i>										
Kerne gesamt		8633,4	-2,0	45,8	1,6	240,2	1128,2	13,6	2,1	41,8
Alte Länder		6572,4	2,3	44,0	5,0	271,1	646,7	11,1	0,4	40,3
Junge Länder		2061,0	-13,4	51,6	-7,5	141,6	481,5	19,2	6,0	43,9
<i>Ränder gesamt</i>										
Ränder gesamt		5696,9	-1,2	43,8	2,7	-221,9	933,6	10,6	1,1	47,0
Alte Länder		4452,9	2,8	43,0	5,6	-209,6	533,7	8,1	0,1	43,9
Junge Länder		1244,0	-13,2	46,6	-6,7	-265,8	399,9	18,1	4,1	51,1

Tabelle 3.2: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator	Arbeitslose Ausländer Anteil 2003 in %	Arbeitslose Ausländer Entw. 1995-2003 in %	Arbeitslose Anteil Langzeit 2003 in %	Sozialhilfeempfänger insgesamt je 1 000 E. 2002	Sozialhilfeempfänger insgesamt Entw. 1995-2002 in %	Sozialhilfeempfänger weiblich je 1 000 Frauen 2002	Ausländeranteil an Sozialhilfeempfängern 2002 in %
BRD insgesamt		12,1	24,5	36,7	33,4	8,9	36,6	22,4
Alte Länder		16,8	18,6	32,5	32,0	-1,6	35,3	24,5
Junge Länder		4,7	74,7	43,4	38,7	60,4	41,2	15,4
Landkreise		8,3	19,0	36,0	23,3	3,9	26,0	15,8
Alte Länder		12,7	15,5	30,7	22,9	-5,0	25,7	18,8
Junge Länder		1,3	135,5	44,4	25,5	60,6	27,5	4,1
Kreisfreie Städte		17,9	28,8	37,7	53,4	13,4	57,2	28,0
Alte Länder		22,8	21,3	35,1	51,9	1,8	56,0	30,0
Junge Länder		3,8	224,4	44,2	42,3	86,3	44,8	11,7
Berlin Ost/West		17,0	48,1	39,4	74,2	47,2	77,8	29,1
Kreisfreie Städte								
> 1 Mio. E.		19,8	37,3	36,1	63,5	21,2	66,7	30,4
Alte Länder		24,5	26,7	30,6	54,6	0,5	57,6	31,8
Berlin Ost/West		17,0	48,1	39,4	74,2	47,2	77,8	29,1
< 1 Mio. E.		25,9	10,6	37,3	57,4	5,6	61,7	33,5
Alte Länder		25,9	10,6	37,3	57,4	5,6	61,7	33,5
< 500.000 E.		17,1	53,1	39,8	50,5	25,8	54,2	28,1
Alte Länder		25,0	41,9	37,4	52,3	8,1	56,1	33,2
Junge Länder		4,8	318,2	43,6	45,9	137,7	49,3	13,0
< 300.000 E.		15,7	27,0	37,8	47,6	7,3	51,6	24,8
Alte Länder		20,8	20,9	35,6	49,1	-0,3	53,7	27,3
Junge Länder		4,1	195,7	42,9	40,6	68,8	42,6	11,5
< 100.000 E.		8,6	33,4	39,7	41,1	11,2	45,2	16,1
Alte Länder		15,0	22,9	32,2	41,0	-8,0	45,8	19,0
Junge Länder		2,3	184,5	47,0	41,5	76,7	44,0	10,5

Fortsetzung Tabelle 3.2: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator	Arbeitslose Ausländer Anteil 2003 in %	Arbeitslose Ausländer Entw. 1995-2003 in %	Arbeitslose Anteil Langzeit 2003 in %	Sozialhilfeempfänger insgesamt je 1 000 E. 2002	Sozialhilfeempfänger insgesamt Entw. 1995-2002 in %	Sozialhilfeempfänger weiblich je 1 000 Frauen 2002	Ausländeranteil an Sozialhilfeempfängern 2002 in %
Stadtregionen								
Hamburg		16,4	24,8	30,3	53,4	-4,0	56,7	25,2
Kern		20,6	15,9	30,3	69,9	-7,8	73,3	28,6
Rand		9,9	64,3	30,3	32,9	8,5	35,9	16,3
Bremen		15,1	33,2	37,0	65,8	-3,2	71,9	25,6
Kern		19,9	37,1	36,8	86,6	5,4	93,5	31,8
Rand		11,4	28,3	37,2	51,9	-11,3	57,3	18,7
Region Hannover		22,7	28,2	35,8	52,7	11,8	56,1	33,9
Ruhr		18,1	18,2	41,5	44,3	4,2	49,2	22,1
Kern		19,8	19,4	43,4	51,4	6,0	57,0	26,5
Rand		15,4	16,0	38,6	35,2	0,9	39,2	13,9
Rhein		22,8	18,3	35,2	39,5	16,2	42,6	29,3
Kern		26,6	15,2	35,8	49,2	15,1	52,3	32,9
Rand		17,6	25,5	34,3	29,6	18,1	32,7	23,3
Rhein-Main		25,6	18,2	28,2	39,0	-1,0	42,4	37,1
Kern		31,3	20,0	28,8	51,6	-3,1	55,1	40,6
Rand		19,5	15,1	27,5	27,5	3,0	30,8	31,3
Rhein-Neckar		23,2	24,3	31,8	29,6	1,9	32,9	30,6
Kern		30,0	25,9	34,4	50,3	9,1	54,6	33,3
Rand		18,2	22,5	29,8	18,4	-7,4	21,0	26,4
Karlsruhe		20,9	15,3	27,9	21,7	-6,8	24,3	26,5
Kern		24,5	26,7	29,5	36,4	-4,4	39,6	29,3
Rand		18,0	5,4	26,6	13,8	-10,0	16,0	22,4
Stuttgart		29,5	-11,0	24,6	20,7	2,4	22,7	34,2
Kern		37,9	-11,4	27,6	37,7	10,3	38,6	39,0
Rand		27,1	-10,9	23,7	17,1	-1,1	19,3	32,0
München		28,4	40,6	22,6	21,9	7,5	23,9	34,6
Kern		32,7	41,3	23,2	29,5	11,7	31,6	36,9
Rand		16,6	37,3	20,9	8,3	-14,3	9,9	19,8

Fortsetzung Tabelle 3.2: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator	Arbeitslose Ausländer Anteil 2003 in %	Arbeitslose Ausländer Entw. 1995-2003 in %	Arbeitslose Anteil Langzeit 2003 in %	Sozialhilfeempfänger insgesamt je 1 000 E. 2002	Sozialhilfeempfänger insgesamt Entw. 1995-2002 in %	Sozialhilfeempfänger weiblich je 1 000 Frauen 2002	Ausländeranteil an Sozialhilfeempfängern 2002 in %
Nürnberg		23,8	37,9	29,1	29,0	-1,3	31,7	37,2
Kern		31,3	45,9	29,9	47,0	0,4	50,3	41,2
Rand		9,0	0,3	27,6	8,4	-11,1	9,9	11,9
Berlin/Potsdam		12,3	53,6	40,2	58,4	51,3	61,6	25,8
Kern		16,7	49,4	39,2	72,8	47,4	76,4	28,9
Rand		1,8	277,9	42,5	24,8	89,5	26,7	4,9
Rostock		2,8	177,7	37,0	35,8	102,5	37,9	11,6
Kern		3,8	196,8	37,6	45,8	103,7	47,8	13,8
Rand		0,8	76,1	35,8	19,1	96,5	21,1	2,7
Magdeburg		2,8	178,7	43,8	35,0	49,8	36,5	8,6
Kern		4,5	148,7	43,4	48,2	59,7	49,4	10,9
Rand		1,7	258,5	44,1	26,8	39,3	28,3	6,0
Halle/Leipzig		3,3	296,5	45,0	44,7	111,4	47,3	10,8
Kern		4,8	351,8	46,3	60,4	119,5	63,2	12,6
Rand		1,5	169,9	43,4	26,2	90,4	28,2	5,9
Dresden		2,4	203,9	43,5	27,4	106,3	30,3	6,9
Kern		4,5	250,6	40,4	31,5	124,6	34,9	10,6
Rand		1,3	144,5	45,2	24,7	93,2	27,3	3,8
Chemnitz		2,3	105,4	45,7	23,4	50,4	25,6	10,4
Kern		4,8	138,8	44,8	33,3	68,4	35,9	17,3
Rand		1,3	68,0	46,1	19,3	38,7	21,3	5,4
Erfurt/Wei./Jena		2,2	140,5	41,6	27,7	69,0	29,8	6,1
Kern		3,7	177,6	41,3	34,6	65,2	36,8	7,9
Rand		1,3	94,6	41,8	23,0	73,3	24,9	4,3
Stadtregionen (ges.)		15,4	25,5	37,2	39,7	15,4	43,0	26,1
Kerne gesamt		19,6	29,3	37,6	54,2	17,2	57,8	29,8
Alte Länder		25,2	20,6	35,0	50,9	3,8	54,7	32,5
Junge Länder		12,0	62,4	41,0	62,3	58,3	65,5	24,4
Ränder gesamt		10,4	17,7	36,8	25,5	11,8	28,3	18,4
Alte Länder		17,0	13,4	31,7	25,9	2,0	29,0	22,0
Junge Länder		1,5	170,4	43,5	24,1	75,1	26,1	4,9

Tabelle 4.1: Wirtschaftsstruktur

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte sel. Sektor Anteil 2002 in %	SV Beschäftigte tert. Sektor Anteil 2002 in %	SV Beschäftigte in wissenschaftlichen Unternehmensbez. Dienstleistungsbran- chen Anteil 2002 in %	SV Beschäftigte in Fertigungsberufen Anteil 2002 in %	Beschäftigte in Fertigungsberufen Entw. 1995-2002 in %	SV Beschäftigte in Dienstleistungsberu- fen Anteil 2002 in %	Beschäftigte in Dienstleistungsber. Entw. 1995-2002 in %	Beschäftigte hohe Qualifikation Anteil 2002 in %
BRD									
insgesamt		34,2	64,6		7,4	27,9	-16,2	62,2	5,4
Alte Länder		35,8	63,3		7,6	28,1	-12,6	62,1	8,9
Junge Länder		27,4	70,0		6,6	26,9	-28,7	62,8	-6,9
Landkreise		40,7	57,5		5,4	33,2	-13,8	57,1	6,8
Alte Länder		42,0	56,7		5,7	33,2	-10,7	57,3	10,0
Junge Länder		34,7	60,8		3,9	33,4	-25,5	56,1	-6,2
Kreisfreie		25,9	73,7		10,0	21,0	-20,5	68,6	4,0
Alte Länder		27,6	72,0		10,2	21,3	-16,2	68,3	7,7
Junge Länder		20,0	79,4		8,7	21,5	-33,7	67,7	-10,1
Berlin		19,3	80,1		10,4	17,9	-33,5	72,8	-4,2
Kreisfreie									
> 1 Mio. E.		21,5	78,0		11,8	17,0	-24,9	73,2	3,5
Alte Länder		22,8	76,8		12,7	16,5	-18,3	73,4	8,5
Berlin		19,3	80,1		10,4	17,9	-33,5	72,8	-4,2
< 1 Mio. E.		23,0	76,6		12,3	17,8	-18,3	72,0	10,3
Alte Länder		23,0	76,6		12,3	17,8	-18,3	72,0	13,4
< 500.000 E.		26,9	72,7		9,9	22,3	-22,8	67,0	2,7
Alte Länder		29,6	70,0		9,7	23,4	-17,9	66,8	5,7
Junge Länder		19,7	79,9		10,4	19,4	-35,3	67,5	-4,6
< 300.000 E.		29,3	70,2		8,5	23,5	-19,1	65,3	2,6
Alte Länder		31,6	68,0		8,4	24,0	-15,2	64,6	6,7
Junge Länder		19,2	80,1		8,7	21,2	-34,0	68,4	-11,2
< 100.000 E.		30,2	69,3		6,0	28,0	-17,4	63,7	-2,0
Alte Länder		33,6	65,9		5,7	29,4	-10,8	62,5	4,3
Junge Länder		22,0	77,3		6,8	24,5	-31,8	66,5	-13,5

Fortsetzung Tabelle 4.1: Wirtschaftsstruktur

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte sek. Sektor Anteil 2002 in %	SV Beschäftigte tert. Sektor Anteil 2002 in %	SV Beschäftigte in wissenschaftsintensiven unternehmensbez. Dienstleistungsbran- chen Anteil 2002 in %	SV Beschäftigte in Fertigungsberufen Anteil 2002 in %	In Fertigungsberufen Entw. 1995- 2002 in %	Beschäftigte in Dienstleistungsberu- fen Anteil 2002 in %	SV Beschäftigte in Dienstleistungsberu- fen Anteil 2002 in %	Beschäftigte in Dienstleistungsber. Entw. 1995-2002 in %	Beschäftigte hohe Qualifikation Anteil 2002 in %
		Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte
<i>Stadtregionen</i>										
Hamburg	24,2	74,8	10,7	19,9	-15,2	71,2	7,9	9,3		
Kern	20,2	79,4	13,1	16,3	-17,6	74,9	6,9	11,2		
Rand	33,0	64,8	5,6	27,6	-12,0	63,3	10,5	5,2		
Bremen	30,0	69,2	7,2	26,2	-13,1	64,8	4,5	8,3		
Kern	30,5	69,2	8,3	24,7	-12,7	65,5	3,0	10,6		
Rand	29,6	69,1	6,1	27,8	-13,4	64,1	6,2	5,9		
Region Hanno-	25,3	74,1	9,8	21,9	-16,7	68,7	5,8	9,7		
Ruhr	34,3	65,0	7,7	27,6	-17,7	61,6	5,7	7,4		
Kern	29,5	70,0	9,4	24,3	-20,6	64,7	5,2	8,5		
Rand	41,8	57,3	5,2	32,7	-14,1	56,9	6,7	5,7		
Rhein	29,4	70,0	9,6	22,8	-16,3	67,3	10,3	10,3		
Kern	25,8	73,8	11,1	19,9	-17,2	70,4	9,3	12,2		
Rand	35,4	63,5	7,2	27,8	-15,3	62,1	12,3	7,2		
Rhein-Main	25,6	73,8	12,6	19,6	-17,9	70,0	13,1	12,6		
Kern	19,3	80,4	14,5	15,2	-20,9	74,5	13,9	15,0		
Rand	37,0	62,0	9,1	27,4	-14,6	61,8	11,6	8,2		
Rhein-Neckar	38,1	61,1	9,2	26,4	-14,3	61,3	8,0	10,7		
Kern	38,1	61,6	8,7	23,7	-15,9	61,9	7,0	12,3		
Rand	38,2	60,6	9,8	29,7	-12,8	60,6	9,4	8,8		
Karlsruhe	38,7	60,7	9,7	29,5	-10,3	59,6	9,8	8,9		
Kern	26,9	72,8	10,2	21,0	-20,1	68,5	6,7	10,9		
Rand	50,0	49,2	9,2	37,5	-4,0	51,1	13,9	7,0		
Stuttgart	42,9	56,4	8,5	28,4	-10,1	59,0	9,4	11,4		
Kern	31,2	68,4	11,4	17,3	-17,2	68,3	8,2	18,2		
Rand	47,3	51,9	7,4	32,5	-8,6	55,4	10,0	8,9		
München	25,7	73,7	13,6	15,7	-15,9	71,9	17,8	16,5		
Kern	24,5	75,1	15,0	13,7	-19,1	73,5	16,5	18,6		
Rand	30,4	68,4	8,1	23,3	-7,7	65,8	23,9	8,2		

Fortsetzung Tabelle 4.1: Wirtschaftsstruktur

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte sek. Sektor Anteil 2002 in %	SV Beschäftigte tert. Sektor Anteil 2002 in %	SV Beschäftigte in wissenschaftsintensiven unternehmensbez. Dienstleistungsbran- chen Anteil 2002 in %	SV Beschäftigte in Fertigungsberufen Anteil 2002 in %	In Fertigungsberufen Entw. 1995- 2002 in %	Beschäftigte in Dienstleistungsberu- fen Anteil 2002 in %	SV Beschäftigte in Dienstleistungsberu- fen Anteil 2002 in %	Beschäftigte in Dienstleistungsber. Entw. 1995-2002 in %	Beschäftigte hohe Qualifikation Anteil 2002 in %
		Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte	Beschäftigte
<i>Nürnberg</i>										
Nürnberg	36,8	62,5					9,2	25,6	-16,7	9,5
Kern	33,3	66,2					10,7	21,7	-20,1	12,4
Rand	46,1	52,9					5,1	35,5	-10,7	5,3
Berlin/Potsdam	21,7	76,9					8,9	20,7	-30,3	11,8
Kern	18,8	80,6					10,3	17,8	-33,8	12,9
Rand	29,9	66,2					4,9	29,0	-23,2	8,7
Rostock	20,0	78,0					7,9	24,0	-28,6	10,9
Kern	17,2	82,0					8,2	21,9	-34,0	12,8
Rand	26,7	68,6					7,2	29,0	-16,3	6,4
Magdeburg	27,2	70,7					6,4	26,4	-27,5	8,8
Kern	17,9	81,9					9,5	19,6	-38,4	11,7
Rand	37,2	58,6					3,0	33,7	-18,5	5,8
Halle/Leipzig	24,2	74,2					7,9	23,6	-39,5	12,8
Kern	17,9	81,8					9,6	18,5	-42,8	15,4
Rand	35,0	61,3					4,9	32,3	-35,8	8,5
Dresden	28,5	69,4					7,2	26,2	-28,7	14,9
Kern	20,6	78,8					10,7	19,6	-29,2	19,2
Rand	36,4	59,9					3,7	32,8	-28,4	10,6
Chemnitz	33,8	63,6					6,0	32,0	-25,4	12,2
Kern	23,5	75,8					9,0	23,7	-36,1	16,2
Rand	40,5	55,6					4,0	37,4	-19,9	9,5
Erfurt/Wei./Jena	28,9	68,6					7,1	27,6	-23,7	13,1
Kern	20,6	78,5					9,8	20,0	-32,1	16,7
Rand	38,3	57,6					4,1	36,0	-17,4	9,0
Stadtregionen	30,1	69,0					9,5	23,6	-19,3	11,1
Kerne gesamt	24,5	75,1					11,4	18,9	-23,2	13,3
Alte Länder	26,1	73,5					11,8	19,0	-18,6	13,0
Junge Länder	19,2	80,2					10,1	18,7	-35,1	14,3
Ränder gesamt	38,5	59,8					6,6	30,6	-15,2	7,7
Alte Länder	39,6	59,3					7,2	30,1	-11,9	7,3
Junge Länder	34,7	61,4					4,4	32,5	-24,5	8,8

Tabelle 4.2: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Raumbezug	Indikator	Bruttonwertschöpfung 2002 in Mrd. €	BWS BWS 1994-2002 in %	BWS in 1 000 € je E. 2002	BWS in 1 000 € je Erwerbstätigen 2002	BWS im sek. Sektor je Ewt. im sek. Sektor 2002	BWS im sek. Sektor je Ewt. im sek. Sektor 1994-2002 in %	BWS im tert. Sektor je Ewt. im tert. Sektor 2002	BWS im tert. Sektor je Ewt. im tert. Sektor 1994-2002 in %
BRD insgesamt		1958,8	20,4	23,7	50,7	55,2	5,7	50,9	28,1
Alte Länder		1669,9	21,0	25,5	53,2	57,8	7,6	53,3	28,3
Junge Länder		288,9	17,0	17,0	39,7	40,3	-6,3	40,9	27,0
Landkreise		1065,9	23,8	19,4	48,2	48,8	9,0	49,7	33,7
Alte Länder		925,3	23,5	20,6	50,4	50,8	9,8	51,7	32,7
Junge Länder		140,6	26,5	13,9	37,6	35,3	3,2	40,0	40,3
Kreisfreie Städte		893,0	16,6	32,3	53,9	62,4	0,7	52,2	22,8
Alte Länder		744,6	18,2	36,0	57,2	66,2	4,1	55,2	23,8
Junge Länder		76,8	17,6	21,8	38,2	38,9	-12,8	38,0	28,7
Berlin Ost/West		71,5	1,8	21,1	46,7	49,5	-22,8	46,4	9,3
Kreisfreie Städte									
> 1 Mio. E.		232,7	13,4	31,1	56,7	64,2	-2,8	55,5	18,4
Alte Länder		161,1	19,5	39,4	62,7	71,9	7,6	61,0	23,2
Berlin Ost/West		71,5	1,8	21,1	46,7	49,5	-22,8	46,4	9,3
< 1 Mio. E.		207,9	21,0	41,6	63,8	73,2	4,4	62,0	26,6
Alte Länder		207,9	21,0	41,6	63,8	73,2	4,4	62,0	26,6
< 500.000 E.		101,5	16,5	28,9	48,7	50,9	-7,3	48,1	26,3
Alte Länder		80,1	14,2	31,6	52,3	53,0	-10,2	52,0	24,9
Junge Länder		21,4	25,9	21,9	38,8	42,4	7,6	37,8	31,8
< 300.000 E.		275,6	17,7	30,7	50,5	59,9	3,0	47,5	24,9
Alte Länder		237,8	17,8	32,6	53,2	63,3	5,3	49,6	24,2
Junge Länder		37,9	17,0	22,8	38,6	38,6	-15,3	38,5	28,7
< 100.000 E.		75,2	11,5	28,4	45,1	52,4	2,1	43,2	15,7
Alte Länder		57,7	12,1	32,6	48,3	57,2	10,3	45,8	13,0
Junge Länder		17,6	9,5	19,9	36,8	35,9	-27,4	37,0	24,7

Fortsetzung Tabelle 4.2: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Raumbezug	Indikator	Bruttonwertschöpfung 2002 in Mrd. €	BWS BWS 1994-2002 in %	BWS in 1 000 € je E. 2002	BWS in 1 000 € je Erwerbstätigen 2002	BWS im sek. Sektor je Ewt. im sek. Sektor 2002	BWS im sek. Sektor je Ewt. im sek. Sektor 1994-2002 in %	BWS im tert. Sektor je Ewt. im tert. Sektor 2002	BWS im tert. Sektor je Ewt. im tert. Sektor 1994-2002 in %
Stadtregionen									
Hamburg		98,6	23,0	31,7	62,8	70,0	9,5	62,7	27,7
Kern		70,9	23,0	41,0	67,9	76,1	15,4	66,5	25,1
Rand		27,7	23,1	20,0	52,7	54,3	0,4	53,7	35,7
Bremen		35,8	17,1	26,3	51,8	64,2	16,1	48,6	17,3
Kern		18,7	21,2	34,4	56,8	72,9	22,2	51,9	20,9
Rand		17,1	12,9	21,0	47,3	55,4	9,1	45,6	13,7
Region Hannover		29,6	7,6	26,3	49,7	57,0	-8,1	48,2	13,1
Ruhr		121,0	12,9	20,9	49,7	53,5	-14,2	49,4	28,8
Kern		76,3	12,1	23,6	52,3	58,6	-17,8	51,0	27,6
Rand		44,7	14,4	17,5	45,8	44,5	-8,9	46,6	31,0
Rhein		169,4	19,1	29,5	58,0	58,4	-3,6	58,6	28,4
Kern		109,7	17,7	37,9	60,8	60,9	-1,8	61,0	24,3
Rand		59,7	21,7	20,9	53,4	53,6	-6,0	54,4	37,6
Rhein-Main		136,2	24,0	33,9	62,8	68,6	2,1	63,6	32,1
Kern		89,6	23,4	46,7	66,5	74,9	-2,0	66,2	30,8
Rand		46,6	25,1	22,2	56,7	56,1	7,3	58,3	35,3
Rhein-Neckar		49,2	22,3	28,3	57,4	67,9	6,9	53,1	33,8
Kern		26,2	17,5	42,7	59,6	77,8	6,7	50,9	26,7
Rand		23,0	28,3	20,4	55,0	55,7	7,2	55,5	41,4
Karlsruhe		31,4	22,0	27,4	54,1	59,5	9,9	53,6	29,5
Kern		15,5	13,3	38,7	54,5	63,7	-8,9	52,8	23,1
Rand		15,9	31,8	21,4	53,7	54,7	24,5	54,6	38,6
Stuttgart		102,7	29,4	31,0	59,0	68,1	26,3	56,6	31,9
Kern		30,6	28,4	52,1	66,8	87,3	34,7	60,0	25,5
Rand		72,1	29,9	26,5	56,2	59,9	23,7	55,0	35,3
München		102,1	35,0	42,7	69,2	68,5	11,9	70,8	42,7
Kern		83,2	35,0	54,1	73,0	72,9	9,3	73,5	43,5
Rand		18,9	35,0	22,1	56,1	49,1	23,4	60,7	39,2

Fortsetzung Tabelle 4.2: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Raumbezug	Indikator	Bruttonwertschöpfung 2002 in Mrd. €	BWS 1994-2002 in %	BWS in 1 000 € je E. 2002	BWS in 1 000 € je Erwerbstätigen 2002	BWS im sek. Sektor je Ewt. im sek. Sektor 2002	BWS im sek. Sektor je Ewt. im sek. Sektor 1994-2002 in %	BWS im ter. Sektor je Ewt. im ter. Sektor 2002	BWS im ter. Sektor je Ewt. im ter. Sektor 1994-2002 in %
Nürnberg		38,8	19,1	27,8	53,0	54,4	-2,8	54,4	31,4
Kern		27,7	15,4	37,2	54,5	57,3	-11,7	54,2	30,3
Rand		11,1	29,7	17,0	49,5	46,1	22,3	54,7	34,6
Berlin/Potsdam		97,4	9,7	19,3	45,0	46,7	-15,1	45,6	17,8
Kern		75,0	2,8	21,3	46,3	49,1	-22,6	46,0	10,4
Rand		22,5	41,5	14,8	41,2	35,4	9,4	44,5	58,4
Rostock		6,3	30,8	19,8	42,9	42,4	-1,7	44,6	40,6
Kern		4,6	21,0	23,2	45,5	46,0	-12,7	45,8	30,5
Rand		1,7	67,7	14,2	37,2	29,0	30,1	41,1	85,2
Magdeburg		10,5	26,1	17,6	39,8	37,3	-2,3	40,3	40,3
Kern		5,1	13,0	22,3	38,2	32,8	-38,6	39,5	33,9
Rand		5,4	41,3	14,7	41,4	42,5	32,5	41,3	49,1
Halle/Leipzig		24,2	13,7	17,8	38,7	38,4	-18,1	38,8	28,8
Kern		14,8	10,2	20,2	37,6	35,0	-34,3	38,3	26,3
Rand		9,4	19,8	15,0	40,6	44,3	-0,3	39,9	34,4
Dresden		21,8	29,4	17,9	37,9	43,1	17,8	37,3	35,0
Kern		11,3	38,4	23,6	39,8	51,0	48,9	37,2	34,9
Rand		10,5	21,0	14,2	36,0	35,6	0,5	37,5	35,1
Chemnitz		13,5	19,8	15,7	35,7	33,7	3,2	38,0	28,0
Kern		5,4	11,3	21,2	35,5	37,3	-9,2	35,1	20,3
Rand		8,2	26,1	13,5	35,8	31,0	11,0	40,5	34,4
Erfurt/Wei./Jena		16,2	27,7	18,2	37,4	38,5	5,7	37,5	38,8
Kern		8,6	20,4	23,6	37,9	39,5	-14,0	37,6	34,2
Rand		7,6	37,1	14,4	36,8	37,1	24,7	37,4	45,9
Stadtregionen (ges.)		1070,7	21,1	26,7	54,4	59,6	2,2	54,5	29,7
Kerne gesamt		668,6	18,7	33,8	57,5	64,3	-2,4	56,4	26,5
Alte Länder		548,4	21,2	38,6	62,2	68,9	1,0	61,1	29,0
Junge Länder		120,2	8,2	21,5	42,8	45,8	-18,4	42,5	16,8
Ränder gesamt		402,1	25,5	19,8	50,0	51,2	8,1	51,1	36,3
Alte Länder		336,9	24,2	21,3	53,0	53,8	7,8	53,7	34,5
Junge Länder		65,3	32,5	14,5	38,9	36,9	9,9	41,0	46,3

Tabelle 5.1: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Steuereinnahmen in € je E. 2002	Steuereinnahmen 1995 bis 2002 in %	Einkommensteuer in € je E. 2002	Einkommensteuer 1995 bis 2002 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2002	Gewerbesteuer (netto) 1995 bis 2002 in %	Umsatzsteuer in € je E. 2002
BRD insgesamt		618	7,1	266	-11,9	212	10,9	35
Alte Länder		687	6,2	306	-4,2	236	-2,7	36
Junge Länder		301	11,1	113	-40,0	118	60,0	30
Landkreise		539	5,6	253	-12,9	159	13,4	26
Alte Länder		601	6,0	294	-3,0	175	-4,4	26
Junge Länder		266	3,9	71	-54,4	84	87,9	23
Kreisfreie Städte		817 ^b	10,7 ^b	292	-10,1	317	6,1	53
Alte Länder		897	6,6	331	-6,6	367	0,9	57
Junge Länder		402	30,1	101	-32,7	143	43,6	44
Berlin Ost/West		-	-	253	-5,6	192	-4,7	37
Kreisfreie Städte								
> 1 Mio. E.		-	-	335	-4,7	375	4,9	51
Alte Länder		1097	9,5	402	-3,9	526	13,1	64
Berlin Ost/West		-	-	253	-5,6	192	-4,7	37
< 1 Mio. E.		1052	3,5	334	-7,7	428	-9,2	72
Alte Länder		1052	3,5	334	-7,7	428	-9,2	72
< 500.000 E.		752	20,7	252	-15,1	286	24,1	51
Alte Länder		860	12,7	312	-7,2	315	8,7	51
Junge Länder		471	40,6	96	35,0	209	62,8	50
< 300.000 E.		722	11,4	268	11,5	258	7,7	47
Alte Länder		796	6,3	306	-6,8	286	-0,2	47
Junge Länder		399	31,0	105	-30,2	130	38,6	46
< 100.000 E.		576	8,2	223	-17,9	189	8,5	39
Alte Länder		698	3,4	284	-8,6	237	-4,7	41
Junge Länder		331	17,2	100	-35,1	92	33,1	36

b Ohne Stadtstaaten.

Fortsetzung Tabelle 5.1: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Steuereinnahmen in € je E. 2002	Steuereinnahmen 1995 bis 2002 in %	Einkommensteuer in € je E. 2002	Einkommensteuer 1995 bis 2002 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2002	Gewerbesteuer (netto) 1995 bis 2002 in %	Umsatzsteuer in € je E. 2002
<i>Stadtregionen</i>								
Hamburg	-	-	380	-4,5	417	14,4	45	
Kern	-	-	444	6,6	607	22,3	63	
Rand	627	-1,0	300	-19,2	180	4,1	23	
Bremen	-	-	262	-13,8	223	-11,1	37	
Kern	-	-	296	-10,4	290	-21,5	54	
Rand	577	-,3	240	-16,1	178	-4,0	26	
Region Hannover	832	2,9	271	-21,7	307	-0,4	45	
Ruhr	654	4,4	284	-7,5	200	-7,8	33	
Kern	687	5,6	287	-7,1	207	-6,9	36	
Rand	613	2,7	281	-8,1	192	-8,9	29	
Rhein	883	4,9	341	-10,4	333	-1,9	48	
Kern	1032	7,9	346	-10,4	428	3,7	63	
Rand	732	1,7	335	-10,3	236	-7,9	31	
Rhein-Main	933	7,5	408	3,1	332	-3,7	57	
Kern	1191	2,7	419	-0,3	495	-12,7	88	
Rand	697	12,1	399	6,3	184	4,7	29	
Rhein-Neckar	756	10,5	326	-1,8	270	8,4	41	
Kern	928	9,1	302	-5,0	399	4,0	69	
Rand	662	11,2	340	0,0	200	10,9	25	
Karlsruhe	710	9,0	335	0,0	226	-2,8	39	
Kern	905	14,6	339	0,1	346	-0,1	63	
Rand	606	5,9	333	0,0	162	-4,3	26	
Stuttgart	815	9,3	370	-0,1	275	2,5	43	
Kern	1069	1,6	379	-3,6	425	-11,3	76	
Rand	761	11,0	368	0,7	243	5,6	36	
München	1082	12,1	434	-3,1	457	11,7	58	
Kern	1299	13,7	455	-4,8	608	13,9	79	
Rand	693	9,0	396	0,3	187	7,5	21	

Fortsetzung Tabelle 5.1: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Steuereinnahmen in € je E. 2002	Steuereinnahmen 1995 bis 2002 in %	Einkommensteuer in € je E. 2002	Einkommensteuer 1995 bis 2002 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2002	Gewerbesteuer (netto) 1995 bis 2002 in %	Umsatzsteuer in € je E. 2002
Nürnberg								
Kern	-	765	12,6	351	1,1	240	1,2	42
Rand	-	930	13,6	357	-4,0	334	5,4	62
Berlin/Potsdam	-	576	11,5	345	7,1	133	-3,8	18
Kern	-	7,2	201	-18,2	163	16,9	34	
Rand	-	-	37,8	249	-6,3	192	-1,7	37
Rostock	-	313	4,2	90	-49,7	98	66,2	25
Kern	-	318	18,9	84	-41,8	111	64,2	32
Rand	-	373	29,4	99	-34,7	135	64,6	41
Magdeburg	-	228	-5,5	58	-58,6	73	63,1	18
Kern	-	392	50,1	81	-41,5	140	108,1	34
Rand	-	471	65,9	100	-30,5	150	69,8	50
Halle/Leipzig	-	343	38,9	70	-49,3	135	135,2	23
Kern	-	366	21,1	86	-40,6	126	37,9	39
Rand	-	424	31,7	97	-32,5	152	32,8	47
Dresden	-	298	6,9	73	-51,3	97	44,7	31
Kern	-	354	17,5	84	-45,6	142	63,9	36
Rand	-	497	55,0	101	-32,5	239	93,6	49
Chemnitz	-	261	-7,1	72	-54,1	79	44,5	27
Kern	-	279	4,2	71	-53,7	93	89,3	30
Rand	-	344	19,9	97	-35,4	100	23,4	47
Erfurt/Wei./Jena	-	252	-3,1	61	-62,1	90	119,7	23
Kern	-	321	18,4	82	-39,5	119	84,2	30
Rand	-	386	19,8	100	-27,3	138	15,1	43
Stadtregionen (ges.)	-	276	17,4	70	-48,1	106	132,8	22
Kerne gesamt	-	718	8,8	297	-11,5	262	11,5	42
Alte Länder	-	899	12,4	316	-7,9	348	5,4	56
Junge Länder	-	984	7,5	364	-4,5	414	0,7	62
Ränder gesamt	-	435	37,4	193	-16,1	181	16,7	41
Alte Länder	-	591	6,1	278	-15,1	179	17,8	28
Junge Länder	-	677	6,2	336	-4,4	202	-0,4	29
	-	290	5,9	76	-52,5	97	81,1	25

Tabelle 5.2: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2002	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer 1995 bis 2002 in %	Hebesätze Gewerbesteuer 2002	Hebesätze Gewerbesteuer Differenz 1995 bis 2002	Sachinvestitionen in € je E. 2002	Sachinvestitionen 1995 bis 2002 in %	Schulden in € je E. 2002	Schulden 1995 bis 2002 in %
BRD insgesamt		246	32,1	360	10	264 ^c	-14,7 ^c	1117	2,8
Alte Länder		272	12,2	364	8	254 ^c	-11,4 ^c	1107	-1,5
Junge Länder		148	104,4	349	16	308	-29,1	1166	24,1
Landkreise		184	35,0	341	10	273	-18,6	961	2,2
Alte Länder		202	10,0	344	9	268	-14,6	924	0,3
Junge Länder		108	139,7	331	12	297	-35,1	1128	11,1
Kreisfreie Städte		370	26,7	412	10	239 ^e	-5,2 ^e	1509 ^d	4,1 ^d
Alte Länder		424	16,8	414	5	220 ^c	-3,5 ^c	1554	-5,8
Junge Länder		187	91,9	404	25	340	-13,3	1277	60,4
Berlin Ost/West		228	13,6	410	110	-	-	-	-
Kreisfreie Städte									
> 1 Mio. E.		426	20,8	452	39	-	-	-	-
Alte Länder		590	27,0	466	16	254	32,4	1666	14,2
Berlin Ost/West		228	13,6	410	110	-	-	-	-
< 1 Mio. E.		500	6,2	453	-1	206 ^c	-19,7 ^c	2051	-11,6
Alte Länder		500	6,2	453	-1	206 ^c	-19,7 ^c	2051	-11,6
< 500.000 E.		337	47,8	438	-6	218	-28,5	1448	-3,5
Alte Länder		366	26,5	438	-5	162	-31,6	1350	-28,4
Junge Länder		259	101,2	442	-9	363	-20,8	1703	58,9
< 300.000 E.		305	31,3	423	11	247	1,4	1297	9,6
Alte Länder		334	16,2	424	8	226	2,6	1348	-4,1
Junge Länder		176	90,1	415	23	341	-3,2	1079	69,8
< 100.000 E.		228	38,0	383	11	278	-8,4	1247	15,2
Alte Länder		278	12,6	379	2	260	0,6	1280	8,2
Junge Länder		128	85,2	390	31	312	-25,3	1179	36,6

c Ohne Stuttgart, da Ausreißer und unplausibler Wert.

d Ohne Stadtstaaten.

e Ohne Stuttgart – da Ausreißer und unplausibler Wert – sowie ohne Stadtstaaten.

Fortsetzung Tabelle 5.2: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2002	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer 1995 bis 2002 in %	Hebesätze Gewerbesteuer 2002	Hebesätze Gewerbesteuer Differenz 1995 bis 2002	Sachinvestitionen in € je E. 2002	Sachinvestitionen 1995 bis 2002 in %	Schulden in € je E. 2002	Schulden 1995 bis 2002 in %
<i>Stadtregionen</i>									
Hamburg		462	27,4	348	21	-	-	-	-
Kern		670	34,9	470	20	-	-	-	-
Rand		203	17,4	328	21	208	-27,5	784	10,9
Bremen		260	3,2	376	15	-	-	-	-
Kern		344	-7,0	420	0	-	-	-	-
Rand		205	10,2	370	18	178	-35,6	956	-18,6
Region Hannover		352	14,3	438	17	148	-31,5	1322	-16,0
Ruhr		233	7,7	453	22	175	-0,5	1463	11,2
Kern		243	9,7	465	19	183	3,5	1679	14,4
Rand		221	5,0	433	27	166	-5,7	1190	7,0
Rhein		380	11,9	434	10	180	-22,3	1466	-21,8
Kern		492	19,0	447	4	172	-35,6	1761	-30,9
Rand		267	4,4	420	17	187	-8,2	1167	-12,2
Rhein-Main		389	11,9	377	3	232	-10,0	1600	-2,7
Kern		583	2,3	417	-1	205	-15,3	1904	-19,1
Rand		213	20,9	347	6	258	-5,1	1323	12,6
Rhein-Neckar		311	24,0	373	-2	245	8,0	1044	-1,7
Kern		468	21,9	388	-18	246	4,4	1441	-1,3
Rand		226	25,2	365	6	245	10,1	827	-1,9
Karlsruhe		265	13,4	361	13	325	14,1	704	7,9
Kern		408	18,0	395	20	338	47,2	874	-13,7
Rand		188	10,8	339	8	318	-4,4	613	19,9
Stuttgart		318	18,1	357	-1	-	-	573	-35,0
Kern		501	4,6	420	-25	-	-	958	-48,8
Rand		279	21,2	350	2	331	-1,4	490	-31,9
München		516	25,5	342	2	373	44,1	1337	22,5
Kern		687	28,7	400	1	393	73,6	1670	32,3
Rand		208	19,2	323	3	337	-13,4	740	3,5

Fortsetzung Tabelle 5.2: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Gewerbesteuer (netto)		Gewerbesteuer (netto)		Hebesätze Gewerbe- steuer 2002	Differenz Hebesätze Gewerbe- steuer 1995 bis 2002	Sachinvestitionen in € je E. 2002	Sachinvestitionen 1995 bis 2002 in %	Schulden in € je E. 2002	Schulden 1995 bis 2002 in %
		+ Umsatzsteuer in € je E. 2002	Gewerbesteuer 1995 bis 2002 in %	+ Umsatzsteuer in € je E. 2002	Hebesätze Gewerbe- steuer 2002						
Nürnberg		282	17,9	366	3	276	-13,7	1198	8,9		
Kern		397	24,8	418	0	249	-1,4	1594	-0,7		
Rand		151	9,8	324	5	306	-28,2	746	20,3		
Berlin/Potsdam		197	43,1	334	31	345	-19,4	663	-1,9		
Kern		229	17,7	430	80	540	3,8	646	9,3		
Rand		123	110,3	313	20	328	-21,7	664	-3,1		
Rostock		144	111,4	362	14	311	10,1	1129	-		
Kern		175	114,5	420	30	296	33,1	1146	-		
Rand		91	104,1	303	-3	336	-44,1	1101	-		
Magdeburg		174	157,4	352	30	322	-16,2	1099	25,2		
Kern		200	127,0	450	50	345	-2,7	994	55,1		
Rand		158	178,9	327	25	309	-25,7	1165	4,1		
Halle/Leipzig		166	81,4	378	18	337	-22,7	1457	88,1		
Kern		198	76,8	443	18	398	-2,1	1608	150,5		
Rand		127	87,6	352	18	264	-50,2	1281	5,0		
Dresden		178	108,0	395	22	269	-46,2	1372	17,8		
Kern		288	133,0	448	-2	283	-41,2	1676	18,3		
Rand		106	91,7	387	27	260	-49,4	1174	17,6		
Chemnitz		123	145,0	385	23	306	-37,0	1114	6,6		
Kern		147	80,9	420	20	387	-5,7	1277	25,8		
Rand		113	174,6	378	24	272	-51,4	1047	-2,3		
Erfurt/Wei./Jena		150	126,3	344	8	311	-29,2	1399	16,0		
Kern		181	50,2	387	5	342	-13,4	1258	26,0		
Rand		128	179,9	318	9	289	-40,4	1497	9,0		
<i>Stadtregionen (ges.)</i>		304	31,9	380	13	252 ^a	-9,4 ^a	1230	2,2		
<i>Kerne gesamt</i>		405	24,9	431	10	248 ^a	-1,3 ^a	1615	6,9		
Alte Länder		476	16,3	433	5	226 ^a	1,0 ^a	1654	-5,3		
Junge Länder		222	45,8	422	28	365	-12,2	1405	69,1		
<i>Ränder gesamt</i>		207	39,1	355	14	255	-15,2	961	-1,4		
Alte Länder		231	13,8	361	11	243	-8,6	939	-2,9		
Junge Länder		122	127,4	342	20	294	-37,9	1036	4,0		

^a Ohne Stuttgart, da Ausreißer (s. Fußnote c).*Übersicht 1: Abgrenzung der ausgewählten Stadtregionen*

Stadtregion	Kreis	Schlüssel	Stadtregion	Kreis	Schlüssel	
Hamburg (Kern)	Hamburg	2000	noch Rhein (Rand)	Viersen	5166	
Hamburg (Rand)	Herzogt. Lauenb.	1053	Erftkreis	5362		
	Pinneberg	1056	Rheinisch.-Berg. K.	5378		
	Segeberg	1060	Rhein-Sieg-Kreis	5382		
	Stormarn	1062	Frankfurt a. M.	6412		
	Harburg	3353	Darmstadt	6411		
	Stade	3359	Offenbach a. M.	6413		
Bremen (Kern)	Bremen	4011	Wiesbaden	6414		
Bremen (Rand)	Oldenburg (Ol.)	3403	Mainz	7315		
	Bremerhaven	4012	Main-Taunus-K.	6436		
	Delmenhorst	3401	Offenbach	6438		
	Osterholz	3356	Rhein-Main (R.)	Aschaffenburg	9661	
	Verden	3361		Darmstadt-Dieb.	6432	
	Oldenburg (Ol.)	3458		Groß-Gerau	6433	
	Wesermarsch	3461		Hochtaunuskreis	6434	
Region Hannover	Hannover	3241		Main-Kinzig-Kr.	6435	
Hannover (Rand)	Hannover	3253		Rheing.-Tau.-K.	6439	
Ruhr (Kern)	Duisburg	5112		Wetteraukreis	6440	
	Essen	5113		Mainz-Bingen	7339	
	Dortmund	5913		Aschaffenburg	9671	
	Bochum	5911		Mannheim	8222	
	Mülheim a.d.R.	5117		Ludwigsh. a. Rh.	7314	
	Oberhausen	5119		Heidelberg	8221	
	Bottrop	5512		Rhein-Neckar (R.)	Frankenthal (Pf.)	7311
	Gelsenkirchen	5513		Speyer	7318	
	Hagen	5914		Worms	7319	
	Herne	5916		Bergstraße	6431	
Ruhr (Rand)	Hamm	5915		Ludwigshafen	7338	
	Wesel	5170		Rhein-Neckar-K.	8226	
	Recklinghausen	5562	Karlsruhe (Kern)	Karlsruhe	8212	
	Ennepe-Ruhr-Kr.	5954	Pforzheim	8231		
	Märkischer Kreis	5962	Karlsruhe (Rand)	Germersheim	7334	
	Unna	5978		Karlsruhe	8215	
Rhein (Kern)	Düsseldorf	5111		Enzkreis	8236	
	Köln	5315	Stuttgart (Kern)	Stuttgart	8111	
	Wuppertal	5124		Stuttgart (Rand)	Heilbronn	8121
	Bonn	5314			Böblingen	8115
	Krefeld	5114			Esslingen	8116
	Remscheid	5120			Göppingen	8117
	Solingen	5122			Ludwigsburg	8118
	Leverkusen	5316			Rems-Murr-K.	8119
Rhein (Rand)	Mönchengladb.	5116			Heilbronn	8125
	Mettmann	5158			Tübingen	8416
	Neuss	5162				

Fortsetzung Übers. 1: Abgrenzung der ausgewählten Stadtregionen

Stadtregion	Kreis	Schlüssel	Stadtregion	Kreis	Schlüssel
München (Kern)	München	9162	noch Dresden (R.)	Meißen	14280
	München, Landkr.	9184		Riesa-Großenhain	14285
München (Rand)	Dachau	9174		Sächs. Schweiz	14287
	Ebersberg	9175		Weißeritzkreis	14290
	Erding	9177		Kamenz	14292
	Freising	9178	Chemnitz (Kern)	Chemnitz	14161
	Fürstenfeldbruck	9179	Chemnitz (Rand)	Chemnitzer Land	14173
	Starnberg	9188		Freiberg	14177
Nürnberg (Kern)	Nürnberg	9564		Mittl. Erzgb.kr.	14181
	Erlangen	9562		Mittweida	14182
	Fürth	9563		Stollberg	14188
	Schwabach	9565	Erf./Weim./Je. (K.)	Erfurt	16051
Nürnberg (Rand)	Forchheim	9474		Jena	16053
	Erlangen-Höchs.	9572		Weimar	16055
	Fürth	9573	Erf./Weim./Je. (R.)	Gotha	16067
	Nürnberger Land	9574		Sömmerda	16068
	Roth	9576		Ilm-Kreis	16070
Berlin/Potsd. (K.)	Berlin	11000		Weimarer Land	16071
	Potsdam	12054		Saale-Holzland-Kr.	16074
Berlin/Potsd. (R.)	Brandbg. a.d.H.	12051			
	Barnim	12060			
	Dahme-Spreew.	12061			
	Havelland	12063			
	Märkisch Oderl.	12064			
	Oberhavel	12065			
	Oder-Spree	12067			
	Potsd.-Mittelm.	12069			
	Teltow-Fläming	12072			
Rostock (Kern)	Rostock	13003			
Rostock (Rand)	Bad Doberan	13051			
Magdeburg (Kern)	Magdeburg	15303			
Magdeburg (Rand)	Bördekreis	15355			
	Jerichower Land	15358			
	Ohre-Kreis	15362			
	Schönebeck	15367			
Leipzig/Halle (K.)	Leipzig	14365			
	Halle/Saale	15202			
Leipzig/Halle (R.)	Delitzsch	14374			
	Leipziger Land	14379			
	Muldentalkreis	14383			
	Merseburg-Querf.	15261			
	Saalkreis	15265			
Dresden (Kern)	Dresden	14262			
Dresden (Rand)	Hoyerswerda	14264			

Literatur

- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2001): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden – Ausgabe 2000. Berichte Band 8. Bonn: Selbstverlag.
- BBR (2002): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden – Ausgabe 2002. Berichte Band 14. Bonn: Selbstverlag.
- BBR (Hrsg.) (2004): ROP 2020 – Raumordnungsprognose 2020, Ausgabe 2004. CD-ROM. Bonn: Selbstverlag.
- BBR (2005): INKAR 2004 – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung. CD INKAR 2004. Bonn: Selbstverlag.
- Bundesregierung (2005): Bericht der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland. Berlin: www.integrationsbeauftragte.de/download/LageberichtInternet.pdf: 27.6.2005.
- Hannemann, Christine (2003): Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum. In: APZG B28/2003: S. 16-23.
- Hidien, Jürgen W. (1998): Die Quadratur der Umsatzsteuer – Zur Kritik der „kleinen“ Gemeindefinanzreform. In: Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 113, 12: S. 617-626.
- Junkernheinrich, Martin; Micosatt, Gerhard (2003): Kommunale Daseinsvorsorge bei rückläufiger Bevölkerung – Das Ruhrgebiet als Modellregion. 11 Kernaussagen und Kurzfassung der Studie. Bottrop und Essen: Gutachten im Auftrag des Kommunalverbandes Ruhrgebiet.
- Karrenberg, Hanns; Münstermann, Engelbert (1999): Gemeindefinanzbericht 1999. Steuerpolitik '99 – Nicht gegen die Städte! In: Der Städetag, Heft 4/1999: S. 151-240.
- Läpple, Dieter (2004): Thesen zu einer Renaissance der Stadt in der Wissensgesellschaft. In: Gestring, Norbert et. al. (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2003: Schwerpunkt: Die sichere Stadt. Opladen: Leske + Budrich: S. 61-77.
- Pohlan, Jörg (2003): Monitoring der Städte und Regionen. In: Gestring, Norbert et. al. (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2002: Schwerpunkt: Die sichere Stadt. Opladen: Leske + Budrich: S. 157-218.
- Pohlan, Jörg (2004): Monitoring der Städte und Regionen. In: Gestring et al. (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2003: Schwerpunkt: Urbane Regionen. Opladen: Leske + Budrich: S. 191-251.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004/05.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Vorausberechnung. Wiesbaden: Selbstverlag.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004): Verbraucherpreisindex für Deutschland. www.destatis.de/indicators/d/vpi001aj.htm: 07.07.2004.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (1994): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder – Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte, der Landkreise und der Arbeitsmarktregrionen in der Bundesrepublik Deutschland 1980 und 1990. H. 21. Stuttgart.

English Abstracts

Shrinkage, stagnation and growth – effects on the finances of cities in Germany

Jörg Pohlan und Jürgen Wixforth

The present paper analyses the effects of demographic and socio-economic development dynamics on the finances of cities in Germany, focusing on the city-counties as examples. It is shown that the situation of those cities and municipalities is particularly problematic which, in addition to the absolute shrinking of population, show further structural disadvantages. In cities affected by a combination of negative structures and dynamics – e.g. long-lasting and negative population change, obsolescence of population, negative employment trends in combination with high and increasing unemployment, a minor economic power and growth – a vicious circle tends to result from the cumulating effects. Within such a vicious circle public finance plays a key role: While the deprived cities need money to take countermeasures against their negative developments, the German system of public finance and public responsibilities is designed for growth. That is, shrinking processes also decimate the municipal capabilities to deal with their impact. The results point to the urgent need to reform the system of municipal finances of the German cities.

Historic processes of shrinking: Urban crises and urban self-assertion in the German past

Carsten Benke

Since the medieval formation of the European town system shrinking was always a possible development option of city development. This phenomenon can be observed both in general crisis situations and in phases of demographic expansion like the industrialization, partly as marginal note, partly as dominant problem. Urban demographic decrease could be caused by political uncertainties,

economic changes, catastrophes or the uncoupling from modernization. The consequences of shrinking processes were not limited to a decrease of population; they affected also the physical structure, the cultural and economic diversity and the position of the city in the national town system. The disappearance of a city remained a major exception even in case of very long-term shrinking procedures. Usually the city society was able to react to the crisis with local initiatives, by reviving old potentials or finding a new specialization within the city system. Also external impulses like immigration or governmental support played an important role. This article wants to point out experiences deriving from reactions to crisis in the past in order to provide background information and suggestions for today's discussion about shrinking cities.

Dealing with shrinkage. Urban development policies in Duisburg and Leipzig

Birgit Glock

The growth of cities in terms of employment, population and area was supposed to be a ubiquitous pattern of urban development after industrialization. However, over the past decades, certain cities and regions have experienced a fundamental change in urban development patterns from growth to shrinkage confronting them with losses of population, jobs and tax revenue. Shrinkage poses a new and permanent challenge for urban local government and city administrations working with policy instruments and national policies designed to channel growth. The paper addresses how localities react to shrinkage and is based on a comparative study of two shrinking cities, Duisburg and Leipzig. Both cities have suffered from the loss of jobs, outward migration and drop in birth-rates. Findings suggest that different responses to shrinkage can not only be explained by the specific local constellations of actors but also by their cognitive orientations.

Potential contributions of Housing Cooperatives to the stabilisation of neighbourhoods in shrinking cities

Bettina Schlamka

Shrinking Cities suffer from comprehensive and far reaching consequences which change the lives of people and their neighbourhoods. Following a "bottom up" approach, Housing Cooperatives have the opportunity to commence and/or support processes within shrinking cities. In a joint process with their members they can not only help to get a better understanding of the needs within the communities, but also make use of the potentials of their neighbourhoods. This can be seen within the shrinking city of Halle and its Housing Cooperatives. For Housing Cooperatives to take influence on the developments within their neighbourhoods it requires a stable financial condition as well as a modified understanding of their own role within the development of their city and their neighbourhoods. Viewing housing cooperatives as competent partners within the city and neighbourhood development gives the profession of town planning in shrinking cities a new and important opportunity to extend their courses of action.

Shrinking Smart? Processes of Urban Shrinkage in the USA

Karina Pallagst und Thorsten Wiechmann

As a result of growth tendencies on a national scale, US-American planning focuses on managing sprawling urban development. Since the 1990s the central planning paradigm has been „growing smart“. US planning discourses are, however, widely disregarding the specific situation of shrinking cities, despite the fact that, out of the total number of 922 city regions, 117 were shrinking during the 1990s. The paper discusses urban development approaches in shrinking US-American cities with the examples of Pittsburgh, St. Louis, Youngstown, and Michigan's „Cool Cities Initiative“. In concluding, the authors call for a „shrinking smart“-debate, which could rely on the positive experiences with the „growing smart“-movement, thus offering political and planning perspectives for shrinking cities.

Living conditions and social capital in socially deprived districts. A comparative analysis

Karl-Heinz Reuband

Four socially deprived districts in cities of the German state of North Rhine-Westphalia are the object of a study based on representative mail surveys of the local population. The majority of the respondents like to live in the respective city. But with regard to their residential district the attitude is more critical; compared with a survey of the general population in Düsseldorf the identification with the district is below average. In contrast to common assumptions the respondents are neither isolated nor do they have a low social capital, as indicated by their social relationships. Social deprivation and low social capital need not go along with each other.

Right Wing Extremism - a Threat to Democratic City Culture

Ingo Siebert

Right wing extremism in East German cities and rural communities has undergone a specific development since the reunification. In opposite to Western Germany, it is more culturally and social-spatially oriented. In the 1990s, the strategies of the organised extreme right have been „modernised“, and there are signs of spatial clusters of right wing behaviour. Here spatial structures develop which are influenced by right wing organisations and a right wing oriented youth culture with specific patterns of occupying space. Simultaneously, the climate of the social relationships in those neighbourhoods is often characterised by patterns of everyday racism. The reaction of local actors to these developments has often been ignorance, indirect support or pedagogic activism. Other strategies of local actors see right wing extremism as an assault on democratic city culture and include the entire community in their counter strategies. According to this approach, a sustainable empowerment of democratic potentials cannot be achieved by many sporadic and unlinked activities, but rather by long term, integrated local action plans, which have proved a very helpful instrument.

Parallel societies - a comment

Norbert Gestring

The comment criticizes the German debate on parallel societies starting after the murder of Theo van Gogh in Amsterdam. It discusses two theses. Firstly, the criticism of cultural plurality reveals antiurban resentments. Secondly, the criticism of institutional completeness of ethnic communities neglects that institutional completeness might be a type of successful integration of immigrants.

Die Autorinnen und Autoren

Dipl.-Ing. *Carsten Benke* M.A., Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner
E-mail: benke@irs-net.de

Dr. *Norbert Gestring*, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
E-mail: norbert.gestring@uni-oldenburg.de

Dipl. Soz. *Birgit Glock*, Berlin
E-mail: birgit.glock@rz.hu-berlin.de

Dr. *Karina M. Pallagst*, Institute of Urban and Regional Development (IURD),
University of California at Berkeley
E-mail: pallagst@berkeley.edu

Dr. *Jörg Pohlan*, Technische Universität Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich
Stadt- und Regionalökonomie
E-mail: pohlan@tu-harburg.de

Prof. Dr. *Karl-Heinz Reuband*, Sozialwissenschaftliches Institut, Heinrich- Heine
Universität Düsseldorf
E-mail: reuband@phil-fak.uni-duesseldorf.de

Dipl.-Ing. *Bettina Schlotomka*, Planwerkstatt 1 Hannover
E-mail: schlomkabettina@gmx.de

Dipl. Soz. *Ingo Siebert*, Camino - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung
und Forschung im sozialen Bereich, Berlin
E-mail: ingosiebert@camino-werkstatt.de

Dr. *Thorsten Wiechmann*, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung
(IÖR) Dresden
E-mail: T.Wiechmann@ioer.de

Dipl.-Ing. *Jürgen Wixforth*, Technische Universität Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalökonomie
E-mail: j.wixforth@tu-harburg.de

Die Renzendentinnen und Rezidenten

Dr. *Bernd Belina*, Universität Potsdam
E-mail: belina@uni-potsdam.de

Prof. Dr. *Ingrid Breckner*, Technische Universität Hamburg-Harburg
E-mail: breckner@tu-harburg.de

Dr. *Andreas Farwick*, Universität Bremen
E-mail: afarwick@uni-bremen.de

JP Dr. *Susanne Frank*, Humboldt-Universität zu Berlin
E-mail: franksuz@sowi.hu-berlin.de

Dr. *Norbert Gestring*, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
E-mail: norbert.gestring@uni-oldenburg.de

Dr. *Elisabeth Heidenreich*, Universität Ägäis
E-mail: e.heidenreich@soc.aegean.gr

Dr. *Gerd Held*, Universität Dortmund
E-mail: gerhard.held@uni-dortmund.de

Dipl.-Ing. *Sandra Huning*, Technische Universität Berlin
E-mail: sandra.huning@tu-berlin.de

Dipl.-Ing. *Antonia Levy*, City University of New York / Graduate Center
E-mail: avette@gmx.de

Dr. *Rosemarie Sackmann*, Universität Bremen
E-mail: Rosemarie.Sackmann@gmx.de

Dr. *Joachim Thiel*, Technische Universität Hamburg-Harburg
E-mail: thiel@tu-harburg.de

Lehrbücher

Heinz Abels

Interaktion, Identität, Präsentation

Kleine Einführung in interpretative Theorien der Soziologie
3. Aufl. 2004, 203 S. Hagener Studien-
texte zur Soziologie. Br. EUR 17,90
ISBN 3-531-43183-8

Thorsten Bonacker (Hrsg.)

Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien

Eine Einführung
3., durchges. Aufl. 2005, 538 S.
Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 5.
Br. EUR 29,90
ISBN 3-531-14425-1

Wilfried Breyvogel (Hrsg.)

Eine Einführung in Jugendkulturen

Veganismus und Tattoos
2005, 261 S. Br. EUR 22,90
ISBN 3-8100-3540-8

Klaus Feldmann

Soziologie kompakt

Eine Einführung
3., überarb. Aufl. 2005, 394 S.
mit 59 Abb. Br. EUR 19,90
ISBN 3-531-24188-5

Hans Albrecht Hesse

Einführung in die Rechtssoziologie

2004, 226 S. Br. EUR 21,90
ISBN 3-531-14260-7

Peter Imbusch / Ralf Zoll (Hrsg.)

Friedens- und Konfliktforschung

Eine Einführung
3., überarb. Aufl. 2005, 585 S. Friedens-
und Konfliktforschung. Br. EUR 24,90
ISBN 3-531-14426-X

Nina Leonhard /
Ines-Jaqueline Werkner (Hrsg.)

Militärsoziologie – Eine Einführung

2005, 359 S. mit 5 Abb. und 7 Tab.
Br. EUR 27,90
ISBN 3-531-14284-4

Karl-Dieter Opp

Methodologie der Sozialwissenschaften

Einführung in Probleme ihrer Theorie-
bildung und praktischen Anwendung
6. Aufl. 2005, 271 S. Br. EUR 24,90
ISBN 3-531-52759-2

Erhältlich im Buchhandel oder beim Verlag.
Änderungen vorbehalten. Stand: Juli 2005.

www.vs-verlag.de



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden
Tel. 0611.7878-722
Fax 0611.7878-400

Sozialstruktur

Peter A. Berger /
Volker H. Schmidt (Hrsg.)

Welche Gleichheit – welche Ungleichheit?

Grundlagen der Ungleichheitsforschung
2004. 244 S. mit 4 Abb. Sozialstrukturanalyse, Bd. 20. Br. EUR 26,90
ISBN 3-8100-4200-5

Matthias Drilling

Young urban poor

Abstiegsprozesse in den Zentren
der Sozialstaaten
2004. 339 S. mit 41 Abb. und 57 Tab.
Br. EUR 29,90
ISBN 3-531-14258-5

Ronald Hitzler / Stefan Hornbostel /
Cornelia Mohr (Hrsg.)

Elitenmacht

2004. 351 S. Soziologie der Politik, Bd. 5.
Br. EUR 32,90
ISBN 3-8100-3195-X

Stefan Hradil

Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich

2004. 304 S. Br. EUR 24,90
ISBN 3-8100-4210-2

Monika Jungbauer-Gans /
Peter Kriwy (Hrsg.)

Soziale Benachteiligung und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen

2004. 205 S. mit 33 Abb. und 33 Tab.
Br. EUR 29,90
ISBN 3-531-14261-5

Gunnar Otte

Sozialstrukturanalysen mit Lebensstilen

Eine Studie zur theoretischen
und methodischen Neuorientierung
der Lebensstilforschung
2004. 400 S. mit 35 Abb. und 50 Tab.
Sozialstrukturanalyse, Bd. 18.

Br. EUR 34,90
ISBN 3-8100-4161-0

Rudolf Richter

Die Lebensstilgesellschaft

2005. 163 S. Br. EUR 19,90
ISBN 3-8100-3953-5

Marc Szydlik (Hrsg.)

Generation und Ungleichheit

2004. 276 S. Sozialstrukturanalyse,
Bd. 19. Br. EUR 24,90
ISBN 3-8100-4219-6

Erhältlich im Buchhandel oder beim Verlag.
Änderungen vorbehalten. Stand: Juli 2005.

www.vs-verlag.de



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden
Tel. 0611.7878-722
Fax 0611.7878-400

Jahrbuch StadtRegion 2004/05

Der Schwerpunkt „Schrumpfende Städte“ des Jahrbuchs 2004/2005 greift ein Thema auf, das zurzeit unter dem Stichwort „Stadtumbau“ eine wahre Hochkonjunktur erfährt. Allerdings werden hier Facetten von städtischen Schrumpfungsprozessen behandelt, die bisher wenig oder gar nicht in der Debatte thematisiert wurden. Dazu gehören: Kommunalfinanzen in schrumpfenden Städten, Schrumpfungsprozesse in der Geschichte deutscher Städte, städtische und regionale Schrumpfungsprozesse in Nordamerika sowie Restriktionen bzw. Perspektiven einer Stadtpolitik unter Schrumpfungsbedingungen.

Dr. Norbert Gestring, Institut für Soziologie, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Dr. Herbert Glasauer, Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung, Universität Kassel.

PD Dr. Christine Hannemann, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.

Dr. Werner Petrowsky, Institut für Soziologie, Universität Bremen.

Dr. Jörg Pohlan, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalökonomie, Technische Universität Hamburg-Harburg.

www.vs-verlag.de

ISBN 3-531-14599-1



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

9 783531 145990